
Europas neue Vielfalt

**Herausgegeben von
Frank Geißler und Matthias Middell**



Leipziger Universitätsverlag 1993

© Leipziger Universitätsverlag GmbH 1993

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschafts-
forschung

Heft 4 (1993)

Europas neue Vielfalt

Herausgegeben von Frank Geißler und Matthias Middell

ISSN 0940 – 3566

ISBN 3-929031-34-5

Inhalt	Seite
--------	-------

<i>Matthias Middell</i>	Walter Markov (1909–1993)	9
<i>Thomas Grimm</i>	Gespräch mit Walter Markov	15

Editorial		23
------------------	--	----

Aufsätze

<i>Marleen Wessel</i>	Lucien Febvre und Europa: An den Grenzen der Geschichte	28
-----------------------	--	----

<i>Wolfgang Schmale</i>	Europäische Geschichte schreiben ...	40
-------------------------	--------------------------------------	----

<i>Sigrid Meuschel</i>	Zivilgesellschaft im Postsozialismus?	49
------------------------	---------------------------------------	----

<i>Melanie Tatur</i>	Sozialbewegung und institutioneller Wandel in Polen und Rußland	63
----------------------	--	----

<i>Fjodor F. Finkl Robert Klugel Florian Andrews</i>	Auf der Suche nach einem „Sonderweg“ für Rußland: Igor R. Schafarewitsch und seine „Rezepte“	80
--	--	----

<i>Frank Geißler</i>	Rückkehr nach Europa: Europas Hinterhof. Die Kooperationspolitik der EG in Ostmittel- europa	98
----------------------	--	----

Forum

<i>Hartmut Elsenhans</i>	Massenkonsum als Voraussetzung für Kapitalakkumulation. Entgegnung auf die Bemerkungen von Georg Quaas	130
--------------------------	--	-----

Mitteilungen und Berichte

• 43. Königswinter-Konferenz der Deutsch-Englischen Gesellschaft (<i>Rolf Müller-Syring</i>)	150
---	-----

✓	• „The GDR Revisited“: 19. New Hampshire German Symposium (<i>Eckhardt Fuchs</i>)	155
✓	• Die IX. Frankreichforschertagung in Ludwigsburg (<i>Helmut Melzer</i>)	158
✓	• Zum Stand des deutsch-französischen Vergleichs (<i>Charlotte Beisswingert</i>)	160

Buchbesprechungen

•	Der Name eines Toten. Zur Autobiographie Louis Althusser's (<i>Peter Schöttler</i>)	163
•	Lexikon Alte Kulturen. Hrsg. Hellmut Brunner, Klaus Fessel, Friedrich Hiller und Meyers Lexikonredaktion, Mannheim-Wien-Zürich. Bd. 1 (A – Fir) 1990, Bd. 2 (Fis – Mz) 1993 (<i>Rigobert Günther</i>)	170
•	Joseph Bergin, <i>The Rise of Richelieu</i> , New Haven/London 1991 (<i>Katharina Middell</i>)	171
•	Helga Schultz, <i>Das ehrbare Handwerk. Zunftleben im alten Berlin zur Zeit des Absolutismus</i> , Weimar 1993 (<i>Katrin Keller</i>)	172
•	Ingrid Rademacher, <i>Legitimation und Kompetenz. Zum Selbstverständnis der Intelligenz im nachrevolutionären Frankreich 1794–1824</i> , Frankfurt a. M. 1993 (<i>Kurt Holzappel</i>)	174
•	Elisabeth Fehrenbach, <i>Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871</i> , München 1992 (<i>Werner Greiling</i>)	176
•	Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, eingeleitet von Herbert Schambeck und gemeinsam herausgegeben mit Helmut Widder und Marcus Bergmann, Berlin 1993 (<i>Editha Kroß</i>)	177
•	Raimund Neuß, <i>Anmerkungen zu Walther Flex. Die „Ideen von 1914“ in der deutschen Literatur: Ein Fallbeispiel</i> , Schernfeld 1992 (<i>Wojciech Kunicki</i>)	178
•	Emilio Gentile, <i>Il Culto del littorio. La sacralizzazione della politica</i> , Roma/Bari 1993 (<i>Friedemann Scriba</i>)	181
•	Georg G. Iggers, <i>Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert</i> , Göttingen 1993 (<i>Gerald Diesener</i>)	

• Jean-Luc Boilleau, Cornelius Castoriadis, Marc Ferro, Pierre Grimal u.a., De la fin de l'histoire, Paris 1992 (<i>Steffen Sammler</i>)	186
• Ethik der Gabe: Denken nach Jacques Derrida. Hrsg. Michael Wetzel und Jean-Michel Rabaté, Berlin 1993 (<i>Wolfgang Ernst</i>)	189
• Derek Heater, The Idea of European Unity, Leicester/London 1992 (<i>Wolfgang Schmale</i>)	191
• Die Symbolisten und Richard Wagner. Hrsg. Wolfgang Storch, Berlin 1991 (<i>Ralf Pannowitsch</i>)	193
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	197

Walter Markov (1909–1993)

Im gleichen Jahr wie sein Meisterschüler Manfred Kossok verstarb Walter Markov, Universalhistoriker von international anerkanntem Rang, der den guten Ruf der Leipziger Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg neu begründet hat.

Nach Herkunft und Ausbildung dem Nationalstaatsprinzip abhold, teilte er weder den Konservatismus noch den Opportunismus vieler Fachkollegen und ergriff als einer von wenigen deutschen Historikern die Partei des aktiven Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Auch die Erfahrung der dafür verbüßten Haftstrafe ließ ihn politisch nach Alternativen zu einer Gesellschaft suchen, die dieses Regime hervorgebracht und nicht zu verhindern gewußt hatte. Dies bestimmte nach dem Krieg den Weg vom Rhein, wo die Handlungsspielräume alsbald zu klein wurden, an die Pleiße, wo er sich habilitierte, Professor wurde und Verantwortung für den Wiederaufbau des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte sowie der Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas übernahm. In der Krisensituation einer notwendigen Neubestimmung der Geschichtswissenschaft in Deutschland nach 1945 spielte Walter Markov eine wichtige Rolle als fachlich bereits anerkannter Gelehrter und kritischer Marxist. In langen Zuchthausjahren erworbenen moralischen Anspruch warf er in die Waagschale, um der Forderung nach Selbstbesinnung einer „Zunft“ Nachdruck zu verleihen: „Die Geschichte ist unter den Wissenschaften die anfälligste und wehrloseste, wenn es den Zeitgeist gelüster, sie zu vergewaltigen und zu beschmutzen. Sie kann sich nicht hinter Formeln und Retorten verkriechen, kann in kein neutrales Sachgebiet abwandern, nicht der Hülle des Irdischen entsteigen oder sich in eine Sprache verflüchtigen, zu der rohen Schergen der Schlüssel fehlt – sie bleibt als menschennächste gegenwartsbezogen und muß verstummen oder bekennen ... In den hinter uns liegenden Jahren hat das Schlingengewächs der Phrase, der Halbheit und der Stümperei das Feld echter historischer Forschung überwuchert. Zu dem vielen, das wir reuevoll revidieren müssen, zählt daher auch unser Geschichtsbild.“ (Vom Nutzen der Historie, 1946)

Sein Bemühen galt einer Verankerung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte in einer Geschichtswissenschaft, die nicht mehr bloß beschreibende, sondern erklärende Wissenschaft sein sollte. In dieser Forderung, die sich mit dem Wunsch verband, Erdkunde, Statistik, Psychologie und Soziologie möchten fortan die vornehmsten Hilfswissenschaften des Historikers sein, folgte er am deutlichsten dem Begründer des nun von Markov geleiteten

Instituts, Karl Lamprecht. Der Rückblick auf die Historiographie der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, mit dem die Positionsbestimmung des jungen Ordinarius begann, lehrte, daß die Niederlage, die Lamprecht im Methodenstreit erlitten hatte, einen quälend langsamen Erneuerungsprozeß in der deutschen Geschichtswissenschaft induziert hatte. Markovs Orientierung auf die geschichtswissenschaftliche Diskussion in Frankreich fand Begründung in der dort bereits vollzogenen Wende zu einer moderneren Geschichtsauffassung. Nicht zufällig nannte er Georges Lefebvre seinen Maître.

Walter Markov gab sich aber nicht mit der Einbeziehung von Ökonomie und Demographie zufrieden. Er wollte einen Perspektivwechsel zur Geschichte „von unten“. Der einfache Mann und die Volksbewegungen sollten in ihren Sorgen und Nöten, in ihren Ansprüchen und in ihrer Kreativität ernst genommen werden. Geschichte anders denn als Geschichte der Herrschenden aufzufassen schloß ein, im Weltmaßstab die noch in kolonialer Abhängigkeit Lebenden in ein traditionell hochgradig eurozentrisches Geschichtsbild einzuführen. Diese Forderungen, die zugleich Programm für die eigene Arbeit der folgenden Jahrzehnte waren, verbanden sich mit einem Begriff von historischem Materialismus, dem jeder Ausschließlichkeitsanspruch ebenso fremd war wie die Vorstellung, man könne aus allgemeinen Gesetzmäßigkeiten auf den tatsächlichen Geschichtsverlauf schlußfolgern und damit das oftmals mühsame Handwerk des Historikers ersetzen: „Es hat ... nicht den geringsten Zweck, die vom Liberalismus herkommende bürgerliche Geschichtsauffassung und den auf Marx fußenden historischen Materialismus dureinanderzubringen. Beide mögen ihre Chancen wahrnehmen. Es wird sich weisen, wer die bessere Arbeit leistet.

Auf die Theorie kommt es dabei nicht allein an. Die Theorie schafft keine Kunst, keine Literatur und auch keine Geschichte. Sie lotet nur, das Heben liegt bei uns. Wer es am falschen Ort tut, der fördert Schlamm zutage, weiter nichts.

Wenn wir Geschichte künstlich konstruieren, dem Vorurteil zulieb den Strom des Mannigfaltigen auf einen vorgeschriebenen Nenner bringen und unterschlagen, was dorthin nicht paßt, dann zeugen wir ein schwächliches Gespenst.“ (Ebenda)

Es gelang Walter Markov nicht, in einem Deutschland, das den besetzenden Großmächten folgend in den Kalten Krieg steuerte, diese Prämissen für die Diskussion um eine erneuerte Historiographie durchzusetzen. Den einen ging die Forderung nach einem radikalen Bruch mit der Geschichtswissenschaft vor 1945 viel zu weit. Zu wenige konnten auf Widerstand gegen die Nazi-diktatur verweisen, zu viele gedachten gerade bei der Bewältigung der geistigen Krise im methodischen Rahmen der alten Historiographie zu bleiben. Zu schwach blieben die Kräfte der Erneuerung, zumal moralisch integre

Historiker bei der Abwehr der methodischen Herausforderungen mittaten.

Die anderen setzten lieber auf machtpolitische Untermauerung des Führungsanspruchs für eine marxistische Theorie denn auf die vorgeschlagene Bewährung in fachlich solider Arbeit. Auch dies bildete das – spiegelbildliche – Eingeständnis einer Schwäche.

Man könnte die Position Walter Markovs, der bald zwischen allen Stühlen saß, durchaus als die verpaßte Chance der Nachkriegsdebatte in der deutschen Geschichtswissenschaft bezeichnen.

In der „Jugoslawienkrise“ wurde Walter Markov aus der SED ausgeschlossen, seine politischen Wirkungsmöglichkeiten wurden ebenso eingeschränkt wie sein akademischer Einfluß begrenzt werden sollte. Er verließ das Land, auf das er seine Hoffnungen gesetzt hatte, indes nicht. Das Projekt des Sozialismus schien es ihm wert, sich nicht von eigener Enttäuschung überwältigen zu lassen. Gerade begonnen, mußten dem Experiment Unzulänglichkeiten anhaften. Die Alternative war dagegen wenig verlockend für einen Historiker, der die Verlustbilanz des Kapitalismus zu wichten wußte.

Fortan richtete sich sein Bemühen auf die Einlösung der formulierten Ansprüche im eigenen Oeuvre und im Aufbau einer wissenschaftlichen Schule, die diese Ansprüche aufgreift. Wie anders sollte man mit der Niederlage, wie sie Walter Markov erlitten hatte, auch umgehen? Mit schwarzem Humor nahm er zur Kenntnis, daß Äußerungen zum aktuellen Sozialismus vorerst von ihm nicht gefragt waren: die Geschichte sei nach Raum und Zeit glücklicherweise groß genug, um auszuweichen. Ausweichen war aber seine Sache nicht. Den Schülern wies er die verschiedenen Zonen des antikolonialen Befreiungskampfes zu und mischte sich, sei es als Gastprofessor in Nigeria, sei es als Initiator beinahe aller wichtigen Aktivitäten in der DDR zur Entwicklungsländerforschung der fünfziger und sechziger Jahre, wieder nachhaltig in die zeitgeschichtlichen Auseinandersetzungen ein. Die vergleichende Kolonialgeschichte entfaltete Impulse für internationale Zusammenarbeit und legte den Grundstein für eine die Weltgeschichte wirklich umfassende Geschichtsauffassung.

Sich selbst nahm er vor allem die Französische Revolution vor. Er schaffte es, Leipzig zum Zentrum der Revolutionsforschung im deutschen Sprachraum zu machen, obwohl der Archivzugang fürs erste nur auf abenteuerlichen Schleichwegen gelang. In Albert Soboul fand er einen kongenialen Partner und löste die Idee einer Geschichte von unten in Gestalt einer Geschichte der Pariser Sansculotten ein. Für die Geschichte der Sozialgeschichtsschreibung in der DDR verdienten diese Arbeiten größere Aufmerksamkeit als eine oftmals nationalgeschichtlich fixierte Historiographiegeschichtsschreibung erkennen läßt, weil Markov gleich an den damals fortgeschrittensten Stand der

Methodendiskussion anschließen konnte, und nicht den Umweg über die verspätete Rezeption in der Bundesrepublik ging. Daß von DDR-Rezensenten Tadel erntete, wenn die länderübergreifende Kooperation das eigene Lager nicht zum alleinigen Maßstab machte und nach vernünftiger Entkrampfung akademischer Zusammenarbeit suchte, zeigt die Schwierigkeiten, denen später gebräuchliches Verhalten in den fünfziger Jahren ausgesetzt war. Er ließ sich von solchen Kleinlichkeiten nicht beirren und hielt an der Offenheit für Ost und West fest. Leipzig profitierte davon und wurde – dem Trend zur Provinzialität zum Trotz – zu einem Treffpunkt der Historiker aus allen Teilen Europas und aus Übersee. Allerdings wußten zahlreiche Kollegen, die die Markov-Schule mit Mißtrauen oder auch Neid betrachteten, den Einfluß solcher Weltoffenheit immer wieder zu begrenzen.

Die vierbändige Biographie des Priesters Jacques Roux, die die Schaffensperiode der sechziger Jahre bestimmte, ist zuerst eine akribische Spurensuche und ein Werk von literarischem Rang, zugleich aber eine Geschichte der Revolutionsmechanismen, die dichter an der Zeit ihres Erscheinens ist als die öffentliche Rezeption wahrzunehmen bereit war. Eine meisterhafte Biographie – lange bevor die DDR-Geschichtswissenschaft durch die Wiederentdeckung der Einzelpersonlichkeit als Gegenstand mediale Aufmerksamkeit in Ost und West erreichte.

Walter Markov hatte bei aller Zustimmung zu sozialgeschichtlichen Ansätzen gesehen, daß die politische Dimension Gefahr lief, über der Entschlüsselung von Statistiken vergessen zu werden. Ein weiterer Grund für die Entscheidung zum biographischen Genre war sicher auch der Standortnachteil, mehr als tausend Kilometer von der Seine entfernt zu sitzen, der sich bei Konzentration auf eine Person und ihr Umfeld leichter ausgleichen ließ. Schließlich hatte der Entschluß zur Lebensbeschreibung des „roten Priesters“, die doch zugleich eine besondere Art von Geschichte der Revolution war, wohl auch mit dem ästhetischen Anspruch an Komposition und Formulierung einer historischen Darstellung zu tun. Die Feder elegant führen zu können, schien ihm für einen Jünger Klios unabdingbar, sollte über das Lesevergnügen Wirkung erzielt werden. Die Ablehnung eines „Schallplatten-Marxismus“ der Dauerzitate und die Abneigung gegen trockene Zahlenkolonnen führten seine Formulierungskunst bis zur partiellen Unübersetzbarkeit, die seine ausländischen Freunde immer wieder stöhnend registrieren mußten..

Die Markovsche Unterscheidung zwischen „legitimen Linken“, deren basisdemokratische Reden und Aktivitäten das Begehren einer breiteren Volksbewegung auszudrücken vermögen, „illegitimen Linken“, deren pseudoradikalem Geschrei der Verfasser sichtlich nichts abgewinnen kann und schließlich einer an die Macht gekommenen Linken, die nun auch die

Weggefährten von einst beherrschen muß, bietet nicht nur eine Typologie historischen Geschehens. Erkennbar ist die Geschichte der Französischen Revolution, die den Historiker Markov auch wegen ihrer allgemeiner gültigen Züge fasziniert, eine Möglichkeit, sich den Problemen des 20. Jahrhunderts zu nähern. Immer warnt er aber vor allzu schnellem Gleichsetzen, wo auch die Singularität des geschichtlichen Phänomens und die über die Zeit entstehenden typologischen Unterschiedlichkeiten zu bedenken sind.

Aus der Analyse einer einzelnen Revolution aufgetaucht, wandte sich Walter Markov mit einer inzwischen respektablen Schülerschar dem noch stärker universalgeschichtlich ausgerichteten Revolutionsvergleich zu. Wie immer regierte auch hier die Vorsicht gegenüber dem allzu Allgemeinen und den Gesetzmäßigkeiten. Alle Typologie, jede theoretische Schlußfolgerung wurde konterkariert durch die Darstellung des Einzelnen und Besonderen, wofür die – auch in der Form auf Eigensinn setzenden – Befragungen von Zeugen der Französischen Revolution (1982) und die Kultur- und Sittengeschichte des Grand Empire stehen.

Ein Oeuvre bleibt zuerst an den selbstgestellten Ansprüchen zu messen. Walter Markov hat unbestritten die Produktivität eines historisch-materialistischen Ansatzes in der Geschichtswissenschaft vorgeführt, indem er ihn mit feiner Sprache und hohem handwerklichem Geschick auf Geschichte als Geschichte von unten, als Geschichte von Herrschaftsverhältnissen und als *histoire totale* im räumlichen, zeitlichen und strukturellen Sinne orientierte. Außerhalb des ihm verbundenen Kollegen- und Schülerkreises isolierter als es seine hohe internationale Reputation vermögen läßt und kein Meister im methodologischen Feldgeschrei, sind seine innovativen Beiträge zur Art und Weise des Geschichteschreibens in unserem Jahrhundert außerhalb der Spezialisten weniger wahrgenommen worden als anderes, was modische Aufregung verursachte.

Außergewöhnliche Beharrlichkeit als Wissenschaftler um fachlich unangreifbare Resultate paarte sich mit der Gelassenheit eines Universalhistorikers, dem nicht jede politische Veränderung gleich einmalig vorkam. Vor dem Niedergang der sozialistischen Gesellschaft, den er so klar wie bitter wahrnahm, stand er ratlos hinsichtlich der Handlungsalternativen. Ein Subjekt der schöpferischen Veränderung zeichnete sich lange nicht ab, und einen einfachen Zusammenbruch konnte nicht wünschen, wer für diese Chance auf Alternative gelitten hatte wie Walter Markov. Kurzzeitig auf die „zweite Revolution“ hoffend, blieb bald nur die fatale Feststellung, daß „Wende“ ein wenig wie „Vendée“ klinge.

In Krisenzeiten schrumpfte die Schar der „Markovianer“, zu anderer Stunde wuchs der Kreis jener, die vom guten Ruf des Altmeisters profitieren

wollten. Die letzten Jahre boten für diese eigentümlichen Konjunkturen ein weiteres Mal Anschauungsunterricht. Solidaritäten schrumpften, als der Leipzig so Verbundene die Stadt verlassen mußte, weil er keine Heimstatt mehr an jenem Ort fand, dessen Universität ihn zum Ehrensensator gewählt hatte.

Was bleibt, ist ein wissenschaftliches Werk, an dem nichts umgeschrieben werden muß. Es bleibt die Erinnerung an einen akademischen Lehrer, der allzu hastige Schlußfolgerungen auf das historische Material zurückverwies und dabei doch immer dazu anhielt, den Erklärungsanspruch der Historiographie im Auge zu behalten. Es bleibt die über den Tod fortdauernde Prägekraft einer souveränen Persönlichkeit, wie sie der universitäre Betrieb nicht sehr oft kennt. Und es bleibt der Auftrag, die Zerstörung einer Lebensleistung, die universalgeschichtliche Tradition gegen alle Widrigkeiten in Leipzig verteidigt zu haben, nicht einfach hinzunehmen.

In der Bilanz der DDR-Geschichtswissenschaft bleibt Walter Markov ein besonderer Platz vorbehalten: Er war nicht typisch. Wäre er es gewesen, wäre diese Geschichtswissenschaft kaum auf diese Weise zusammengebrochen.

Matthias Middell

Gespräch mit Walter Markov*

Vor einigen Jahren haben Sie mit Blick auf die Stagnation der sozialistischen Länder die Frage erörtert, ob im Sozialismus „richtige“ Revolutionen überhaupt möglich sind. Unter anderem haben Sie darauf geantwortet, Formen und Inhalte des Sozialismus könnten sich, wenn ein Land die „Stufen zum Kommunismus“ nimmt, immer tiefgreifend ändern – ohne Rücksicht darauf, ob spätere Generationen dies einmal als „Revolution“ bezeichnen werden oder nicht. Tatsächlich aber ist es nicht zu einer Erneuerung des Sozialismus gekommen. Was war dann Gorbatschow: Hoffnungsträger, Reformator und Liquidator in einer Person? Könnte man sagen: Gorbatschow wollte die russische Revolution erneuern und hat sie bei diesem Versuch beendet?

Bevor man sich festlegt, muß man die letzten zehn Jahre analysieren. Mit dem Namen Gorbatschow verbindet sich gewissermaßen die vorerst letzte Illusion, die letzte Hoffnung auf eine systemimmanente Änderung des „herkömmlichen Sozialismus“. Im allgemeinen war es so, daß „kritische Marxisten“ spätestens seit dem Ende der siebziger Jahre geglaubt haben, die Sowjetunion als führende Fortschrittsmacht abschreiben zu müssen. Der Tenor war: Denke, soviel du willst. Da kommt nichts mehr. Wenn überhaupt noch etwas passieren soll, dann muß eine „zweite“ Revolution von der unverbrauchten Peripherie getragen werden.

Der Titoismus war zu klein und zu schwach; in China hatte Mao einige zündende Parolen ausgegeben, aber die versagten ebenfalls vor der Wirklichkeit. Und nun, zum großen Erstaunen von uns allen, schien um 1985 der große Anstoß zu einer Neubewegung nicht von der Peripherie, sondern vom Zentrum – aus Moskau selbst – zu kommen.

Welche Erwartungen hegt man als Historiker hinsichtlich dieses „welthistorischen Experiments“?

Man dachte im Grunde genommen meist an eine fruchtbare Verbindung von Reformkommunismus und demokratischer Bürgerbewegung. Ich meinte, die Bewegung würde von unten, von aufmüpfigen Parteimitgliedern kommen, aber letztlich vom Zentrum aus vollendet werden, was den Versuch in einer multikulturellen Gesellschaft wie der Sowjetunion doch

ungemein erleichtern würde. Mit dem Namen Gorbatschow verband sich eine Art letzte Hoffnung auf Selbstverwirklichung von dem, was an Sozialismus in der Welt war. Es war nicht viel, aber es war auch nicht ganz wenig.

Ist das, was Habermas die „nacholende Revolution“ beziehungsweise den „linken Revisionsbedarf“ nennt, historisch nicht einfach zu spät gekommen?

Es geht um das, was ich – und andere – als „zweite Revolution“ in eine mögliche historische Vision gestellt habe. Sie blieb aus. Die Schwierigkeit der theoretischen Ausformung dieses Ansatzes lag immer in der Ambivalenz von realen und imaginären Potenzen, über die der Sozialismus in seinen nicht korruptierten wie in seinen korruptierten Zeiten verfügte. Augenblicklich haben wir wenigstens zwanzig ernsthafte theoretische Positionen, in denen uns erklärt werden soll, daß wir noch gar keinen Sozialismus gehabt haben oder – nach Kuczynski – im Frühsozialismus steckengeblieben sind. Solche Erklärungsversuche beleuchten bestenfalls Teilaspekte der Erscheinung. Sind sie zudem kausal angelegt, dann sind sie gleichermaßen zum Scheitern verurteilt wie die Auffassung, daß es im Bereich des „Realsozialismus“ weltweit nur Opfer oder Täter, Widerständler oder Verbrecher gegeben hat. Einen einundzwanzigsten Erklärungsversuch bekommen Sie von mir nicht.

Aber es muß doch erlaubt sein, Ihrer Generation, die den Sozialismus ideell und praktisch in diesem Jahrhundert verwirklichen wollte, die Frage zu stellen, warum ihre Kampfformen, ihre Staatsdisziplin nicht erfolgreich waren?

Ganz offensichtlich mündeten nicht nur ein Teil unserer Ideen, sondern auch unsere gesellschaftspolitischen Aktionen in eine Sackgasse. Der Entwurf einer neuen Gesellschaft aus der Sicht des Kampfes zwischen den im 19. Jahrhundert neu entstehenden Klassen kollidierte mit der Selbstverwirklichung der Menschen im Sozialismus des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Warum kam es zum Zusammenbruch dieser Spielart des Sozialismus? Hätte es andere Möglichkeiten gegeben? Hat man nur auf das falsche Pferd gesetzt?

Wenn etwas schiefgegangen ist, muß etwas falsch gemacht worden sein. Das zum einen. Sei es, daß es zu früh war oder daß das Gedankengebäude als solches sich noch nicht in der ganzen Pluralität seiner Möglichkeiten zeigen konnte. Das alles bleibt für mich offen, und das Faktum des Scheiterns beantwortet eben noch nicht, ob eine andere Variante dieser Erscheinung, die wir zur Zeit als „genuinen frühen Sozialismus“ apostrophieren, überhaupt denkbar ist, oder ob sie nur anders realisiert werden muß. Das hat für den einzelnen auch nur bedingte Bedeutung. Es bleibt eben offen, ob die Teilnahme an einem gescheiterten Experiment, so gut und so lang wie möglich, ein Setzen auf das falsche Pferd war, oder ob man im Kampf um den Sozialismus als zivilisierter Mensch gescheitert ist.

Auch ich war nach dem Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland der Meinung, wir hätten den Fortschritt auf unserer Seite. Nun habe ich feststellen müssen, daß wir mit Pauken und Trompeten nicht nur den Kalten Krieg, sondern die ganze geschichtliche Epoche verloren haben. Der Geburtsfehler war wohl der Traum von einer kommunistischen Gesellschaft, welche zugleich die gerechtere und die effektivere Lebensform sein sollte. Der Widerspruch zwischen Ethik und Ökonomie, zwischen Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit und wirtschaftlichem Erfolg um jeden Preis war im Realsozialismus noch schlechter auszubalancieren als im westlichen Kapitalismus.

Haben Sie nicht zwei große Niederlagen einstecken müssen? 1933 haben Sie den Sieg des Nationalsozialismus erlebt, und 1945 haben Sie die Rote Armee begrüßt, die später auch die DDR auf ihr poststalinistisches System einschwor. Bereuen Sie, sich der kommunistischen Idee angeschlossen zu haben?

Nein. Im 20. Jahrhundert, genauer: nach der Oktoberrevolution, war die Lage doch die, daß es innerhalb der Arbeiterbewegung die große Spaltung zwischen der sozialreformerischen und der sozialrevolutionären Variante gegeben hat, die sich beide auf Marx beriefen. Beide zum Teil mit Recht, zum Teil mit Unrecht. Und beides waren reale politische Größen mit einem realen ideologischen Hintergrund, den sie auch aussprachen. Man konnte – je nachdem, was man lieber wollte – entweder als Sozialdemokrat oder als Kommunist an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung teilnehmen. Ein Drittes hat sich in Ansätzen da und dort gezeigt; aber letztlich ist Ceylon das einzige Beispiel, wo die Trotzlisten gegenüber den orthodoxen Stalinisten gewonnen haben. Was jedoch ist Ceylon in der Weltbewegung? Der Anarchismus hat spätestens in Spanien seine Attraktivität verloren.

Das waren keine realen Orientierungsmöglichkeiten. Wenn man also soziale Reformen nicht auf friedlichem Weg wollte, sondern den revolutionären Weg anstrebte, dann blieb einem nur, mit den Kommunisten zu leben, und mit den unangenehmen Ersehnungen ihres Parteilebens. Im politischen Alltag gab es zum sich stalinistisch fortentwickelnden kommunistischen Modell keine Alternative. Das war ja das Problem. Wenn die Entwicklung des „Sozialismus in einem Lande“, um Stalins Phrase anzunehmen, nur in der Sowjetunion vor sich gegangen wäre und anderswo andere Varianten – luxemburgische, trotzkistische, Castrosche – ein Echo gefunden hätten, dann hätte man sagen können: Gut, hier gibt es Alternativen; orientiert euch richtig! Aber der durchschnittliche politische Aktivist der Vorkriegszeit ging davon aus, daß er sich, wie man jetzt sagt, „einbringen“ müsse, statt abzuwarten, daß die Partei sich läutert. Das kann man aber nur dann, wenn man selbst „mitspielt“, und sei es auch nur – wie beim Schach – als kleiner Bauer. Hauptsache, man ist auf dem Schachbrett und nicht außertralb. Und das gilt nicht nur für den Kommunismus, sondern generell für geschichtliche Bewegungen.

Im Unterschied zur Französischen Revolution wurde der Terror im „Mutterland“ des Sozialismus weder 1945 noch 1956 konsequent beendet. Sind Diktatur des Proletariats und Terror eine unauflösbare Verbindung?

Sehen Sie, was jetzt bei vielen aus innerer Ängstlichkeit heraus geschieht, daß man sich schnell von den weniger schönen Konturen des Kommunismus distanziert – von Terror und Diktatur, so wie sie sich im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts herausgebildet haben – ist auch nicht der Weisheit letzter Schluß. In Wirklichkeit bestand gar kein Grund zu bestreiten, daß die nachrevolutionäre Situation – jedermann kann das bei Marx nachlesen – einer energischen Diktatur bedarf. Das ist keine Erfindung von Marx oder Lenin. Es gibt schon zwei große theoretische Reden von Robespierre, der, mit höchstem Pathos und zweifellos unerschütterlichem Glauben, Tugend und Terror einander als notwendig gegenüberstellt. Die Frage war nur: Wie lange dauert so etwas? Irgendwann einmal muß die „alles erneuernde Kraft des Terrors“, wie es bei Lenin heißt, in zivilisiertere Formen überführt werden.

Lenin, der seine Handlungen stets durch die Brille der Französischen Revolution und ihrer Begriffe sah, hatte natürlich so etwas wie den Großen Wohlfahrtsausschuß vor Augen. Da Terror und Diktatur nun einmal nicht gerade angenehme Dinge sind, redeten die Kommunisten nicht gern darüber und ließen sich das vom Gegner aufs Butterbrot schmieren. Dabei ist darin gar nichts Verwerfliches. Denn keine Revolution, auch keine

bürgerliche oder antikolonialistische, ist jemals ohne Terror ausgekommen und wird es auch in Zukunft nicht. Es kommt auf die Form an. Vor allem muß man wissen, wann der Zeitpunkt gekommen ist, wo der eigene Vorteil es gebietet, mit dieser Geburtswehe Schluß zu machen. So gesehen, ist der Thermidor eine höhere Einsicht in die geschichtliche Notwendigkeit gewesen, so wenig er uns allen schmeckt.

Der 9. Thermidor, das Ende der Jakobiner-Diktatur, hätte demnach bei einem freiwilligen Machtverzicht unblutig verlaufen können?

Die Jakobiner wollten ja zunächst gar nicht „an die Macht“, sondern wollten das Gemeinwesen nach ethischen Grundsätzen reinigen und eine gerechtere, humanere, solidarische Gesellschaft errichten, die sich auf die Tugenden der Gattung Mensch gründete. Der Gang der Ereignisse, die Sachzwänge führten dazu, daß sich unter Federführung der jakobinischen „Muttergesellschaft“, die eine moralische Instanz war und blieb, die revolutionäre und prinzipielle Diktatur des Wohlfahrtsausschusses im Konvent formierte. Mit dieser unvorhergesehenen politischen Diktatur ist das militante Bürgertum so lange zurechtgekommen, wie es um Leben und Tod seines Landes ging. Als die Gefahr gebannt war, wurden – ganz „folgerichtig“ – die beschwerlichen Jakobiner als überflüssiges Potential geopfert. Das Auslaufen einer „Revolution in der Revolution“ haben mithin gerade die Jakobiner vorgeführt.

Hätte ein 9. Thermidor in der Sowjetunion die Beseitigung Stalins bedeutet?

Nicht unbedingt. Es gibt interessante Darstellungen eines Historikers aus dem Kaukasus, der zeigt, daß Robespierre an und für sich am 9. Thermidor hätte nicht fallen müssen. Er hätte, wenn die Dinge anders gelaufen wären – und das läßt sich rekonstruieren – den Thermidor selber vollzogen. Dergleichen hängt nicht vom führenden Kopf ab, obwohl es „normaler“ ist, wenn der höchste Repräsentant, die revolutionäre Symbolfigur daran glauben muß.

Je glatter der Übergang jedoch gestaltet wird, desto günstiger verläuft die weitere Entwicklung für die neue herrschende Garnitur. In England war sie mit zwei geköpften Königen relativ flach verlaufen. Der große Schrecken der Französischen Revolution hat ein Jahr gedauert, und der Terror der Oktoberrevolution, wenn man ihn in seiner kriegskommunistischen Form nimmt, ungefähr drei Jahre. Der französischen Bourgeoisie aber ist es gelungen, solche Erbschaft abzuschütteln, sich zu distanzieren, und eben

dies ist in der kommunistischen Bewegung der Vor- und Nachkriegszeit nicht geglückt.

Zu welchem Zeitpunkt hätte sich ein „sozialistischer Thermidor“ entwickeln können?

1945 hätte Stalin die Macht und die Möglichkeit dazu gehabt: Unmittelbar nach Kriegsende war die Entwicklung offen. Da war sein Prestige so groß, daß er sich manch unorthodoxe Maßnahme hätte erlauben können. Statt dessen ging er den konventionellen Weg, bei dem nicht weniger, sondern mehr Terror auf der Tagesordnung stand. Das geschah offenkundig aus dem Gefühl heraus, eine allzu enge Tuchföhlung mit den imperialistischen Alliierten könne dem Sozialismus, wie er ihn sich in vereinfachter Form vorstellte, schaden.

Die Schauprozesse in den Volksdemokratien folgten auf dem Fuße. Wieder konnten andere Gesellschaftsmodelle, sozialistische Alternativen nicht entstehen; wieder hieß die fast einzige universale Orientierungsmöglichkeit Moskau. Und deshalb kann die Relevanz des Untergangs nicht im Spaubuch von Erich Honecker oder der Unfähigkeit einer Gruppe von gealterten Politbürokrate, auch nicht in der Fahnenflucht einzelner gesehen werden. Vielleicht war die Geschichte tatsächlich noch nicht „reif“ für die Entwicklung, vielleicht wäre selbst ein besser gemachter Sozialismus an die Schranke eines inneren Widerspruches gestoßen.

Die Ereignisse des Jahres 1989 werden oft als „friedliche Revolution“ bezeichnet. Ist der unblutige Sturz der sozialistischen Machtsysteme ein neuer Revolutionstyp?

Das würde ich eher verneinen, auch wenn es durchaus wirkliche Bewegtheit, grundtiefe Erschütterung, bald verkümmerte Einleitung revolutionärer Prozesse und eine Individualisierung neuer Akzente im politischen Leben gab. Die Ereignisse überschlugen sich, und kaum jemand hat die sieh mit Rasanzen öffnenden neuen Blickfelder vorausgesehen. So viele Gesellschaftswissenschaftler sich auch über die Zukunft des sozialistischen „Ideals“ den Kopf zerbrachen: Nicht einer kam auf den Gedanken, daß es zu einem Zerfall in praktisch allen Dimensionen kommen würde. Wobei die Tragik darin besteht, daß gerade der mutige Versuch, das Problematische – die Verhältnisse von Diktatur und Demokratie, von Ökonomie und Macht – ohne Rücksicht auf Verluste an der Wurzel zu packen, den Auftakt zum Totaldesaster im Herrschaftsbereich des „stalinistischen“ Realsozialismus

abgab. Vielleicht haben auch wir „Theoretiker“ unser begriffliches Instrumentarium, das sich aus der Wirklichkeit des 18. und 19. Jahrhunderts entwickelt hat, zu spät einer Revision hinsichtlich der veränderten universalen Produktions- und Kommunikationsweise in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterzogen.

War nicht zumindest der unerwartete Auftakt zur historischen Wende 1989 vergleichbar mit dem Sturm auf die Bastille 1789?

Manches hat sich – rein vom Ablauf her – in der Tat ähnlich abgespielt, hat auch ähnliche Verblüffungen parat gehalten. 1789 sind alle diese mehr oder weniger aufgeklärten Leutchen vom „Dritten Stand“ ja nach Versailles gehastet, um den Staat zu verbessern. Keiner hatte sich auf die Strümpfe gemacht, um ihn zu zerstören. Genau das aber ist dabei herausgekommen. Wenn zwei ein Gleiches tun, ist es doch bekanntlich noch lange nicht dasselbe.

Vergleichbares gibt es erstaunlicherweise schon heute im öffentlichen Diskurs über beide Ereignisse. Zwei Gesichtspunkte scheinen dabei besonders hervorhebenswert: Der eine berührt die lange vor 1989 einsetzende Offensive der Rechten, die ursprünglich darauf hinauslief, die Revolution von 1789 als tote Katze zu betrachten – nicht mehr als unauslöschbares Geschehnis und Erlebnis, sondern als unvergangenen Brudermord. Der zweite, der erst nach der „Wende“ ins Kraut schoß, sieht die französische Revolution genau umgekehrt, nämlich als noch immer nicht beendetes Weltspektakel. Die Russische Oktoberrevolution stünde nach dieser Lesart zwar durchaus in der Tradition von 1789, aber in der falschen, und bisweilen hört man bei solchen Äußerungen heraus, daß Lenin vielleicht besser daran getan hätte, die Macht nicht zu ergreifen, was natürlich rein spekulativ bleibt.

Von Christoph Hein bis Jürgen Kuczynski wurde zur Aufhellung des sozialistischen Alltags das feudalistische Zeitalter als Vergleichsmodell herangezogen. War der real existierende Sozialismus am Ende ebenso unreformierbar wie der Feudalismus vor zweihundert Jahren?

Parallelen lassen sich ziehen. Dennoch hinkt der Vergleich gewaltig, denn das Feudallager war nach 1789 im Weltmaßstab noch über Jahrzehnte in der Lage, erheblichen Widerstand zu leisten, auch wenn es nach der gerade erwähnten „Doppelrevolution“ perspektivisch im Nerv getroffen war. Das Dilemma unserer Tage hingegen bestand darin, daß Gutwillige meinten,

ein Bündnis aus Bürgerbewegung und Reformkommunismus könne Grundgebrechen, die dem „alten“ Sozialismus anhafteten, aus der Welt schaffen. Auch diese Variante sozialistischer Politik hat sich als nicht tragbar erwiesen, weder auf reformerischem, „von oben“ gesteuertem, noch auf revolutionärem Wege von unten; das Ganze ist zusammengestürzt. Der reglementierte Sozialismus des 20. Jahrhunderts entpuppte sich als untaugliches, als widerlegtes Experiment und verrannte sich folgerichtig in einer Sackgasse. Daran gibt es nichts zu deuteln.

Was ist für Sie als Historiker das Überraschendste in den historischen Geschehnissen nach 1989?

Was auch ich zuvor für nie denkbar gehalten hätte: die unwahrscheinliche Aufblähung des „Nationalismus“. Ich habe mich als Studiosus dem Kommunismus zuvörderst zugewandt, weil mir die Torheit eines in der Wolle gefärbten Hurrapatriotismus unter den Nägeln brannte. Ich bin durch so viele Schulen und Kulturkreise gewandert (oder gewandert „worden“), daß ich überall von den verschiedensten Seiten den gleichen Schwachsinn anhören mußte und die Angebote zu vergleichen lernte. Eine Weltanschauung, die sich auf solch verstaubte museale Stücke stützte, wurde mir zutiefst suspekt. Ausgerechnet dieser Nationalismus, den wir für mehr oder weniger verblichen oder zumindest in letzte Schlupflöcher zurückgekrrochen wähnten, wirkt nun als Sprengstoff!

* Dieses Interview führte Thomas Grimm, der bereits die „Zwiesprache mit dem Jahrhundert“ (1989) aufgeschrieben hat, mit Walter Markov im Juni 1993. Wir danken dem Siedler-Verlag Berlin, der die Abdruckgenehmigung aus dem Band „Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie“ (1993) genehmigte, für das freundliche Entgegenkommen.

Editorial

Das von jahrzehntelanger Abschottung gekennzeichnete bipolare Europa des Ost-West-Konflikts verändert im Gefolge der mit dem Zusammenbruch des Ostblocks einsetzenden politischen und wirtschaftlichen Systemumbrüche seine Koordinaten. Nicht nur ein Jahrhundert (T. G. Ash), auch das „alte“ Europa wurde abgewählt. Die bemerkenswerte Multipolarität im „neuen“ Europa weist auf eine wachsende Vielfalt des Kontinents hin, die der zeitweisen Abkopplung Osteuropas vom unmittelbaren Zentrum-Peripherie-Zusammenhang (Wallerstein) nachfolgt. Diese Vielfalt birgt Chancen und Gefahren in sich. Einerseits waren eine Reihe von Gemeinsamkeiten der verschiedenen Teile Europas durch die Blocklogik verdeckt und können nun durch die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit neu entdeckt und ausgebaut werden. Andererseits bietet nicht nur die „Balkanisierung“ des Balkans eine düstere Perspektive: Europa wird zum virtuell instabilsten Kontinent.

Daß die Ereignisse 1989 in Europa kumulierten und verschiedene Folgeprobleme hinterließen, hat ebenso wie die Verlagerung weltgeschichtlicher Gewichte in die Pazifikregion zu intensiverem Nachdenken darüber geführt, was Europa ist, sein oder werden könnte. Konfliktverarbeitung und die Sorge um Positionsverluste stehen also am Ursprung einer mühsamen Selbstfindung, die sich keineswegs auf die Frage einer supranationalen oder intergouvernementalen Perspektive der EG reduzieren läßt.

Erhellendes bietet angesichts der labyrinthischen Vielfalt im „neuen“ Europa zunächst die historische Perspektive, in der dieses an seinem Werden gemessen wird und schon nicht mehr als ganz so neu erscheint, wie dies die tagespolitische Perspektive versprechen mag. Der Blick zurück sucht schließlich im historisch Gewordenen neue Anknüpfungspunkte. Können sie in der *république des lettres* gesehen werden, jener Gelehrtenrepublik, die zwar kaum Denkmäler hervorbrachte, die sich als Stätten der kollektiven Erinnerung und Emphase eignen, in der aber die großen Geister des 18. Jahrhunderts sich ganz kosmopolitisch zu Hause fühlten und voller Stolz der humanistischen Vormieter gedachten? Über die Wirkungshegemonie des europäischen Gedankens verstört, schlug sich die Mehrheit jener Intellektuellen, die von der gesellschaftlichen Macht des Geistes träumten, auf die Seite der Nation, und damit auf die der Machtlosigkeit des Geistes. Doch dieses Konzept schien den

Barden verschiedener „Befreiungskriege“ und damit den Historikern des Nationalstaats mehr Aussicht auf Gehör zu versprechen.

Für manchen ist diese Verbindung bis heute attraktiv. Anderen liegt die Versuchung näher, den Pakt mit dem Nationalstaat durch eine Orientierung auf das „modernere“ und nun endlich Erfolg versprechende Konzept „Europa“ zu ersetzen.

Marleen Wessel geht in den unveröffentlichten Vorlesungsmanuskripten Lucien Febvres der Materialisierung des griechischen „Europa“ im Anseinanderebrechen des Römischen Reiches nach. Sie stellt Febvres Spurensuche durch das mediävale Europa bis an den Anfang des 20. Jahrhunderts dar. Die in den vierziger Jahren gehaltenen Lektionen sind heute von einer erfrischenden Aktualität, da sie die Wurzeln einer im Dickicht Brüsseler Rechtsverordnungen nur schwer erkennbaren Identität freilegen. Zugleich scheint die stabilitätspolitische Skepsis Febvres hinsichtlich des je gewordenen Europa, angesichts osteuropäischer Bürgerkriege in den neunziger Jahren, zur Relativierung der Rede vom „neuen“ Europa beizutragen.

Wolfgang Schmale untersucht „Europa“ hinsichtlich der Probleme einer Geschichtsschreibung zum Zwecke der europäischen Identitätsbildung. In kritischer Auseinandersetzung mit dem eurohistorischen Mainstream sieht er Historiker als Identitätsanbieter stärker in die Pflicht genommen. Als problematisch erweist sich dabei die Strukturiertheit des Meta-Begriffs „Europa“: Schmale untersucht diese Vielschichtigkeit in unterschiedlichen Erkenntnisdimensionen, denen es auf den Zeitachsen nachzugehen gilt. Eine solche Einordnung scheint umso mehr geboten, als die neuerliche Welle der Euroskepsis die Frage der Identitätskonstruktion nicht länger im Akten-schrank der „Gewißheiten“ von Wissenschaftsbeamten ruhen läßt.

Dabei ist die Europa-Idee alles andere als unschuldig. Sie taugt, wie jedes integrative Konzept, zur Refestigung von Herrschaftsverhältnissen durch Konsensbildung nach innen und abwehrende Identitätsbildung nach außen. Sie kann, hinter der Fassade der Erinnerung an große Kulturleistungen, das Vergessen von Unterdrückung und Ausbeutung anderer Kontinente befördern, dem Europa seinen frühneuzeitlichen Aufstieg auch verdanken. Sie kann zur Festungsmentalität erstarren und historische Kreativität durch einen bloß bornierten Eurozentrismus behindern. Diese stärker außerhalb Europas existierenden Bedenken, sollten nun aber nicht zur Annahme einer europäischen Homogenität führen. Insbesondere der Osten Europas illustriert die wachsende Heterogenität des Kontinents.

Die von der Sozialwissenschaft nicht prognostizierten osteuropäischen Transformationsprozesse bilden nunmehr den Forschungsgegenstand einer neuen Wachstumsbranche. Nicht die Uferlosigkeit der theorieleeren Deskription,

sondern die kompetitive Heftigkeit der sich entfaltenden Erklärungspotentiale kennzeichnet den gegenwärtigen Zustand dieser Forschungsrichtung. Das demokratietheoretische Konzept von der Zivilgesellschaft wird in der Diskussion der Spezifika dieser „Transition“ geradezu inflationär verwendet, wobei die Stilisierung der „Civil Society“ zum Schlüsselbegriff der Analyse politischer Transformationsprozesse in Ost- und Ostmitteleuropa angesichts der Vielzahl konkurrierender Ansätze den Gebrauch des Wortes beliebig werden läßt. *Sigrid Meuschel* untersucht diese Civil-Society-Debatte vor dem Hintergrund modernisierungstheoretischer Implikationen. Der Komplexität der Umbrüche gerecht werdend, gibt sie dabei einer analytischen Vorsicht den Vorrang und kritisiert jene Dichotomisierungen, die die osteuropäischen Gesellschaften vor dem Hintergrund der „westlichen“ Moderne für bloß „vormodern“ halten. Deutlich wird, wie sehr die Risiken für Demokratie und Pluralismus der Moderne inhärent sind, und inwiefern ein evolutionstheoretisch inspiriertes Modernekonzept theoretisch unterkomplex bleibt.

Das vielzitierte Bild von einem zu durchquerenden „Tal der Tränen“ (Dahrendorf) verdeutlichte die sich mit dem Beginn der Systemumbrüche durchsetzende schmerzhaftes Erkenntnis, die mit den „heroischen“ Illusionen vieler Akteure aufzuräumen hatte, die davon ausgegangen waren, daß sich mit dem Ende der Einparteienherrschaft zugleich eine Verbesserung des Lebensstandards ergeben würde. Europas neue Vielfalt schließt auch die Erfahrungswelt der osteuropäischen Transformationsverlierer ein, für die die anbrechende Periode eingeschränkter Bedürfnisbefriedigung von der erfahrenen Abstraktheit politischer Freiheit begleitet wird. Wo Transformationsverlierer auftreten, soll aber von den Transformationsgewinnern nicht geschwiegen werden. Wie sich diese soziale Stratifikation in sich artikulierenden sozialen Gruppen auf die Legitimität der Transformation auswirkt, gerät angesichts der Schwierigkeiten regulierter Interessenvermittlung zu einer ungeahnt spannenden Frage. *Melanie Tatur* betrachtet nun in einer korporatistischen Perspektive die Dynamik der polnischen und russischen Systemtransformation unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung von Sozialbewegungen für den Verlauf dieser Prozesse.

Die Frage nach der Legitimitätserzeugung im Transformationsprozeß sieht sich beim „Warten auf den Supermarkt“ (Krasnodebski) vor die Realität transitorischer Delegitimierungen gestellt. Was in Westeuropa zunächst als die neue Vielfalt freudig begrüßt wurde, kann sich nunmehr als Einfalt erweisen: Der neue östliche Nationalismus scheint auch im Westen Europas auf einen bereiteten Boden zu fallen. Westlicher Liberalismus trifft im Osten hingegen auf widrigere Bedingungen. Im Sinne einer liberalen Ökonomie kommt zwar das Fortschreiten der „kreativen Zerstörung“ den Erwartungen

der Berater entgegen, obwohl die tatsächlich freigesetzten Kräfte selten die erwarteten sind. Bürgerrechte, Pluralismus, Freiheit und Toleranz werden im Osten jedoch als etwas zuvörderst Voraussetzungsvolles erfahrbar. Das Problem der Induktion dieser Voraussetzungen bereitet nun nicht nur im Westen erhebliche Kopfzerbrechen. Die Überlegungen dazu reichen auf der Akteursebene vom liberal-konservativen bis zum sozialdemokratischen Spektrum, womit beträchtlichen Nuancierungen in der Problemverarbeitungsweise jedoch nicht die Sinnhaftigkeit des Ziels in Frage gestellt wird, bzw. als common sense selbst in den heftigsten politischen Debatten mitschwingt.

Ganz anders klingt hingegen das, was *Fjodor Fink*, *Robert Kluge* und *Florian Andrews* anhand der „russischen Idee“ des betont antimodernen Nationalismus in Rußland untersuchen. Am Beispiel der antisemitischen Argumentation bei Igor Schafarewitsch stellen sie grundlegende Charakteristika der russischen nationalen Bewegung als einer Bewegung der Gegenmodernisierung heraus, die in der Logik „einfacher“ Erklärungen den alten russischen Konflikt „Westler versus Slawophile“ reformuliert.

Im Unterschied zu den von Fink, Kluge und Andrews beschriebenen faschistoiden Tendenzen in Rußland, ist die in Ostmitteleuropa vorherrschende Vision von der „Rückkehr nach Europa“ eher ein Indikator für den Integrationswillen der politischen Klasse jener Länder. Die neue Ostkooperationspolitik der EG wird von *Frank Geißler* als Reaktion auf bestehende Interessenverflechtungen und transformationspolitische Herausforderungen in den „Rückkehrerstaaten“ dargestellt, wobei die verschiedenen Pfade einer „Rückkehr“ diskutiert werden. Der Abschied von alten Problemverarbeitungsmodellen fällt dabei, dies wird deutlich, in Westeuropa besonders schwer, da der Sog einer historisch singulären Transformationskrise den Westen – in mehrfacher Hinsicht – unvorbereitet „traf“.

Die in diesem Heft umrissene *neue* Vielfalt Europas wird dabei vornehmlich in der osteuropäischen Perspektive betrachtet. Dies hat gute Gründe. In einer Vielzahl von Studien zur EG-Integration wurde zwar nach den Maas-trichter Unionsverträgen eine erkleckliche Fülle von Neuheiten herausgestellt. Die Perspektive des vorliegenden Heftes versucht jedoch nicht das evolutionär Veränderte, sondern das historisch Neue an Europas Vielfalt zu problematisieren und damit das Moment besonderer Herausforderung hervorzuheben.

Die Beiträge zum Schwerpunktthema dieses Heftes entstanden aus den zum Teil recht verschiedenen Perspektiven historischer und politologischer Provenienz. Darin liegt aber der für COMPARATIV inzwischen charakteri-

Editorial

stische – und damit eigensinnige – „Stallgeruch“: Sozialwissenschaft als interdisziplinäres Unternehmen wird nicht institutionell tranchiert, sondern in verschiedener Perspektive betrieben und am Gegenstand zusammengeführt. Nur dabei sind auch die disziplinär differenzierten und je verschieden gewordenen Wissenschaftssprachen kommunikativ zu verflechten. Es bleibt zu hoffen, daß die dabei entstehenden Diskussionszusammenhänge ausgebaut werden können.

Leipzig, im Oktober 1993

Frank Geißler/Matthias Middell

Lucien Febvre und Europa: An den Grenzen der Geschichte¹

Der folgende Text ist nicht das Resultat einer abgeschlossenen Forschungsarbeit, sondern will einige Anregungen zur Lektüre des unveröffentlichten Werkes von Lucien Febvre geben. Lucien Febvre (1878-1956), der gemeinsam mit Marc Bloch die *Annales d'histoire économique et sociale* gründete, ist auch für seine Studien über Luther und Rabelais und für seine wortgewaltigen „Combats pour l'histoire“ bekannt.² Seine nun verfügbaren unveröffentlichten Manuskripte stellen diesen Arbeiten eine neue Dimension zur Seite. In einer ersten Erkundung stelle ich hier seine Vorlesung über Europa vor, die erste, die er nach der Befreiung von Paris 1944/45 am Collège de France gehalten hat.³

Der grundlegende Text, der „Kern“ dieser Vorlesung besteht aus einer Serie von fünf Lektionen unter dem Titel „Der Mythos des guten Europäers“, die Febvre im Frühjahr 1940 in Genf vorgetragen hatte. Zwischen den Genfer Vorträgen, die mitten in der „drôle de guerre“ stattfanden, und der Pariser Vorlesung lagen jedoch die Niederlage, die Okkupation Frankreichs und Vichy, lagen Gewalt und Grausamkeiten aller Art und der Verlust von Freunden. Dazwischen spielten auch neue Lesestoffe eine Rolle. Um die Auswirkung des Krieges auf die politische und geistige Gedankenwelt Febvres zu ermitteln, müssen beide Textreihen verglichen und Veränderungen im Ton wie in der Form aufmerksam registriert werden.

In Anbetracht dieser Veränderungen schlage ich eine Lektüre auf drei Ebenen vor. Zunächst die materielle Ebene, der physische Aspekt und die Art der untersuchten Texte. Dann das eigentliche Thema, die Entstehung der Europaidee und ihre Darstellung, die für das Denken Febvres charakteristisch ist. Die dritte Ebene schließlich ist keine darüberliegende Etage, sondern, wenn man so will, die Treppe, die die beiden genannten Ebenen miteinander und den gesamten Text mit dem Autor verbindet. Es gilt zwischen den Zeilen zu lesen, einen „Metatext“ zu etablieren, der uns vermittelt bestimmter Formulierungen und Bilder über die enge Verflechtung von Geschichte und Leben bei Lucien Febvre Auskunft gibt.

Zur ersten Ebene: Für die Analyse der Vorlesungen von Lucien Febvre muß man sich unbedingt vergegenwärtigen, daß die Texte zum lauten Vorlesen gedacht waren. Dieser Charakter der mündlichen Rede ist stark ausgeprägt, nicht nur, was das Schriftbild angeht (oftmals beinahe unleserliche

Notizen voller Abkürzungen, Wiederholungen mit anderen Worten und Streichungen), sondern vor allem in der Gedankenführung, in Abschweifungen und Übergängen, im „Spiel“ der Ideen. Wie Febvre selbst sagte, erlaubte ihm eine Vorlesung, die Gedanken frei zu entwickeln, ohne sich von Anfang an auf genau ausgearbeitete Texte stützen zu müssen.

Dieser spielerische Eindruck, der Eindruck der Bewegung, des Entstehens und Werdens der Vorlesungen von Febvre wird durch einen besonderen dynamischen Zug noch verstärkt, den ich mit Michail Bachtin den „dialogischen“ Aspekt des Textes nenne.⁴ Man könnte den Diskurs Lucien Febvres als Prisma auffassen, das mehrere innere Stimmen bricht. Durch seine Worte hindurch vernimmt man die vorgestellten Einwände – oder den Beifall – des Auditoriums, die verschiedenen, mitunter kontroversen Meinungen der zitierten Autoren. Unter diesen fällt besonders die Präsenz Marc Blochs auf, des Mediävisten, der gemeinsam mit Febvre die *Annales* leitete. Dessen Tod hat den „Dialog“ zwischen den beiden Freunden nicht beendet. Nach dem Juni 1944 ist es nicht mehr die Korrespondenz zwischen ihnen, auch nicht ein sehr persönlicher Text von Bloch wie „Der Beruf des Historikers“⁵, sondern die Überlegungen Febvres, die ihre Diskussionen fortführen und konkretisieren. Betrachten wir nun die Vorlesung von 1944/45.

Europa: das Wort und die Sache. Febvre, der meint, daß ein Gegenstand nur unter der Bedingung wirklich existiert, daß er einen Namen hat, sucht zu Beginn der Vorlesung zu erfahren, „wie Europa getauft wurde“. Er konstatiert, daß Europa eine Erfindung der Griechen ist, daß man den Namen bei Hekataios von Milet, bei Herodot und Strabon findet. Die so bezeichnete „Sache“ erweist sich jedoch in ihren konkreten Einzelheiten als schlecht bekannte theoretische Realität. Niemand kannte genau die geographischen Grenzen. Das Europa der Griechen, so Febvre, war „geschaffen, um einem Bedürfnis des Geistes [...], einem logischen Bedürfnis zu genügen. Dem Bedürfnis, die Wirklichkeit zu analysieren, aufzuteilen und logisch neu zusammenzusetzen.“ Er schlußfolgert daraus, daß Europa in der griechischen Welt „ein Name [war], der auf der Suche nach sich verbergenden Realitäten dahintrieb“.

In der Tat, es sollten ganz andere Realitäten sein, die Febvre in seinen folgenden Lektionen beschrieb. Der Hellenismus und das Römische Reich, beides weitreichende politisch-kulturelle Phänomene, waren auf den Mittelmeerraum zentriert. Sie behinderten die Herausbildung eines politischen Europa und waren zugleich Träger der künftigen europäischen Zivilisation.

Die letzte Bemerkung veranlaßt ihn zur Erkundung des Begriffs der Zivilisation selbst. Für den Historiker, meint Febvre und wendet sich damit gegen die partikularistische Perspektive der Ethnologen, ist „die Zivilisation der verbindende und näherbringende Teil“. „Sie ist das, was uns nicht erstaunt, wenn wir verreisen“, fügt er hinzu und berichtet von seinen eigenen Erfahrungen in Buenos Aires, wo ihn auf den ersten Blick alles an Paris erinnerte – der Zoll, das Taxi, das Hotel, die Reden der Intellektuellen.

Solche gemeinsamen Züge hebt Febvre in der römischen Zivilisation hervor. Die *pax romana* liefert eine gemeinsame Sprache, eine geregelte Administration und „eine materielle Zivilisation, reich an vielfältigen Elementen, die sich überall identisch wiederfinden. Überall öffentliche Gebäude, überall Göttertempel [...], von den Rheinufern bis an den Rand der Sahara“. Für Febvre ist die römische Zivilisation nach dem Hellenismus „das zweite jener großen kulturellen Ensembles, die die Träume von Einigkeit, die Wünsche nach Verständigung und Einvernehmen der Menschen bargen, zu einer Zeit, da Europa noch immer nur ein Wort war“.

Diese Lektionen über die mediterranen Zivilisationen werden von der „Präsenz“ Fernand Braudels belebt, der damals noch nicht aus seinem *Oflag* in Lübeck befreit war. Dies ist, nebenbei gesagt, ein neuer Akzent, der in dem Genfer Vortrag von 1940 noch nicht vorkam. Dagegen sind die Lektionen über die Entstehung des mittelalterlichen Europa sowohl 1940 als auch 1945 stark von Marc Bloch geprägt. „Europa taucht auf, als das Römische Reich zusammenbricht“ heißt die fünfte Lektion. Man erkennt hier den schroffen Ausspruch wieder, mit dem Marc Bloch auf die Megalomanie des italienischen Historikers Corrado Barbagallo abzielte, der – wie Bloch schrieb – „Europa etwas zu stark in der Tradition des Römischen Reiches sieht. Europa ist aber, denke ich, ziemlich genau zu jenem Zeitpunkt aufgetaucht, als das Römische Reich zusammenbrach“.⁶

„Und das ist sehr richtig“, sagt Febvre 1944, „doch von einer Wahrheit, die interpretationsbedürftig ist.“ In den darauffolgenden Wochen malt er ein farbiges Fresko der Genese des karolingischen Europa – es sei zwar nicht jenes Europa, das wir suchen, meint Febvre, gleichwohl dessen erste politische Präfiguration. Dann beschreibt er die Zersplitterung dieses Königreiches in der Feudalzeit, das Konzept der Christenheit, das ebensowenig Europa sei, und den wirtschaftlichen und demographischen Aufschwung seit dem 11. Jahrhundert.

In den Vorlesungen über das karolingische Europa stößt man von Anfang an neben Marc Bloch auch auf Henri Pirenne. Febvre macht dessen Arbeit über Mahomet und Karl den Großen zum Ausgangspunkt für seine Erklärung der drei Sezessionen, die das Zentrum der Zivilisation aus dem Mittelmeerbecken

in die *terra firma* des Nordens verlagert haben. Spaltung, Sezession, Schisma. Die konstante Spannung zwischen diesen Begriffen der Abgrenzung und ihrem Gegenteil – Begriffen wie Fusion oder Vermischung – trägt die gedankliche Entwicklung dieser Vorlesung.

Die Abspaltung vom Orient also, vom Byzantinischen Reich, war, so Febvre, die erste notwendige Bedingung für die Geburt Europas. Vor allem aber, unter beständigem Druck des Islam, im 7. Jahrhundert die Abspaltung des Maghreh, Nordafrikas. Darin lag „der große Abfall, der die mediterrane Einheit zerbrochen hat“, unterstreicht er mehrfach. Im Jahre 1949, in einem wieder abgekühlten politischen Klima, sollte er mit den Worten Winston Churchills vom „eisernen Vorhang“ sprechen, der wegen der Eroberungen des Islam plötzlich über die Mittelmeerwelt heruntergefallen sei. Die dritte (chronologisch die zweite) Sezession ist die des Westens selbst, der sich seit dem 5. Jahrhundert germanischen Völkerstämmen öffnet.

Soweit die Organisation. „Doch Europa ist zweierlei“, sagt Febvre, „Organisation und Zivilisation, Europa seireitet in der Geschichte wie ein starker Mann [...] in einendichten Menschenmenge voran. Mit beiden Schultern [...] Es braucht zunächst ein Minimum an Organisation, das [...] einen ersten Schutz verschafft. Aktionen, Reaktionen. Abwechselnder Schritt. Fortschreiten auf zwei parallelen Wegen, auf zwei nebeneinanderliegenden Ebenen, der politischen und der kulturellen.“

An diesem Punkt stellt Febvre die Frage, warum die römische Zivilisation so rasch untergegangen sei. „Ein ernstes Thema zum Nachdenken für uns“, hatte er 1940 ergänzt. Seine Antwort liest sich denn auch wie eine Warnung, voller politischer Konnotationen. Wie Michelet in „Le peuple“ ein Jahrhundert zuvor signalisiert Febvre die Gefahr einer Spaltung zwischen Elite und Volksmassen innerhalb einer Gesellschaft. Jede rein auf die Eliten gegründete und mittels Autorität und Kunstgriffen gestützte Zivilisation, die nicht fest im Volk verwurzelt ist, sei zu Auflösung und Zersetzung verurteilt.

Die Zersetzung der römischen Zivilisation liegt also daran, daß sie nicht mehr in den Volksschichten verankert ist. Die neue Zivilisation, die die freigesetzten Elemente absorbiert, ist – und man beachte die Terminologie – das Ergebnis „einer Vermischung der Rassen. Einmal mehr bestätigt die Geschichte: nicht Reinheit, sondern rassische Unreinheit ist fruchtbar [...]“ Als er diese Formulierung von 1933 in seiner Antrittsvorlesung am Collège de France wiederaufnimmt,⁷ vorwendet er sein Konzept von Wissenschaft, um die Genesis Europas zu erklären: „Ebenso wie große Entdeckungen nicht innerhalb der einzelnen Wissenschaften, sondern in ihren Grenzbereichen entstehen, erwachsen die großen Erneuerungsbewegungen der Zivilisation aus dem Zusammenreffen menschlicher Gruppen.“

Abspaltung versus Vermischung. Der vermittelnde Begriff ist *Grenze*, ein Schlüsselwort, das der Identitätssuche Lucien Febvres zahlreiche Tore öffnet. Zunächst die epistemologische Identität, die seine Geschichtsauffassung betrifft, doch ebenso die französische Identität, denn tiefe Wurzeln verankern ihn im Boden der Franche-Comté und zwischen den Pflastersteinen der Pariser Straßen gleichermaßen. „Das steinige Paris“ und die walddreiche Provinz sind die beiden geographischen und kulturellen Pole der nationalen Identität Febvres. Seine europäische Identität ist schwieriger auszumachen. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wollen wir die Fortsetzung der Vorlesung über Europa betrachten.

Das Karolingerreich, das, wie Febvre hervorhebt, nicht die Ablösung des Römischen Reiches, sondern ein neues Phänomen – die erste Präfiguration des historischen Europa – darstellt, hatte keinen Bestand. Sein politischer Rahmen zerbrach im Nebel der feudalen Zersplitterung. Der einzige Rückhalt für die junge Zivilisation war nun die Kirche.

In einer nach Novalis „Europa und Christenheit“ benannten Lektion versucht Febvre die beiden Begriffe zu umreißen, die er für miteinander verbunden, aber nicht für identisch hält. Er erwähnt den jahrhundertelangen Konflikt zwischen Päpsten und Fürsten, den er nicht als Konflikt zwischen einem Ideal und einer Wirklichkeit ansieht, sondern zwischen „zwei Lebensauffassungen, zwei allgemeinen Weltanschauungen“.

Bis in die Kreuzzüge hinein erblickt Febvre die Verkörperung dieses Konflikts zwischen den Träumen der weltlichen Macht und denen der Kirche. Doch handelt es sich dabei eher um zusätzlich wirkende Kräfte: „Die riesige Verschmelzung und Vermischung, die durch den Kreuzzug stattfand, der so viele Menschen unterschiedlicher Herkunft die Verbundenheit spüren ließ, welche der christliche *Name*, das christliche *Ideal* unter ihnen schuf [...] – es gibt kein mächtigeres und stärkeres Werkzeug der europäischen Einigung.“ Einer Einigung, fügt er hinzu, „die nicht allein religiöser Natur ist: sie ist in hohem Maße *politisch*. Sie ist wirtschaftlich. Sie ist kulturell. Der Kreuzzug schafft bzw. erneuert gewaltige Verkehrsströme.“

Auch Strom ist ein hervorhebenswerter Begriff. Febvre denkt konkret an die durch den Kreuzzug wiederhergestellten Verbindungen zur Mittelmeerwelt. Ein – wirtschaftlicher oder anderer – Strom ist ein dynamischer Begriff, der Bewegung in das von Febvre konstruierte Bild der Vergangenheit bringt. Er ist das Prinzip, das Grenzen öffnet, diese Demarkationslinien, die für ihn unverzichtbar sind, vorausgesetzt sie sind durchlässig.

Ich übergehe ungemein interessante Passagen über den ökonomischen Aufschwung seit dem 11. Jahrhundert, um direkt zur dreizehnten Lektion überzugehen, die einen Text von Philippe de Commines aus dem späten 15.

Jahrhundert behandelt. Dieser Kurs markiert einen methodologischen Wandel innerhalb des Vorlesungszyklus. Bis dahin hatte sich Febvre ausgiebig auf Studien aus zweiter Hand gestützt, darunter solche von Braudel, Pirenne, Bloch, und Abrisse über die Geschichte der Zivilisationen mit der Darlegung ökonomischer Entwicklungsabläufe kombiniert. Nun, da er sich dem 16. Jahrhundert nähert, befindet er sich auf eigenem Forschungsfeld und untersucht Texte, die er bestens kennt, um aus ihnen nach der bewährten Methode der historischen Semantik die wechselnden Bedeutungen des Wortes „Europa“ herauszufinden.

Die Vorlesung über Commynes verdeutlicht auch eine Wende in der Herausbildung des europäischen Bewußtseins. „Der Okzident hört auf, sich dem Orient unterlegen zu fühlen“, notiert Febvre auf das Umschlagpapier. Dieses Überlegenheitsgefühl, nach Febvre eine der größten sittlichen Kräfte, entdeckt er bei dem Geschichtsschreiber Karls des Kühnen und Ludwigs XI. Für diesen homo politicus, der stolz war, Europäer zu sein, bedeutet Europa nicht mehr das Etikett eines Kosmographen ohne präzisen Inhalt, sondern bezeichnet das Gefühl der Verbundenheit unter deutlich abgegrenzten Ländern.

Handelt es sich aber an der Schwelle zum 16. Jahrhundert um Europa oder um den Okzident? Febvre ist hier etwas unbestimmt, und der Durchblick fällt auch schwer, weil hier eine Lücke von vier nicht erhaltenen Lektionen klafft. Bei der nächsten, der achtzehnten Lektion, befindet man sich schon mitten im 16. Jahrhundert, und von Europa ist nicht mehr die Rede. Zwar spürt Febvre das Wort bei Du Bellay und Ronsard auf, doch bei diesen Poeten dient es eher dem Reim und resultiert aus der „wiedererwachten Neigung für antike Vokabeln“. Rabelais und Vives verwenden es, allerdings nur selten und zur Kennzeichnung einer Region, nicht im kulturellen oder politischen Sinne des Wortes. Vergebens sucht Febvre es bei Bodin, diesem „Staatstheoretiker“, und bei Erasmus oder Thomas Morus. Über Europa herrscht Schweigen. Ihre Heimat war die Christenheit, oder, elitärer, die griechisch-lateinische Heimat des Humanismus.

Dennoch bahnen sich die späteren Bedeutungen des Wortes „Europa“ an. Im Verlauf des 16. Jahrhunderts bekommt die westliche Zivilisation Risse. Die Einheit der Christenheit zerbricht, und das bedeutet das Ende der gotischen Kunst, in der Febvre „den Ausdruck eines Ideals, das keine Grenzen kannte“, preist. Die Reformation und die Heraufkunft einer Literatur, die sich der Alltagssprache bedient, haben der Struktur des Okzidents gleichsam mit dem Meißel einen tiefen Spalt zugefügt. Die monarchischen Staaten, Rahmen der künftigen Nationen, bildeten sich heraus und bestimmten ihre Grenzen.

Dazu kam die Entdeckung Amerikas. Febvre meint, daß der Name Europa

nunmehr „als Kontrast“ auf die Länder Anwendung fand, die dem neuen Kontinent gegenüberstanden.

Europa nimmt also durch Kontraste und Brüche Gestalt an. Doch nach Commynes, so Febvre, mußte man ein Jahrhundert lang warten, um an „einen entscheidenden Zeitpunkt der Entwicklung der Ideen über Europa“ zu gelangen. Es handelt sich um den angeblichen „großen Plan“ – der Heinrich IV. zugeschrieben wird, jedoch von dessen Minister Sully stammt –, in Europa eine ausgewogene politische Ordnung als alleinige Garantie für den Frieden herzustellen. „Da sind wir“, sagt Febvre, „bei der Idee des europäischen Gleichgewichts angelangt. Und sie ist keine positive Idee. Sie ist eine Reaktion. Wogegen? Gegen einen der seiner Einfachheit nach schrecklichsten Mythen, den der menschliche Geist hervorgebracht hat: den Mythos der Universalherrschaft (*Domination Universelle*).“⁴⁸

Febvres Emphase ist angesichts der Verheerungen, die der letzte dieser Weltherrscher verursacht hatte und der, dies sei nicht vergessen, in Deutschland noch an der Macht war, keineswegs zufällig. Und es ist ebensowenig ein Zufall, wenn Febvre sich einmal irrt und schreibt, „der Mythos der universellen Verdammnis“ (*Damnation Universelle*). In solch starken Worten drückt er seinen Abscheu vor „diesem blutigen Hirngespinnst [aus], das in der Geschichte immer wieder Verkörperungen findet“. Erkennt Karl V., Philipp II., Ludwig XIV. und Napoleon I., doch er vermeidet es, Hitler zu nennen.

Febvre schlußfolgert, daß seit Beginn des 17. Jahrhunderts Europa ausgleichend wirkt, oder konkreter, Europa als Kräftebilanz gegen jede übermäßige Gewalt zu einem Begriff des Widerstands, einer Reaktion, einer Bremse wird. Die Idee stammt aus Italien, besonders von Giccardini und Machiavelli, wie Febvre anerkennt. Doch diese rasche Verneigung ist die einzige Referenz an das Land, das er für seine Kultur liebt, doch wegen seiner Politik verabscheut. Frankreich steht im Mittelpunkt seiner Rede.

Im 18. Jahrhundert vollzieht sich graduell der Übergang von Europa als politischem System zum Begriff des Vaterlandes, das über den Staaten steht. Febvre vollzieht diesen Wandel in den Schriften von Leibniz, Fontenelle und Fénelon nach. Das Thema deprimiert ihn freilich: „Wenn man die Texte gesammelt vor sich liegen hat, wenn man sie in den Händen und im Gedächtnis hält, wenn man sie liest und wieder liest – welche Bitterkeit! Ja was denn, so viel guter Wille, kühn, intelligent, uneigennützig... Ein so wunderbares Stimmenkonzert mit so zutiefst menschlichem Klang, eine solche Hoffnungswege – und NICHTS, nichts, nichts. Nichts als neue Kriege, nichts als Haß, Konflikte, Massaker... Nein, das ist kein schönes Thema. Es hinterläßt einen zu bitteren Nachgeschmack bei dem, der es behandelt... Und ein Gefühl der Ohnmacht.“

Doch sogleich faßt er sich wieder und setzt seinen Gang durch so überaus vielversprechende Texte fort. Montesquieu, Rousseau, Voltaire, Diderot: zwischen 1740 und 1780 wird Europa gleichsam als Wahlheimat angesehen. Es ist eine Zeit, die vom Verschwinden der Grenzen träumt, von einer Föderation der Völker, von universeller Brüderlichkeit. Sie endet mit der Entstehung der Nationen, der Klippe, sagt Febvre, an der das Schiff Europa auf Grund läuft.

Bevor er die Revolutionszeit untersucht, betrachtet er eingehender den Begriff von Europa als „Überheimat“. Er präzisiert, daß jenes Europa das Europa der reichen Schriftsteller war oder derer, die für die Reichen arbeiteten und in jedem Fall von diesen gelesen wurden. Es war ein Europa der kultivierten Männer, der Gebildeten, die sich nicht um das tägliche Brot sorgen mußten, die von sozialen Problemen nicht berührt wurden. Überdies war es ein Europa französischer Zunge, eine Verlängerung Frankreichs.

Febvres Bemerkungen über die französisch-europäische Zivilisation ähneln knirscherweise seinen Ausführungen über die römische Zivilisation, die Kunst der Gotik und die zeitgenössische Zivilisation, die überall in identischer Gestalt auftraten. Im Europa der Eliten des 18. Jahrhunderts ist die Architektur französisch, die Malerei französisch, ebenso die Sprache, die intellektuellen Reden und die Küche. Ein Paradox, fährt Febvre fort, weil diese Prädominanz der französischen Zivilisation mit einer Verringerung der politischen und Kolonialmacht des Landes einhergeht. Zu Beginn des Jahrhunderts übernimmt England die Führung auf diesem Gebiet. „So versteht man, daß Frankreich den Franzosen nicht mehr genügt [...]; Europa tröstet sie über ihre Mißerfolge und Verluste hinweg.“

Dieses Europa ist allerdings eine reine Geisteskonstruktion, und darin liegt der eigentliche Grund für sein Verschwinden. In Frankreich zieht nun die *Nation* herauf, „dieses große Drama“. Febvre bemerkt, daß das Wort, das bereits zuvor existierte, Ende des 18. Jahrhunderts nahezu explosionsartig zunimmt. Und zwar in den Volksschichten. Nation bedeute „ein gemeinsames Bewußtsein, eine moralische Verwandtschaft. [...] Ein Ideal denken, ein und dasselbe Ideal, ist die notwendige Bedingung der realen Vaterländer.“ Das reale Vaterland steht hier den elitären Träumen der Gebildeten gegenüber. Es geht um das Ideal eines ganzen Volkes, das die Verbindung herstellt zwischen dem konkreten Vaterland, dem Land der Väter, und der nationalen Wertegemeinschaft, der man durch die Geburt angehört.

Mit der Entstehung der Nation, fährt Febvre fort, treten die Grenzen zwischen Frankreich und Europa wieder auf, die Abschließungen, „die zu Schranken, Gräben, Barrikaden werden können“. Er denkt dabei nicht nur an die juristischen Demarkationslinien zwischen den Staaten, sondern zeichnet

darüber hinaus die soziale Trennlinie nach. Einerseits das Europa der Könige und der emigrierten Adligen, andererseits das französische Volk, das die Nation bildet – ein Wort, das eine lebendige Hoffnung und dann eine Realität geworden ist.

Aber auch hier ist der Gegensatz nicht der zwischen der harten Wirklichkeit der Grenzen und den entmaterialisierten Träumen der Elite. Febvre verweist darauf, wie schon anlässlich des Konfliktes zwischen weltlichen und klerikalen Idealen während der Kreuzzüge, daß es um zwei Seinsarten geht, um zwei Varianten, die Welt aufzufassen. Die der Aristokratie war kein Trugbild, sondern eine geistige Realität. Daß sie sich als utopisch im Sinne von „nicht machbar“ erwies, war eine andere Sache.

Es kam Napoleon, und Febvre ist kaum zartfühlend gegenüber diesem „unaufhaltsamen Beherrscher“, der gestieft und gespornt regiert und für den Europa nur der Stoff ist, in den er sein Reich kleidet. Ein Reich, das er Frankreich nennt.

Auch gegenüber Deutschland ist Febvre nicht zurückhaltend. Die Deutschen bilden zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch keine Nation, sagt er, doch sie beginnen trotzdem Nationalgefühle zu verspüren, das *Volkstum*. Dies ist der Zeitpunkt, da der germanische Mythos entsteht, ein auf Blut und Geschichte beruhender Nationalismus, den Febvre eindeutig im Kontrast zum französischen Nationalgefühl sieht, das auf der Idee eines freiwilligen Vertrages gründet. Die französische Nation – Febvre sagt es in seiner Vorlesung über Michelet 1943/44, also während der Okkupation, mehrmals – hat nichts mit einer angeblichen Rassenreinheit zu tun, die nach seiner Auffassung eine Spezialität der deutschen Ideologen sei.

Nationen, Nationalitäten – es sind Realitäten, denen die Regierungen des 19. Jahrhunderts Rechnung tragen müssen. Man spricht noch vom europäischen Gleichgewicht, von der Balance in Europa. Dies seien veraltete Denkweisen, meint Febvre, handle es sich doch nicht mehr um ein Spiel der Fürsten und Souveräne, die ihre Untertanen nach Belieben manipulieren können. Die Subjekte sind Nationen, Nationalitäten geworden, und Febvre nimmt ein wenig den Ton von Valéry an, wenn er diese als „explosive Produkte, gefährliche Produkte“ bezeichnet. „Seit sie geschaffen wurden durch diese geheimnisvolle Chemie auf dem Grund des Volkes [...] gibt es kein mögliches Europa mehr.“ Das eine tötet das andere, und kurz zuvor hatte Febvre auch den Grund dafür erläutert: „Nationalitäten sind nicht klug. Es sind keine vernünftigen Mächte. Es sind von Leidenschaften Bewegte. Rasende, die schreien, weinen, appellieren, protestieren, die lieben und hassen... Und sie sind bewaffnet.“ Kein europäisches Gleichgewicht mehr, sondern ein System das bewaffneten Friedens.

Die Frage der Aufrüstung kommt in der folgenden Lektion, der sechsundzwanzigsten, wieder vor. Berufssarmeen existieren nicht mehr, sagt Febvre. Fortan sind Armeen nichts weiter als „bewaffnete Nationen, ganze Nationen, die auf die militärische Ebene verbracht werden [...] und all ihre friedlichen Kräfte auf die Raserei und die Träume des Krieges verlagern“. Es ist von Bedeutung, daß Febvre in diesem Zusammenhang – 1940 in Genf hatte er dies nicht getan – darauf hinweist, daß der industrielle Aufschwung gerade im Rahmen der bewaffneten Nationen stattfindet. Das eine geht mit dem anderen einher; die Worte Victor Hugos helfen ihm, seine Sätze scharf zu formulieren. Die Industrie, sekundiert von der Wissenschaft und unterstützt durch die Nationen, stellt immer zerstörerischer wirkende und immer stärker perfektionierte „Todesmaschinen“ her. Wissenschaft und Technik, in den dreißiger Jahren für Febvre Kräfte des Fortschritts, werden zu diabolischen Gewalten, die wahre Monster Franksteins hervorbringen.

In diesem Zusammenhang ist es durchaus bezeichnend, daß das Bild vom Flugzeug, das die Grenzen überfliegt – eine Metapher, die Febvre sehr häufig für die Annäherung der Länder, die Entgrenzung der Welt benutzt –, plötzlich zum Träger von Zerstörung wird.

Die Technik ist also ein Mittel materieller Zerstörung, doch ebenso psychologischer Vernichtung. „Denn es genügt nicht mehr“, so Febvre, „die Körper der Menschen zu besitzen [...] Man muß auch ihre Hirne haben, ihre Herzen, ihre Seelen. Und das Radio ist dazu da, sie zu verblenden, sie [...] mit Hilfe von bald zynischen, bald pathetischen Botschaften zurechtzuformen [...] Was wiegt dagegen der friedliche Bund der Nationen, von dem die guten Europäer seit Beginn des 20. Jahrhunderts unentwegt träumen?“

Es wird ersichtlich, daß Febvre nicht sehr optimistisch ist. Der Traum von der europäischen Einheit sei seit dem Ersten Weltkrieg ein Refugium, ein Zeichen der Hoffnungslosigkeit, dessen einzige Wirklichkeit in eben dieser Hoffnungslosigkeit liegt. Denn Europa hat Angst, fährt Febvre fort, und wiederholt es gleich noch einmal, um den Ernst seiner Worte hervorzuheben. Europa hat Angst, weil es sich belagert fühlt. Die Industrie, die Kolonien, die Ideen und selbst der Begriff der Nation, die es über die Welt verbreitet hat, kehren sich gegen Europa und verwandeln es in eine zweitrangige Macht.

Politische Krise, Wirtschaftskrise. Auch Zivilisationskrise. Die Lage sei niemals tragischer gewesen: „1914: eine starke, gefestigte Zivilisation, vereint, glänzend. Niemand dachte, daß sie jemals untergehen könne. Man konnte sich auf sie stützen. Die intellektuelle Gemeinschaft produzierte großartige Sachen, ohne sich um Grenzen zu scheren.“ Man erkennt Tonfall und auch Formulierungen wieder, die Febvre zur Beschreibung der französisch-europäischen Zivilisation des 18. Jahrhunderts verwendet hatte. Er setzt persönli-

che Akzente, indem er von seiner Jugend erzählt: „Ein Vaterland der Denker. Was hat man aus diesem Vaterland gemacht? O Florenz, o Florenz unserer Jugend [...] Und ich könnte ebenso sagen: O München der Vorkriegszeit, München der Künste, der Musik und des Bieres, und du, geliebtes, zartes Wien, das nach tausend Geigen klingt, und all die Universitäten Deutschlands, und all die Professoren des Deutschland von damals [...]“ Und Febvre erzählt von der Bitterkeit Henri Pirennes, der eine Vorlesung von 1920 mit dem Titel überschrieb: „Was man von Deutschland verlernen muß“.

Im Jahre 1945, angesichts einer tiefen moralischen und materiellen Krise, glaubt Febvre nicht, daß die Errichtung einer europäischen Föderation möglich sei. Zunächst, meint er, sei Europa nicht mehr in Europa. Man müsse es im Weltmaßstab denken, wenn man seiner ökonomischen und anderen Probleme Herr werden wolle. Europa ist eine zu begrenzte und zugleich zu weitreichende Angelegenheit, die keine ausreichend homogene kulturelle Identität abdecke. Febvre befürchtet, daß es nur eine Lösung für die europäische Einigung geben könnte: ein von einem einzigen Land gestaltetes Europa.

Von diesem Europa, das er vehement zurückweist, entwirft er ein Bild in geradezu Orwellscher Manier: er sagt neue Kriege voraus, diesmal zwischen den Kontinenten. „Denn dieses Europa, vereint durch Eroberung und aus Gewalt geboren, muß durch Gewalt aufrechterhalten werden. Durch Gewalt, durch Polizei, durch Folter. Und folglich durch Angst.“ Das hatte Febvre 1940 gesagt, und er wiederholt es 1945.

So Lueien Febvre über Europa, kurz vor und kurz nach dem Krieg. Sind es identische Worte? Nicht völlig. Hören wir den Schluß beider Vorlesungen. „Ich habe einen Traum“, sagte Febvre 1940, „ich habe einen Traum“, wiederholte er sogleich, als wolle er seine Unruhe vertreiben. Er träumte von einem guten Beispiel der Europäer in der Welt, dem Beispiel eines politisch-wirtschaftlichen und kulturellen Bündnisses, das sich seiner Meinung nach sehr gut mit nationaler Vielfalt verträge. Er träumt vom guten Europäer, voller Ideale, einem guten Geburtshelfer der Zivilisation. „Unterwerfen, nein. [...] Assimilieren, nein. Bei der Entfaltung helfen, ja. Gute Gärtner sein, die den Pflanzen helfen aufzublühen. [...] Mögen Sie verstehen, den Werken des Friedens und der Menschlichkeit das Prestige der Werke des Krieges und der Zerstörung zu verleihen. Wenn das nicht geht, sehe ich nichts mehr. Nur Nacht und Blut.“

Fünf Jahre später war dieser Traum verschwunden, erstickt in Nacht und Blut. Febvre beendet seine Vorlesung über Europa 1945 mit einem Zitat von Charles Peguy: „Und alles würde in Müdigkeit enden, dieses großartige Abenteuer, so wie nach einer anstrengenden Ernte ein großer Sommerabend langsam herabsteigt. Gäbe es da nicht meine kleine Hoffnung...“⁹

Lucien Febvre und Europa

- 1 Der Text beruht auf einem Vortrag, der auf der „journée Lucien Febvre“ am 14. Dezember 1990 in der Maison des Sciences de l'Homme, Paris, gehalten wurde. Ich danke Herrn Roger Chartier und Herrn Henri-Jean Martin, die diesen Studientag initiiert haben, und den Erben von Lucien Febvre, die freundlicherweise den Nachlaß ihres Vaters für die Forschung öffneten. – Der Text wurde zuerst veröffentlicht in: *Yearbook of European Studies* 4 (1991), S. 203-216. Wir danken den Herausgebern für die freundliche Abdruckgenehmigung. Übersetzung aus dem Französischen von Katharina Middell. (Anm. d. Red.)
- 2 *Un destin: Martin Luther*, Paris 1928; *Le problème de l'incroyance au 16^e siècle. La religion de Rabelais*, Paris 1942; *Combats pour l'histoire*, Paris 1953.
- 3 Sie besteht aus 28 Lektionen (5 von ihnen fehlen), die handschriftlich im Telegrammstil verfaßt sind. Es sei angemerkt, daß Febvre 1940/41 eine Vorlesung über Europa halten wollte. Die Ereignisse hinderten ihn daran. In der ersten Vorlesung dieses Jahres (Januar 1941) sagte er zu seinem Publikum: „... zu diesem Zeitpunkt über Europa sprechen – *nein* [...] Wir Franzosen sind augenblicklich in der tragischen Situation, daß wir weder die historischen Realitäten [...] noch die Mythen von Eintracht und Einigkeit oder selbst die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft als unsere miserablen Tage, die Europa noch in uns zu erwecken vermag, in ruhigem und friedlichem Geist erörtern können. [...] Ob Trauer, Schuldbewußsein oder Gelübde, das Stillschweigen möge unser Gesetz sein und bleiben, und mehr als unser Gesetz: unsere Scham.“
- 4 Vgl. M. Bachrin, *Esthétique et théorie du roman*, Paris 1978, v.a. S. 122-151 („Le plurilinguisme dans le roman“.)
- 5 M. Bloch, *Apologie pour l'histoire ou métier d'historien*, Paris 1949. Das Buch blieb unvollendet. Für textuelle Probleme und die Bedeutung des Textes vgl. M. Mastrogregori, *Le manuscrit interrompu: Métier d'historien de Marc Bloch*, in: *Annales E.S.C.*, Jan.-Febr. 1989, H. 1, S. 147-159, und das „Woord vooraf“ von M. Wessel in der niederländischen Übersetzung: *Pleidooi voor de geschiedenis of geschiedenis als ambacht*, Nijmegen 1989.
- 6 *Annales d'histoire économique et sociale*, 1935, S. 476.
- 7 L. Febvre, *De 1892 à 1932. Examen de conscience d'une histoire et d'un historien*, in: *Revue de synthèse* 1934, S. 93-106, wiederabgedruckt in: *Combats pour l'histoire*, S. 3-15.
- 8 Das Thema war für Febvre nicht neu. Vgl.: *L'idée moderne de domination universelle: ses origines historiques et ses caractères fondamentaux*, in: *Comptes rendu du 5^e Congrès International des Sciences Historiques*, Wiesbaden 1923, S. 328f. 1938 wählte er dieses Thema für seine Vorlesung am Collège de France.
- 9 „Heute wissen wir, daß es keine Inseln mehr gibt, und daß Grenzen unnütz sind.“ Dies sagte Albert Camus 1946 in Abwandlung der bekannten Worte von Paul Valéry kurz nach dem ersten Krieg. Das Zitat erinnert daran, daß Febvre in seinen Ansichten über Europa kein Einzelfall war, und daß man sich zum Verständnis seiner Ideen und Haltungen in das moralische Klima seiner Zeit begeben muß. Neben Camus denke ich an Julien Benda, Denis de Rougemont, auf der anderen Seite des politischen Spektrums an Drien de la Rochelle und Barrès. – Über die Grenzen Frankreichs hinaus erscheint es lohnend, die Vorlesung Febvres über Europa beispielsweise mit der von Federico Chabod zu vergleichen, die er 1943 in Mailand hielt. Aus einem anderen intellektuellen Milieu stammend, erweist sich Chabod in mehrfacher Hinsicht als Febvre sehr nahestehend.

Europäische Geschichteschreiben ...

Kein Verlagsprogramm ohne ein Titelangebot zur europäischen Geschichte, Verlage, die es besonders ernst meinen, haben gleich eine Reihe eingerichtet. Glückliche Zeiten? Haben wir endlich einen Präzedenzfall dafür, daß Historiker das Zeitgeschehen durch historische Zuarbeit begleiten und dabei die Nase sogar vorn haben?

Der Literatur-Boom zur europäischen Geschichte hat schon vor einigen Jahren angesetzt. Nicht zu verkennen ist allerdings, daß die politische Vorbereitung der Maastrichter Beschlüsse Historikern, Politikwissenschaftlern und Verlagen zu einem ‚ungeplanten‘ Motivationsschub verholfen hat. Ohne die Revolution von 1989 in Osteuropa wären die Wirkungen der angekündigten politischen Beschlüsse jedoch vermutlich weniger dramatisch ausgefallen. Von „dramatisch“ zu reden scheint mir deshalb angebracht und notwendig, weil seitdem in Europa wie seit Jahrzehnten nicht mehr mit Identitätsproblemen gekämpft wird. Das unterscheidet auch die jetzige Situation von jener unmittelbar nach 1945, wo europäische Einigung im Sinne von Aussöhnung und westeuropäischer Integration als Weg ohne Alternative begriffen wurde. Die Problemlage ist heute komplexer, nicht nur, weil eine Beschränkung des politischen Europagedankens auf Westeuropa alleine nicht mehr möglich ist, sondern auch, weil - nach außen - immer mehr eine politische Größe namens „Europa“ statt der Nationalstaaten gefragt ist und weil - nach innen - immer mehr regionale Identitäten sowie neuerdings auch wieder nationale Identitäten entwickelt wurden, zwei Prozesse, die als diametral entgegengesetzt erscheinen und die Furcht vor einer Zerreißprobe aufkommen lassen.

An diesem Punkt setzen viele Verantwortlichkeiten ein, u.a. auch die der Historiker. Es gibt eine Aufgabe, nämlich die Identitätsproblematik in den Griff zu bekommen. Voraussetzung dafür ist, Gewißheit über Identitäten auf drei Zeitachsen zu erhalten. Drei Fragen sind deshalb zu beantworten: Was war Europa, was ist Europa, was soll Europa sein? Dies sind m. E. die Leitfragen, von denen aus „Europäische Geschichte“ zu denken ist. Die drei Fragen sind eng mit der Identitätsproblematik verbunden. Ihre Beantwortung soll zur Gewißheit über die in die Krise geratenen Identitäten beitragen. Die meisten Publikationen zur sog. europäischen Geschichte geben auf diese Fragen keine genügende Antwort, entweder weil die Fragen so nicht gestellt bzw. nicht gesehen wurden oder weil es allzu offensichtlich nur darum geht, an einem Boom teilzuhaben.

Ich möchte im folgenden nun nicht Bücher rezensieren, sondern einige Überlegungen darüber anstellen, was unter „europäischer Geschichte“ zu verstehen ist und wie der Historiker sie schreiben kann. Die Auswahlbibliographie am Schluß mag zu weiterer Lektüre anregen.

Tun wir einmal so, als gebe es eine Disziplin namens „Europäische Geschichte“ mit eigenen Lehrstühlen an den Universitäten und als eigenes Studienfach. Was wäre ihr Gegenstand? Was wäre ihre Besonderheit gegenüber der Lehre verschiedener Nationalgeschichten aus dem europäischen Raum?

Der erste Schritt besteht darin, ein zeitliches und geographisches Arbeitsfeld abzustecken. Dies geht nicht ohne theoretische Vororientierung, denn den Begriff Europa hilft da nicht viel weiter. Als geographischer Terminus wandelte sich Europa von der Bezeichnung einer lange Zeit marginalen griechischen Region (das nördliche griechische Festland) im 8. Jh. v. Chr. bis zum Schlagwort ‚Europa vom Atlantik bis zum Ural‘, vom ‚Nordkap bis Malta‘. Das sind zwei Extreme, die niemanden zufriedenstellen und über die schon immer lebhaft diskutiert wurde. Die Alternative, unter „Europa“ den Ausdehnungsraum „europäischer Kultur“ zu verstehen, bietet genauso Anlaß zu Kontroversen, schon deshalb, weil „europäische Kultur“ selbst eriebbliche Definitionsprobleme aufwirft. Richtiger ist es, von Kulturen in Europa zu sprechen. Die historische Betrachtung allein oder der Rückgriff auf ein weitverbreitetes mehr oder weniger diffuses Europa-Verständnis, das zumeist den Raum östlich der polnischen Ostgrenze, die Türkei und den Maghreb fraglos ausschließt, helfen nicht schnell weiter. Um die Dinge ganz kompliziert zu machen, ist auf die universalgeschichtliche Dimension ‚europäischer Geschichte‘ hinzuweisen.

Die notwendige theoretische Vororientierung besteht in einem sehr weitgefaßten Europa-Begriff, nicht in der Absicht eines neuerlichen (intellektuellen) europäischen Expansionismus, sondern um sich für Erkenntnismöglichkeiten offen zu halten, die für die gegenwärtige und zukünftige Identitätsproblematik eine Rolle spielen. „Europa“ ist keine objektive Größe, kein Begriff mit feststehender Bedeutung. Während „Europa“ heute bestimmte, für sehr viele Menschen wesentliche im weitesten Wortsinn kulturelle Horizonte bezeichnet, tat dies der antike (geographische) Begriff nicht. Er traf eher am Rand Liegendes, mitnieten die kulturellen Horizonte, die Griechenland, Kleinasien, die nordafrikanische Küste, sodann die italienische Halbinsel umfaßten, bevor seit dem 5. Jh. v. Chr. auch die nördlich der Alpen liegenden und als zu Europa gehörig begriffenen Regionen allmählich in die kulturellen Horizonte integriert wurden.

Was uns also weiterführt, ist die Konfrontation von jeweils subjektiv bewußten kulturellen Horizonten, von objektiv vorhandenen kulturellen Verknüpfungen und geographisch-kultureller Aufladung des Begriffs „Europa“.

Bleiben wir in der Antike: die indoeuropäische Herkunft der meisten ‚europäischen‘ Völker bedeutet eine objektive, geschichtsmächtige kulturelle Verknüpfung, die aber seinerzeit überhaupt keinen und auch heute nur eingeschränkt einen subjektiv bewußten kulturellen Horizont bedeutete und bedeutet und die lange Zeit keinen Niederschlag im Begriff *Europa* gefunden hatte. Was die Historiker brauchen, ist weniger ein ‚historischer‘ Begriff „Europa“, vielmehr ein Meta-Begriff, der es ermöglicht, die drei genannten Dimensionen miteinander zu verbinden. Führen wir uns das weiterhin am Beispiel der Antike vor Augen: Von den objektiven kulturellen Verknüpfungen wurde gesprochen, d.h. wenn die griechische geographische Bezeichnung „Europa“ um 800/700 v. Chr. nur das nördliche griechische Festland meinte, so müssen wir unter „Europa“ mit Blick z.B. auf die keltische Kultur seit 800/700 v. Chr. als einer objektiven kulturellen Verknüpfung wesentlich mehr verstehen. Zugleich sind die subjektiv bewußten kulturellen Horizonte z.B. ‚der Griechen‘ zu berücksichtigen, also u.a. der kleinasiatische Raum. Die geographischen Bereiche, die *Europa* als Begriff, die objektiven kulturellen Verknüpfungen und die subjektiv bewußten kulturellen Horizonte jeweils abdecken, bildeten in der Antike nur eine minimale Schnittmenge aus.

Die späteren Veränderungen der politischen Landkarte haben diese Verknüpfungen Griechenlands mit Kleinasien nicht obsolet gemacht, und so wird schnell deutlich, die Jahrhunderte mannigfaltiger darauf aufbauender neuer Verknüpfungen bis ins Osmanische Reich durchgehend, warum wir heute nicht umhinkommen, den Meta-Begriff „Europa“ u.a. auf die Türkei als Staat auszudehnen. Das liegt umso näher, als die frühneuzeitliche Selbstidentifikation von Europa sehr viel mit Abgrenzung gegenüber anderen, insbesondere dem Osmanischen Reich zu hatte, ein Umstand, der bis heute nachwirkt. Umgekehrt gilt dies für die Identitätsfindung im türkischen Staat seit Kemal Atatürk genauso. Sinngemäße Überlegungen sind vornehmlich für die jüngere Zeit bezüglich der Maghreb-Staaten anzustellen, auch wenn die objektive kulturelle Verknüpfung hier von geringerem Gewicht erscheint.

Während in den genannten Fällen die geographische Nachbarschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, insofern sie zu einer besonders intensiven Form der kulturellen Verknüpfung führte, stellen sich die Resultate der europäischen Expansion anders dar. Für den Europa-Begriff sind sie vor allem hinsichtlich ihrer Rückwirkungen auf Europa selbst von Bedeutung. Es ist hier nicht möglich, und vermutlich auch nicht nötig, diese Aspekte in epischer Breite auszuführen.

Der Meta-Begriff *Europa* der Historiker würde demzufolge zunächst einmal ein Forschungsprogramm beinhalten, nämlich den drei Erkenntnisdimensionen (objektive kulturelle Verknüpfungen, subjektiv bewußte kulturelle Horizonte, geographisch-kulturelle Aufladung des Begriffs Europa) in den drei Zeitachsen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nachzugehen. Es sei noch einmal deutlich unterstrichen, daß es nicht darum geht, den Europa-Begriff möglichst weit auszudehnen; es geht um die präzise Erfassung der Realität von Identitäten, die im günstigsten Fall dazu beitragen kann, Probleme vorzusehen und Strategien zu deren Eindämmung zu entwickeln. „Europäische Identität“ ist ein z.Zt. recht schwammiger Begriff, ein Etwas, das eher Angst statt Mut macht. Es muß aber umgekehrt sein. Wie kann das erreicht werden? – das ist die entscheidende Zielfrage.

Dies klingt womöglich nach zweckgebundener Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft, die zumeist Unwohlsein hervorruft. Die Erfahrung lehrt indessen, daß die Gefahr einer Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft umso höher ist, je weniger sich die Historiker aus eigenem Antrieb existentiellen Fragen der Zeit mit dem Mut zu gestaltender Perspektive gewidmet haben. Nur darum geht es.

Soweit zur theoretischen Vororientierung. Wie schreibt man nun praktisch „europäische Geschichte“ und was ist „europäische Geschichte“?

Europäische Geschichte ist zuvörderst das, was mit den drei Dimensionen der Erkenntnis angesprochen wurde. Das, was der einzelne bewußt als nicht nationale, sondern als mehr, als transnational-europäische Geschichte empfindet, ist wesentlich weniger als das, was im Spiegel dieser drei Dimensionen europäische Geschichte ausmacht. Vor allem die objektiven kulturellen Verknüpfungen müssen großenteils erst bewußt gemacht, zu einem subjektiv bewußten kulturellen Horizont gemacht werden. Bei den Historikern, bei den Spezialisten gewissermaßen, ist dies z.T. schon seit längerem geschehen. Als allgemein bewußt können bestimmte kulturelle Verknüpfungen wie Christentum, Feudalismus, Renaissance, Aufklärung etc. angesehen werden. In diesen Fällen sind objektive kulturelle Verknüpfungen zu subjektiv bewußten Horizonten geworden, dank der Schule und einem allgemein verbreiteten Wissensstand. Die objektiven Verknüpfungen reichen aber viel tiefer, sie sind struktureller Art. Zu erinnern ist an die Ergebnisse der historischen Demographie, der Alltagsforschung, der Erforschung von Widerstand, von Werthaltungen usw. Es konnten sehr unterschiedliche Strukturmuster herausgearbeitet werden, es gibt also nicht jeweils europäisch-einheitliche zum selben Zeitpunkt, aber es gibt Strukturmuster, die sich bei zeitlicher Verschiebung gleichen wie z.B. das Phänomen der demographischen Transition, das in Frankreich rd. ein Jahrhundert früher als in Deutschland einsetzte, dennoch aber in beiden

Ländern zu bemerken ist. Diese, von der Mikro- bis zur Makroebene verlaufenden Strukturmuster sind objektive Verknüpfungen, die vielen nicht bewußt waren und es nach wie vor nicht sind. Sie tragen jedoch genauso zu dem bei, was man gemeinhin europäische Kultur nennt, genauso, wie Renaissance und Aufklärung.

Wenn aus diesen Überlegungen eine europäische Geschichte und Geschichtsschreibung entstehen soll, bedeutet das zweierlei: zum einen ist europäische Geschichte ein (wissenschaftliches) Konstrukt, mittels dessen objektive kulturelle Verknüpfungen zu subjektiven kulturellen Horizonten werden sollen. Zum andern ist ein neuer Grad von Genauigkeit gefordert. Es reicht nicht mehr aus, historische Phänomene ‚national‘ dingfest zu machen, die Nationalstaaten sind auf weitere Sicht überhaupt keine sinnvolle geographische Grundlage für historische Forschung. Alle drei Erkenntnisdimensionen können eine von Fall zu Fall wechselnde geographische Grundlage haben, lokal, regional, transregional, transnational, natürlich auch national dort, wo der Nationalstaat des 19. und 20. Jh. tatsächlich neuprägend gewirkt hat. Diese Betrachtungsweise ist auch dort umgänglich, wo wir uns den „Problemzonen“ des Europa-Begriffs nähern. Es wäre wenig sinnvoll, einfach zu statuieren „Rußland gehört zu Europa/gehört nicht zu Europa“, „die Türkei gehört zu Europa/gehört nicht zu Europa“ usw., sondern es müssen erst die drei Erkenntnisdimensionen geographisch aufsteigend ausgeleuchtet werden. Dabei werden sich geographisch-kulturelle Transitionen bis weit nach Osten und Süden ergeben, die mehr Klarheit, aber keine klaren Abgrenzungen ergeben.

Identität ist zuerst eine Frage des Ich-Bewußtseins, dann des kollektiven Bewußtseins, eine Frage des individuellen, dann des kollektiven historischen Gedächtnisses. Europäische Identität hat zwangsläufig etwas sehr Abstraktes an sich, weil Europa nur bedingt zur Alltagserfahrung gehört, die Sedimentierung von entsprechenden Erfahrungen zu Identitätselementen also viel schwieriger und langwieriger ist. Je mehr Entscheidungskompetenzen, die sich auf das Alltagsleben auswirken, jedoch an nicht-nationale Entscheidungsträger übergehen, desto schneller wird diese Sedimentierung stattfinden. Ohne eine gewisse intellektuelle Anstrengung allerdings wird dies nicht abgehen, und für diese intellektuelle Anstrengung steht die Geschichtswissenschaft in der Verantwortung. Eingelöst wird sie durch das Angebot einer „europäischen Geschichte“.

Der entscheidende Schritt bestünde darin, in zeitlichen Schnitten die drei Erkenntnisdimensionen herauszuarbeiten. Oben wurde dies in vereinfachter Form angesprochen. In Wirklichkeit sind die Verhältnisse natürlich komplexer, weil gerade bei den subjektiven Horizonten und bei der geographisch-kulturellen Aufladung des Europa-Begriffs nach sozialen Gruppen und damit

verbunden nach geographischen Räumen unterschieden werden müßte.

Die Hauptarbeit besteht in der inhaltlichen Ausfüllung der drei Dimensionen. Ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich folgende Aspekte jeweils einer Erkenntnisdimension zuweisen:

1. Objektive kulturelle Verknüpfungen

Indoeuropäische Herkunft; Kelten; Germanen; Jüdische Kultur; griechische Kultur; Christentum; römische Kultur; karolingisches Reich
Krieg; Diplomatie; Pest; Demographie; Dynastien
Verkehrswege; Kommunikationswege und Informationsfluß; Wissenschaft; Gelehrtenrepubliken
Recht; Institutionen; Wirtschaftsformen usw.

2. Subjektive kulturelle Horizonte

a) aus der Sicht des Individuums

Individuelle Entwicklung und Geschichte; Familie; soziale Gruppe, Dorf, Stadt, Region, Provinz, zugehöriger politischer Verband (ggf. „Staat“), Europa, Übersee

religiöse Gemeinde, Sekte, Christenheit

b) aus der Sicht von Kollektiven

soziale/sozioprofessionelle Gruppen; politische Gemeinde; Ethnie; gewachsene regionale Identität (Bewußtsein der Art: „Ich bin Sachse, Pariser, Waliser, Schotte“ usw.); Nation usw.

3. Geographisch-kulturelle Aufladung des Begriffs „Europa“

Begriffsgeschichte von der Antike bis heute; dabei ist jeweils nach den Trägerschichten des Begriffs zu unterscheiden, im 20. Jh. besonders auch nach Ideologien.

Hieraus eine europäische Geschichte zu entwickeln, bedarf nicht zuletzt einer ganzen Mannschaft und eines anderen Konzepts von europäischer Wissenschaftskooperation. Die vorhandenen Institutionen sind darauf mitnichten vorbereitet. Womöglich drängt die Zeit aber. Auf den verschiedensten Ebenen der Identitätsbildung lassen sich Anker und Symbole feststellen. Von der historischen Forschung besonders hervorgehoben wurden in der letzten Zeit die nationalen „lieux de mémoire“. Sinngemäß gibt es diese ‚Orte‘ natürlich auch auf der individuellen Identitätsebene, aber es ist außerordentlich schwierig, für Europa etwas Vergleichbares auszumachen. Weder die Verträge von Rom, noch Maastricht, noch weniger Brüssel (EG-Kommission) bilden solche positiven Orte. Zum einen ist die Beschränkung auf die EWG/EG hinderlich, zum anderen sind Brüssel und Maastricht eher negativ besetzte ‚Orte‘. Es gibt auch keine Person, mit der sich ‚die‘ Europäer identifizieren

würden. Es ist auch nicht sehr wahrscheinlich, daß in den nächsten hundert Jahren einmal ein solcher gemeineuropäischer ‚lieu de mémoire‘ entstehen wird, weil die Gegensätzlichkeiten viel zu groß sind. Es ist ebensowenig gewiß, daß der Prozeß der Bildung einer europäischen Identität ähnlich dem der Ausbildung nationaler Identitäten verläuft oder verlaufen muß. Vermutlich ist dies nicht einmal wünschenswert, weil sich die negativen Folgen des Nationalismus sinngemäß im Zusammenhang mit der Ausbildung transnationaler, aber nicht universaler, Identitäten wiederholen könnten. Nicht nur in Europa steht das Problem einer transnationalen Identität an, sondern auch im arabischen Raum, in Asien etc. Um neue verheerende Konfliktfelder zu vermeiden, muß die Identitätsbildung gestaltet werden, ein ‚Floaten‘ wie bei der historischen Entstehung der nationalen Identitäten erscheint nicht ratsam.

Die europäische Identitätsbildung muß ohne jene ‚lieux de mémoire‘ auskommen, d.h. sie erfordert mehr Abstraktionsvermögen und mehr willentliche Identifikationsleistung. Wenn die praktischen ‚lieux de mémoire‘ fehlen und auch gar nicht unbedingt wünschenswert sind, so muß dem Einzelnen dennoch etwas angeboten werden, was er als seine europäische Identität erkennt. Dieses „etwas“ anzubieten ist die Aufgabe der Historiker. Die damit verbundene Herausforderung ist doppelt; allein schon „europäische Geschichte“ im skizzierten Sinn der drei Dimensionen zu schreiben, erscheint derzeit Herausforderung genug; was hinzukommt, ist die Vermittlung dieser „europäischen Geschichte“ ans Publikum. Was in jüngster Zeit über die Medien als „Europäisches Geschichtsbuch“ angepriesen wurde, erscheint mir dabei eher als beredtes Zeugnis dafür, wie man die eigentliche Aufgabenstellung verkennen und davor kapitulieren kann.

Literaturhinweise

- Balkir, Cavan/Williams, Allan M. (Hrsg.), Turkey and Europe, London, New York 1993.
Barraclough, Geoffrey, Die Einheit Europas als Gedanke und Tat, Göttingen 1964
Bowie, John, The Unity of European History. A Political and Cultural Survey, London usw. Revised and Expanded Edition, 1970 (1. Ausgabe: 1948).
Brague, Rémi, Europa. Eine exzentrischen Identität, Frankfurt a.M. 1993.
Brückner, Michael – Maier, Roland – Przyklenk, Andrea, Der Europa-Plotz. Basiswissen über das Europa von heute, Freiburg 1993.
Buck, August (Hrsg.), Der Europa-Gedanke, Tübingen 1992.
Calließ, Jörg (Hrsg.), Was ist der Europäer Geschichte? Beiträge zu einer historischen Orientierung im Prozeß der europäischen Einigung, Rehburg-Loecum 1991.
Calmette, Joseph, L'effondrement d'un Empire et la naissance d'une Europe, Paris 1941.
Carpentier, J./Lebrun, F. (Hrsg.), Histoire de l'Europe, Paris 1990.
Chabod, Federico, Der Europagedanke. Von Alexander dem Großen bis Zar Alexander I., Stuttgart 1963.

Europäische Geschichte schreiben ...

- The Common Christian Roots of the European Nations. An International Colloquium in the Vatican, Florenz 1982, 2 Bde.
- Coudenhove-Kalergis, Graf, Paneuropa, Wien 1923.
- Dawson, Christopher, Die wahre Einheit der europäischen Kultur. Eine geschichtliche Untersuchung, Regensburg 1935.
- Dawson, Christopher, Europa. Idee und Wirklichkeit, München 1953.
- Dicks, Brian, History of Europe, Wayland 1992.
- Dukes, Paul, A History of Europe, 1648-1948: The Arrival, The Rise, the Fall, Houndmills 1985.
- Duroselle, Jean-Baptiste, L'idée d'Europe dans l'Histoire, Paris 1965.
- Duroselle, Jean-Baptiste, Europa – Eine Geschichte seiner Völker, Gütersloh München 1990.
- Europäisches Geschichtsbuch. Ein Unterrichtswerk für die Sekundarstufe I und II, Stuttgart 1992.
- Fischer, J., Oriens – Occidens – Europa, Wiesbaden 1957.
- Foerster, Rolf H. (Hrsg.), Die Idee Europa 1300-1946. Quellen zur Geschichte der politischen Einigung, München 1963.
- Franke, Kurt F.K. – Renner, Günter (Hrsg.), Nachkriegsgeschichte in ausgewählten europäischen Geschichtsbüchern. Untersuchungen an Beispielen aus Spanien, Frankreich und den Niederlanden, Berlin 1987.
- Galtung, Johan, Eurotopia. Die Zukunft eines Kontinents, Wien 1993.
- Gipper, Andreas, „Festung Europa“ – die schon einmal gescheiterte Idee. Die Okzidentalismusdebatte in der Zwischenkriegszeit, in: Dokumente. Zeits. f. d. deutsch-französischen Dialog 47 (1991), S. 488-491.
- Grothusen, Klaus-Detlev (Hrsg.), Die Türkei in Europa, Göttingen 1979.
- Günther, Horst, Versuche, europäisch zu denken. Deutschland und Frankreich, Frankfurt 1990.
- Haarmann, Harald, „Die Sprachenwelt Europas“. Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural, Frankfurt a.M. 1993.
- Halecki, Oskar, Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt 1964 (1. unveränderter Nachdruck der Ausgabe 1957).
- Halecky, Oskar, Das Europäische Jahrtausend, Salzburg 1966 (Übersetzung der engl. Ausgabe, Indiana/USA 1963).
- Hay, Denys, Europe. The Emergence of an Idea, Edinburgh 1957.
- Heater, Derek, The Idea of European Unity, London 1992.
- Hecker, Hans (Hrsg.), Europa - Begriff und Idee. Historische Streiflichter, Bonn 1991.
- Heer, Friedrich, Aufgang Europas, Wien 1949.
- Hroch, Miroslav, Social Preconditions of National Revival in Europe, A Comparative Analysis of Patriotic Groups among the Smaller European Nations, Cambridge 1985.
- Huxley, Julian Sorel – Haddon, Alfred Cort, We Europeans, London 1935.
- Jeismann, K.-E./Riemenschneider, R. (Hrsg.), Geschichte Europas für den Unterricht der Europäer, Braunschweig 1980.
- Kaelble, Hartmut, Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880-1980, München 1987.
- Keyserlingk, H. Graf, Europas Zukunft. Das neue Europa, Zürich 1918.
- Khader, Bichara, L'Europe et le monde arabe. Cousins, voisins, Paris 1992.
- Khader, Bichara, Le Grand Mnghreb et l'Europe. Enjeux et perspectives, Paris 1992.
- Liedtke, Max (Hrsg.), Hausaufgabe Europa. Schule zwischen Regionalismus und Internationalismus, Bad Heilbrunn 1993.
- Loth, Wilfried, Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen 2. Aufl., 1991.
- Lucas, Hans-Dieter, Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958-1969), Bonn Berlin 1992.
- Markert, Werner, Osteuropa und die abendländische Welt. Aufsätze und Vorträge, Göttingen 1966.

- Mikoletzky, Hanns Leo, Europa und die Geschichte. Das Werden eines übernationalen europäischen Geschichtsbildes Wien 1960.
- Mirgeler, A., Revision der europäischen Geschichte, Freiburg München 1971.
- Molden, Otto, Die europäische Nation, München 1990.
- Morin, Edgar, Penser l'Europe, Paris 1987 (dt.: Europa denken, Frankfurt 1988).
- Moïsi, Dominique/Rupnik, Jacques, Le nouveau continent. Plaidoyer pour une Europe renaissance, Paris 1991.
- Pastoureau, Michel/Schmitt, Jean-Claude, Europe. Mémoire et emblèmes, Paris 1990.
- Pirenne, Henri, Geburt des Abendlandes, Leipzig 1939.
- Ranum, Orest (Hrsg.), National consciousness, history, and political culture in early-modern Europe, Baltimore London 1975.
- Renner, Günter (Hrsg.), Die Europäische Einigung im Schulbuch, Bonn 1992.
- Reynold, G. de, Qu'est-ce que l'Europe? La Formation de l'Europe, Genf, 18. Aufl., 1948.
- Rougemont, Denis de, Europa. Vom Mythos zur Wirklichkeit, München 1962.
- Rüstow, Dankwart A., Die Türkei – Brücke zwischen Orient und Okzident, Göttingen 1990.
- Salewski, Michael (Hrsg.), Nationale Identität und europäische Einigung, Göttingen, Zürich 1991.
- Schleicher, Klaus (Hrsg.), Zukunft und Bildung in Europa. Nationale Vielfalt und europäische Einheit, Darmstadt 1993.
- Schmale, Wolfgang (Hrsg.), Human Rights and Cultural Diversity. Europe – Arabic-Islamic World – Africa – China, Goldbach 1993.
- Schmale, Wolfgang/Dodde, Nan (Hrsg.), Revolution des Wissens? Europa und seine Schulen im Zeitalter der Aufklärung (1750-1825). Ein Handbuch zur europäischen Schulgeschichte, Bochum 1991.
- Schulze, Hagen, Die Wiederkehr Europas, Berlin 1990.
- Schulze, Winfried, Von der „europäischen Geschichte“ zum „Europäischen Geschichtsbuch“, in: GWU 44 (1993), S. 402-409.
- Senghaas, Dieter, Friedensprojekt Europa, Frankfurt 1992.
- Szűcs, Jenő, Die drei historischen Regionen Europas. Aus dem Ungarischen von Béla Rásky, Frankfurt a.M. 1990.
- Tellenbach, Gerd, Vom Zusammenleben der abendländischen Völker im Mittelalter, in: Festschrift für Gerhard Ritter, Tübingen 1950, S. 1-60.
- Thompson, Ann, Barbary and Enlightenment. European Attitudes towards the Maghreb in the 18th Century, Leiden New York 1987.
- Voyenne, Bernard, Histoire de l'idée Européenne, Paris 1964.
- Wyrwa, Tadeusz, L'idée européenne dans la Résistance à travers la presse clandestine en France et en Pologne (1939-1945), Paris 1987.
- Zentrum f. Europ. Bildung (Hrsg.), Die europäische Dimension in Unterricht und Erziehung. Zur Entschleßung empfohlen, zur Entschleßung angenommen? Tagungsbericht, Bonn 1990.

Zivilgesellschaft im Postsozialismus?

„Ich erwarte keine einfache Theorie“, schreibt Michael Walzer in einem Aufsatz über die Zivilgesellschaft, „nicht zu diesem historischen Zeitpunkt, an dem so viele stabile Gegensätze des politischen und intellektuellen Lebens zusammengebrochen sind. Ich wünsche mir aber auch keine einfache Theorie, denn eine Welt, die theoretisch vollständig erfaßt und säuberlich erklärt werden kann, wäre, wie ich vermute, kein angenehmer Ort.“¹ Selbst wenn Walzers doppelte Zurückhaltung nicht sympathisch sein sollte, der müßte doch einräumen, daß einfache Theorien nicht zur Verfügung stehen: über das Konzept der *civil society* herrscht belle Uneinigkeit, und von Gewißheit darüber, wie wir den östlichen Pol der globalen Gegensätze, die nun zusammengebrochen sind, theoretisch fassen können, kann ebensowenig die Rede sein wie von unumstrittenen Theorien über die Gesellschaften des Westens. Auf die Frage nach Schwierigkeiten oder Chancen der Zivilgesellschaft im Postsozialismus sind deshalb keine fertigen Antworten zu erwarten.

Die civil society-Diskussion, die ich nur in einigen ihrer Aspekte darstellen werde, geht einerseits auf die Auseinandersetzung westlicher Sozialwissenschaftler mit der Entwicklung oppositioneller Konzeptionen und gesellschaftlicher Bewegungen in Polen und Ungarn in den siebziger und achtziger Jahren zurück. Die Erwartung, aus der Gegenwehr gegen die kommunistische Parteidiktatur entstehe in Mitteleuropa eine „civil society against the state“², war damals groß. Zum anderen knüpft die Diskussion an die Kritik am Totalitarismus marxistisch-leninistischer Provenienz an, die Hannah Arendt, Claude Lefort oder Cornelius Castoriadis seit den vierziger Jahren formulierten.³ Weder die Prognosen über die Chancen der civil society noch der theoretische Kontext der Diktaturkritik legen es nahe, die 1989 gestürzten mitteleuropäischen Herrschafts- und Gesellschaftssysteme als ‚vormodern‘ zu bezeichnen; man sprach ja bereits in den dreißiger Jahren von den ‚modernen Diktaturen‘ des 20. Jh. Auch wenn sich die Hoffnungen auf eine zivilgesellschaftliche Entwicklung im Postsozialismus als trügerisch erweisen, kann die vorgängige ‚real-sozialistische‘ Konstellation doch modern – eine andere Variante als die westliche Moderne – gewesen sein. Ich skizziere im folgenden einige Ansätze der Diskussion über die Zivilgesellschaft und die Moderne, um sie dann auf den Sozialismus sowjetischen Typs und die Schwierigkeiten der civil society im Postsozialismus anzuwenden.

Aus dem Mangel an eindeutigen Antworten zu folgern, wir lebten bereits in einer zivilen Gesellschaft, hieße Michael Walzer gründlich mißzuverstehen. Zwar zeichnen sich nach Walzer (1992) zivile Gesellschaften dadurch aus, daß sie Antworten, die Vollständigkeit und Richtigkeit allein für sich beanspruchen, weder geben noch suchen. Aber das läßt keineswegs dazu ein, sich mit theoretischen Defiziten zu berühen und sie als zivilisatorischen Fortschritt zu preisen; Walzer weist lediglich theoretische Ausschließlichkeitsansprüche zurück. Er konzipiert eine civil society als in dem Sinne pluralistisch, daß sie eine Vielzahl von Entwürfen für das gute Leben und diesem förderliche Institutionen toleriert und miteinander vereinbar zu machen, „zu verbinden“ sucht. Walzer skizziert knapp vier solcher Entwürfe – einen republikanischen, sozialistischen, liberalen und nationalen. Für Anhänger des republikanischen Ideals gebe es kein besseres Leben als das der politisch aktiven Bürger; marxistische Sozialisten setzten auf die Kreativität des homo faber (seien aber, sofern demokratische Sozialisten, der Idee der Republik gegenüber aufgeschlossen); Liberale priesen als Inkarnation des guten Lebens die Autonomie unternehmerischer Gestaltungskraft mehr noch als die souveräne Wahlfreiheit der Konsumenten; wer der Republik, der Arbeit oder dem Marktverkehr die nationale Gemeinschaft vorziehe, erwarte privates und öffentliches Glück aus der Mitgliedschaft in einem nicht hinterfragbaren Ganzen. Walzer⁴ findet – und dieses Argument ist für seine Konzeption zentral – alle vier Antworten „verbohrt, weil sie nur auf Eines setzen“ und damit „die Komplexität der menschlichen Gesellschaft verfehlen“.

Wenn es eine fünfte, nun ‚wirklich richtige‘ Antwort nicht gibt, wie sind dann die knapp umrissenen Entwürfe miteinander zu verbinden, also von ihrem exklusiven Anspruch zu befreien? „Idealerweise ist die zivile Gesellschaft ein *Handlungsraum von Handlungsräumen*: alle sind aufgenommen, keiner bevorzugt. Das Argument ist eine liberale Fassung der vier Antworten, es akzeptiert sie alle, beharrt darauf, daß jede den anderen Platz einräumt, und deshalb läßt es keine als letzte Antwort gelten.“⁵ In der liberalen Tradition John Lockes verlangt Walzer Toleranz als Voraussetzung dafür, einer Vielfalt von normativen Orientierungen, den ihnen zugehörigen Institutionen und Ausprägungen sozialen Handelns Raum zu geben. Ihre Verbindung soll die jeweils spezifischen Überspitzungen und wechselseitigen Unverträglichkeiten soweit einebnen, daß sich soziale Ungleichheit, aus der Mangel und unkontrollierte Herrschaft folgen, nicht perpetuieren kann. Wie alle Befürworter einer civil society hebt auch Walzer die Bedeutung einer Vielzahl gesellschaftlicher Netzwerke und freier Assoziationen in ökonomischen, politischen und kulturellen Handlungsräumen hervor. Daß die „Staatsbürgerschaft“ – anders gesagt: das republikanische Ideal – „einen gewissen prakti-

schen Vorrang“ genießen soll, steht allerdings in einem gewissen Kontrast zu seinem Postulat, keinem Ansatz Priorität einzuräumen. Doch ohne politisch vermittelten Ausgleich müsse das relative Gewicht der Assoziationen und Handlungsräume zu ungleich bleiben.

Anders als dieser liberal-republikanische Entwurf verknüpfen Rödel/Frankenberg/Dubiel⁷ ihre Konzeption der Zivilgesellschaft mit einer radikalen Interpretation der demokratischen Republik. „Das Politische“ als Raum der öffentlichen Freiheit ist Dreh- und Angelpunkt ihrer Argumentation. Gerade weil in einer säkularisierten Welt ‚letzte Antworten‘ nicht mehr möglich, weil Normen und Werte als ‚richtig‘ und allgemein verbindlich nicht mehr voraussetzen, sondern grundsätzlich hinterfragbar geworden sind, können der institutionelle Rahmen für politisches Handeln und die normative Legitimation staatlicher Herrschaft nur noch republikanisch sein.⁸ Rödel et al. verstehen die Republik in einem emphatischen Sinne als Selbstkonstitution der Gesellschaft: Die Bürgerinnen und Bürger gründen im Prozeß der Verfassungsgebung ihr politisches Gemeinwesen selbst, und sie halten es fürderhin für eigene Normsetzung offen. Die Republik zu verwirklichen ist möglich, seit mit dem Ende der religiösen Legitimation der Monarchie auch die Denkfigur der Einheit von König und Volk ihre selbstverständliche Überzeugungskraft verlor, und seit mit dem Ende von Symbolisierungen der Identität zwischen Herrschenden und Beherrschten überdies die Idee der Einheit der Gesellschaft selbst grundsätzlich als Fiktion durchschaubar wurde. Zwar können die Gesellschaftsmitglieder weiterhin und immer erneut identitären Konzeptionen – sei es „der“ Nation, „der“ Geschichte oder „der“ Partei – anheimfallen; die moderne Geschichte zeigt, daß sie sich ihrer Autonomie immer wieder begeben. Aber wie die amerikanische Revolution und Verfassungsgebung erstmals demonstrierten, haben sie doch die Chance, ihr politisches Gemeinwesen als in einer Vielzahl freier Assoziationen versammelte Bürgerinnen und Bürger selbst zu gründen. „Auf der Basis wechselseitiger Anerkennung als gleichberechtigte Bürger richtet sich deren Suche nach einer Verfassung, die das neue politische Gemeinwesen symbolisch einhegt und institutionell auf Dauer stellt, und in deren Rahmen die Bürger und Assoziationen der Zivilgesellschaft ihre Konflikte austragen und koexistieren können.“⁹

Die Gründung der Republik gilt Rödel et al. als nur eine, obschon zentrale Voraussetzung für eine civil society. Mit dem konstitutionellen Akt entsteht eine horizontale Verpflichtung zwischen den Bürgern selbst: sie garantieren sich wechselseitig ihre gleichen Rechte. Die zweite Voraussetzung ist die Demokratie.¹⁰ Eine republikanische Verfassung kann die Gesellschaftsmitglieder „ernächtigen“, den öffentlichen Raum selbst zu besetzen; sie kann

sie indes auch, treten sie ihre Autonomie auf Dauer an Repräsentanten ab, „entmächtigen“¹¹: Nutzen die Gesellschaftsmitglieder ihre persönlichen und politischen Freiheitsrechte nicht, die sie selbst sich gaben, hören sie auf, sich in ihrer Pluralität, Heterogenität und Konflikthaftigkeit nicht nur zu ertragen, sondern wechselseitig anzuerkennen, bestätigen sie sich nicht immer erneut ihr „gleiches Recht, Rechte zu haben“, dann herrscht zwar – bestenfalls – noch öffentliche Freiheit, aber im Rahmen einer liberalen Demokratie der Eliten. In dieser verbündet der Staat – anstelle der bürgerlichen Reziprozität – die Freiheitsrechte, besetzt er – anstelle der Bürger – den öffentlichen Raum und bestimmt die politischen Themen, erscheint er als Verkörperung der politischen Herrschaft, statt die Macht der Gesellschaft lediglich zu symbolisieren.¹² Eine Gesellschaft ist in dem Maße eine civil society, in dem ihre Mitglieder sich wechselseitig als Träger gleicher persönlicher und politischer Rechte anerkennen, in dem Assoziationen jedweder Minderheit ihre höchst unterschiedlichen und kontroversen Belange gleichberechtigt verfolgen können, ohne – sofern sie das Gewaltmonopol des Staates nicht bestreiten, Gewalt untereinander weder ausüben noch propagieren, sondern sich der Mittel der Assoziation, der freien Rede und des zivilen Ungehorsams bedienen – aus dem öffentlichen Raum ausgegrenzt zu werden. Die Zivilgesellschaft ist mithin das konfliktreiche und innovative Ferment der demokratischen Republik: Sie redefiniert die Normen und erweitert die Rechte in einem offenen, nie abgeschlossenen Prozeß.

Es ließe sich darüber streiten, ob Michael Walzer diesen Entwurf eines demokratischen Republikanismus als Versuch interpretieren könnte, eine einzige Antwort auf die Frage nach dem guten Leben zu verabsolutieren, oder ob er eher Parallelen zu seinem eigenen Entwurf entdecken würde, der selbst der Republik letztlich Priorität zuspricht. Unbestreitbar scheint hingegen zu sein, daß die Konzeption von Rönkel et al. ein Problem unberücksichtigt läßt, das bei Walzer, wenn auch nur indirekt, aufscheint: das Problem eines zivilgesellschaftlichen Umgangs mit der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften. Es ist in Walzers Plädoyer impliziert, Republikanismus, Produktion, Markt und Nation – übersetzbar in Staat, Ökonomie und Kultur – miteinander zu verbinden. Wie dies geschehen kann oder soll, läßt Walzer allerdings offen. Anders Cohen/Arato.¹³ Sie thematisieren die Ausdifferenzierung explizit, denn angesichts der Erfahrung mit der entdifferenzierten Realität des Sozialismus sowjetischen Typs erscheint sie ihnen als unabdingbar. Sie polemisieren gegen ein dualistisches Modell der civil society¹⁴, das die Krisen der ökonomischen Reproduktion durch gesellschaftliche Planung lösen will, aus diesem Grund das ökonomische System der Gesellschaft subsumiert und beide gemeinsam dem politischen System

gegenüberstellt. In ihrer eigenen Konzeption der Zivilgesellschaft bleiben dagegen die Eigenständigkeit und die spezifischen Rationalitäten der Subsysteme der Politik und der Ökonomie aufrechterhalten. In Anlehnung an Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“ unterscheiden Cohen/Arato¹⁵ System und Lebenswelt und begründen die Unverzichtbarkeit der systemregulierenden Medien administrative Macht und Geld. Aber im Unterschied zu Habermas schwächen sie die Trennlinie zwischen den funktional differenzierten Systemen und der lebensweltlichen Kommunikation insofern ab, als sie die institutionellen Bestandsvoraussetzungen der Systeme konzeptionell in die Lebenswelt – als Zivilgesellschaft – verlagern. Weil auch die ökonomischen und administrativen Institutionen kommunikativ strukturiert seien, ließen sie sich für demokratische Teilhabe öffnen. Die civil society müsse allerdings ihre demokratischen Gestaltungsansprüche selbst begrenzen. Sie muß dem Versuch widerstehen, die Steuerungsmedien Geld und Macht in ihrem funktionalen Kern zu tangieren. Das Cohen/Aratosche Postulat einer „demokratischen Selbstbeschränkung“ nimmt, die Spielräume kommunikativer Verständigung und Einflußnahme in ökonomischen und staatlichen Institutionen zwar zu erweitern, aber deren Eigenlogik und Steuerungskapazität grundsätzlich zu respektieren.

*

Unter struktur-funktionalistischen und systemtheoretischen Prämissen ist die Ausdifferenzierung von Handlungsbereichen oder Subsystemen ein zentrales Kennzeichen der Moderne. Im Verlauf der industriellen Revolution – so in groben Umrissen die Parsonsche Argumentation – setzt sich die Differenzierung zwischen Wirtschaft und politischer Herrschaft durch; die allein über Geld gesteuerte Marktökonomie befreit die Produktion von traditionellen persönlichen und herrschaftlichen Bindungen und setzt Effizienzpotentiale frei. In Folge der demokratischen Revolution differenzieren sich die bürgerliche Gesellschaft und das politische System aus; formales Recht und rechtsförmige Verwaltung sichern Privateigentum und Vertragsfreiheit, Rechtsgleichheit, Trennung der öffentlichen von der privaten Sphäre, schließlich auch politische Rechte. Im Zuge der fortschreitenden Säkularisierung treten kulturelles und soziales System auseinander; der zugeschriebene weicht dem erworbenen Status; Verwissenschaftlichung und Professionalisierung binden die soziale Schichtung an Qualifikation und Leistung.

Kritik an dem Differenzierungstheorem richtete sich von Anbeginn gegen die system- und evolutionstheoretischen Grundannahmen, hinter denen histo-

rische Besonderheiten und alternative Entwicklungspfade, Stagnation und Regression, Macht- und Herrschaftsverhältnisse ebenso verschwanden wie die normativen Orientierungen oder zweckrationalen Kalküle der konkreten sozialen Akteure. Die Moderne hat, wie Reinhard Bendix¹⁶ zu zeigen nicht müde wurde, keine universale Entwicklungslogik in Gang gesetzt. Der soziale und politische Wandel, der mit der Aufklärung und Säkularisierung, der industriellen Revolution in England sowie den politischen Revolutionen in Amerika und Frankreich seinen Ausgang nahm, griff keineswegs gradlinig auf die anderen Gesellschaften über. Vielmehr haben die „Demonstrationseffekte“ der fortgeschrittenen Gesellschaften die weniger avancierten „follower societies“ nicht dazu angeregt, den Fortschritt in allen seinen Facetten nachzuahmen – was angesichts der sehr unterschiedlichen internen Ausgangsbedingungen und extern vorgegebenen Startchancen auch unmöglich gewesen wäre. So kamen verschiedene Kombinationen des Modernen mit den jeweils vorgefundenen nationalen und internationalen Besonderheiten zustande. Mit den jeweils besonderen Voraussetzungen der Modernisierung variierten die Zeitdimension, Überzeugung, Intensität und vor allem auch die Resultate, mit denen sich die follower societies aus überkommenen Herrschaftsformen und Legitimationen, aus hergebrachten Institutionen, Hierarchien und Handlungsweisen lösten: aus Traditionen, die unterschiedlich lange als unumstößlich und nicht hinterfragbar gegolten hatten und nun die Würde nationaler Eigenart erwerben konnten. Mit der Emanzipation von überlieferten Lebensordnungen, die mehr oder weniger gelang, stellte sich nicht nur die Chance der Freiheit und Individualisierung ein. Die zögerliche oder rapide Rationalisierung sich ausdifferenzierender Handlungsbereiche steigerte mit industrieller Arbeitsteilung, Marktbeziehungen, Nationalstaatsbildung und Formalisierung des Rechts nicht nur Effizienz und Berechenbarkeit; sie motivierte auch unterschiedlich begründete Kritiken an einem Verlust der Autonomie oder an neuen Blockaden, die Selbstbestimmung und Kreativität hemmten.

Die Trennlinie zwischen Tradition und Moderne war (und ist) daher nirgends säuberlich zu ziehen. Schon die Gesellschaften Englands, Amerikas und Frankreichs, die mit der industriellen oder politischen Revolutionierung vorangingen, wiesen unterschiedliche Mischungsverhältnisse zwischen Überliefertem und Neuem auf. Zwar bleibt die Unterscheidung von Tradition und Moderne unerlässlich, um den Epochenbruch des 18. Jh. zu markieren, doch eine simple Dichotomisierung verzeichnet komplexe soziale Wirklichkeiten und verstellt den Blick auf Mischungsverhältnisse und bloß partielle Modernisierungen.¹⁷ – Die Interpretation von Moderne und Modernisierung als zeitliche Abfolge einer gleichgerichteten Dynamik der funktionalen

Differenzierung sieht sich aber auch anderen und neueren Einwänden ausgesetzt. Denn Differenzierung ist ja kein einliniger Prozeß; sie verlangt ihrerseits nach übergreifenden Integrationsleistungen. Zudem unterliegen weder die Differenzierung selbst, noch die Kriterien der jeweils bereichsspezifischen Effizienz, die sie steigern soll, allein subsystemischer Interpretation, sondern zugleich staatlicher und gesellschaftlicher Einwirkung. In den zurückliegenden Jahren haben überdies die Krisen des Wachstums und des Wohlfahrtsstaates sowie insbesondere die ökologischen Gefährdungen Zweifel an der Rationalität der Differenzierung genährt. Ferner wurden Prozesse der Entdifferenzierung von Politik, Wissenschaft, Recht und Ökonomie registriert, und schließlich geriet die ungebrochene Dominanz der instrumentellen Rationalität insgesamt zum Gegenstand der Kritik.¹⁸ Seit den achtziger Jahren zielen Theoreme einer „reflexiven“, sich selbst modernisierenden Modernisierung darauf, die selbst-erzeugten Folgeprobleme einer „industriegesellschaftlichen Halbierung“ (Ulrich Beck) der Moderne im Sinne von Selbstbeschränkung und Selbstreflexivität zu lösen.

Solche differenzierungstheoretischen Ansätze machen jedoch nicht deutlich, daß die funktionale Differenzierung selbst, ihr Grad und ihre Richtung, „zum Gegenstand kollektiven Handelns und sozialer Bewegungen gemacht werden können“.¹⁹ Selbst die weitestgehenden Versuche, den Funktionalismus zu öffnen, „verlassen nicht den Primat der Differenzierungstheorie und entschließen sich nicht dazu, an dessen Stelle konsequent die Konstitution von Gesellschaft im kollektiven Handeln zu setzen“.²⁰ Dabei kann sich „eine Differenzierungstheorie gegenüber individuellen und kollektiven Akteuren“ ebenso öffnen wie eine soziale „Konstitutionstheorie für die Einsicht in Realität und Nutzen der Differenzierung“. Geschieht dies nicht, dann bleibt theoretisch unerfaßt, daß „Ausmaß und Art gesellschaftlicher Differenzierung ... selbst zum politischen Konfliktfeld“ werden. „Sie werden dies typischerweise nicht im Sinne einer Vorstellung, daß hinter alle modernen Differenzierungen zurückzugehen sei, wohl aber in dem Sinn, daß die vorhandene Differenzierung eben wegen ihrer Konstitution im kollektiven Handeln selbst zur Disposition des kollektiven Handelns gestellt werden könne“.²¹ Worum es hier geht, ist die „Demokratisierung der Differenzierungsfrage“²², die systemtheoretisch und technokratisch tabuisiert war.

Die Demokratisierung der Differenzierungsfrage ist – wie ich meine – ein Problem, das sich in der Moderne, als Problem der Moderne, stellt. Es läßt sich im Kontext der Diskussion über die Zivilgesellschaft als ein Problem der civil society verstehen. Es sei denn, in evolutionstheoretischer Manier soll erst dann von Moderne zu sprechen sein, wenn die reflexive Modernisierung, sozusagen endgültig, gelingt, wenn die „Riskogesellschaft“ die vormals als modern

erachtete, aber inzwischen „traditional-erstarrte“ Gegenwartsgesellschaft überwunden hat? Wäre modern immer erst die jeweils neueste Stufe der Differenzierung und Selbstreflexivität der avanciertesten westlichen Gesellschaften? Eine solche Konzeption würde die Epochenzäsur, die mit dem 18. Jh. ihren Ausgang nahm, insofern relativieren, als sie den Begriff der Tradition aus seinem Sinnzusammenhang löste und nurmehr formal und dynamisch faßte – was gestern noch als modern galt, ist heute veraltet. Zugleich würde die Gleichzeitigkeit der emanzipatorischen und destruktiven Potentiale der Moderne zugunsten des Vertrauens in eine jetzt überhaupt erst beginnende Moderne und ihre Problemlösungskapazitäten eskamotiert. Damit wären dann die Katastrophen des 20. Jh., Nationalsozialismus und Stalinismus, als vor-modern zu bezeichnen. Im Rahmen einer Modernekonzeption, die an der Epochenzäsur festhält und den anschließenden Geschichtsverlauf für prinzipiell offen hält, können diese Katastrophen dagegen als das andere Gesicht der Säkularisierung und ihrer modernen Folgen verstanden werden. Nicht allein partieller Modernisierung, abrupter Diskontinuität und brisanten Mischungsverhältnissen aus Moderne und Tradition geschuldet, lassen sie sich zu guten Teilen aus der Vorherrschaft der instrumentellen Vernunft und aus den Risiken erklären, die der Säkularisierung der Legitimationsgrundlagen von Macht und Recht grundsätzlich inhärent sind. Sind diese Risiken in der Welt, können Republik und Demokratie immer erneut scheitern.

*

Während die Ideologie des Nazismus weder Republik noch Demokratie anstrebte, sondern das Gleichheitspostulat und die Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte prinzipiell zurückwies, fiel die Ideologie des Sozialismus sowjetischen Typs, so fatal sie sich auswirkte, nicht hinter die Aufklärung zurück. Die Parteidiktatur behauptete, was sie das ‚bürgerliche‘ Versprechen der Gleichheit und Freiheit nannte, für alle einzulösen – allerdings erst, sobald sie die sozioökonomischen und politisch-moralischen Voraussetzungen für die kommunistische Zukunftsgesellschaft geschaffen habe. Sie verband also den Weg zur Verwirklichung der Utopie mit Unfreiheit und Unterwerfung. Der Anspruch der kommunistischen Partei, über ein privilegiertes Wissen um den Verlauf der Geschichte und um die ‚objektiven‘ Interessen der Menschen zu verfügen, kam in der säkularisierten Welt einer letzten Mystifikation gleich: der Mystifikation der instrumentellen Vernunft. Sie war in die kontrafaktische Fassung der rationalen Legitimationsgrundlagen von Macht und Recht ebenso eingelassen wie in dem Ziel zu erkennen, die bürgerlich-kapitalistische

Technologie der Naturbeherrschung und ihre Effizienz der Gesellschaftssteuerung zu überbieten. Mit ihrem Anspruch auf privilegiertes Wissen, wie absolute Gleichheit und vollkommene Freiheit zu verwirklichen seien, und mit ihrem Ziel, eine beispiellose wissenschaftlich-technische Effizienz und sozioökonomische Dynamik zu entfesseln, meinte die Parteiherrschaft ihre totale Macht zu rechtfertigen.

Zweifel, ob von einem anderen Gesicht der Moderne zu sprechen ist oder von einem Rückfall in die (oder von einem gewaltsamen Verharren in der) Vor-Moderne, verbinden sich zuallererst mit der stalinistischen Barbarei. Sie allein ‚asiatischer‘ Tradition anzulasten übersieht allerdings die ‚westlichen‘ Wurzeln sowohl des Marxismus-Leninismus als auch des technokulturellen Universums selbst des Stalinismus. Die Barbarei ging darin zudem nicht auf; nach Arendt²³ war sie Ausdruck und Folge der Zerstörung des gesellschaftlichen Sinnzusammenhangs und der Grundlagen individuellen Handelns durch Terror und totale Organisation. Weitere Zweifel an der Modernität des Sozialismus sowjetischen Typs gründen in der nachtpolitisch durchgesetzten Rücknahme der funktionalen Differenzierung – wo und soweit sie bereits bestanden hatte, bevor die Partei ihre Diktatur zu errichten begann. Das war in einigen der mittelosteuropäischen Länder der Fall, die nach 1945 in den sowjetischen Hegemonialbereich gerieten. Andererseits reklamieren Apologeten wie Kritiker des Stalinismus (wie z.B. Rudolf Bahro) für die Sowjetunion und für jene mittelosteuropäischen Länder, die vor 1945 ein vergleichsweise niedriges Entwicklungsniveau aufwiesen, eine sozialistische Modernisierungsleistung. Sie verweisen dabei vornehmlich auf die Industrialisierung, die soziale Mobilisierung, die Urbanisierung oder die Expansion des Bildungssystems. Doch ist unumstritten, daß die Dynamik der Modernisierung angesichts der monopolisierten Verfügungsgewalt des Parteistaates über die ökonomischen, politischen und sozialen Ressourcen – angesichts der entweder abgebauten oder nicht zugelassenen Ausdifferenzierung also – ins Stocken geriet und über die Phase des extensiven Wachstums nicht hinauskam. Und es ist zu bestreiten, daß eine partielle Modernisierung, um den Preis der Zerstörung der sozialen und individuellen Autonomie erreicht, als gelungen gelten kann.

Das real-sozialistische Regime erwies sich als eine ‚Modernisierungsfalle‘, obwohl seine Protagonisten sich als Modernisierer, gleichsam als ‚rationale‘ Diktatoren verstanden. Sie waren Gegner der Differenzierung primär aus Gründen des Machterwerbs und der Machtsicherung; aber es ist nicht auszuschließen, daß sie ihrer Macht bis zum Beweis des Gegenteils tatsächlich eine größere Effizienz und Steuerungskapazität zutrauten als politisch unabhängigen Institutionen wie Markt, Geld, formalem Recht und einer rechtsförmigen

Verwaltung. Sobald nach dem Ende des Stalinismus die Modernisierungsschwäche als Strukturproblem benannt werden konnte, setzten Reformanstrengungen ein, die in ihren verschiedenen Phasen und in den verschiedenen Ländern unterschiedlich weit reichten. Sofern die Reformen auf eine (immer begrenzte und kontrollierte) funktionale Differenzierung zielten, sollten nicht eigenständige Subsysteme entstehen; vielmehr sollten vor allem die parteistaatlichen Steuerungsinstrumente selbst funktional diversifiziert werden.²⁴ Weil solche Reformvorhaben in den verschiedenen sozialistischen Ländern unterschiedlich weit gingen, besteht eine der interessanten Forschungsfragen darin, auf Basis der heute verfügbaren Daten den jeweiligen Grad der (immer eingeschränkten und stets prekären) Eigenständigkeit sei es der staatlichen Institutionen, des Rechts, der industriellen Betriebe, der Forschung und Lehre oder der kulturellen und privaten Sphäre genauer zu bestimmen.

Die unterworfenen Gesellschaften trugen eher ‚gemeinschaftliche‘ als ‚gesellschaftliche‘ Züge, weil die Parteidiktatur einer ‚Modernisierungsfalle‘ gleichkam und die unterschiedlichen Institutionen und Bereiche sozialen Handelns nicht in ihre Eigenständigkeit entließ. Angesichts anhaltender funktionaler Entdifferenzierung homogenisierte sich die Sozialstruktur; weder konnten sich Interessen sozial formieren, noch Konflikte gesellschaftlich artikulieren; politische Partizipation fand nicht statt; die sozialen Beziehungen waren weitgehend informell und persönlich. Es handelte sich bei den sozialistischen aber keineswegs um traditionale Gesellschaften, denn ihrer ‚Gemeinschaftlichkeit‘ haftete nichts Naturwüchsiges an; sie war systemspezifisch. Sie resultierte aus der politischen Beseitigung autonomer vergesellschafteter Institutionen und war die Kehrseite einer parteistaatlich organisierten Vergesellschaftung: Arbeitsteilung, Interessenaggregation, Konfliktausgleich und Verbandsförmigkeit waren ja unleugbare Charakteristika der „Organisationsgesellschaft“ (Detlev Pollack) – nun war diese Organisationsgesellschaft parteistaatlich konstituiert. Die diktatorische Konstituierung machte ihren heteronomen Charakter aus, aber zugleich ihren radikal modernen: Als Kopfgeburt der instrumentellen Vernunft der Parteielite war die Gesellschaft „aus allen Traditionen gefallen“, ein „Artefakt“ (Ernst Riebert). Die Modernisierungsblockaden und der Immobilismus dieses Artefakts, der parteistaatlichen Omnipotenzvorstellung geschuldet, die Welt am Reißbrett entwerfen und mit Gewalt realisieren zu können, ließen es andererseits zu, daß Traditionen der Zerstörung widerstanden. Sie wirkten zu unterschiedlichen Zeiten entweder systemstabilisierend oder trugen zu seiner Erosion bei.

Ilija Srubar konstatiert am Ende seiner Überlegungen über den modernen oder vormodernen Charakter des Sozialismus sowjetischen Typs eine zwar retardierte, aber moderne Differenzierung des landwirtschaftlichen, indu-

striellen und Dienstleistungssektors, der Qualifikations- und Berufsstruktur.²⁵ Zugleich folgten „nichtmoderne bzw. vormoderne Handlungs- und Orientierungsmuster“ aus der funktionalen Entdifferenzierung: Weil „die vom konkreten Individuum abstrahierende, universelle Motivationsfähigkeit des Geldes sowie die Kalkulierbarkeit des Handelns von Individuen und Institutionen aufgrund ihrer Formalisierung durch positives Recht“ aufgehoben war, habe der reale Sozialismus „nicht nur zwei Definitionsmerkmale der Modernisierung aus der sozialen Wirklichkeit des realen Sozialismus eliminiert, sondern zugleich zwei tragende Faktoren der modernen sozialen Integration unterbunden, die durch ihre Wirkung auf die alltägliche Lebensführung die Individualisierung und die Emanzipation des Subjektes“ ermöglichen. Lassen wir außer acht, ob funktionale Differenzierung eine hinreichende oder nur eine notwendige Voraussetzung von Individualisierung und Emanzipation ist, dann ist Strubar zuzustimmen. Doch sollten künftige Untersuchungen darüber Aufschluß geben, ob und inwieweit die Politik der Entdifferenzierung sozialer Handlungsbereiche (die parteistaatliche Politisierung der Subsysteme) in den verschiedenen Ländern entweder aufrechterhalten oder gelockert wurde, und sie sollten darüber informieren, welche sozialen Gruppen und Akteure (Parteitechnokraten, Industrie'manager', Arbeiter und Ingenieure, Wissenschaftler oder Künstler) sich für Redifferenzierung einsetzten. Sie können Anhaltspunkte dafür liefern, die institutionellen Voraussetzungen und Interessenstrukturen, den Erfahrungshintergrund und die Motive sozialen Handelns detaillierter zu beurteilen.

Wolfgang Engler hebt Bedingungen für eine Rekonstitution der Gesellschaft hervor, die weiter gehen als das Differenzierungstheorem: Sollte die postsozialistische Gesellschaft „zu einer nach ihren eigenen Grundsätzen und Bedürfnissen differenzierten und gegliederten“ Gestalt finden können, bedürfe es der „Erlösung‘ des Politischen vom identitären Zauber“.²⁶ „Ideologische Einheitsrepräsentationen“ fänden auch nach 1989 einen „besonders günstigen Nährboden“, weil in den „stark entstrukturierten Gesellschaften ... widerstandsfähige Sozialmilieus erst in Ansätzen vorhanden“ seien.²⁷

*

Englers Forderung nach gesellschaftlicher Selbstkonstituierung weist auf die Diskussion über die civil society zurück. Was ließ westliche Sozialwissenschaftler erwarten, unter der Parteidiktatur könnten sich die Strukturen und normativen Orientierungen einer civil society herausbilden? Es waren gerade die Konflikte mit dem Regime: die Gründung des KOR und vor allem der Solidarnosc in Polen, der Charta '77 in der CSSR, die parteioffiziellen

Reformansätze und das Aufleben von Samisdat und Dissidenz in Ungarn, sowie andere Ansätze zur sozialen Selbstorganisation in Selbsthilfegruppen, fliegenden Universitäten oder sozialen Bewegungen. Unter den Bedingungen eines übermächtigen Parteistaates und den geopolitischen Voraussetzungen seiner Herrschaft avancierte die Idee der zivilen Gesellschaft zu einem Korrektiv der überkommenen Entgegensetzung von Reform und Revolution. Die Gesellschaft sollte sich als kultureller und politischer Zusammenhang sozialer Akteure unterhalb der Ebene von Partei und Staat nicht als Einheit, sondern in ihrer Vielfalt zu konstituieren lernen. So würde sie fähig werden, die Institutionen der westlichen Ökonomie und Demokratie einzuführen, sobald die ‚Rückkehr nach Europa‘ möglich würde.²⁸

Der Umbruch von 1989 verlief dann unvorhergesehen und revolutionär.²⁹ Er traf die Gesellschaften Mittelosteuropas mehr oder weniger unvorbereitet: Je weniger Elemente sozialer Selbstorganisation sich ausgebildet hatten, desto vehementer vollzog sich der Sturz der Parteiherrschaft. Denn zur Revolution bedurfte es gerade keiner zivilgesellschaftlichen Strukturen, es reichte eine rasche Massenmobilisierung bei gleichzeitiger Verunsicherung der politischen Führung. Je kürzer die Zeitspanne, in der sich die Gesellschaft befreite, desto schneller zerschlug sie die ihr vertrauten Rahmenbedingungen. Selbst wenn diese verhaßt waren, so hatte sich soziales Handeln doch zuvor an ihnen ausgerichtet. Desorientierung und Demobilisierung folgten, da es nicht gelang, das Chaos der Revolution und die Innovationspotentiale, die sie freisetzte, in die strukturierenden Bahnen einer republikanischen Konstitution zu lenken. Das war in der amerikanischen Revolution möglich, denn die Gesellschaft hatte bereits eine strukturierte Gestalt; angesichts der Ausgangsbedingungen im Postsozialismus war es unwahrscheinlich. So besteht seit 1989 die paradoxe Situation, daß nun der postsozialistische Staat und die neuen politischen Eliten ‚am Reißbrett‘ stehen: Mitsamt der funktionalen Differenzierung und ihrer Institutionen wird die Gesellschaft ein weiteres Mal ‚von oben‘ strukturiert.³⁰ Sofern aber die politischen Rahmenbedingungen die einer liberalen Demokratie der Eliten sind, und sofern die ökonomische Transformation gelingt, sind die Chancen für das Projekt der civil society dennoch nicht vertan.

Arato, Andrew, *Civil Society Against the State*, in: *Telos* 4 (1981), 23ff.

Arato, Andrew, *Revolution, Civil Society und Demokratie*, in: *Transit* 1 (1990), 110ff.

Arendt, Hannah, *The Origins of Totalitarianism*, New York/London 1973.

Bendix, Reinhard, *Tradition and Modernity Reconsidered*, in: *Comparative Studies in Society and History* 3 (1967), S. 292ff.

Zivilgesellschaft im Postsozialismus

- Cohen, Jean L., Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*, Cambridge 1992.
- Engler, Wolfgang, *Die zivilisatorische Lücke. Versuch über den Staatssozialismus*, Frankfurt/Main 1992.
- Joas, Hans, *Die Demokratisierung der Differenzierungsfrage*, in: *Soziale Welt* 1 (1990), 8ff.
- Kcane, John, *Democracy and Civil Society*, London/New York 1988.
- Lepsius, M. Rainer, *Soziologische Theoreme über die Sozialstruktur der „Moderne“ und die „Modernisierung“*, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, 211ff.
- Meuschel, Sigrid, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR*, Frankfurt/Main 1992.
- Rödel, Ulrich (Hrs.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt/Main 1990.
- Rödel, Ulrich, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel, *Die demokratische Frage*, Frankfurt/Main 1989.
- Srubar, Ilja, *War der reale Sozialismus modern?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3 (1991), 413ff.
- Stanizkis, Jadwiga, *Dilemmata der Demokratie in Osteuropa*, in: Rainer Deppe, Helmut Dubiel, Ulrich Rödel (Hg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt/Main 1991, 326ff.
- Walzer, Michael, *Was heißt zivile Gesellschaft?*, in: ders., *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992, S. 64ff.
- Wehler, Hans-Ulrich, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975.
- Wehling, Peter, *Die Moderne als Sozialmythos. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien*, Frankfurt/Main, New York 1992.

- 1 M. Walzer, *Was heißt zivile Gesellschaft?*, in: ders., *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992, S. 64.
- 2 A. Arato, *Civil Society Against the State*, in: *Telos* 4 (1981), S. 23ff.
- 3 Vgl. U. Rödel (Hrsg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt/Main 1990.
- 4 Ebenda, S. 78.
- 5 Ebenda, S. 79 (Hervorhebung im Original).
- 6 Ebenda, S. 92.
- 7 U. Rödel/G. Frankenberg/H. Dubiel, *Die demokratische Frage*, Frankfurt/Main 1989.
- 8 Ebenda, S. 47ff.
- 9 Ebenda, S. 56.
- 10 Ebenda, S. 83ff.
- 11 U. Rödel, *Zivilgesellschaft und Verfassung*, Ms 1993.
- 12 U. Rödel (Hrsg.), *Autonome Gesellschaft* (wie Anm. 3), S. 17ff.
- 13 J. L. Cohen/A. Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*, Cambridge 1992.
- 14 J. Keane, *Democracy and Civil Society*, London-New York 1988.
- 15 J. L. Cohen/A. Andrew Arato, *Civil Society* (wie Anm. 13), S. 421ff.
- 16 R. Bendix, *Tradition and Modernity Reconsidered*, in: *Comparative Studies in Society and History* 3 (1967), S. 292ff. Vgl. auch seine historisch-komparativen Arbeiten
- 17 H.-U. Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975; R. Lepsius, *Soziologische Theoreme über die Sozialstruktur der „Moderne“ und die „Modernisierung“*, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 211ff.
- 18 P. Wehling, *Die Moderne als Sozialmythos. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien*, Frankfurt/Main/New York 1992, S. 164ff., 247ff.
- 19 H. Joas, *Die Demokratisierung der Differenzierungsfrage*, in: *Soziale Welt* 1 (1990), S. 8ff., hier S. 17.
- 20 Ebenda, S. 18.
- 21 Ebenda, S. 20.

Sigrid Meuschel

- 22 Ebenda, S. 20ff.
- 23 H. Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York-London 1973.
- 24 Für die DDR vgl. S. Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR*, Frankfurt/Main 1992.
- 25 I. Srubar, War der reale Sozialismus modern?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3 (1991), S. 413ff., hier S. 428f.
- 26 W. Engler, *Die zivilisatorische Lücke. Versuch über den Staatssozialismus*, Frankfurt/Main 1992, S. 33f.
- 27 Ebenda.
- 28 A. Arato, *Revolution, Civil Society und Demokratie*, in: *Transit* 1 (1990), S. 110ff.
- 29 S. Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft* (wie Anm. 24).
- 30 J. Stanizkis, *Dilemmata der Demokratie in Osteuropa*, in: R. Deppe/H. Dubiel/U. Rödel (Hrsg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt/Main 1991, S. 326ff.

Sozialbewegung und institutioneller Wandel in Polen und Rußland¹

I. Problemstellung

1. Die Transformation in Osteuropa ist von den politisch Handelnden unter dem Paradigma eines Übergangs zu „Demokratie und Markt“, von den Beobachtern unter dem der Öffnung und strukturellen Anpassung geschlossener Gesellschaften in ein Weltsystem betrachtet worden. Ich möchte in meinem Beitrag in Kombination dieser beiden Blickwinkel versuchen, die Dynamik und Brüche der Transformation in Osteuropa unter dem Paradigma des korporativen Staates zu beschreiben.

Unter dieser Fragestellung erscheint die Krise des alten Regimes als eine Schwäche der „etatistischen Gesellschaft“² in den Dimensionen systemischer und sozialer Integration, die darin begründet ist, daß das zwischen der staatlichen Administration und dem Volk vermittelnde Scharnier der Gesellschaft fehlte.

Die Korporatismusdebatte der siebziger und achtziger Jahre hatte den „liberalen“ oder „gesellschaftlichen“ Korporatismus als Paradigma erstens eines neuen Verhältnisses von Politik und „modernem“, „organisierten“ Kapitalismus³, zweitens einer Form der staatlich regulierten Interessenrepräsentation und -vermittlung⁴, und drittens einer Übertragung von politischen willensbildenden und regulierenden Funktionen an große gesellschaftliche Organisationen⁵ begriffen. Kern des gesellschaftlichen Korporatismus war die institutionelle Reproduktion eines gesellschaftlichen Konsenses.

Der Inhalt dieses Konsenses wurde in den sechziger Jahren mit dem Keynesianischen Kompromiß beschrieben, der Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und Vollbeschäftigung als gleichrangige Ziele der Wirtschaftspolitik definierte. In den siebziger Jahren wurde dieser Konsens um die Koordination strukturpolitischer Reformen in einzelnen Industriebereichen und Politikfelder ergänzt. Korporatismus wurde nun nicht mehr aus der Perspektive lokaler Politik begriffen, sondern als – viertens – Paradigma für Inhalt und institutionelle Form des gesellschaftlichen Kompromisses über die Art und Weise der Anpassung einer offenen nationalen Volkswirtschaft an einen sich wandelnden Weltmarkt.⁶

Für die Beschäftigung mit den osteuropäischen Transformationsprozessen erscheinen alle vier Dimensionen des Konzepts relevant.

2. Zum Ansatzpunkt der Analyse der sich bildenden Institutionen des korporativen Staates werden dabei nicht in erster Linie formal-rechtliche Regelungen, wie die tripartistischen Kommissionen in Rußland genommen, sondern die Herausbildung politischer Akteure, politische Strategien und Merkmale gesellschaftlicher Bewußtseinsformen, weil von ihnen – und nicht von Dekreten und formalen Bestimmungen – die Lösung des Schlüsselproblems, d.h. die Herausbildung funktionsfähiger, legitimer intermediärer Organisationen abhängt.

Aus der Perspektive der Korporatismustheorie wird dabei „Gesellschaft“ nicht im Sinne der osteuropäischen demokratischen Opposition der achtziger Jahre und der neuen demokratietheoretischen Diskussion als „civil society“ und Sozialbewegung gegen den Staat gefaßt, sondern als institutionell verankerte Vermittlung der Politik mit einer organisierten Gesellschaft. Die Mobilisierungsschübe und die Sozialbewegungen, die dem politischen Durchbruch in Osteuropa, insbesondere in Polen vorausgegangen waren, haben zwar als solche, d.h. als fundamentalistische Bewegungen den politischen Systemwechsel und den danach eingeleiteten sozialen Wandel nicht getragen, sie waren aber dennoch für die Herausbildung des jeweils spezifischen Transformationspfades und für die Konstitution politischer und gesellschaftlicher Organisation und deren institutionelle Verankerung von großer Bedeutung.

Das Profil der sozialen Kräfte und die institutionellen Muster, die den sich herausbildenden korporativen Staat prägen, unterscheiden sich von Land zu Land und verweisen so auf die vorausgegangene gesellschaftliche Mobilisierung zurück.

3. Die folgende Skizze der Dynamik und der Brüche der Transformation in Osteuropa versucht die Entwicklungsdynamik in Polen und in Rußland unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung der Sozialbewegungen für den Transformationsprozeß und seine Richtung zu vergleichen.

Den vergleichenden Überlegungen liegt die Annahme zugrunde, daß die Dynamik, die aus der inneren Logik der sozialistischen Formation resultiert und die als eine Dynamik des Zerfalls begriffen wird, in historisch spezifischer Weise aufgefangen wird durch Gegenbewegungen, deren Tendenz sich aus Traditionsbeständen erklären läßt, die auf der Ebene von Institutionen und von Bewußtseinsformen in der Hülle der sozialistischen Gesellschaft in mehr oder weniger modifizierter Weise fortbestanden haben.⁷

Ein Strang von durch die sozialistische Formation umgeformten und zugleich tradierten kulturellen Mustern läßt sich an sozialen Protestartikulationen, Konflikten und Bewegungen festmachen. Deren Inhalt, Reichweite, Funktion und Funktionswandel ist Gegenstand der Überlegungen.

II. Krise und Konflikt unter dem alten Regime

Die Krise – die seit den sechziger Jahren als ökonomische Krise in Osteuropa in Erscheinung tritt – kann als gesellschaftliche Systemkrise in drei Dimensionen beschrieben werden:⁸

1. In der Dimension des Steuerungssystems blockierte die Prärogative der Partei – als Kern des totalitären Machtanspruchs – die Effektivierung der Herrschaft im Sinne administrativer, bürokratischer Rationalität.

Erst in Analysen der achtziger Jahre wurde die totalitäre Form der politischen Macht als Konsequenz und nicht nur als Ursache der Verstaatlichung der Produktionsmittel verstanden.⁹ Die Ersetzung des Netzes gesellschaftlicher Akteure durch die administrative Struktur des Staates erlaubte es dem Staat nicht, sich in die Rolle des Regulators zurückzuziehen und zwang das politische Zentrum immer wieder zu intervenieren und als Akteur tätig zu werden. Die Vermischung betrieblicher und staatlicher Interessen, ökonomischer und politischer Kalküle blockierte dabei gleichermaßen die Durchsetzung ökonomischer Rationalität als auch die von Herrschaftsrationalität (im Sinne von Steuerungs- und Regulierungskompetenz) und begründete die Steuerungsschwäche eines nur negativ mächtigen Entscheidungszentrums.

2. In der Dimension des politischen Prozesses bedingte die Verquickung von Interessenartikulation und Implementation über dieselben administrativen Kanäle sowohl die Zerstreuung und Blockade gesellschaftlicher Interessenartikulation als auch eine Zerstörung instrumenteller Planungsrationaltät. Der „korporatistische“ Charakter des alten Regimes bezog sich auf die Verhandlungsmacht administrativer Apparate und Apparatfraktionen, nicht aber auf die Repräsentanz und Vermittlung aggregierter sozialer Interessen. Die „Korporationen“ waren identisch mit der administrativ hergestellten Statushierarchie und nicht Instrument der Vermittlung und Regulierung von Gesellschaft und Staat.¹⁰ Aus dieser Eindimensionalität erklärt sich der Immobilismus und die destruktive Innovationsunfähigkeit des sozialistischen korporativen Staates.

3. In der Dimension der sozialen Integration war das Legitimationsdefizit der Sozialordnung im Charakter der administrativen Strukturen begründet. Die administrative Ordnung wurde weder durch soziale Interessen und durch

Regeln, noch durch soziale Normen und Bindungen gefestigt, sondern nur überpersönliche Abhängigkeiten und Loyalitäten und durch „Scheinhandeln“¹¹ stabilisiert, ein Handeln, um dessen Fiktivität hinsichtlich der offiziell deklarierten sozialen Ziele die Akteure und die Zuschauer wußten.

Die „toten“ (Staniszki) administrativen Strukturen erklären die implosive Dynamik der Machtstrukturen nach der Aufhebung des Parteimonopols. Sie machen darüber hinaus auch deutlich, welche kulturelle Erblast dem institutionellen Neuaufbau mitgegeben ist. Denn Konsequenz des nur fiktiven fassadenhaften Charakters der sozialen und politischen Institutionen waren Desozialisations- und Dekulturationsprozesse, die in Rußland sehr viel weiter gegangen sein mögen als in Ostmitteleuropa,¹² die aber überall das gesellschaftliche Bewußtsein geprägt und ein Denken in moralischen und personalisierenden und nicht in sozialen und institutionellen Kategorien gefördert haben.

Die etatistische Sozialstruktur bedingte aber auch eine Transformationsunfähigkeit gesellschaftlicher Bewegungen, die die bestehende Ordnung politisch, in ihrer abstrakten Gesamtheit negierten, die über die Interessen und Orientierungen der Gesellschaftsmitglieder aber auf die Reproduktion bestehender Strukturen zurückgeworfen wurden.

Die Merkmale der Herrschaftsform in der etatistischen Gesellschaft sind auch Schlüssel zum Verständnis der Form sozialer Integration unter Bedingungen des sozialen Konflikts. Die Mobilisierung in Polen 1980/81 ebenso wie die Bergarbeiterproteste in Sibirien 1989 charakterisieren sich durch Gruppenbildungsprozesse, in denen sich die Handelnden nicht primär über die Artikulation von ökonomischen Interessen definierten, sondern über moralische Werte, und ihre moralische Gemeinschaft gegen die „Macht“ artikulierten. Die Dichotomisierung einer moralisch geordneten Welt der Menschen und einer amoralischen Macht beinhaltete eine schizophrene Entgegenstellung von privater Lebenssphäre und Identität und der Form der eigenen Vergesellschaftung durch eine „fremde“ „Macht“.¹³

Der sozialpsychologische Mechanismus, der der Gruppenbildung zugrundelag, war in Polen und Rußland, d.h. in Sibirien, gleich. Es unterschieden sich aber die Selbstdefinitionen und Abgrenzungen der protestierenden Arbeiter. Die Streikenden in Polen bezeichneten sich als „Menschen“ (ludzi), die ein Recht auf Würde, auf Wahrheit und Wahrhaftigkeit, auf Solidarität und Brüderlichkeit besaßen, und dieses moralische Recht über eine national-religiöse Sprache und Symbolik gegen den Staat einklagten. Anfang der achtziger Jahre artikulierten die Arbeiter, und zwar in höherem Maße als andere soziale Gruppen, ihre Depravierung in politischer Dimension.

Die sibirischen Bergarbeiter nannten sich „musiriki“, Männer, körperlich

arbeitende und starke Männer, ökonomisch ausgebeutete und in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Dimension depravierte Menschen. Aus ihrer Perspektive umfaßte die „Macht“ (Wlast') Partei, betriebliche Administration und Intellektuelle (partokracija, bjurokracija und umokracija) und blieb in ihrer Totalität amorph.¹⁴

In Polen dagegen wurde die „Macht“ (wladza) mit einer dem polnischen Volk fremden spezifischen und von außen oktroyierten politischen System identifiziert.

In Rußland zeigte die Arbeiterbewegung ein anarcho-syndikalistisches Denken, das die Gesellschaft als technischen Kooperationszusammenhang und als Gemeinschaft eines menschlichen „Arbeitskollektivs“ begriff. Sie richtete sich 1991 mit den Forderungen nach Selbstverwaltung, Selbstfinanzierung und Selbständigkeit auf die Kontrolle über die betrieblichen bzw. lokalen Ressourcen und gegen die Umverteilungsmacht des Zentrums.

In Polen konnte die Bewegung der Solidarnosc – wegen der national-kulturellen Identität, über die sich die Bewegung als Teil der Gesellschaft definierte – eine politische Stoßrichtung gewinnen und die ganze „Gesellschaft“ gegen den Staat integrieren und mobilisieren.

Auch in Polen ist die Solidarnosc aber als Sozialbewegung nicht Träger des sozialen Wandels geworden. Als fundamentalistische Bewegung war sie auf die Ebene der symbolischen Artikulation gerichtet und zielte auf eine immer neue Identitätsfindung und Artikulation der „Gesellschaft“ in moralischer Abgrenzung von der staatlichen Macht. In ihrem moralischem Fundamentalismus und ihrer alle Dimensionen der sozialen Existenz totalisierenden Form als Bewegung ähnelte die Solidarnosc indessen der Ordnung, aus der sie entstanden war und die sie symbolisch negierte. Sie brachte aber nicht nur eine neue Elite legitimierter Führer hervor, sondern sie formulierte das Ziel der Transformation: die Konstitution der Gesellschaft über „Demokratie“ und „Markt“ als allgemeines politisches Interesse. Nicht als Motor des sozialen Wandels, wohl aber als Ressource von Legitimität und Signifikanz für die Reformpolitik ist die Solidarnosc in Polen von kaum zu überschätzender Bedeutung.

III. Transformationspolitik als „Revolution von oben“

Die Transformationspolitik wurde nicht unter Bedingungen der Mobilisierung als soziale Revolution, sondern als „Revolution von oben“ initiiert.

Dem politischen Durchbruch war dabei nicht nur die Mobilisierung in

Polen und die „Glasnost“ in Rußland, und somit die Herausbildung neuer, in unterschiedlichem Maße legitimierter Eliten, vorausgegangen. Wichtige Voraussetzung war eine Radikalisierung der Perspektive der Wirtschaftsreform, und zwar sowohl auf der Ebene der wissenschaftlichen Diskussionen als auch auf der der Politik, wo der „Nomenklaturakapitalismus“ oder „politische Kapitalismus“ gegen Ende der achtziger Jahre einen Weg der Transformation politischer in ökonomische Macht wies.

In Rußland bezog sich der politische Durchbruch weniger auf die demokratische Legitimation eines umgestalteten politischen Systems als vielmehr in erster Linie auf die Transformation des sowjetischen Staatsimperiums in eine Gemeinschaft von Nationalstaaten. Die Mobilisierung der Bevölkerung während der Streiks im Frühjahr 1991 diente in Rußland als Drohpotential, das Jelzin und die Demokraten im politischen Machtkampf instrumentalisierten, sie führte aber nicht zur Konstitution einer eigenständigen sozialen Kraft. In unterschiedlichem Maße bildeten aber die nationalen Bewegungen in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion eine Legitimitäts und Signifikanzresource für den Aufbau der Nationalstaaten, die der Bedeutung der Solidarnosc für die Konstitution einer neuen Sozialordnung vergleichbar ist. Die Strategie einer „Revolution von oben“, mit der die neuen Regierungen 1989/90 bzw. 1991 die soziale Transformation initiierten, ging von der Annahme aus, daß – angesichts des Fehlens aggregierter sozialer Interessen und gesellschaftlicher Akteure, die die kapitalistische Transformation tragen könnten – solche Akteure durch die Reformpolitik des Staates konstituiert werden müßten. Die Politik der „Revolution von oben“ charakterisierte sich dabei durch drei Merkmale:

1. Das in Polen erfundene Ritual des Runden Tisches und die Wahlen verliehen den neuen politischen Eliten sowie dem Staat und seiner Transformationspolitik eine demokratische Legitimität. Diese Legitimitätsgrundlagen der „Revolution von oben“ waren aber insofern fragil, als die Teilnehmer am Runden Tisch und die Parteien nicht bestimmte soziale Gruppen und Interessen repräsentierten, sondern kulturelle Milieus und gewissermaßen antizipierte soziale Interessen symbolisierten. Danach inwieweit das Ritual real war, d.h. gesellschaftliche Verbindlichkeit und Signifikanz aufwies bzw. nur simuliert war und nicht auf ausgeprägte kulturelle Milieus und gesellschaftlich verbindliche Sinndeutungen verwies, unterschieden sich die Länder Ostmitteleuropas.
2. Der Inhalt der „Revolution von oben“ war widersprüchlich. In der Dimension der Funktionsweise und der Legitimitätsgrundlagen der Ordnung sollte die Durchsetzung von Recht und Demokratie, Privatisierung und Markt, einen revolutionären Bruch beinhalten.

In der Dimension sozialer Hierarchie aber sahen sowohl die „rechtstaatliche“ Revolution in Rußland nach dem Putsch als auch die „revolutionäre Evolution“ der Solidarnoscisten in Polen eine Kontinuität vor.¹⁵ Das beinhaltete auch die Fortführung des Nomenklaturakapitalismus, der nun aber in politisch kontrollierten und rechtlich geregelten Bahnen verlaufen sollte.

In Rußland wurde die Kontinuität einer revolutionär plebiszitären Legitimität der politischen Macht, die ungeachtet der Formel von der „rechtstaatlichen Revolution“ die Politik Jelzins im Unterschied zu der Gorbatschows charakterisierte, zum Schutzschirm einer weitaus weniger effektiven rechtlichen Regulierung der Privatisierungsprozesse und einer ungebrochenen Kontinuität persönlicher Macht über den „Nomenklaturakapitalismus“.

3. Die Form der Politik als „Revolution von oben“ definierte eine paradoxe Rolle des Staates. Dieser sollte sich in die rechtliche Regulierung zurückziehen; zugleich aber als abstrakter Transformator die Entflechtung von Politik und Ökonomie, Staat und Gesellschaft tragen. Die Strategie, mit der die Politik dieses Paradox löste, war: eine legalistische Institutionsbildung über Rechtsetzung und eine „neo-liberale“ monetaristische Wirtschaftspolitik.

Schwerpunkt und Kern der Transformation sollte der institutionelle Wandel, die Privatisierung, sein, die die Voraussetzung für eine spontane ökonomische Rekonstruktion der Wirtschaft im Sinne einer Anpassung an den Weltmarkt – ohne Ingerenzen des Staates bilden sollten.

IV. Die Unmöglichkeit der „Revolution von oben“ und „Korporatismus“ als Paradigma der Transformation

Gegenwärtig scheint sich die Politik der „Revolution von oben“ in einer Krise zu befinden und einen neuen Wendepunkt des sozialen Wandels zu markieren.

Die Krise zeigt als Steuerungs- und Integrationskrise gewisse Ähnlichkeiten mit der Krise unter den sozialistischen Bedingungen. Diese Analogien verweisen auf Kontinuitäten im Verhältnis von Politik und Gesellschaft; genauer: auf eine nach wie vor bestehende institutionelle Lücke auf der Ebene gesellschaftlicher intermediärer Organisationen. Sowohl die Ausprägung der Krise als auch die Ansätze neuer Lösungsstrategien unterscheiden sich in Polen und Rußland.

1. In der Dimension des Steuerungssystems konnte die neo-liberale Wirtschaftspolitik ihre postulierte Zurückhaltung nicht einhalten. Seit 1992 kam es in Polen zu unkoordinierten Interventionen, die als Reaktion auf ad-hoc-Artikulation von partikularen Interessen entstanden, und die zu einer

„driftenden“ Wirtschaftspolitik führten.¹⁶ Dahinter stand das Problem, daß unter dem Druck der Rezession die Aufgabe der ökonomischen Restrukturierung in den Vordergrund rückte und die staatliche Politik weder über organisatorische Instrumente noch über hinreichend organisierte, kompetente und repräsentative gesellschaftliche Ansprechpartner verfügte, um die industriepolitischen Aufgaben in koordinierter Weise anzugehen bzw. zu delegieren.

Die neo-liberalen Politiker kritisierten die störende Ingerenz der Partikularinteressen; aus der Perspektive der Korporatismustheorie erscheint die Steuerungskrise aber als Schwäche in der Dimension der Aggregation und Rationalisierung gesellschaftlicher Interessen und der Regulierungskompetenz der Gesellschaft und des Staates. Die Situation in Rußland unterscheidet sich unter dem hier angesprochenen Aspekt von der in Polen in dreierlei Hinsicht: Zum einen hatte die Steuerungskrise hier ein viel dramatischeres Ausmaß. Einmal weil die monetaristische Politik nicht soweit griff, daß Geld zum effizienten Steuerungsinstrument werden konnte, zum anderen weil die legalistischen Politikstrategien hier noch viel weniger als in Ostmitteleuropa auf legalistischen Haltungen aufsitzen konnten. Schließlich erschien die ökonomische Restrukturierung in Ostmitteleuropa als wenn auch schmerzhafter, doch aber möglicher Prozeß und die Perspektive, zu einer Peripherie Westeuropas zu werden, als male Chance. Für die Restrukturierung des gewichtigen militärisch-industriellen Komplexes in Rußland scheint eine realistische Lösung überhaupt noch nicht in Sicht und die zukünftige Rolle Rußlands im Weltsystem noch keineswegs klar definiert.

2. Die Politik der „Revolution von oben“ mündete in Polen in eine Krise der Legitimität der Transformation. Die Delegitimierung der neuen politischen Führer und demokratischen Institutionen wird in Polen mit dem Kontrast von Erwartungen und Hoffnungen und den sozialen Kosten der Transformation in Verbindung gebracht. Tatsächlich handelt es sich um einen Konflikt zwischen verschiedenen, bereits herausgebildeten, sozialen Gruppen von Transformationsgewinnern und (einer quantitativen Mehrheit) von Transformationsverlierern. Dieser Konflikt trägt nicht nur die Merkmale eines Interessenkonfliktes, sondern auch die einer Antinomie auf der Ebene der Wahrnehmung der sozialen Situation und der Entwicklung seit 1989.

Die Transformationsgewinner, die neue „politische Klasse“, Teile der Intelligenzija, Beschäftigte im modernen privaten Sektor und die Nomenklaturakapitalisten, die in Kategorien von Funktionsmechanismen und Institutionen denken, nehmen den Wandel des Systems wahr. Die Transformationsverlierer – wenig gebildete Arbeiter, Bauern, Bewohner der kleinen zusammenbrechenden Städte – denken in Kategorien des Status und der Hierarchie

und erfahren nur die Kontinuität in der Dimension der Ungleichheit und der Macht.¹⁷

Diese Aminomie zerstört den Basiskonsens auf symbolischer Ebene, der die Legitimationsgrundlage des Runden Tisches und der „Revolution von oben“ gebildet hatte, und führt zum Verlust einer kommunikationsfähigen Sprache auf der Ebene des politischen Diskurses.¹⁸ Damit platzt eine weitere Illusion, die die Politik der „Revolution von oben“ mit dem alten Regime teilte: die Vorstellung, der gesellschaftliche Konsens ließe sich über gemeinsame Werte, Situationsdeutungen und Weltbilder herstellen. Die Lösung des Problems deutet sich schon an: in einer pragmatischen Sprache der Interessenpolitik und institutionalisierten Formen gesellschaftlicher Konsensproduktion im Sinne neo-korporatistischer Interessenvermittlung.

Ich beziehe mich dabei nicht auf Walesas Parteigründungsinitiative des „Unparteiischen Blocks der Unterstützung der Regierung“, sondern auf den Diskurs der gesellschaftlichen Organisationen über den „Pakt über das staatliche Unternehmen in der Umgestaltung“. Als die sozialen Kräfte, die den sich herausbildenden korporativen Staat tragen könnten, werden dabei für Polen die Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Handwerkskammern, Organisationen der kleinen und mittleren Handels- und Produktionsbetriebe und schließlich die Organisation eines lokalen Nomenklaturkapitals sichtbar. Diese Akteure sind zwar noch schwach und weisen bei relativ entwickelten Verhandlungsmärkten auf betrieblicher und auf zentraler politischer Ebene eine Schwachstelle auf der Mezzoebene auf, wo den relativ hoch organisierten Gewerkschaften kompetente Verhandlungspartner noch weitgehend fehlen.

Das Muster der Interessenartikulation stellt prinzipiell die institutionelle Differenzierung von politischer Repräsentanz im Parlament und Interessenartikulation nicht in Frage. Die Ausnahme, die Vertretung der Solidarnosc im Parlament, stellt für die Gewerkschaft eine ihren Zusammenhalt bedrohende Belastung dar. Als zentrale Aufgabe wird in Polen die Ergänzung der Interessenpolitik über Verhandlungen mit der Regierung und über Lobby im Parlament, durch die Formierung strategischer Akteure und die Schaffung von Verhandlungsstrukturen auf mittlerer Ebene gesehen – Strukturen, die unter Einbindung von Unternehmensverbänden, Kammern und Gewerkschaften, Banken, lokalen und regionalen Selbstverwaltungskörperschaften und der staatlichen Administration die Formulierung und Implementation spezifischer industrie- und strukturpolitischer Interessen tragen.

In Rußland stellt sich die Legitimitätskrise nicht in der für Polen beschriebenen Weise, weil es einen Konsens auf symbolischer Ebene und eine für alle

Segmente der Gesellschaft kommunikationsfähige Sprache hier nie gegeben und sich die demokratische Legitimation auf das Charisma der Person Jelzins und den Mythes von Putsch und Revolution gestützt hatte.

Die politischen Auseinandersetzungen zwischen „Demokraten“, „rot-brauner Opposition“ und „Zentristen“ instrumentalisieren eher soziales Konfliktpotential als daß sie es ausdrücken. Ihr ökonomisch-sozialer Inhalt ist eher der Interessengegensatz zwischen unterschiedlichen Fraktionen des sich formierenden Nomenklaturakapitals, zwischen produktionsorientiertem Industriekapital und entstehendem Handels- und Finanzkapital sowie alten unreformierten Segmenten der Administration als zwischen sich kristallisierenden sozialen Gruppen. Treibende Kraft der Rekonstruktion des Staates als korporativer Staat ist in Rußland die „Russische Union der Industriellen und Unternehmer“ mit A. Wolski an der Spitze und die von ihr in hohem Maße geprägte politische Organisation, die „Bürgerunion“ (Grashdanski Sojus). Diese Organisation des Industriekapitals, der sich auch die Demokratische Partei Rußlands von N. Travkin, die als einzige sozial verankerte Partei im Milieu der Ingenieure und Techniker zu Hause ist, angeschlossen hat, hat auch den Apparat der ehemaligen staatssozialistischen Gewerkschaften in ihre Organisation kooptiert.

Die Organisation repräsentiert in gewisser Weise die Transformationsverlierer, allerdings nicht im Sinne sozialer Gruppen, sondern als Segmente der Ökonomie, den industriellen Sektor einschließlich des militärisch-industriellen Komplexes. Demgegenüber können die liberalen Politiker und die Regierung Gaidar, die von den „demokratischen“¹⁹ Intellektuellen unterstützt werden und sich als Vertreter einer noch zu schaffenden ökonomischen Mittelklasse begreifen, als Repräsentanten der Transformationsgewinner verstanden werden: der in staatliche Positionen aufgestiegenen oder ökonomisch erfolgreichen Intelligenz, des sich bildenden Handels- und Finanzkapitals und derjenigen Produktionsbereiche und Beschäftigten, die von der ökonomischen Öffnung profitieren, wie Kohlebergbau, Öl- und andere Rohstoffproduzenten.

Die wirtschaftspolitischen Vertretungsstrukturen der 1991 geschaffenen Tripartistischen Kommission, von „Kapital, Arbeit und Staat“, sind nicht nur deswegen fragwürdig, weil in ihnen die ehemaligen Staatsgewerkschaften überrepräsentiert sind, sondern weil alle Gewerkschaften und möglicherweise in gewissem Umfang auch die Organisationen des „Kapitals“ aufgrund ihrer politischen Affinitäten mit der zentristischen bzw. der demokratischen Fraktion und nicht auf der Basis ihrer sozialen Repräsentanz und Macht in die Gremien kooptiert wurden.²⁰

Ungeachtet des dekretierten „Tripartismus“ und der verordneten „Sozialpartnerschaft“ scheint sich der reale Prozeß der Aggregation von Interessen in Rußland nicht entlang des Differenzierungsprinzips ökonomisch begründeter sozialer Klassen zu vollziehen, sondern entlang des Prinzips lokaler und regionaler und damit verbundener sektoraler Segmentierung. Das Ziel der Rekonstruktion des Staates ist nicht – wie in Polen – die Herausbildung institutionalisierter Formen der Bildung eines gesellschaftlichen Konsenses und der Verankerung und Delegierung von politischer Regulierungskompetenz in eine organisierte Gesellschaft sowie eine an lokalen Interessen orientierte Anpassung der nationalen Ökonomie an den Weltmarkt, sondern – angesichts des offensichtlichen Versagen des Marktes als über den Preismechanismus vermittelnde systemische Integration – die begrenzte Rekonstruktion zentralstaatlicher Verteilungsmacht mit dem Ziel, die Industrie des Landes zu erhalten und die ökonomischen Interessen und Machtansprüche Rußlands in der Region wieder deutlicher zur Geltung zu bringen.²¹

Die Struktur, die sich hier andeutet, ist die Verflechtung von in großen Corporations organisiertem Nomenklaturkapital mit der staatlichen Administration. Deren betriebliche Basis bilden neo-feudale Strukturen der großen Unternehmen, die als Monopolisten auf den lokalen Arbeitsmärkten und Kontrollure der sozialen Infrastruktur alle Dimensionen des Lebens ihrer Beschäftigten organisieren und diese so in umfassender Abhängigkeit halten. Gewerkschaften haben hier – wenn überhaupt – nur als betriebliche Interessenvertretungen einen Platz.²² Die anarchosyndikalistische Orientierung auf den Betrieb und das damit verbundene Gesellschaftsbild kommt diesem Strukturmodell entgegen, weil es das Denken in politischen Kategorien blockiert und die Notwendigkeit politischen Handelns und politischer Interessenvertretung nicht wahrzunehmen erlaubt. Eine Inkorporation der Arbeiter auf der Ebene des Unternehmens scheint hier eine realistische Entwicklungsperspektive. Das Privatisierungsmodell, das die „Bürgerunion“ dem Modell einer allgemeinen Privatisierung durch Aktienverkauf entgegenstellt, ist das der „geschlossenen Privatisierung“, d.h. die Vergabe bzw. der Verkauf von Aktien an Belegschaft und Management. Befragungen und die ersten Erhebungen über den Verlauf der Privatisierungsprozesse haben gezeigt, daß die Belegschaften der Betriebe in Rußland in fast 90 Prozent der Fälle für einen – unterschiedlich umfassenden – Erwerb der Aktien ihres Betriebs durch Belegschaft und Management stimmten.²³ Arbeiter votierten dabei ohnehin vernehmlich mit den Direktoren für eine geschlossene Privatisierung, in der Hoffnung, ihren Lebenszusammenhang zu erhalten. Ohne eine Aktivierung der Belegschaften und ohne den Schutz durch politisch handlungsfähige Gewerkschaften dürfte dieser Weg aber kaum aus der Abhängigkeit, sondern in den Nomenklatura-

kapitalismus führen. Das zeigte sich auch in Polen, wo 1991 und 1992 der Kauf durch die Belegschaft eine quantitativ bedeutsame Form der Privatisierung vor allem kleiner und mittlerer Betriebe bzw. ausgelagerter Unternehmensabteilungen war. Die Teilnahme der Gewerkschaft *Solidarność* an solchen Prozessen, deren Rechtsberatung und Kontrolle konnte hier – in der Regel zumindest – verhindern, daß die Belegschaften vom Management ausgespielt wurden.

V. Korporatismus und die Tradition von Staat, Nation und Gesellschaft in Polen und Rußland

Betrachten wir die Anfänge der politischen und sozialen Transformation unter dem Gesichtspunkt der Herausbildung korporatistischer Strukturen, so deuten sich in Polen und Rußland recht unterschiedliche Modelle an, die aber gleichwohl in den Kategorien der Korporatismustheorie beschrieben werden können.

In Polen beobachten wir einen expandierenden und dynamischen privaten Sektor, die Artikulation zunehmend organisierten sozialer Interessen und einen – durch ein zersplittertes Parteiensystem und eine noch wenig effektive Administration geschwächten Staat. Die quasi-korporatistischen Verhandlungsstrukturen auf politischer Ebene privilegierten Anfang der neunziger Jahre in gewissem Umfang die *Solidarność*, führten sie aber – angesichts der Verantwortung für eine Regierungspolitik, die von der Gewerkschaft tatsächlich kaum mitbestimmt werden konnte und angesichts einer faktischen administrativen Lohnkontrolle im Bereich der staatlichen Industrie – in eine tiefe Identitäts- und Organisationskrise.²⁴ Seit 1993 beobachten wir den – inkonsequent durchgeführten – Versuch, die Gewerkschaft als Arbeitsmarktpartei und Tarifpartner neu zu definieren. Der „Pakt über die Umgestaltung des staatlichen Unternehmens“ beinhaltete dabei einen Tausch der mit Konzessionen an die Gewerkschaft schmackhaft gemachten, weiteren Unterstützung der Privatisierungspolitik gegen die Perspektive einer vollen Tarifautonomie.

Die Akteure, Verhandlungsstrukturen und Arrangements entsprechen hier dem Muster eines „gesellschaftlichen“ oder „liberalen Korporatismus“, weisen zugleich aber auch „pluralistische“ Merkmale auf: mit dem geringen Grad der Aggregation von Interessen, dem Widerstand gegen eine staatliche Systematisierung von Interessenvertretungen (etwa in Form von Zwangsgliederschaften in Kammern) und Ansätzen von Klientelbeziehungen zwischen Politik und ökonomischen Interessen mit der Gefahr einer Aufweichung politischer und administrativer Rationalität. Ein ähnliches Muster von

Interessenpolitik ist als Besonderheit der italienischen Nachkriegsentwicklung beschrieben und mit der Rolle der Großfamilien in der italienischen Geschichte und der Tradition familiaristischer Haltungen in Zusammenhang gebracht worden.²⁵

Auch in Polen hatte das Geflecht der Familien des Groß- und Kleinadels in der Zeit der polnischen Teilungen den sozialen Zusammenhalt und die kulturelle Kontinuität der polnischen Gesellschaft und polnischen Nation gegen einen von ausländischen Mächten kontrollierten Staat gesichert. Die Sowjetisierung Polens nach dem Krieg zerstörte die Gesellschaft von Familien als sozialen und ökonomischen Zusammenhang. Die familiären Beziehungsnetze wurden nun in die Sphäre der Informalität und der Intimität zurückgedrängt. Dennoch waren es die privaten familiären und quasi-familiären Beziehungsnetze, über die sich die demokratische Opposition und die Solidarnosc-Bewegung konstituierten. Sie bildeten die soziale Basis einer nationalen Identität, die sich an der gemeinsamen Geschichte, Kultur und Religion festmachte und über die Familien tradiert wurde. Die Nation umfaßte als „Föderation von Familien“ (Nowak) in Polen alle Mitglieder der „Gesellschaft“ und schloß nur die „Macht“ als kulturell fremdes „System“ aus. Die Solidarnosc konnte deswegen als Sozialbewegung auf die politische Ebene zielen: auf die staatliche Verfassung der Gesellschaft.

Die nationale Identität und ihre historisch-politische Konkretisierung 1980/81 und 1989 bildete zu Beginn der sozialen Transformation einen Basiskonsens, der nicht nur die heroische Annahme der „Schocktherapie“ des Finanzministers Balcerowicz durch die Bevölkerung, sondern auch die „Gemeinwohlorientierung“ und Kompromißfähigkeit der sich formierenden sozialen Interessen sicherstellte.

Das Erbe familiaristischer Beziehungsmuster, die ja auch die alltägliche affirmative Anpassung an die sozialistische Wirklichkeit und ein distanziertes Verhältnis zum Staat und seinem Regulamin bezeichnet hatten, scheint als kulturelles Muster auch ein gewisses Handicap für die Effektivierung und bürokratische Rationalisierung des Staates und seine demokratische Verankerung in organisatorisch aggregierten Interessen zu sein. Es könnte sich erweisen, daß sich – ungeachtet der Stärke und der Bedeutung der Gewerkschaft Solidarnosc zu Anfang der Transformationsprozesse 1980/81 – als das spezifische Ergebnis der Transformation in Polen nicht ein sozialdemokratischer korporativer Staat nach dem Vorbild Österreichs, sondern ein starkes horizontales Netzwerk von kleinen und mittleren Betrieben und eine „pluralistische“, wenig organisierte Form der Interessenorganisation und Interessenpolitik herausbilden.

Die Silhouette des korporativen Staates, die sich in Rußland andeutet,

weist gewisse Analogien mit dem japanischen „Korporatismus ohne Arbeiter“ auf.²⁶ Es fehlen hier aber die für Japan charakteristischen vertikalen Verpflichtungsstrukturen paternalistischer Art und eine starke nationale Identität. Der Kollektivismus und „Antlinstitutionnismus“ der Arbeiter ist in Rußland historisch damit zu erklären, daß der Staat nie institutionell in der Gesellschaft verankert war.

Die Selbstdefinition der sibirischen Arbeiter als „mushiki“ verweist auf die Sozialstruktur des putrimonialen Staates in Rußland.²⁷ Als „mushiki“ wurden alle von den Dienstständen (den „mushi“ oder „ludzi“, als den Mitgliedern einer etatistischen Gesellschaft) – und damit vom Monopol auf Besitz an Grund und Leibeigenen ausgeschlossenen Schichten des Volkes bezeichnet. Diese waren nicht unmittelbar vom Staat abhängig, sondern unterlagen der Kollektivverantwortung der Tjaglo. Später, nach den von Peter dem Großen eingeleiteten Reformen und der Begründung einer quasi-ständischen „Gesellschaft als staatlicher Veranstaltung“²⁸ meinte „mushiki“ das russische Landvolk, das die Institution der Leibeigenschaft aus der etatistischen Gesellschaft ausschloß und das – sozialisiert über die Dorfgemeinschaft der „obščina“ und in persönlicher Abhängigkeit vom Gutsherrn – vom Staat nicht penetriert wurde.

Die Lebenswelt der heutigen „mustiki“ ist nicht mehr die der „obščina“, die vom Staat losgelöste Produktions- und Lebensgemeinschaft der Bauern. Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft wurden diese Gemeinschaften in den dreißiger Jahren definitiv aufgelöst und die bäuerliche Bevölkerung in das Regime industrieller Arbeit gezwungen. Instrument der Disziplinierung der Bauern war die Arbeitsplatzbindung und die Überantwortung der Arbeiter in die Willkür der betrieblichen Macht. Die organisatorische Einbindung der Arbeiter in die verstaatlichte Industrieproduktion beließ sie außerhalb des Staates: sie machte die Arbeiter weder zu Staatsbürgern oder auch nur Untertanen noch zu freien Lohnarbeitern. Ohne den Status von Rechtspersonen blieben sie vom Staat ausgeschlossen. Die Lockerung der Arbeitsplatzbindung und die Entkriminalisierung des Arbeitsrechts seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre änderte dieses Charakteristikum der russischen Sozialstruktur nicht grundlegend. Bestimmte Elemente der alten Ordnung blieben auf dem Niveau der betrieblichen Disziplinarordnung erhalten. Wichtiger noch ist, daß der Arbeiter im Status der Rechtlosigkeit verblieb. Sowohl das Arbeitsverhältnis zur betrieblichen Administration als auch die Abhängigkeit von den städtischen und regionalen Behörden waren nicht durch einklagbares Recht geregelt. Die Selbstdefinition der „mushiki“ und des „Volkes“ bezog sich auf diesen Status.

Dieser Status definierte aber auch eine kognitive Barriere für die Konstitution

politischen Bewußtseins und die Einforderung staatsbürgerlicher Rechte.

Im Zentrum der Identität des Arbeiters stand das „Kollektiv“ und die lokale Interessengemeinschaft, die in hohem Maße über die Industrieunternehmen und deren neo-feudale Funktionen organisiert war.²⁹ Die Solidarität der „mushiki“ und des „Volkes“ meinte die Gesamtheit derjenigen, denen es „schlecht geht“, und das eigene, mit dem Betrieb und der Region verbundene Interesse. Eine übergreifende kulturelle Symbolik als Grundlage der Konstitution des Volkes als Nation fehlte hier, und damit der Text für die Artikulation politischer, auf die staatliche Verfassung der Gemeinschaft bezogene Ziele.

Das Fehlen eigenständiger und institutionell verankerter gesellschaftlicher Akteure und Beziehungsstrukturen und der Ausschluß des Volkes aus der etatistischen Gesellschaft ist der Schlüssel zum Verständnis der anarchistischen Stoßrichtung der Sozialbewegungen in Rußland und der pendelhaften Bewegung der russischen Geschichte von despotischer Staatsmacht zu Anarchie und erneuter Etatisierung.

- 1 Der Aufsatz ist die ausgearbeitete Fassung eines Vortrages der Autorin am 19. Juli 1993 im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Besetzung der Osteuropa-Professur am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig.
- 2 Vgl. zum Begriff der etatistischen Gesellschaft: M. Tatur, Die Bedeutung der „etatistischen Gesellschaft“ in Polen für die soziologische Theorie, in: *Leviathan* 1991, H. 2.
- 3 Vgl. hierzu schon A. Shonfield, *Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power*, London 1969 (zuerst 1965); und R. E. Pahl/J. T. Winkler, *The Coming Corporatism*, in: *New Society* 10. Okt. 1974, S. 72-76.
- 4 Vgl. Ph. C. Schmitter, *Still the Century of Corporatism?*, in: Ph. C. Schmitter/G. Lembruch (Hrsg.), *Trends towards Corporatist Intermediation*, Beverly Hills/London, 1979, S. 7-52.
- 5 Vgl. G. Lembruch, *Consociational Democracy, Class Conflict and the New Corporatism*, in: ebenda S. 53-62.
- 6 Vgl. zu einem solchen Ansatz: P. Katzenstein, *Corporatism and Change. Austria, Switzerland, and the Politics of Industry*, New York 1984.
- 7 Vgl. zur inneren Logik der sozialistischen Gesellschaft als Formation: J. Staniszkis, *Ontologia Socjalizmu*, Warszawa 1989. Der genannte Ansatz ist von Jadwiga Staniszkis für die vergleichende Analyse der Transformationsprozesse der europäischen und asiatischen sozialistischen Gesellschaften entwickelt, bislang aber noch nicht publiziert worden.
- 8 Vgl. M. Tatur, *Solidarnosc als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen*, Frankfurt/M. 1989.
- 9 Vgl. insbesondere die Arbeiten von J. Staniszkis.
- 10 Die Transformation kann deswegen auch nicht über die alten korporatistischen Strukturen durch eine Liberalisierung und einen bruchlosen Übergang vom „staatlichen“ zum „gesellschaftlichen“ Korporatismus vollzogen werden, wie dies J. Hausner in seinen ansonsten sehr aufschlußreichen Arbeiten nahelegt. Auf der Basis einer gewandelten sozioökonomischen Basis müssen sich korporative Strukturen als Ausdruck sozialer Interessen rekonstituieren, um als Vermittlungsmedien und Regulierungsinstrumente wirksam zu werden. Vgl. J. Hausner, *From Socialist Corporatism to Societal Corporatism: Evolution of Interest Representation in Post-Socialist Society*, Paper presented to the Conference on „The Economic Process of

- Privatization and the Development of Labour Markets and Social Policies in Central and East European Transitions, Budapest, October 16-18, 1992.
- 11 Vgl. J. Lutynski, *Dziolanie pozorne*, in: *Kultura i Spoleczenstwo*, 1977/2.
 - 12 Starykov konstatiert Desozialisations- und Dekulturationsprozesse in Rußland, die auch die Familie umfassen, vgl. E. Starykov, *Marginaly ili razmyslenija na staruju temu: Cto s nami proizchodit?*, in: *Znamja Okt.* 1989, S. 133-162. Auch in der Literatur und im Film werden Dekulturations und Desozialisationsprozesse beschrieben, die Entsprechungen nur in der Dritten Welt haben. Vgl. L. Petruschewskaja, *Meine Zeit ist die Nacht*, Aufzeichnungen auf der Tischkante, Berlin 1991 und den Film „Kleine Vera“.
 - 13 Die These von der „institutionellen Lücke“ und der Dichotomie von einer „Welt der Menschen“ und „Welt der Institutionen“ ist in Polen von Stefan Nowak formuliert und durch zahlreiche empirische Untersuchungen belegt worden. Vgl. Literaturhinweise bei M. Tatur, *Solidarnosc als Modernisierungsbewegung* (wie Anm. 8). Die im Juli 1989 im Donbass und im Kuzbass von Levinson u.a. durchgeführten Befragungen zeigten, daß die Arbeiter keiner der sie umgebenden Organisationen (Gewerkschaften, Partei, Administration) „Vertrauen“ schenken und im Falle der Notwendigkeit Hilfe allein von Verwandten (50 Prozent) und dem „Kollektiv“ (25 Prozent) erwarteten. Die Ergebnisse der Untersuchung sind im November 1989 im VCIOM zugänglich gemacht worden.
 - 14 Vgl. N. Maksimovna, *Zabastowka. Strichi k portretu javlenia*, in: *Eku* 1989/11, S. 65-79; M. Tatur, *Arbeiterbewegung und Staat in Rußland*, wird veröffentlicht in: M. Tatur (Hrsg.), *Arbeiterbewegung und Transformation in Rußland*, Bremen 1994. In dem Band wird auch die deutsche Übersetzung des zitierten Artikels von N. Maksimovna enthalten sein. Die englische Übersetzung meines Beitrages wird veröffentlicht in: *International Journal of Political Economy*.
 - 15 Vgl. im einzelnen zum politischen Diskurs und gesellschaftlichen Bewußtsein in Polen 1989-1993: M. Tatur, *Politik und Gesellschaft in Polen*, wird veröffentlicht als Teil „Polen. Politik“ des Jahrbuches für Kultur und Gesellschaft Ostmitteleuropas der Bremer Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 1993.
 - 16 Hierauf hat Prof. Sadowski auf einer Konferenz des Instituts für Politische Studien in Warschau im Juni 1993 aufmerksam gemacht. Ein Hin- und Herschieben von Mitteln wird von der Regierung auch in Reaktion auf die Streiks 1992/93 praktiziert.
 - 17 Vgl. J. Staniszkis, *Continuity and Change in Post-communist Europe*, Clingendael, June 1992.
 - 18 Vgl. ausführlicher dazu M. Tatur, *Politik und Gesellschaft in Polen* (wie Anm. 15).
 - 19 Die „demokratischen“ und „liberalen“ Orientierungen waren in Rußland und überhaupt in Osteuropa Ergebnis einer ethischen Option und nicht ökonomischer Interessen. Sie richteten sich gegen den despotischen Charakter des Staates und forderten dessen Transformation zu einem Garanten von persönlichen Freiheitsrechten. Demokratie und Liberalismus wurden aber nicht als Ordnungsprinzipien und Regelungsmechanismen einer Sozialordnung verstanden. Mehr noch: die Fixierung der „liberaldemokratischen“ Intellektuellen auf den Staat machte sie blind für die Bedeutung von sich formierenden gesellschaftlichen Akteuren, die in exotisch traditionellen Gewändern und mit populistischer Sprache auftraten, deren Konstitution aber Voraussetzung einer funktionsfähigen liberalen und demokratischen Sozialordnung war. Auf diesen Zusammenhang und auf die in diesem Sinne autoritäre Staatsorientierung der russischen Demokraten hat Max Weber in seinen Studien über die Revolution von 1905 aufmerksam gemacht. Vgl. M. Weber, *Zur Russischen Revolution von 1905*. Schriften und Reden 1905-1912 in: H. Baier u.a., *Max Weber. Schriften*, Tübingen 1989.
 - 20 Vgl. zur „Sozialpartnerschaft“ in Rußland: E. Teague, *Russian Government Seeks „Social Partnership“*, in: *RFE/RL Research Report* Vol. 1, No. 25, 19 June 1992, S. 16-23; R. Deppe/M. Tatur, *Gewerkschaften im Transformationsprozeß. Vergleichende Überlegungen zur Rolle gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Polen, Ungarn, Rußland und auf dem Gebiet der ehemaligen DDR*, wird veröffentlicht in: *Soziale Welt*, und in englischer Sprache in: *Internationa-*

- tional Journal of Political Economy.
- 21 Vgl. M. Ellmann, The Economic Program of the Civic Union, in: RFE/RL Research Report, Vol.2, No. 11, 12 March 1993.
- 22 Vgl. zum Zerfall der gewerkschaftlichen Strukturen: F. Hoffer, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven für Gewerkschaften in Rußland, überarbeitete Fassung eines Vortrags auf einer Tagung der Friedrich Ebert Stiftung zur Situation der Gewerkschaften in Rußland am 2./3. Februar 1993 in Bad Neuenahr, Ms.
- 23 Vgl. Zahlenangaben ebenda.
- 24 Vgl. hierzu ausführlich R. Deppe/M. Tatur (wie Anm. 20).
- 25 Vgl. zur begrifflichen Fassung von „Pluralismus“ als Gegensatzbegriff zu „Korporatismus“ neben Schmitter (wie Anm. 4) A. Cox, N. O. Sullivan (Hrsg.), The Corporate State. Corporatism and the State Tradition in Western Europe, Cambridge 1988, vgl. darin auch den Beitrag über Italien: M. J. Bull, From Pluralism to Corporatism: Italy and the Corporatist Debate, S. 73-103.
- 26 Vgl. zu Japan: T. J. Pempel, Kelichi Tsunekawa, Corporatism without Labor?, in: Ph. C. Schmitter/G. Lembruch (Hrsg.) (wie Anm. 4), S. 231-270.
- 27 Vgl. R. Pipes, Rußland vor der Revolution, München 1977.
- 28 Vgl. D. Geyer, Sozialgeschichtliche Aspekte des russischen Behördenstaates im 18. Jahrhundert, in: D. Geyer (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, Köln 1975, S. 19-52.
- 29 Nach Befragungen des VCIOM verstanden 40 Prozent eines repräsentativen Bevölkerungssamples unter „Heimat“ (rodina) ihren Geburtsort, 35,4 Prozent Rußland, 24,5 Prozent die UdSSR. Nur im Falle der Moskauer Bevölkerung kristallisierte sich „Heimat“ mehrheitlich um Rußland. In der ländlichen Provinz dagegen wurden fast ausschließlich Geburtsort und Union genannt, die lokale Perspektive teilten 55 Prozent der jungen Befragten. Dieselbe Studie wies neben der Familie das „Betriebskollektiv“ als die einzige Bezugsgruppe bzw. den einzigen Bereich aus, demgegenüber sich die Befragten für ihr Handeln „verantwortlich“ fühlten. Vgl. J. Lewada, Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls, Berlin 1992, insbesondere S. 25 u. 39.

Auf der Suche nach einem „Sonderweg“ für Rußland: Igor R. Schafarewitsch und seine „Rezepte“¹

Zerfall vergiftet die dahinsiechende Zivilisation. Priester halten Gottesdienste als inoffizielle Mitarbeiter und vergeben Sünden, Kommunisten werden zu Mafiosi, Russen verwandeln sich in Juden, und Kriegsveteranen emigrieren nach Deutschland, um Wiedergutmachung zu bekommen. Dieser Karneval ist dennoch nur die Oberfläche. In der Tiefe kocht das Andere, das bisher weder Form noch Sprache erlangt hat. Es wird sehr lange dauern, bis es Konturen angenommen hat.
(Sonja Margolina, eine in Berlin lebende Publizistin aus Rußland)

„Das ‚Russische Versailles‘ kommt von keinem ‚äußeren Feind‘ und von keiner fremden ‚Siegermacht‘, das ‚Russische Versailles‘ hat seinen Ort in Rußland selbst.“

Sonja Margolina. Ein anderes „Versailles“.
Russen zwischen Niederlage und Rache.

Kriege und Putsche, die jenes geographische Gebiet, das man nach alter Gewohnheit oft noch Sowjetunion nennt, erschüttern, verstellen den Blick der Betrachter für andere, weniger spektakuläre, aber die politische Entwicklung nicht weniger prägende Erscheinungen. An einer der ersten Stellen steht dabei die um sich greifende und von allen politischen Lagern mitgestaltete Renaissance „reflexiver“ Paradigmen. Die Berufung auf die Geschichte, auf Nation wird zur „Norm“ politischer Theorien und des politischen Handelns in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Die Bewältigung des sogenannten „Versailles“-Komplexes und der Untergangsvisionen ist eng verknüpft mit einer wichtigen Fragestellung: Welches Stadium durchlebt das Land: eine Krise oder eine Katastrophe?

Krise oder Katastrophe?

Vor allem für die nationalpatriotischen Kräfte Rußlands, welche unter dem „Versailles“-Komplex am stärksten leiden, ist die Beantwortung dieser Frage von entscheidender politischer Bedeutung. Die programmatische Diskussion dieser Kräfte entfaltet sich im wesentlichen um Thesen, die diese Frage

subsumieren: Um die geopolitische Bewältigung der Krise (russischer Isolationismus oder Erhalt des sowjetischen Imperiums) sowie um den innenpolitischen Ausweg aus der entstandenen Situation (Politik der „eiserernen Hand“ oder ein „Sonderweg“, resultierend aus dem „eurasischen“ Charakter des Landes).²

Die Ereignisse der Jahre 1989/90 – die sich ausbreitenden Unruhen und Unabhängigkeitsbewegungen in den nichtrussischen Republiken der ehemaligen UdSSR, der schlagartige Zusammenbruch der verbündeten Regime in Osteuropa, die euphorisch gefeierte Vereinigung Deutschlands und die umso demütigender empfundene „Hilfe für Rußland“ – gaben der Beantwortung dieser Frage einen emotionalen Anstrich.

In dem Wunsch, die Leere zu füllen, die nach Erosion und Verschwinden von Staat und Ideologie entstanden war, wandten sich viele dem nationalen Gedankengut zu. In einer national gefärbten Blut- und Bodenideologie versteht man sich wieder als Teil jener mächtigen Kraft, die dem Leben einen Sinn gibt, Feinde bestimmt und vor diesen schützt sowie dem Einzelnen die Verantwortung für die bisherige und künftige Entwicklung abnimmt. Der politische Rahmen der nationalen Souveränitäten, die Politisierung der Geschichte stellt sich sehr oft als Versuch dar, „den Geist des permanenten Bürgerkrieges ins Reich der Toten zu übertragen“.³

Charakteristisch für das nationale Denken der letzten Jahre ist das Leitmotiv der „Rückkehr“. Unter dem Zeichen der „Rückkehr“ begann auch die Vorperiode der heutigen „reflexiven Ideen“ – die Perestrojka mit ihrer Grundidee einer „Rückkehr zu den Leninschen Normen“. Die mit der „Rückkehr“ einhergehenden „chronoziden“ Züge des Abschüttelns der Geschichte bzw. ihrer Teile haben in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre einen unausweichlichen Prozeß ausgelöst: Der „Entstalinisierung“ folgte auf dem Fuße die „Entleninisierung“, und die sozialen Energien, die in der Gegenwart nicht bedient werden konnten, richteten sich an der präsovjetschen Vergangenheit aus, die als einzige Authentizität angesehen wurde. Dieser Grundzug des gesellschaftlichen Denkens – die Entlegitimierung der letzten siebzig Jahre sowie der in dieser Zeit entstandenen politischen Strukturen – ist charakteristisch für alle politischen Gebilde, die auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion entstanden sind.

Der gravierende Unterschied liegt in den Formen der „Restauration eigener Geschichte“. Im Baltikum, in der Westukraine, in Moldowa begann und vollzieht sich diese Restauration in recht elementaren Formen, indem die abgetrennte Periode als die der „Okkupation“ deklariert wird, was weder in Bezug auf die vergangene Zeit, noch was die Verantwortung dafür betrifft mit größeren psychologischen Problemen des Massenbewußtseins verbunden ist.

Anders vollzieht sich dieser Prozeß in Rußland, wo die Entlegitimierung der Geschichte im fremden und eigenen Bewußtsein eindeutig mit der Schuldfrage gekoppelt wird. Quer durch alle politischen Lager Rußlands wird problematisiert, daß es nur die „harte Wahl zu wagen!“ gebe, „zwischen dem vollständigen historischen Selbstmord und der Rückkehr auf jenen Boden der Kultur ..., auf dem man sein historisches Selbstbewußtsein wieder aufbauen kann.“⁴

Schon diese Form der Präsentation von Alternativen macht deutlich, daß der Grundtenor vieler Innen- und Außenansichten der Entwicklung in Rußland (Rußland kann man nicht verstehen, an Rußland muß man einfach glauben!), eine übergreifende, nicht zu hinterfragende Klammer darstellt, die jegliche analytische Arbeit ablehnt bzw. diese unter dem Aspekt des „Glaubens“ betreiben möchte.

Will man diesen Mythos (oder ist es bereits ein Mysterium?) mit Gehalt füllen und studiert seine Propagandisten, so führt am Begriff des „Nationalismus“ kein Weg vorbei. In diesem Falle ist es ein bewußt erzeugter Nationalismus der in einer innen- und auch außenpolitischen Krisenzeit zur Füllung eines weltanschaulichen Vakuums dient, wie es das implodierte Ideengebäude des Marxismus-Leninismus in der ehemaligen Sowjetunion hinterlassen hat. Und er ist hochgradig ambivalent: Dient er dem einen Staatsgebilde als integrative Kraft zu seiner Konstituierung und Systemerhaltung, wie es etwa bei den wiedererstandenen baltischen Staaten der Fall war, so kann er gleichzeitig zentrifugal wirken und ein anderes System zerstören – und das ist die Befürchtung der nationalen Kräfte Rußlands. Die gegenwärtige Kultivierung eines aggressiven Nationalismus und Antisemitismus in der russischen Gesellschaft ist in den politischen Kontext der Gegenwart eingewoben und aus diesem nicht wegzudenken.

Auf der Suche nach Vorbildern

Versuche einer direkten Füllung des postkommunistischen Vakuums mit „russischer Idee“ werden von verschiedenen politischen Kräften unternommen.⁵ Paradigmatisch dafür steht der Artikel „Die Formel der russischen Kultur“ des bekannten russischen Philosophiehistorikers Arsenij Gulyga.⁶ Den geistigen Vater der alles erklärenden „Formel“ entdeckt Gulyga im Grafen S. S. Uwarow (1786-1855), dem berüchtigten Bildungsminister unter dem Zaren Nikolaus I. Diese laufe auf die Devise hinaus: „Orthodoxie, Selbstherrschaft, Volkstümlichkeit“. Die Rückversetzung der Kultur geht einher mit einer Romantisierung der Antimoderne, wie sie beim Philosophen

und christlichen Mystiker Wladimir Solowjow in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts enthalten ist. Solowjow, dessen gegen den Rationalismus gerichtete Ansichten nach Gulyga für das „russische Denken“ eine Art Paradigma sind: „Kant ist für die Deutschen, wir brauchen aber Solowjow“⁴⁷, sah in der russischen Kultur eine „dritte Kraft“ die den Westen und den Osten zusammenzuführen hat.

Das Aufgreifen der Gedanken Solowjows seitens der neopatriotischen Kräfte erfolgt nicht zuletzt deshalb, weil auch für ihn wieder die „Hundlungsweisung“ in einer Zeit der Unruhen und Ungewissheiten in den drei Begriffen kulminiert: Orthodoxie, Selbstherrschaft und Volkstum, die auch Eckpfeiler des Lebens sind. Besonders die von Solowjow hervorgehobenen Begriffe der Orthodoxie und des Volkstums sind für Neo-Patrioten Ansatzpunkte, von denen aus die Geschichte Rußlands und die Zukunft des Landes betrachtet werden sollten. Diese Eckpfeiler seien auch der Weg zur Rettung der Menschheit, die Grundlage gesellschaftlicher und individueller Lebensentwürfe.

Die westliche Lebensweise und Philosophie haben in Solowjows Augen einen schrecklichen Preis: Der Glaube an die Kraft der Vernunft und der Wissenschaften teile den Menschen. Er werde lebensuntauglich durch die Trennung von Mensch und Vernunft. Der Glaube werde vom Verstand getrennt, das Wesen des Menschen werde der Rationalität geopfert. Solowjow bedient sich dabei der Meinung Dostojewskis: „Wenn man den Menschen ausschließlich als ein rationales Wesen betrachtet und einen arithmetischen Maßstab an seine Taten und seine Würde anlegt, dann endet man als ein von Menschenverachtung erfülltes Monstrum schließlich beim Mord, beim vernünftigen Mord an einem, in den eigenen Augen minderwertigen schädlichen oder unnützen Menschen.“⁴⁸

Gegen diese (angeblich) im Westen verbreitete Auffassung, steht für Solowjow der Glaube der Ostkirche, die Orthodoxie – denn die Orthodoxie umfasse quasi die Menschen und halte sie in der Gemeinschaft zusammen. Das Wesen Rußlands definierte sich für Solowjow über den Glauben und die religiösen Bande zwischen den Menschen. Über die Orthodoxie fänden die Russen zum Patriotismus, der es ihnen ermögliche, friedliches Miteinander auf der Welt zu erstellen. Die Orthodoxie eröffnet für ihn auch die Möglichkeit, andere Religionen zu subsumieren, zu einer Ökumene zu kommen, in der das ganze Menschengeschlecht aufgenommen werden könne und sich dort auch wiederfinde.

Solowjows Suche nach einer Philosophie, die „von einzelnen, von Individuen in einer historischen Besonderheit – Rußland – verwirklicht werde,“ und zugleich „eben für alle Menschen bedeutungsvoll werden soll“⁴⁹, führt ihn zu der These, daß diese Rettung nur über den Patriotismus möglich sei. Dieser ist

„die letzte Konsequenz, die aus dem allgemeinen Begriff der Humanität unter konkreten raumzeitlichen Umständen ableitbar ist. Das bedeutet, daß in Rußland von Russen für die Kompatrioten und das ganze Menschengeschlecht schöpferisch philosophiert werden muß.“¹⁰ Diese Aufgabe kann Rußland nur erfüllen, weil es in einer besonderen Lage ist: Rußland könne für sich in Anspruch nehmen, das wahre Christentum bewahrt und sich gegen seine Feinde erfolgreich gewehrt zu haben. „Die heilige Stadt, Rom, hatte längst ihre Knie vor dem falschen Christentum gebeugt und war ketzerisch geworden. Das zweite Rom, Konstantinopel, hatten die Moslems erobert.“¹¹ Und eben nur Moskau hatte standgehalten und war das ‚Dritte Rom‘.

Somit sind nach Solowjow zwei wesentliche Dinge gegeben, die Rußland prädestinieren, eine Sonderrolle in der Welt einzunehmen: Das einrig wahre Christentum und eine ganzheitliche Gesellschaft.

Gerade diese Argumentation für eine „besondere Rolle Rußlands“ machen Solowjow zu einer der gefragtsten Ahnenfiguren solcher einflußreicher nationalpatriotischer Theoretiker wie Alexander Solschenizyn oder Igor Schafarewitsch.¹²

„Religiöses“ und „Nationales“ als Grundlagen des patriotischen Diskurses

Charakteristisch für den neuen Patriotismus – in den Arbeiten von A. Solschenizyn und I. Schafarewitsch nimmt dieser fast zwangsläufig die Züge eines nationalistischen Antikommunismus an – sind:

- seine Totalität, die im ideologischen Anspruch zum Ausdruck kommt, auf alle Fragen und soziale Erfahrungen einfache und allumfassende Erklärungen geben zu können,
- der Dualismus seines Welthildes Die soziale Realität wird nach den Merkmalen „die Eigenen – die Fremden“, „Freund – Feind“, „großes Volk – kleines Volk“ eingeteilt und gewertet, sowie
- das zum selbstverständlichen Faktum erhobene Postulat, daß parallel zur geistigen Vernichtung der russischen Nation ein anderer Prozeß stattfindet, die Konstituierung der Russophobie.

Genauso bezeichnend für den neuen Patriotismus ist auch das antiliberale Pathos und die Ablehnung der liberalen Werte. „Kleines Volk“ – „großes Volk“, oder die Suche nach Schattigen.

Bemerkenswert ist immerhin, daß die russischen Nationalradikalen sich zunehmend selbst als politisch „konservativ“ oder sogar „rechts“ einzustufen beginnen. Als Gegenpol steckt die Bezeichnung „links“ in der gegenwärtigen politischen Landschaft Rußlands ihrerseits ein ganzes Spektrum heterogener

politischer Einstellungen ab – vom gutbürgerlichen Liberalismus und demokratischen Republikanismus über eine maßvolle Sozialdemokratie bis hin zu trotzkistischen oder anarchistischen Splittergruppen. Was diese Strömungen aus der Sicht der russischen Neo-Patrioten aber elut, ist, daß sie allesamt „fremde“, das heißt aus dem Westen „importierte“ Ideen vertreten.

Jenseits dieser generellen Feindbestimmung beginnt ein Feld schier uferloser Divergenzen. Divergenzen, die nicht nur traditionelle und weltanschauliche Ursachen haben, sondern durchaus programatisch und praktisch sind: Wie soll die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft konstituiert werden? Wie soll eine nationale politische Ordnungsstruktur aussehen? Das sind ernstliche politische Differenzen und um so bemerkenswerter sind die Bündnisse und Koalitionen, die sich in Rußland abzeichnen, und deren Grundlagen durch geistige Vorarbeit von Solschenizyn und Schafarewitsch gelegt werden. Der verborgene Kitt dieser neuen nationalen Koalition liegt nicht zuletzt darin, daß der Hauptschlag sich gegen die „Linksradikalen“, die Demokraten, Liberalen und „Westler“ richtet. Die ins Auge gefaßten Verbündeten werden vor die Wahl gestellt, sich anhand der Stellung zum „Religiösen“ und „Nationalen“ zu entscheiden.

Sowohl für Solschenizyn als auch für Schafarewitsch – wobei der letztere noch vor Solschenizyns Manifest seine Gedanken entwickelte – stellt die Orthodoxie (das Christentum) den wertvollsten Kern der nationalen Kultur dar, und die nationale Kultur selbst ist in dem Maße von Wert, in dem sie christliche Kultur ist. Hier wird, nicht zuletzt auch in Anknüpfung an Solowjow, ein Weg der Verbindung des Christlichen mit dem Nationalen vorgezeichnet, der für viele politische Kräfte in Rußland, vor allem aus den Reihen der sich zur Orthodoxie aktiv bekennenden als gangbar erscheint. „Im Bewußtsein vieler politisierter Orthodoxer der jüngeren Generation hat dieser nationalistische Antikommunismus beinahe kanonische Autorität gewonnen.“¹³

Diese Autorität baut auf das Wiederholbare, das Erbliche, das Reproduzierbare – auf die Tradition der „russischen Zivilisation“. Man versucht das Lebendige, das postsowjetische, mit dem Toten, dem präsovjetschen, zu kreuzen. Das führt dazu, daß die illusionäre „russische Zivilisation“ die noch durchaus reale „sowjetische“ zu schlucken droht. Im Ergebnis existiert dann weder das eine noch das andere. Das Empfinden, daß dieser Zustand ein langsames Sterben bedeutet, bringt die seltsamsten, zugleich aber auch äußerst interessante geistige Blüten zu Tage.

Für die klassische Verbindung vom „Religiösen“ und „Nationalen“, für ihre Verschmelzung zur Orthodoxie und somit zum „Kern der russischen Kultur“ wird quer durch alle ideologischen Positionierungen hindurch die Arbeit „Russophobie“ von I. Schafarewitsch gehalten – eine Arbeit, die in sehr

prononcierter Form das russische Volk als das Opfer einer weltweiten Verschwörung darstellt und zugleich die „Schuldigen“ offeriert.

Schafarewitschs Form des Nationalismus geht Hand in Hand mit einem, vorsichtig formuliert, nicht zu übersehenden Antisemitismus – was ihn einmal mehr symptomatisch für diese Richtung in der gegenwärtigen geistigen Entwicklung der russischen Intelligenz macht. Für Koenen macht sie das vergleichbar mit der deutschen NS-Bewegung der zwanziger Jahre, „deren eigentliche Hochburgen (...) die Universitäten und Studentenschaften waren“¹⁴. Weniger problematisch ist u.E. jedoch die gleichfalls erkennbare Parallele zur romantischen Verklärung von Nationalgefühl während des deutschen Vormärz, die zudem den Vorteil hat, daß sie nicht den Blick auf Schafarewitschs weitere und überaus vielschichtige Gedankengänge verstellt. Schafarewitschs Arbeit jedoch nur unter dem Gesichtspunkt der „Bibel des neuen sowjetischen Antisemitismus“¹⁵ zu betrachten, hieße wohl, es überzubewerten und die anderen gleichfalls enthaltenen Ideen unverdient in den Hintergrund zu drängen – dennoch kann man nicht umhin zu konstatieren, daß antisemitische Ausführungen beherrschend sind.

Die „Russophobie“ als geistige Plattform der Neo-Nationalen

Die „Russophobie“ – der Begriff wurde in den letzten Jahren durch Igor Schafarewitsch politisch salonfähig und intellektuell akzeptabel gemacht und enthält bei ihm eine eindeutige Betonung auf Phobie – (Furcht und Haß) – von der sich die russischen nationalpatriotischen Kräfte rings umgeben fühlen, entspricht einem Weltgefühl, wonach sich alles „gegen Rußland verschworen“ zu haben scheint – während die „Gorbimanie“ der westlichen Medien wie höhnischer Beifall alle Rückzüge der einstigen Supermacht des Ostens begleitet.¹⁶

Mit dem gleichnamigen Artikel („Rusofobija“, Ende der siebziger Jahre geschrieben, zunächst 1982 in Emigrantenverlagen in Paris und München publiziert, dem breiten Publikum in Rußland zugänglich gemacht durch die Zeitschrift „Nasch sowremennik“¹⁷), leitete Schafarewitsch von den neorussophilen Positionen aus eine polemisch zugespitzte offene Auseinandersetzung mit den Ansichten des sogenannten radikalen Liberalismus der „Neo-Westler“ ein. Seine Gedankengänge wurden in den nationalpatriotischen Kreisen Rußlands auch wegen der Dissidentenaktivitäten des Autors in den siebziger Jahren akzeptiert und als längst erwartete Grundlage eigener Ansichten angenommen. Die zusätzliche Akzeptanz erwuchs aus der Tatsache, daß aus dem Kreis um Andrej Sacharow ein renommierter Wissenschaftler mit einer ähnlichen Vergangenheit Gedanken entwickelt hat, die den liberalen

Ansichten von Sacharow widersprachen. Die unbestrittene Autorität von Schafarewitsch ermöglichte es jetzt die „nationalen Gedanken“ offener und kämpferischer vorzutragen.

Schon in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bildete sich „von unten“, auch in den Teilen der Dissidentenbewegung, ein militanter russisch-nationaler Diskurs, der als neue Russophilie auf diese Weise ehrlich, oppositionell und der Wahrheit verpflichtet erschien. Die Sinnfindung dieser Zeit war für viele sowjetische Intellektuelle mit der Dissidentenbewegung verbunden, mit dem Kampf gegen den totalitären Staat und für Recht und Würde des Menschen. Doch auch diese unterlag sehr oft den eindimensionalen Erklärungsmustern: auch hier wurde mit simplen Ursache-Wirkung-Verbindungen argumentiert, die, so tradiert, auch die argumentative Grundlage der „Russophobie“ bilden.

Der unerträgliche Gedanke der historischen Niederlage, des „russischen Versailles“ bestimmt bei Schafarewitsch die fieberhafte Suche nach den „Schuldigen“ und nach Möglichkeiten eines notfalls auch gewaltsamen Ausbruchs aus der historischen Zwangslage. Mit den Angeboten einer „eindeutigen“ Erklärung der trüben Gegenwart werden authentische Motive und Interessen angesprochen, und zwar jene, die die Last der Rechtfertigung nicht tragen wollen und sie den „volksfremden Elementen“ aufladen. Der eigentliche, authentische Resonanzboden der neonationalen Gedanken ist ein Gefühl tiefer nationaler Demütigung. Hochgeschaukelt wurde der russische Nationalismus auch durch den Nationalismus in den nichtrussischen Republiken, der sich nach der Phase anfänglicher informeller Äußerungen auch politisch organisierte und „Erfolge“ zu verzeichnen hatte. Das Gefühl der Demütigung als „große Nation“ verband sich in Rußland mit dem Eindruck eines unaufhaltsamen Verfalls kultureller, moralischer und ethnischer Werte und ließ das scharfe Ressentiment aufkommen, wonach die Russen als Staatsvolk für den Schutz und die Prosperität der nichtrussischen Republiken alles „opferten“, ohne je mehr als Undank zu ernten.

Der Isolationismus, in den Rußland nach dem Zerfall der UdSSR hineinschlitterte, hat das Bewußtsein der Einmaligkeit des Landes bei den nationalen Kräften noch bestärkt und hat die düstere Hoffnung genährt, daß die Abwendung von den Nachbarn die besten Züge der Geschichte Rußlands retten helfen könne. Im Bemühen, das ins Wanken geratene Weltbild aufrecht zu erhalten, sucht Rußland um sich herum nach Feinden. Und je problematischer die Zukunft des Landes, um so mächtiger erscheinen die Feinde, die benötigt werden.

Das Erklärungsmuster, das Schafarewitsch für sämtliche Kalamitäten der Gegenwart und Katastrophen der Geschichte Rußlands wählt und das politisch sowie intellektuell den Neo-Patrioten akzeptabel oder sogar originell

erscheint, ist relativ einfach: Hinter jeder politischen Figur und hinter jedem politischen Ereignis steht „jemand“, eine anonyme Macht, die die Fäden zieht. Es ist die „Suche nach Schuldigen hinter den Schuldigen“. Es wäre völlig falsch, das so oft und ausgiebig in Publikationen der Neo-Russophilen herbeizitierte Ungeheuer einer Weltverschwörung nur am unteren sozialen Rand anzusiedeln. Tatsächlich glauben an die Verschwörungen – sei es von innen oder von außen – alle. Der Glaube an eine Verschwörung rührt letztlich aus der Sehnsucht nach einer erdärbaren Welt, es ist der Versuch zu einer „Rationalität“ zurückzukehren, wo auch die Frage „Wem nützt denn das?“ beantwortbar ist.

Die Figur des geheimnisvollen Feindes ist nichts anderes als die Objektivierung der Angst des einzelnen vor der zerfallenden Gesellschaft, in der Ursache und Wirkung nicht mehr nachvollzogen werden können. Hinter dem Glauben an eine Verschwörung steht deshalb auch der verdeckte Neid auf jene, denen es gelungen ist, in die Reihen der „Verschwörer“ zu gelangen, die aus dem Chaos in ein normales Leben geflohen sind.

Wie merkwürdig es auch klingen mag, aber gerade der Gedanke, hinter allen russischen Nöten stehe ein böser Wille, ist überaus tröstend und „optimistisch“ integrierend. Das Gespenst der Verschwörung hilft, den Schmerz über den Verlust zu lindern. Es ist leichter, sich als Opfer eines fremden Willens zu fühlen, als sich einem Element auszuliefern, das völlig fremd erscheint und blind gegenüber allen bisherigen sozialen Erfahrungen der Masse ist.

Die fundamental-konservative Kritik von Igor Schafarewitsch definiert dieses Element als „Russophobie“ und richtet sich vordergründig gegen das Bild einer Moderne, das Rußland darstellen würde, sollte es programmatisch und politisch auf westliche Modelle der Politik und Wirtschaft zurückgreifen, aber auch gegen die „Multiplikatoren“ dieser Moderne. Auf Schafarewitsch trifft voll das zu, was Keenen in Bezug auf Solschenitzyn feststellte: Wie illusorisch das politische Gegenprogramm auch sein mag und wie eng es als Zivilisationsentwurf in seinem rückwärtsgewandten Kulturpessimismus auch ist – es enthält das berechtigte Motiv der Rückkehr Rußlands zu seiner eigenen Geschichte, seinen eigenen kulturellen Wurzeln und Farben. Die sowjetische Geschichte Rußlands wird mit Recht auch als eine Geschichte seiner kulturellen Selbstentfremdung verstanden.¹⁸

Die hysterischen Töne der „Russophobie“ resultieren, nüchtern betrachtet, gerade auch aus dieser Ungewißheit der eigenen kulturellen Substanz und sind unmittelbar Ausdruck eines nationalen Minderwertigkeitskomplexes. In seinen Extremen steigert sich dies bis zur akuten Vernichtungsangst, die zu manchmal bestürzenden geistigen Regressionen führt.

Der „Westen“ und der „Osten“ – die Dichotomie des neopatriotischen Denkens

Die Adressaten der Polemik der „Russophobie“ sind Autoren (G. Pomeranz, A. Amalrik, B. Schragin, A. Janow und A. Sinjajewskij), die, wie auch Schafarewitsch selbst, aus der Dissidentenbewegung kamen, jedoch im Unterschied zu ihm in den siebziger Jahren ins Exil gegangen sind. Sie verbindet, z.T. objektiv, z.T. nur in seinen Augen, daß sie einem radikalen Liberalismus anhängen, „Neo-Westler“ sind – der historische Disput „Westler vs. Slawophile“ wird hier wieder aufgegriffen, was Schafarewitsch natürlich die Rolle des „Neo-Slawophilen“ zuweist.

Es ist äußerst interessant, wie die Emigration selbst ihre Rolle bei der Suche nach Auswegen in Rußland einschätzte. „Uns schien“, so einer der Emigranten der „dritten Welle“ (siebziger Jahre), Alexander Genis, daß „der russische Geist, verpflanzt in demokratischen Boden... Modelle einer russischen Zukunft entwickeln (würde).“¹⁹ Inzwischen wäre auch die Emigration gut beraten, „von den Tribünen herunterzusteigen und uns von unseren Missionarsträumen zu verabschieden – Apostel der Freiheit und Demokratie hat die Emigration nicht hervorgebracht“.²⁰

Gerade gegen diesen, teils unterstellten, teils vorhandenen²¹ geistigen Anspruch der Emigration, „Apostel der Freiheit und Demokratie“ zu sein, wehrt sich Schafarewitsch mit aller Entschiedenheit. Er sieht in den genannten Autoren „Theoretiker“, die gewillt sind, Russen und russischer Geschichte folgende „archetypische“ Charakterzüge zuzuschreiben: Sklavische Psychologie verbunden mit fehlendem Selbstwertgefühl, Unduldsamkeit gegenüber fremder Meinung und einer Mischung aus Feindseligkeit, Abhängigkeit von sowie zugleich auch Achtung vor fremder, ausländischer Macht, die Russen liebedienern lasse. Parallel dazu, so zitiert er seine Antipoden weiter, bestehe der Traum von einer Rolle und Mission in der Welt, der Wunsch, anderen einen neuen Weg zu zeigen. Als Beispiele würden Rußlands Rolle als „Drittes Rom“ und der Weltrevolutionsgedanke genannt. Desweiteren seien die Russen immer wieder geneigt gewesen, die Schuld an der jeweils aktuellen Misere bei anderen zu suchen (Tataren, Griechen, Deutsche, Juden).

Für Schafarewitsch sehen die genannten Autoren in jedem russischen Versuch, einen eigenen Weg aus der gegenwärtigen Krise zu finden die Gefahr des Wiedererstarkens von Messianismus und Nationalismus; von Stalinitismus (einer aus ihrer Sicht ebenfalls sehr nationalen, sehr russischen Erscheinung und vorgeblich direkter Fortsetzung der russischen Geschichte) und Antisemitismus. Der einzige Ausweg liege im rechtzeitigen Erkennen dieser

zerstörerischen Tendenzen und ihrer Ausrottung, sowie im Aufbau der Gesellschaft als genauem Abbild moderner westlicher Demokratien.

Dieser Meinung habe sich, nach Schafarewitsch, die öffentliche Meinung des Westens in toto untergeordnet. Aber die gesamte Konzeption der genannten Autoren zerfalle, wenn man sie mit Fakten vergleiche.

So habe, um nur einige wenige Momente zu streifen, die Konzeption Moskaus als Drittes Rom nie einen politisch-messianistischen Aspekt gehabt; die Unterordnung der Kirche unter die Staatsmacht sei ein Import Peters I. aus protestantischen Ländern und keineswegs „archetypisch“ für Rußland; Hobbes' und Rousseaus politische Konzepte seien treffende Gegenbeispiele für die knechtische Unterordnung unter einen Staat; „Messianismus“ sei eine uralte Erscheinung; sozialistisch-revolutionäres Gedankengut sei in der russischen Geschichte bis zum 19. Jh. nicht angelegt gewesen und aus dem Westen eingeführt. Es handelt sich für Schafarewitsch nicht um eine „historische Auseinandersetzung“, sondern um „Propaganda“, deren Ziel es sei, den Eindruck zu erwecken, daß die Russen ein Volk von Sklaven mit einem Hang zur Grausamkeit seien, dienstbeflissen vor einer starken Macht, alles Fremde verabscheuend und Kultur gegenüber feindselig eingestellt. Rußland solle als Hort der Despotie und des Totalitarismus hingestellt werden, eine Gefahr für die übrige Welt. Als einzige mögliche Antwort auf das Warum? dieser Unterstellungen sieht Schafarewitsch den Wunsch, das Nationalbewußtsein zu töten – ein Volk, das die eigene Vergangenheit so sehe, könne nicht lebensfähig sein. Worauf solle man da die Zukunft gründen?

Was Gegenwart und Zukunft Rußlands beträfe, so stünden die Verfasser jedem Versuch abwehrend gegenüber, die aktuellen Probleme mit einer russisch-nationalen Einstellung angehen zu wollen. Einzig tragfähiges Konzept sei für sie eine westlich-pluralistische Demokratie, die den Russen fremd sei und gerade deshalb frei vom Gift der Vergangenheit. Für Schafarewitsch ist dies verständlicherweise eine zu starke Vereinfachung. Die Geschichte kenne ein weites Spektrum von Staatsformen zwischen Demokratie und Tyrannei, aus dem man wählen könnte. Bestimmend seien stets historische Erfahrung und jeweilige Situation.

Aber auch Schafarewitsch simplifiziert zuweilen: Alle westlichen Demokratien funktionierten nach dem Prinzip, daß die Mehrheit des Volkswillens Gesetz sei. An dieser Stelle stimmt er dann auch gleich einen von ihm statistisch belegten Grabgesang auf das westliche Demokratiemodell an: Es habe keine Zukunft, seine geschichtliche Rolle sei zwar hoch zu rühmen, aber der selbstgeschaffenen ökologischen Krise sei es nicht mehr gewachsen (hier ist bereits ein Gedanke angelegt, dem man bei ihm später in der Arbeit „Rußland und die Weltkatastrophe“ wiederbegegnet).

„Kleines Volk“ – „Großes Volk“. Das Aufdecken einer Verschwörung

Eine der Kernthesen Schafarewitschs ist seine Konzeption des „Kleinen Volkes“. Der Schlüsselterminus vom „Kleinen Volk“ stammt von einem Erforscher der Französischen Revolution, Augustin Cochin, der damit Intellektuellenkreise bezeichnet, die in einer eigenen geistigen Welt lebten – ein „Kleines Volk“ im „Großen Volk“ oder, so Schafarewitsch, ein „Antivolk“! „Offenbar entsteht in jeder Periode der Krise, des Umbruchs im Leben eines Volkes“, resümiert Schafarewitsch, „solche ein ‚Kleines Volk‘, dessen gesamte Lebenseinstellung der Weltanschauung des übrigen Volkes *entgegengesetzt* ist. Für dieses ist alles, was im Verlaufe von Jahrhunderten organisch gewachsen ist, alle Wurzeln des geistigen Lebens der Nation, ihre Religion, die traditionelle staatliche Ordnung, die sittlichen Prinzipien, die Lebensweise – feindlich, wird als lächerliches und gemeines Vorurteil hingestellt, das kompromißlos ausgemerzt werden muß. Gänzlich abgeschnitten von der geistigen Verbindung mit dem Volk, sieht es das Volk nur als Material an und dessen Bearbeitung als rein *technisches* Problem, dessen Lösung folglich von keinerlei sittlichen Normen, von Mitgefühl oder Mitleid behindert wird.“²² Das Bestimmen der Kreise, mit denen sich das „Kleine Volk“ identifiziert: „Intelligenz (häufig), Dissidenten (seltener), Elite, ‚auserwähltes Volk‘“ macht deutlich, daß es sich seiner „Enheitlichkeit“ sehr bewußt ist, „die besonders deutlich durch die scharfe Entgegensetzung gegenüber dem gesamten übrigen Volk hervortritt“.²³ Als Kronzeuge wird Schragin „herbeizitiert“: „Ein Intellektueller in Rußland – das ist ein Sehender unter Blinden, ein Verantwortungsbewußter unter Verantwortungslosen, ein Zurechnungsfähiger unter Unzurechnungsfähigen.“

Beispiele für „Kleines Volk“ macht Schafarewitsch aus in der Tradition der Calvinisten und Puritaner, im „Jungen Deutschland“ des Vormärz mit seinem politischen Radikalismus und auch im Rußland der zweiten Hälfte des 19. Jh. „Wenn man die Rolle kennt, die das ‚Kleine Volk‘ in der Geschichte gespielt hat, kann man sich vorstellen, was mit seinem neuen Erscheinen droht: ... die *endgültige Zerstörung der religiösen und nationalen Lebensgrundlagen*. ... Und im Ergebnis eine neue und letzte Katastrophe, nach der vermutlich von unserem Volk bereits nichts mehr bleiben wird.“²⁴ Hier wird die Ausgangsprämisse der Bewältigung der entstandenen Situation: „Krise oder Katastrophe?“, in direkte Verbindung mit den „positiven“ Grundlagen des Auswegs: „Religiöses“ und „Nationales“ gesetzt und den Ansichten der Vertreter des „Kleinen Volkes“ ostentativ entgegengehalten.

Die Suche nach den „Schuldigen hinter den Schuldigen“ – nach den Kräften, die hinter den Vorstellungen von der „Elite“ und vom „auserwählten

Volk“ stehen – kulminiert bei Schafarewitsch in der „Arbeitshypothese“: Wessen nationale Gefühle zeigen sich denn so deutlich in der Russophobie? Für ihn kann es auf diese hypothetische Frage nur eine Antwort geben: „Es gibt nur eine Nation, von deren Sorgen wir nahezu täglich hören. Die jüdischen nationalen Emotionen versetzen sowohl unser Land als auch die ganze Welt in Fieberzustände: sie beeinflussen die Abrüstungsverhandlungen, die Handelsabkommen und die internationalen Beziehungen zwischen Wissenschaftlern, rufen Demonstrationen und Sitzstreiks hervor und tauchen fast in jedem Gespräch auf. Die ‚jüdische Frage‘ hat eine unbegreifliche Macht über die Köpfe erlangt, hat die Probleme der Ukrainer, Esten, Armenier oder der Krimtataren verdrängt. Und die Existenz einer ‚russischen Frage‘ wird offensichtlich schon überhaupt nicht anerkannt.“²⁵ An dieser Stelle scheint es ihm nun auch geboten, eine klare Trennung der Intelligenz (quasi in „Gute“ und „Böse“) vorzunehmen, wohl um potentielle Anhänger nicht zu verprellen: Es gebe Millionen von Lehrern, Ärzten, Ingenieuren, die völlig andere Lebensansichten hätten. Zitate wie die von Nadežda Mandelstam („Juden und Halbjuden des heutigen Tages sind die neue Intelligenz“) oder Boris Chasanov („Russischer Intellektueller zu sein bedeutet unausweichlich, Jude zu sein“) sollen diese Trennung untermauern und ein weiteres Mal die Bedrohung – auch der Intelligenz selbst – durch das „Kleine Volk“ und den Hochmut seiner Angehörigen belegen.

Gerade die für das „Kleine Volk“ bezeichnende Symbiose der Verachtung der Psychologie des „Großen Volkes“, seiner historischen Erfahrungen mit einer entschlossenen Bereitschaft sein Schicksal als selbsternannte „Apostel der Freiheit und Demokratie“ zu bestimmen, biete diesem die Möglichkeit „in Krisensituationen, rücksichtslos den lebendigen Volkskörper auszuschlachten und zu zerteilen“.²⁶ Das „Kleine Volk“ führe gar einen Krieg gegen das „Große Volk“. Einmal mehr wiederholt Schafarewitsch das Vorhandensein von Antipathien gegen Rußland und seine Geschichte und vorgebliche Aufregung immer wieder dann, wenn von russisch-nationaler Einschätzung der Gegenwart die Rede ist.

Zusammenfassend bezeichnet Schafarewitsch den angesprochenen Fragenkomplex als „für uns – Russen, Ukrainer, Belorussen – (...) brennend aktuell“. Interessant ist hier die Parallele zu A. Solschenizyns ein Jahr später veröffentlichten Manifest „Wie Rußland neu einrichten?“, der gleichfalls die slawischen Völker der ehemaligen Sowjetunion als Einheit und die übrigen Nationen als verzichtbar bezeichnet. Anders als etwa in Solschenizyns Manifest sind Schafarewitschs Gedanken überaus amorph und wenig greifbar, obwohl sie teilweise in dieselbe Richtung zielen. Für sein Gegen-„Konzept“ ist eher die

zweite Frage des klassischen russischen Fragenkatalogs kennzeichnend – „Wer ist schuld?“. Die erste jedoch lautet nach wie vor: „Was ist zu tun?“.

„Was ist zu tun?“ – die Rezeptur des Auswegs

Bei „Russophobie“ handelt es sich um einen programmatischen Text, und so nimmt es nicht wunder, daß seine Grundideen sich auch in den folgenden Aufsätzen von I. Schafarewitsch („Die Sechste Monarchie“, „Rußland mit sich allein“ und „Rußland und die Weltkatastrophe“)²⁷ wiederfinden.

Die Argumentation Schafarewitschs gruppiert sich auch in diesen Arbeiten um zwei Problemkreise: 1. Die Betrachtung der russischen Geschichte als Ausgangspunkt der Sicht auf die Gegenwart; 2. Die Pläne der künftigen Entwicklung für Rußland. Gerade das letztere als Beantwortung der Frage „Was ist zu tun?“ bestimmt den Hauptinhalt der Artikel „Rußland mit sich allein“ und „Rußland und die Weltkatastrophe“.

Auch hier konstatiert Schafarewitsch, daß das Land in einer tiefen Krise steckt, aber ein neues „Carthaginem delendam esse“ dürfe nicht zugelassen werden. Rußland sei bei genauer Betrachtung lebensfähig, wenn nicht gar stärker als die zerfallene Sowjetunion. Es käme nur darauf an, daß die Völker des russischen Staatsgebietes nach der Befreiung vom Joeh des Internationalismus zu normalen Beziehungen fänden. Bemerkenswert klar formuliert Schafarewitsch dabei Einsicht in die Notwendigkeit von Geduld – mindestens zwei bis drei Generationen seien erforderlich, um einerauch nur bescheidenen Lebensstandard zu erreichen.

Währenddessen sei Rußland jedoch „einig, unteilbar“. Der Zerfall der Sowjetunion und der drohende Zerfall Rußlands, so sieht Schafarewitsch realistisch, sei Resultat der kommunistischen Herrschaft und der leninistisch-stalinistischen Nationalitätenpolitik. Das Konstrukt der UdSSR sei ein „Zombie“ gewesen, künstlich geschaffen damals aus den Überresten des zerschlagenen Rußland. Der drohende Zerfall Rußlands heute ziehe zwangsläufig Chaos und Katastrophen nach sich. Unter Druck habe sich das russische Nationalbewußtsein weitaus weniger stark entwickelt, als das bei anderen ehemaligen Sowjetvölkern der Fall ist, dennoch war gerade Rußland für viele von ihnen Eintrittskarte in die Weltzivilisation gewesen.

Konkret wie schen ruucht Schafarewitsch Vorschläge für eine „Russische Politik“: Zunächst müßten sämtliche Parteifunktionäre in die Wüste geschickt werden. Weniger problematisch sind für ihn die Millionen Parteimitglieder, wenn nur keine ehemaligen Kader in der neuen Regierung säßen. Rußland

müsse gleichwertig behandelt werden und nicht allen Schimpf und alle Schande der Sowjetunion erben. Wichtig sei zudem die Erhaltung der Armee, „einschließlich der nuklearen Raketen-Truppen“. Eine starke Position ohne Zugeständnisse in der Weltpolitik (explizit erwähnt wird z.B. die Kurilenfrage!) müsse eingenommen werden und auch bei der Durchsetzung wirtschaftlicher Reformen (die Art der Reformen wird ganz bewußt nicht konkret definiert) müsse eine „starke Macht“ wirken. Auch früher schon habe man schwere Zeiten überstanden, aber, so fordert er voller Pathos, man dürfe nicht aufgeben, solange noch Hoffnung bestehe.

Diese Hoffnung besteht für Rußland in einem „Russischen Weg“ aus der akuten Weltkatastrophe. Die Möglichkeit eines besonderen, eines „Russischen Weges“ ergibt sich nach Schafarewitsch daraus, daß der Osten – namentlich Rußland – eine andere zivilisatorische Entwicklung gegangen ist als der Westen mit seiner „technologischen Zivilisation“.

Die wissenschaftlich-technische Revolution und der Handel hätten zu völliger Entfremdung der Menschen von der Natur und ihren Gaben geführt, Reichtum und Erfolg seien die einzigen Zeichen von gut erfüllter Pflicht. Die „technologische Zivilisation“ mit ihrer Lehre vom grenzenlosen Wachstum bedingt für Schafarewitsch die allgegenwärtige ökologische Krise.

Hätte es, so stellt er nun eine gewagte Theorie auf, Anfang des 16. Jh. irgendeine Epidemie gegeben, die die westeuropäische Bevölkerung vollends ausgerottet hätte, so wäre der Welt die technologische Zivilisation erspart geblieben. Deren Grundlagen fänden sich nämlich in Luthers Reformation und dem Anlegen irdischer Maßstäbe an götliches Handeln – nicht gute Taten, allein der Glaube habe Einfluß auf die Seelenrettung. Calvinisten und Puritaner führen diesen Gedanken weiter, später fand er über England (Hobbes' Leviathan!) nach Nordamerika, es entstand die Mystik von einer „toten“, einer Maschinen-Welt.

Rußland hat laut Schafarewitsch hingegen einen gänzlich anderen, einen „Doppelglauben“, der ein Amalgam aus heidnischem und christlichem Gedankengut darstellt. Dieses Amalgam habe einen konkreten sozialen Träger, – den Bauernstand – und soll als Zeichen eines ausgeprägten historischen Erinnerungsvermögens und als Bereicherung der Weltzivilisation verstanden werden.

Kann Rußland nun diesen eigenen Weg weitergehen? Viele Naturvölker (explizit erwähnt Schafarewitsch die nordamerikanischen Indianer) hätten den Versuch, sich ihre Naturverbundenheit (Bäuerlichkeit) bei der Kollision mit der technologischen Zivilisation zu bewahren, teuer bezahlt. Die russische Zivilisation vereinigt in sich drei große Entwicklungsstränge: Altertümliche bodenständige Religiosität, orthodoxes Christentum und westliche Knäuer der

Post-Renaissance. Anfang des 20. Jh. nun war Rußland zwar noch zu 80 Prozent agrarisch strukturiert, trat gleichzeitig jedoch unter die fünf weitestentwickelten Industrienationen: Eine Synthese, ein „eigener Weg“ begann sich abzuzeichnen. Im Westen jedoch wurde dies kritisch registriert, Rußland wurde zum „Hindernis auf dem Weg des Fortschritts“ abgestempelt. Feindselig beäugte speziell die westliche Finanzwelt den „Russischen Weg“.

Der Westen habe in toto die Revolution finanziert, die Rußland wiederum in die westliche technologische Zivilisation integrieren sollte. Siebzig Jahre Kommunismus vernichteten in Folge Bauerntum, orthodoxe Kirche und den Glauben an die historische Einzigartigkeit Rußlands. Nun soll das Land ökonomisch, politisch und geistig in das westliche System integriert werden. Zur Erleichterung des Prozesses werden Armee, Geheimdienst, militärische Produktion und Territorium zerschlagen, „Broker, Manager und Dealer werden zu Vorkämpfern einer neuen Moral“²⁸. Gleichsam als Menetekel weist Schafarewitsch nochmals auf das Schicksal der nordamerikanischen Indianer hin. Ein vergleichbares Schicksal Rußlands wäre für die gesamte Welt tragisch, da gerade die russische Zivilisation noch die genannten archaischen Elemente bewahre, die anderswo verlorengegangen sind.

Die Akteure der technologischen Zivilisation sind in Schafarewitschs Augen willensstark, rau, erfolgsbetont, aggressiv, was sie von orthodoxer Lebensart unterscheidet. Diese sei „weicher, geduldiger, weniger kriegertisch“ auch als das westliche Christentum. Ihr wohne (Seelen)Kraft inne, etwas, das dem nicht zu findenden *perpetuum mobile* gleiche.

Die Beantwortung der Frage „Was ist zu tun?“ verbindet sich für Schafarewitsch mit der Fragestellung: „Gibt es Hoffnung?“, Hoffnung nämlich auf eine Wiederaufnahme des „Russischen Weges“? Jede Zivilisation, die noch „seelische Kräfte und Reste eigener Individualität“ hat, sucht nach einem eigenen Weg. Noch sei die Moral im Umgang mit allem Lebendigen in Rußland nicht vollends zerstört. Einen „den Weg aus der Krise sieht er in der „Reanimation geistiger Werte“, wie etwa religiöser Gefühle, Rituale, Mythen, Ästhetik und anderer emotionale Erlebnisse. Die geistigen Grundlagen seien nicht etwa eine Trägerrakete, die nach Absetzen ihrer Nutzlast in der Atmosphäre verglühe – sie blieben präsent, wenn auch unbewußt, im „historischen Gedächtnis“. Die Katastrophe, die die technologische Zivilisation der Menschheit, „besonders unserem unglücklichen Rußland“, gebracht habe, könne als Lektion verstanden werden. Man müsse sich nur auf archaische und verlässliche Orientierungspunkte besinnen, die die Menschheit schon über tausende von Jahren nutzt, um zu überleben und die körperliche und geistige Gesundheit zu wahren.

Igor Schafarewitschs Konzept des Auswegs aus der Krise, und als solches

muß es bei aller möglicherweise unterstellbaren Weltfremdheit und fehlender Konkretheit bezeichnet werden, ist zwar nicht explizit messianisch angelegt, aber durchaus so interpretierbar. Nur unvollkommen verhüllt ist die Darstellung einer Chance auf Rettung nicht nur Rußlands, sondern der ganzen Welt auf dem „Russischen Weg“, der sich so als angehender „Exportschlager“ präsentiert. Es sind die Gedankengänge eines nationalen Universalismus, die sich durch viele höchst unterschiedliche Gruppen der gegenwärtigen russischen Gesellschaft ziehen und die augenscheinlich auch stellenweise den Klischees entsprechen, gegen die Schafarewitsch sich in „Russophobie“ so vehement wehrt. Auch die Suche nach historischer Konstanz ist symptomatisch – für ein Volk in der Krise und für russische Intellektuelle zumal.

Alles in allem sind die Arbeiten von Igor Schafarewitsch in ihrer emotional-pathetischen Färbung sowie mit ihrer scheinbar sachlich wissenschaftlichen, (pseudo)soziologischen Argumentation paradigmatische Dokumente einer nationalen Bewegung, die alle politischen Lager in Rußland beeinflusst.

- 1 Der nachfolgende Beitrag entstand als Ergebnis studentischer Forschung im Seminar „Rußland auf der Suche nach einem neuen Nationalbewußtsein“ am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig.
- 2 Vgl. M. Fuchs, Die russische Nationalidee als Faktor im politischen Kampf für Reformen, in: Osteuropa, 1993, H. 4, S. 330.
- 3 X. Mjalo, Einweihung ins Nichtsein, in: Die Fesseln der Vergangenheit. Russisches Denken nach der Perestrojka, Frankfurt/M. 1993, S. 45.
- 4 Ebenda, S. 60-61.
- 5 Vgl. A. Ignatow, Das postkommunistische Vakuum und die neuen Ideologien, in: Osteuropa, 1993, H. 4, S. 317ff.
- 6 A. Gulyga, Die Formel der russischen Kultur, in: Nasch sowremennik, 1992, H. 4.
- 7 Ebenda, S. 144.
- 8 Zitiert nach: P. N. Waage, Der unsichtbare Kontinent. Wladimir Solowjow – der Denker Europas, Stuttgart 1988, S. 212.
- 9 Zit. nach: W. Goerd, Russische Philosophie, Band I, Freiburg 1984, S. 183.
- 10 Zit. nach ebenda, S. 183.
- 11 Waage (wie Anm. 8), S. 26.
- 12 Igor Rostislawowitsch Schafarewitsch, Jahrgang 1923, weltweit anerkannter und geachteter Mathematiker, entwickelte sich in den letzten Jahren publizistisch zu einer Autorität auf dem Gebiet des russisch-nationalistischen Fundamentalismus. Er will den nationalen Gedanken systemerhaltend-integrativ nutzen und sucht dabei mit dem Selbstverständnis des Naturwissenschaftlers nach einem geistigen Konzept für einen dritten, einen Sonderweg Rußlands als Alternative zum marxistisch-leninistischen Totalitarismus und zum demokratisch-pluralistischen System westlichen Typs. Prämisse ist dabei die von ihm beobachtete Konstanz der historischen Entwicklung.
- 13 S. Löwow, Nationale Idee und Christentum, in: Die Fesseln der Vergangenheit (wie Anm. 3), S. 92.
- 14 G. Koenen/K. Hilscher, Die schwarze Front, Reinbek 1991, S. 40.
- 15 Ebenda.

Igor R. Schafarewitsch und seine „Rezepte“

- 16 Ebenda, S. 25.
- 17 Nasch sowremennik, 1989, H. 6 und H. 11. Es handelt sich hierbei um eine erstmals bereits 1982 im ‚samizdat‘ erschienene polemische Auseinandersetzung mit (vorwiegend exil-)russischen Autoren.
- 18 Vgl. Koenen (wie Anm. 14), S. 39.
- 19 A. Geinis, Nach der Perestrojka, in: Die Fesseln der Vergangenheit (wie Anm. 3), S. 9.
- 20 Ebenda.
- 21 „Die Hoffnung Rußlands besteht darin, daß seine Einsamkeit nicht tragisch, sondern unsinnig und absurd ist. Die Römer zum Beispiel besaßen keine Zukunft, sie gehörte den Barbaren. Die ‚barbarische‘ Zukunft Rußlands liegt in den Händen der zivilisierten Welt, deren Druck man ohnehin nicht ausweichen kann.“ Ebenda, S. 15.
- 22 I. Schafarewitsch, Russophobie, in: Nasch sowremennik, 1989, H. 6, S. 180, 181.
- 23 Ebenda, S. 179.
- 24 Ebenda, S. 190.
- 25 Ebenda, S. 187f.
- 26 Ebenda, S. 191.
- 27 Siehe Nasch sowremennik, 1990, H. 8; 1992, H. 1; 1993, H. 1.
- 28 Siehe Nasch sowremennik, 1993, H. 1, S. 122.

Rückkehr nach Europa: Europas Hinterhof Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

„Europa“ war in der integrationspolitischen Literatur und insbesondere im Sprachgebrauch der politikwissenschaftlichen Europaforschung bis 1989 eher ein Synonym für Westeuropa.

Mit dem Beginn der osteuropäischen Systemumbrüche hat sich daran vorerst wenig geändert.¹ Allerdings wurde die EG vom Beginn dieser Umbrüche – nach der Überwindung der Welle von Euroskepsis am Anfang der achtziger Jahre – unvorbereitet in einer ihrer bisher dynamischsten Integrationsperioden getroffen. Insbesondere in den ostmitteleuropäischen Staaten wird nunmehr die freudig antizipierte „Rückkehr nach Europa“, vor allem die in ostmitteleuropäischen Regierungsprogrammen angestrebte EG-Mitgliedschaft, als die endliche Realisation der Einführung von Demokratie und Marktvisionär gehandelt. Inwieweit es sich dabei um die Entstehung des Integrationsraumes „Gesamteuropa“² oder um die Bildung eines europäischen Hinterhofes³ handelt, soll im folgenden vor dem Hintergrund des kooperationspolitischen Engagements der EG in Ostmitteleuropa diskutiert werden.

1. Der Ausgangspunkt von Kooperation

Nach dem Ende des als Systemkonkurrenz verstandenen Ost-West-Konflikts kann von einer komplexen und konfliktträchtigen Interessenverflechtung zwischen Westeuropa und Osteuropa gesprochen werden, die sich aus der grenzüberschreitenden Qualität der Transformationsprobleme ergibt und eine kooperationspolitische Herausforderung für die EG qua geographischer Nähe darstellt. Damit läßt sich die Auffassung begründen, daß im Gefolge der Veränderungen in Osteuropa die Chancen zur kooperativen Bearbeitung von Konflikten erhöht wurden. Nachdem die Blocklogik des Ost-West-Konflikts Kooperation erschwerte, stellt sich nunmehr eher das Problem der Instabilität der osteuropäischen Kooperationspartner als Schranke der Kooperationsfähigkeit dieser Staaten.

Die Betroffenheit der EG-Mitgliedsstaaten und anderer westeuropäischer Staaten sowie die Strukturiertheit der Interessen stellen sich folgendermaßen dar:

a) *Entwicklungspolitische Interessen* lassen es angesichts der in den Nachfolgestaaten der UdSSR kumulierenden Konflikte und Chaospotentiale⁴ als naheliegend erscheinen, insbesondere die ostmitteleuropäischen Staaten als Entwicklungsmodelle erfolgreicher Transformation für die östlichen Nachahmer zu unterstützen. Wenn die Gefahr besteht, daß sich in Osteuropa Gesellschaften des Typs „Kapitalismus ohne Demokratie“ entwickeln⁵, und wenn die Möglichkeit zur Minderung dieser Gefahr durch kooperationspolitisches Engagement besteht, dann ist das entwicklungspolitische Motiv westlicher Demokratien zur Unterstützung der Demokratisierung im Osten mit der empirischen Einsicht verbunden, daß Demokratien untereinander eine geringere Bereitschaft zur Gewaltanwendung im internationalen System zeigen, als Nichtdemokratien.

b) Die Transformationskrise in Osteuropa kann starke *Migrationsbewegungen* auslösen. Abgesehen von dem noch unklaren Ausmaß und den nicht monokausal zu bestimmenden Ursachen der Migrationsströme⁶, können die beträchtlichen Wohlstandsdisparitäten in Verbindung mit dem krisenhaften Verlauf des Wandels zur Lösung traditioneller regionaler Bindungen und zur Migrationsbereitschaft führen.

c) Die infolge veralteter Risikotechnologien und einer hochgradig chemieintensiven Bewirtschaftungsweise landwirtschaftlicher Nutzflächen in Osteuropa erzeugten grenzüberschreitenden *ökologischen Probleme*⁷ stellen eine beträchtliche innenpolitische Herausforderung für die Staaten Westeuropas dar, zumal diese im Unterschied zu Osteuropa über eine sensibilisierte und kritische Öffentlichkeit für ökologische Gefahren verfügen. Andererseits führt ein wachsendes ökologisches Bewußtsein in osteuropäischen Staaten dazu, daß die Praxis der Externalisierung von Umweltschäden beispielsweise durch westeuropäische Giftmüllexporte zunehmend verunmöglicht wird. Fragen wie: „Wer trägt welchen Anteil an den Kosten der Reinhaltung von Luft und Gewässern“ öffnen sich einer politischen Bearbeitungsweise, die zur Zeit des Systemkonflikts undenkbar gewesen wäre⁸.

d) *Friedenspolitische Interessen* lassen das von einer beträchtlichen Asymmetrie gekennzeichnete neue Machtgefälle zwischen West und Ost als gewaltträchtig erscheinen. Zumal auch die Möglichkeit eines negativen „spillover“-Effekts vom sicherheitspolitischen Bereich in andere schon integrierte Bereiche bedacht werden muß. Nicht nur in einer neorealistischen Sichtweise bieten symmetrische Potentiale die Chance einer gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Eine Hegemonisierung der Instabilitätszone und den exklusiven Ausbau der

WEU zum militärischen Arm der EG vermeidend, versucht der NATO-Kooperationsrat die ehemaligen Gegner in ein System kooperativer Sicherheit einzubeziehen.⁹ Das Interesse der osteuropäischen Staaten an einer möglichst schnellen Integration in westliche Sicherheitsstrukturen unterstreicht die verflochtene Interessenlage.¹⁰

e) Bei einer ungebremsen Peripherisierung Osteuropas werden sich Desintegrationsprozesse und der Zerfall der politischen Strukturen in autoritären Verarbeitungsmustern entladen.¹¹ Autoritäre Systeme neigen dazu, eigene Fehlleistungen durch Konflikte im internationalen System zu ventilieren. Der Entspannungsprozeß könnte sich als umkehrbar erweisen. Europa würde mit allen investitionspolitischen Konsequenzen für die westeuropäischen Wirtschaftsstandorte zum instabilsten Kontinent. Andererseits würden bei einer erfolgreichen *Induktion ökonomischer Prosperität* in Osteuropa¹², gerade die westeuropäischen Volkswirtschaften von der Marktnähe zu dieser potentiellen Wachstumsregion beträchtlich profitieren.

Diese komplexe Interessenverflechtung zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten und der EG äußert sich als Verflechtungsdilemma.¹³ Damit ist der Ausgangspunkt von Kooperation bestimmt: Durch die interdependente Struktur wird der Regelungsbedarf im Konfliktfeld aufgebaut.¹⁴

In den Politikfeldern Ökologie und Migration kann von einem beträchtlichen Chaospotential der osteuropäischen Staaten gesprochen werden. Die nationalstaatlichen Kapazitäten zur Bearbeitung des Konfliktpotentials dieser asymmetrischen Interdependenz sind erschöpft.¹⁵ Da nur wahrgenommene Interessen als kooperationsrelevant bezeichnet werden können, kann der so bestimmte Ausgangspunkt jedoch nicht objektivistisch verstanden werden. Die Herausbildung von „konsensuellem Wissen“ gewinnt an entscheidender Bedeutung für die Kooperationsneigung.¹⁶

Die Steuerungskapazität der einzelnen Akteure erlaubt nicht die Erzeugung der erstrebten Güter, seien es Umweltschutz und Sicherheit auf der Seite der EG-Staaten oder die Unterstützung vor allem der ökonomischen Transformation auf der Seite der postkommunistischen Staaten. Die Summe der unkoordinierten Aktionen der nationalen Akteure ergibt unbefriedigende Resultate für alle.

Die Verwirklichung der Ziele der beteiligten Akteure hängt schließlich vom Verhalten aller ab.¹⁷ Das ausgeprägte Eigeninteresse beider Seiten macht die Erreichung politischer und wirtschaftlicher Ziele entscheidend von Kooperation abhängig.

Internationale Regime¹⁸ können diesbezüglich als Bearbeitungsmechanismen für sektorale Interdependenzprobleme aufgefaßt werden, die aufgrund der von Krasner herausgearbeiteten Elemente (Prinzipien, Normen, Regeln, Entscheidungsprozeduren) mit ihrer Dauerhaftigkeit die Berechenbarkeit und die Problemlösungskapazität der Akteure erhöhen. Dies geschieht, indem die genannten Elemente innerhalb eines Politikfeldes ein Regelwerk bilden, woderch das Verhalten der Kooperationspartner sich ändert und anders wird als das bloß durch Machtinputs und Interessenstrukturen erzeugte. Dergestalt können einmal entstandene Internationale Regime die Kooperation internationaler Akteure hinsichtlich der Erzeugung kollektiven Nutzens verbessern, wodurch sie spontanen Regulierungen überlegen sind.

2. Rückkehr durch Kooperation

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mußte die Rolle ökonomischer und politischer Kooperation neu definiert werden. Infolge der langen Abschottungspolitik der ostmitteleuropäischen Länder im Schlepptau des sowjetischen RGW-bezogen Autarkiestrebens, aber auch aufgrund nichtkonvertibler Währungen und einer permanenten Devisenknappheit, fand der Ost-West-Konflikt auch einen handelspolitischen Niederschlag.

Als Folge des Rückzugs der UdSSR von ihrer Hegemonialposition kam es zu einem raschen Auseinanderbrechen des an dieser Hegemonialmacht orientierten außenwirtschaftlichen Kooperationsmechanismus. Die bereits für das Jahr 1989 manifest werdenden Unterschiede signalisierten den Regelungsbedarf, der sich handelspolitisch in Gestalt einer raschen EG-Orientierung der Reformländer artikulierte: Obwohl nur rund 5 Prozent der Ex- und Importe der EG mit Nicht-EG-Ländern auf Osteuropa entfielen, absorbierte die Gemeinschaft 17 Prozent der gesamten Exporte und lieferte 15 Prozent der gesamten Importe.¹⁹

Das PHARE-Programm

Für den Westen wurde schon am Beginn der politischen und wirtschaftlichen Systemumbrüche in Osteuropa die Frage vordringlich, in welcher Form und welcher Höhe Hilfe und Unterstützung bereitgestellt werden sollte.

Für die Hilfe der G 24 wurde unter der Regie der EG 1989 der Begriff PHARE (Poland and Hungary Assistance for Restructuring of the Economy) eingeführt, der in der französischen Fassung „Leuchtturm“ bedeutet und keine Beschränkung des Programms auf die anfänglichen und im Namen des

Programms festgehaltenen Empfängerländer impliziert. Die Kommission der EG wurde zusätzlich zur Koordination auch mit der Entwicklung und Durchführung des Programms beauftragt.²⁰ Diese Entscheidung wies auf die neue Rolle der EG als europäische Gestaltungsmacht hin.

PHARE wurde seit 1990 auf weitere Staaten ausgedehnt. Gelegentlich wird PHARE mit der gesamten westlichen Wirtschaftshilfe gleichgesetzt. Das Programm ist aber eine besondere Gemeinschaftsaktion, die die sich entwickelnde Kooperationspolitik durch finanzielle und technische Zusammenarbeit flankiert.

Ziel des PHARE-Programms²¹ ist die kurz- und mittelfristige Unterstützung des ökonomischen Systemwandels. Insbesondere die Abschaffung staatlicher Monopole und die Umstrukturierung sowie Privatisierung staatlicher Unternehmen im Rahmen der Entwicklung bzw. Wiedererrichtung einer marktwirtschaftlich geordneten Volkswirtschaft stehen dabei im Mittelpunkt. Die Verwirklichung dieses Ziels erfolgt vorrangig durch die Bereitstellung von Zahlungsbilanzkrediten wie auch durch die Implementation sektoraler Programme. Im Bereich der technischen Zusammenarbeit dominieren jedoch nicht rückzahlbare Zuschüsse.²²

Die PHARE-Hilfe für 1991/92 wurde dagegen im Unterschied zu den eher pragmatisch-kurzfristigen Hilfsprogrammen des ersten Jahres so konzipiert, daß eine Konzentration auf die systematische und langfristige Unterstützung der nationalen Transformationsprozesse möglich wurde.²³

PHARE berücksichtigt auch die Bedeutung der Aufrechterhaltung eines sozialen Mindestkonsensus für den Erfolg der ökonomischen Transformation, indem den Empfängerstaaten Programme zum Aufbau eines sozialen Sicherungsnetzes und zur Modernisierung und Restrukturierung verschiedener diesbezüglicher Policyebenen (Arbeitsmarkt, Gesundheit und Bildung) angeboten werden. Insgesamt wurden von 1990 bis 1992 625 Mio. ECU im Rahmen von PHARE für die soziale Dimension des Systemwandels zu Verfügung gestellt. Die sozialpolitische Kompetenz von PHARE muß jedoch im Rahmen der bisher implementierten Programme beschränkt bleiben, da eine umfassende Lösung der sozialpolitischen Transformationsprobleme an den Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen gebunden ist.

Die Erfahrungen langjähriger Elitenförderung in der Entwicklungspolitik gegenüber afrikanischen Staaten haben im Zusammenhang mit der Kenntnisaufnahme der Spezifika postkommunistischer Gesellschaften einen Lernprozeß auf Seiten der EG bewirkt, so daß insbesondere die Bedeutung der Unterstützung intermediärer Organisationen für die Implementation wirksamer Hilfsprogramme anerkannt wird.²⁴

Am 16. November 1992 beschloß der EG-Ministerrat die Eingliederung

des PHARE-Programms in eine Mehrjahresstrategie, durch die in Verbindung mit den Assoziierungsverträgen die Fortsetzung des Programms im Rahmen der EG-Ostkooperationspolitik gesichert wird. Bereits auf der Grundlage dieser Leitlinien bestimmte die Kommission die Prioritäten des Programms für den Zeitraum 1993–1997.

Die PHARE-Mittel – 1993 werden 1040 Mio. ECU²⁵ ausgegeben – sind weder als Abstützung der wirtschaftlichen Situation eines Empfängerlandes oder als Deckung seines allgemeinen Finanz- und Investitionsbedarfs²⁶ geplant. Solche Aufgaben würden die Möglichkeiten der PHARE-Zuschüsse deutlich übersteigen, zudem fallen sie unter die Zuständigkeiten anderer Institutionen (z.B. IWF, Weltbank, EBRD etc.). PHARE war als „Leuchtturm“ für die ostmitteleuropäischen Länder auf deren „Rückweg nach Europa“ gedacht, mit dem die übrigen westlichen Hilfsmaßnahmen zur Abstützung der ökonomischen Transformation durch finanzielle und technische Abstützung nur ergänzt werden sollen. Insofern ist PHARE als ein Element der EG-Ostkooperationspolitik nicht losgelöst von den anderen Regimeelementen zu sehen. Anders könnte nicht untersucht werden, ob der „Leuchtturm“ vielleicht doch nur eine abendländische Festbeleuchtung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für westeuropäische Beratungsfirmen ist.²⁷

Die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD)

Waren die anfänglich noch ungetrübten Hoffnungen in Ostmitteleuropa auf einen baldigen Zustrom privater Direktinvestitionen und weitere Kredite gerichtet, so wurden die Reformeliten dieser Länder schon bald durch die im Gefolge der transitorischen Unsicherheit einsetzende Zurückhaltung westlicher Banken auf den Boden der ökonomischen Rationalität geführt.

Das Sondertreffen des Europäischen Rates am 18. November 1989 in Paris brachte den Impuls für die Schaffung einer neuen internationalen Finanzorganisation, die sich die finanzielle Unterstützung der Transformationsprozesse zur Aufgabe machen sollte. Die Verhandlungsdelegationen einigten sich darauf, eine französische Initiative aufzugreifen und eine Entwicklungsbank für Osteuropa zu gründen.²⁸ Gedacht war diese Bank als die „einzige internationale Organisation mit dem Mandat, Demokratien und Marktwirtschaft in der Region aktiv zu fördern.“²⁹

Die in den Gründungsdokumenten der EBRD³⁰ kodifizierte Verpflichtung auf eine politische Konditionalität begründete eine in Selbstdarstellungen oft erläuterte Exklusivität des Anspruchs der Bank mit der Eingrenzung des Empfängerkreises auf Staaten, die die Menschenrechte respektieren, ein Mehrparteiensystem gestatten und freie Wahlen durchführen sowie sich auf

die Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung festlegen.³¹

Von Anfang an gab es *Kritik*³² an der Gründung einer neuen multilateralen Finanzorganisation, deren vorgesehenen Funktionen nahezu vollständig bereits von anderen Institutionen ausgefüllt wurden, sie sei eben bloß eine „unnecessary duplication“³³ oder „just another bank“.³⁴

Die EBRD nahm ihre Arbeit offiziell am 15. April 1991 auf. Die 39 Mitglieder der Bank setzen sich aus den OECD-Ländern, anderen westlichen Ländern, Rußland und sieben osteuropäischen Staaten, der Europäischen Investment Bank (EIB) und der EG als Organisation zusammen. Die Bank hat als Kapital 10 Mrd. ECU zur Verfügung, von denen 30 Prozent direkte Einlagen sind und der Rest als Garantie für laufende Projekte dient.

Die EG-Mitgliedstaaten, die EG und die EIB halten zusammen 51 Prozent des Kapitals. Die Bank nahm dann im September 1991 ihre Tätigkeit auf. Bis zur zweiten Jahresversammlung im April 1993 hatte die Bank mehr als zwei Mrd. ECU für fast 90 Projekte zugesagt, jedoch im Unterschied zu IWF und Weltbank nur etwa ein Zehntel dieser Summe ausgezahlt.³⁵

Bereits auf der ersten Jahrestagung der EBRD im April 1992 machte sich ein gravierenderer Konflikt bemerkbar, der an die Diskussion um ein strukturelles Engagement der Treuhandanstalt in Ostdeutschland erinnert: EBRD-Präsident Attali schlug vor, mit zinsvergünstigten Krediten, „soft loans“, die Umstrukturierung osteuropäischer Wirtschaftsbereiche zu unterstützen. Dieser auf eine Sanierung von Staatsbetrieben zum Zwecke der Privatisierung hinauslaufende Vorschlag, mobilisierte den Widerstand des damaligen US-Finanzministers Brady: „Ihr sollt Staatsbetriebe verkaufen statt sie neuzufinanzieren.“³⁶ Dies lag in der Logik der Osteuropapolitik seiner Regierung, die Legionen junger Berater zur lehrbuchgemäßen Einführung der Marktwirtschaft nach Osteuropa entsandte.³⁷

In den Wochen vor der zweiten Jahrestagung der EBRD im April 1993 in London geriet die Bank unter heftigere Kritik. Ihr wurde vorgeworfen, daß sie bisher für ihre Ausstattung und Miete doppelt so viel ausgegeben habe, wie sie an Mitteln in die Länder Osteuropas vergehen habe – 240 Millionen DM.

Auf der Konferenz in London wurde dann weitere Kritik an der Ausgabenpolitik der Bank und ihres Präsidenten, dem ein „general ethos of prudence“³⁸ fehle, geübt, so daß dieser schon im Juni 1993 seinen Rücktritt ankündigte.

So problematisch diese Entwicklung erscheint, mit einem anderen Banker an der Spitze der Bank das Problem ihres Sinns lösen zu wollen, wäre ein bloß naives Unterfangen. Soll die EBRD zum effizienten kooperationspolitischen Instrument im postkommunistischen Wandel werden, dann sind strukturelle Mängel der EBRD wie die künstliche Trennung des Entwicklungs- und des

kommerziellen Bankgeschäfts und die unzureichende Mittelausstattung ein größeres Hindernis als ein umstrittener Präsident.

Die „Europa-Verträge“

Die mit den ostmitteleuropäischen Reformstaaten 1988 und 1989 abgeschlossenen bilateralen Handels- und Kooperationsabkommen, das PHARE-Programm und die Gründung der EBRD gaben zwar den Beziehungen der EG zu Osteuropa ein neues Gewicht und veränderten sie beträchtlich im Vergleich zur Periode der Ost-West-Konfrontation. In Anbetracht der rasanten Verlaufsformen des historischen Umbruchs und der erheblichen Risiken und Chancen der Transformationsprozesse in Osteuropa, schien die damals „neue“ Ostpolitik mit den Handels- und Kooperationsabkommen als Kern schon nach kurzer Zeit überholt.

Bereits im Vorfeld der Assoziierungsverhandlungen machte die EG das Zustandekommen dieser Abkommen von bestimmten Konditionen abhängig. Das betraf im wesentlichen das Vorhandensein eines repräsentativ-demokratischen Systems, das sowohl eine rechtsstaatliche Ordnung, die Schaffung eines Mehrparteiensystems und freie Wahlen als auch wirtschaftspolitische Liberalisierungsschritte zur Schaffung einer marktwirtschaftlichen Ordnung gewährleisten sollte. Besonderen Wert wurde auf die Achtung der Menschenrechte gelegt. Diese Konditionalität sollte auch in den Abkommen selbst verankert werden. Erstmals in der Geschichte ihrer Assoziierungspolitik verschärfte die EG damit die Konditionalität, indem sie die notwendigen Voraussetzungen für eine engere Anbindung deutlich aussprach und in den Verträgen fest verankerte. Bisher hat es die Gemeinschaft stets vermieden, die politischen Grundsätze ihres Handelns in den Abkommen selbst festzuhalten und so zur offiziellen Meßlatte bei deren Durchführung zu machen.

Am 16. Dezember 1991 wurden in Brüssel die Assoziierungsabkommen zwischen der EG und Polen, Ungarn und der CSFR nach knapp einem Jahr und acht intensiven Verhandlungsrunden unterzeichnet. Die „Europa-Verträge“ entstanden auf der Grundlage des Artikels 238 des EWG-Vertrags. Sie wurden auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, wobei sie mit einem Übergangszeitraum von maximal zehn Jahren ausgestattet sind. Die Verträge, obwohl am gleichen Tag unterzeichnet, wurden mit jedem Land einzeln ausgehandelt und berücksichtigen die jeweiligen Besonderheiten. Ein grundlegendes Ziel aller drei Verträge ist die Angleichung der Rechtsvorschriften an das EG-Recht.

Am 16. September 1992 wurden die Assoziierungsverträge mit Polen und Ungarn durch das Europäische Parlament gebilligt. Bisher wurde allerdings das Abkommen mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Repu-

blik wegen der Auflösung der Föderation von der Zustimmung ausgenommen.³⁹

Da sich die „Europa-Abkommen“ auch auf Bereiche erstrecken, für die die Mitgliedstaaten zuständig sind, z.B. die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die kulturelle Zusammenarbeit, sind auch die EG-Mitgliedsländer Vertragspartner. Die Abkommen müssen deshalb für diese Bereiche von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Um Zeitverzögerungen infolge der Ratifizierungsabkommen zu vermeiden, schloß die Gemeinschaft Interimsabkommen⁴⁰ ab, die eine Umsetzung der Verträge bereits zum 1. März 1992 ermöglichten.

Noch in ihrem Entwurf für die „Europa-Verträge“ mit Polen, Ungarn und der CSFR hatte die EG-Kommission die Frage nach einer späteren Mitgliedschaft der Assoziierungspartner in der EG zunächst bewußt offengelassen. Schließlich hatte die Gemeinschaft gerade erst die Beitrittswünsche der Türkei und Österreichs erfolgreich abgewehrt und den EWR als attraktiven Warteraum unterhalb der Beitrittsstufe profiliert.⁴¹

So hatten die ostmitteleuropäischen Staaten sich den Start für ihre „Rückkehr nach Europa“ nicht vorgestellt. Aufgrund des massiven Widerstandes der künftigen Partnerstaaten, insbesondere Polens, gegen diese Absicht der Gemeinschaft, sahen sich die EG-Staaten während der ersten bis dritten Verhandlungsrunde im April 1991 schließlich zu einer Revision ihrer Haltung genötigt. Sie erklärten sich bereit, in die Präambel der Verträge ergänzend den Wunsch dieser Länder nach einem Beitritt zur Kenntnis zu nehmen, ohne jedoch diesbezüglich auf konkretere Verpflichtungen einzugehen.⁴²

Die mit den Assoziierungsabkommen verfolgten Ziele wurden auf Seiten der EG noch vor Abschluß der Verträge recht allgemein formuliert⁴³:

1. Durch die engere Anbindung an den Westen sollte in den entsprechenden Ländern ein Klima geschaffen werden, das politische und wirtschaftliche Reformen begünstigt, wodurch auf der Basis eines gemeinsamen Wertekonsenses Demokratie und Marktwirtschaft in den drei Reformstaaten gefördert werden könnten. Die Assoziationsabkommen waren als Beitrag zum Aufbau einer neuen europäischen Ordnung gedacht.
2. Mit den Abkommen sollte eine beträchtliche Verbesserung des Handels- und Investitionsklimas insbesondere im Bereich der Privatwirtschaft erreicht werden.
3. Die ökonomische Transformation von der Kommandowirtschaft zu einer in die Weltwirtschaft integrierten Marktwirtschaft soll erleichtert werden.
4. Transparenz und Kohärenz der technischen und finanziellen Zusammenarbeit sollen verbessert und deren Anpassung an neue Prioritäten ermöglicht werden.
5. Die Abkommen sollten den gegenseitigen Informationsfluß und die kultu-

relle sowie die außenpolitische Zusammenarbeit befördern.⁴⁴

Die „Europa-Verträge“ mit Polen, Ungarn und der CSFR unterscheiden sich lediglich in Details voneinander, sie weisen mithin die gleiche Struktur auf und können als weitgehend identisch⁴⁵ bezeichnet werden.

Der *erste Abschnitt* befaßt sich als der kürzeste Abschnitt der Verträge mit der Institutionalisierung und den Zielen eines politischen Dialogs. Der zwischen den Vertragsparteien einzurichtende politische Dialog soll ausdrücklich über die Gegenstände der Assoziation hinausgehen und den gesamten Systemwandel begleiten. Die Länder Ostmitteleuropas werden in den Kreis der Länder mit einbezogen, die regelmäßig über die Europäische Politische Zusammenarbeit unterrichtet werden. Die Normierung einer solchen Vereinbarung ist einer der wesentlichen Unterschiede der „Europa-Verträge“ zu anderen Assoziierungsabkommen der EG, in denen der politische Dialog nur den direkten Assoziierungsbereich berührt. Es ist vorgesehen, die neuen Demokratien damit an die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit im westeuropäischen Kontext heranzuführen. Das Gremium, in dem der politische Dialog hauptsächlich stattfinden soll, ist der im abschließenden neunten Abschnitt festgehaltene Assoziationsrat, der allgemein für die Implementierung der Abkommen und für alle Fragen zuständig sein soll, die die Vertragsparteien ihm vorzulegen beabsichtigen. Darüberhinaus ist ein Rahmen für den politischen Dialog vorgesehen, der weit über die übliche Ministerebene hinausgeht und die Konstituierung eines beratenden parlamentarischen Assoziationsausschusses vorsieht.

Die allgemeinen Grundsätze des *zweiten Abschnitts* bestimmen, daß die Assoziation eine Übergangszeit von höchstens zehn Jahren umfaßt, die in zwei Stufen von jeweils fünf Jahren gegliedert werden. Während des letzten Jahres der ersten Stufe prüft der Assoziationsrat anhand des erreichten Transformationsstandes den Übergang zur zweiten Stufe. Die Handelsbestimmungen bleiben davon unberührt.

Der umfangreiche und 37 Einzelartikel umfassende handelspolitische Teil der Abkommen beginnt mit dem *dritten Abschnitt*. Als Fernziel wird der bilaterale Freihandel formuliert, differenziert wird dann nach Industriegütern (ohne Textil-, Kohle- und Stahlprodukte), landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Textilien und EGKS-Produkten. Innerhalb dieser Bereiche werden Liberalisierungszeiträume und Ausmaß des Protektionsabbaus sowohl nach den Prinzipien der Asymmetrie als auch nach dem aktuellen Protektionsniveau gestaffelt. Während für die drei anderen Freiheiten – Freizügigkeiten von Personen, freier Austausch von Kapital und Dienstleistungen – die Vorschriften weniger konkret und die Übergangsfristen viel länger sind, hat man für die vierte, die Einführung des freien Warenverkehrs, d.h. die Errichtung einer

Freihandelszone, einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen.

Der Freihandel wird auf *Industriewaren* beschränkt. Bei Industriegütereinfuhren besteht für die EG die sofortige Pflicht zur Aufhebung noch geltender Mengeneinschränkungen und zur stufenweisen Reduzierung der Zölle innerhalb von fünf Jahren. Unterschiede gibt es in der Länge der Öffnungszeiträume der Wirtschaften der ostmitteleuropäischen Länder gegenüber Industriewarenimporten aus der EG und hinsichtlich des Umfangs der gegenseitigen Zollreduktionen. Zwar waren die EG-Zölle auch in der Vergangenheit nicht hoch, doch schon zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung gab es dabei Unterschiede: so betrug der durchschnittliche Zoll für ungarische Industrieprodukte auf dem EG-Markt 7,3 Prozent, für tschechoslowakische 5,7 Prozent und für polnische 4,7 Prozent. Im Vergleich zu Polen und der CSFR verlängerte Ungarn den Anpassungszeitraum seiner Industrie vor der völligen Öffnung.⁴⁶ Nunmehr hat Polen in sieben Jahren, die Tschechische und die Slowakische Republik in neun Jahren und Ungarn in zehn Jahren die Aufhebung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen aus der EG durchzusetzen.

Auf den ersten Blick sehen die Maßnahmen, die in Richtung Freihandel weisen, recht großzügig aus, allerdings sind aus den Erfahrungen der bisherigen Gemeinschaftspraxis im handelspolitischen Umgang mit Drittländern einige Vorbehalte anzumelden. Es muß beachtet werden, daß der Freihandel für gewerbliche Waren im Rahmen der Abkommen einschränkende Anti-Dumping- und Schutzklauseln unterliegt. Erfahrungen der Türkei⁴⁷ und anderer Assoziierungspartner zeigen, daß diese Schutzklauseln zu einem wirksamen und recht willkürlich gehandhabten Instrument der Handelsbeschränkung durch die Gemeinschaft werden kann.

Problematischer als die Anti-Dumping- und Schutzklauseln gestalten sich jedoch die direkten Handelseinschränkungen. Ausgenommen von den Freihandelsmaßnahmen der Assoziierungsabkommen im Industriegüterbereich sind die Bereiche Kohle, Stahl und Textilien. Für die beiden zuletzt genannten Güterkategorien werden Qualitätslimits aufrechterhalten.

Die sensitiven Sektoren von Textil, Bekleidung, Eisen und Stahl, in denen die EG-Länder schon länger ihre internationalen Marktanteile durch Subventionen inszenieren, sind jedoch gerade jene Bereiche, in denen die Produzenten aus den ostmitteleuropäischen Staaten über traditionelle Vorteile verfügen. Daher erfolgte in diesen Bereichen keine Erleichterung des Zugangs zu den EG-Märkten.

Der Teil der Abkommen, der sich mit dem Bereich der landwirtschaftlichen Güter beschäftigt, bereitete als „*nervus morum*“ bei den Verhandlungen die

größten Schwierigkeiten. Aufgrund der gemeinsamen Agrarpolitik der EG wurde in diesem Bereich der geringste Anteil an Handelsliberalisierungsmaßnahmen und Konzessionen vorgesehen. Da die gemeinsame Agrarpolitik der Gemeinschaft nicht auf marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien, sondern auf protektionistisch ausgerichteten zentralen Entscheidungen beruht, fordern Kritiker seit Jahren die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik.⁴⁸

Die „Europa-Abkommen“ garantieren Polen, Ungarn und der CSFR Handels erleichterungen für die Ausfuhr ihrer gewerblichen Erzeugnisse in die EG. Nach dem Vorbild der Lomé-Abkommen werden die Handels erleichterungen von dem Prinzip der Asymmetrie geleitet. Die Gemeinschaft wird ihre noch bestehenden Handelsbarrieren schneller abbauen als die ostmitteleuropäischen Staaten. Dennoch besteht die Möglichkeit, daß ein zu schnelles Eingliedern der polnischen, ungarischen und tschechoslowakischen Volkswirtschaften in westeuropäische Konkurrenzmechanismen deren Ruin zur Folge haben würde.⁴⁹ Können die Länder des „Visegráder Dreiecks“ den verbesserten Marktzugang überhaupt nutzen?

Dafür ist die bestehende Produktionsstruktur nicht sehr vorteilhaft. Die Produkte dieser Länder entsprachen bisher nicht durchweg dem Qualitätsstandard westeuropäischer Produzenten, ebenso waren die Kosten für die einzelnen Produktionsfaktoren wie Rohstoff und Energie pro Einheit Output wesentlich höher als bei vergleichbaren Produzenten.

Die starke Spezialisierung auf rohstoffintensive Produkte hatte ihren Grund vor allem in den besonderen Handelsbeziehungen zur Sowjetunion, die bis Ende 1990 die übrigen RGW-Länder in ganz überwiegendem Maße mit Rohstoffen zu vergleichsweise sehr günstigen Konditionen belieferte. Da für Rohstoffe und Energieträger seit Ende 1990 Weltmarktpreise zu entrichten waren, standen die osteuropäischen Staaten bald vor erheblichen strukturellen Anpassungsproblemen. Es erscheint also zumindest zweifelhaft, ob der „goldene Schlüssel“ des verbesserten Marktzugangs allein die Tür zu einem postkommunistischen Entwicklungspfad zu öffnen vermag.

Die in einer Vielzahl von Vertragsanalysen herausgearbeiteten Hauptkritikpunkte an den „Europa-Verträgen“ wurden dennoch zumeist in der nichterfolgten Marköffnung für sensible Produkte aus den EAC's sowie in der zu knapp bemessenen Schonfrist für ostmitteleuropäischen Industrien gesehen.⁵⁰ Allerdings findet sich diese Einsicht auch in Studien und internen Kommunikationspapieren der EG-Kommission, wodurch die Schwierigkeiten der Politikformulierung der heterogenen Akteure in der EG unterstrichen werden. Einige Kritiken heben auch hervor, daß mit den „Europa-Verträgen“ einige Unzulänglichkeiten im Zielhorizont der EG-Ostkooperationspolitik zu vermeiden gewesen wären: Durch die Assoziationen wird die ökonomische

Integration der Volkswirtschaften der assoziierten Länder in die west-europäischen Märkte nicht wesentlich erleichtert. Trotz des asymmetrischen Abbaus der Handelsschranken sei die EG eher der lang- und kurzfristige Nutznießer der Verträge und nicht die sich in der Transformationskrise befindenden Ökonomien.

Um die Exportanstrengungen der östlichen Reformstaaten bei ihren traditionellen Gütern zu unterstützen, wären größere Zugeständnisse von Seiten der EG unabdingbar. Handelsströme ermöglichen schließlich „exchange earnings“⁵¹, die zur Generierung des notwendigen Wachstums für die Erreichung einer dauerhaften politischen Stabilität unabdingbar sind. Es erscheint fraglich, ob eine Handelsöffnung mit einer Orientierung auf vielversprechende und langfristige „growth areas“ verbunden sein würde. Dennoch ist das kurzfristig die einzige Möglichkeit, „exchange earnings“ größeren Ausmaßes zu erreichen⁵².

Deutlich wird, wie eng die nicht nur durch die Spezifik der ostmittel-europäischen Transformationsprozesse, sondern vielmehr noch durch die Komplexität der innersystemaren Interessenverflechtungen gezogenen Grenzen der heterogenen Akteure in der EG sind, denn die in einer Vielzahl von Kritiken geforderte stringenter Liberalisierungspolitik⁵³ der EG hätte in einzelnen Mitgliedsländern zu heftigen innenpolitischen Turbulenzen geführt. Die EG gerät dabei an die Grenzen ihrer politischen Handlungsfähigkeit⁵⁴. Vereinfachungen in Gestalt bloß binärer Kodierungen der diskutierten Problemverflechtungen sensibilisieren zwar für die Wahrnehmung politischer Problemlösungsblockaden, sind aber in ihrer Reduzierung auf einen transformationspolitischen „spill-over“-Effekt mehr appellativ denn analytisch. Eine vollständige Marktöffnung wäre nur bei gleichzeitiger Reform einer ganzen Reihe von Gemeinschaftspolitiken möglich gewesen und hätte die Interessenverbände einzelner EG-Staaten zu einem stärkeren Widerstand gegen die Verträge motiviert, so daß es gar nicht erst zum Abschluß der Verträge gekommen wäre.

Den aufgezeigten Grenzen der EG-Kooperationspolitik sind noch folgende Aspekte hinzuzufügen, die das kooperationspolitisch Neue an den „Europa-Verträgen“ herausheben und damit die durch diese Abkommen entstandenen neuen Möglichkeiten von Kooperationspolitik aufzeigen:

- 1) Erstmals gelang es angebotsstarken Drittländern „einen Fuß in die Tür zum europäischen Agrarmarkt zu setzen“.⁵⁵
- 2) Die EG wird in vielen noch immer hochsubventionierten Bereichen zunehmend unter den Angebotsdruck der assoziierten Staaten geraten. Insofern wird durch diese Abkommen der Reformdruck in der EG erhöht.
- 3) Die kumulativen Ursprungsregeln stellen einen Anreiz dar, grenzüber-

schreitende Verarbeitungsprozesse zu fördern.

4) Die im Rahmen der drei vorgestellten Regimeelemente ablaufende Finanzierung des Transfers von Humankapital ist in der Geschichte der Beziehungen der EG zu Drittländern einmalig, wobei zu vermerken ist, daß bisher kein anderer Kooperationspartner solche umfangreiche Transferleistungen in Anspruch nehmen konnte.

Die Assoziierungsabkommen machen angesichts der den Reformstaaten abverlangten Anpassungsleistungen deutlich, daß die von den postkommunistischen Ländern angestrebte EG-Mitgliedschaft alles andere als ein bequemer Weg in eine Gemeinschaft ist, die eben nicht als eine „Art von reicher Sowjetunion“⁵⁶ gesehen werden kann. Das bedeutet jedoch, daß sich im Rahmen der Anpassungsleistungen die Interessenstrukturen nationaler Interessengruppen sukzessive verändern.⁵⁷ Eine „Rückkehr nach Europa“ als Ausdruck erfolgreicher Systemtransformation wird durch die Abkommen zunächst nicht entscheidend befördert.

3. Rückkehr durch Inkorporation

„Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden.“ Art. 237, EWGV

Die in der Präambel der „Europa-Verträge“ auf Wunsch der EG-Kooperationspartner zur Kenntnis genommene Beitrittsoption der ostmittel-europäischen Staaten wurde zu einem nur schwachen Anreiz und blieb als symbolische Geste vorerst ohne Konsequenzen. Die integrationspolitischen Implikationen dieser Optionalität gehen zumindest nicht über die im EWG-Vertrag vorgesehen Möglichkeiten für Beitrittsinteressenten hinaus, zumal sich die Kooperationspartner auch auf keinen zeitlichen Rahmen einigen konnten. Um viel mehr als eine Klarstellung, daß Artikel 237 des EWG-Vertrages auch auf die Staaten Ostmitteleuropas zutrifft, scheint es sich auch aus der Perspektive politischer Eliten Ostmitteleuropas dabei nicht zu handeln. Das Eingehen der EG auf den Wunsch nach einer eventuellen Mitgliedschaft der assoziierten Länder geschieht dabei überaus reserviert.⁵⁸

Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit angesichts der osteuropäischen Umbrüche eine Fortsetzung der bisherigen Integrationspolitik zu verantworten ist, und ob ein europapolitisches „Weiter-So“ nicht noch größere Risiken auslösen wird. Die unerwartet aufgetauchte und integrationspolitisch spannende Frage ist also, inwieweit eine auch noch in der Spätphase des Ost-West-Konflikts für die Stabilität der westeuropäischen Gesellschaften funktionale

Integrationspolitik zu einem Faktor der Desintegration und Instabilität werden kann.

Die Osterweiterungsdebatte verläuft zwischen den beiden im folgenden kurz zu skizzierenden Diskussionspolen:

Erweiterung als Überwindung der Spaltung Europas

Innerhalb dieses Lösungsansatzes wird davon ausgegangen, daß die ostmitteleuropäischen Jungdemokratien um so schneller stabilisiert werden können, je schneller sie den Status einer EG-Mitgliedschaft erreichen. Dabei stellt die Schaffung eines demokratischen „Gesamteuropa“ einen Gewinn dar, der auch eine vorübergehende Schwächung der derzeitigen Klein-EG aufzuwiegen vermag.⁵⁹

Hinzu kommt, daß ein rascher EG-Beitritt Polens, Ungarns und der CSFR mit beträchtlichen Einflußmöglichkeiten der EG auf die endogene Transformationsdynamik gleichgesetzt wird.

Die zunehmende Interdependenz zwischen den EG-Mitgliedsstaaten, die regelmäßigen politischen Austauschprozesse und eine Reihe transnationaler Kontakte und Netzwerke würden dann auch nach dem Beitritt einen hohen Konvergenzdruck erzeugen, der zur Institutionalisierung der erreichten Transformationserfolge beitragen soll. Dergestalt soll die EG zu einem bedeutenden Stabilitätsanker für die ostmitteleuropäischen Staaten werden.

Demgegenüber läßt sich kritisch anmerken, daß die Ostkooperationspolitik der EG von einer ausgeprägten Konditionalität gekennzeichnet ist, die nicht nur die wirtschaftlichen Hürden eines Beitritts für die ostmitteleuropäischen Länder recht hoch anlegt, sondern auch die Verwirklichung grundlegender demokratischer Rechte zu einer Zugangsbedingung zur EG macht. Die Gründe dafür liegen nicht nur in einer intendierten Unterstützung der politischen Transformationsprozesse in diesen Ländern, sondern sind auch in der EG-internen Entwicklungsdynamik zu verorten: Staaten, die einmal EG-Mitglieder geworden sind, können schwerlich zu demokratischen Reformen gedrängt werden, das geht nur mit Nicht-EG-Mitgliedern. Ein rascher Beitritt würde also mit der Aufgabe einer wesentlichen Einflußmöglichkeit der EG – der politischen Konditionalität – einhergehen.

Bei Beibehaltung der Konditionalität, wäre die in Ostmitteleuropa positiv perzipierte endliche Realisation der lang gehegten Vision einer mit dem EG-Beitritt gleichgesetzten „Rückkehr nach Europa“, mit dem Erfolg der politischen Transformation notwendig verknüpft. Bei einer raschen Aufnahme in die EG würde dieses Motiv nicht länger wirken. Der symbolisch in Aussicht gestellte Beitritt kann insbesondere für die jungen Eliten dieser Länder einen

wichtigen psychologischen Anreiz darstellen.⁶⁰

Gerade die südeuropäischen Erfahrungen werden jedoch angesichts der zügigen Aufnahme dieser Staaten häufig als Beispiel für eine ebensolche Behandlung der ostmitteleuropäischen Staaten angeführt.⁶¹

Dabei ist aber vor einer Überschätzung der positiven Folgen eines EG-Beitritts für rückständige Volkswirtschaften zu warnen, obwohl die Betrachtung der Diskussion osteuropäischer Billigstahl- oder Fischimporte in EG-Staaten zunächst Gegenteiliges verspricht.⁶² So hatte sich die Handelsbilanz Griechenlands, Spaniens und Portugals nach dem Beitritt infolge des einsetzenden Importsogs signifikant verschlechtert. Die Liberalisierungsverluste⁶³ überwogen deutlich die Mittelzuweisungen aus Brüssel. Deutlich wurde insbesondere am Beispiel Griechenlands, daß rückständige Ökonomien mit nur bedingter Beitrittsfähigkeit unter dem steigenden Wettbewerbsdruck des Intra-EG Handels der Gefahr einer Peripherisierung ausgesetzt sind.

Vertiefung als Befestigung des europäischen Stabilitätspols

Eine nicht erweiterte, aber um so entscheidungsfähigere und hochintegrierte EG wird in diesem Lösungsansatz als Entwicklungspol gesehen, der als „Leuchtturm“ seine Wirkung auf die Staaten Osteuropas entfaltet. Durch die Beibehaltung ihres Status als Drittländer erhalten sie nicht die Möglichkeit, die EG-Entscheidungsfähigkeit zu blockieren. Die dergestalt boomende EG würde durch ihre nunmehr unbehelligte Wachstumsdynamik diese Staaten sogartig erfassen, so daß sie durch einem „spill-over“-Effekt ebenfalls zu Nutznießern der Entwicklung würden.

Eine Erweiterung der EG um die ostmitteleuropäischen Länder würde auf eine Konfrontation mit den etablierten Interessenpositionen in der EG, insbesondere im sensiblen Agrarbereich und in anderen traditionellen Sektoren, hinauslaufen. Außerdem würden die bestehenden EG-internen Verteilungskonflikte⁶⁴ nur verschärft. Infolge der geringen Durchschnittseinkommen, den relativ großen Bevölkerungszahlen und der Größe des landwirtschaftlichen Bereichs, würden die Staaten einer Osterweiterung zweifelsohne zu Netto-transferempfängern werden.

In diesem Szenario erscheint die EG nach einer Osterweiterung als nicht viel mehr als eine erweiterte Zollunion mit einem Minimum an Gemeinschaftspolitiken. Angesichts der notwendigen Reformen der EG-Entscheidungsmechanismen wird in dieser Perspektive angeführt, daß jede weitere Erweiterung die Reformfähigkeit der EG beeinträchtigt und eine schnelle Erweiterung der Gemeinschaft zumal gleichzusetzen sei mit der Installierung von Integrationsbremsen, die das gesamte System unterminieren könnten.⁶⁵

Zwischen diesen beiden Polen einer jeweils reinen Vertiefungs- oder Erweiterungsoption als alternativen Entwicklungspfaden, finden sich Doppelstrategien der parallelen und abgestimmten Vertiefung und Erweiterung mit verschiedenen Integrationsdichten.⁶⁶ Dies mag als Ausweichen interpretiert werden, aber hier wird zumindest die hochkomplexe Integrationsdynamik nicht mit dem Purismus der „reinen“ Lösungen konfrontiert.

Ein direkt im Gefolge der Umbrüche stark diskutiertes, inzwischen jedoch durch die Welle von Beitrittsanträgen der EFTA-Staaten und die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes kaum noch beachtetes Konzept sieht die EFTA als eine „sinnvolle Vorkammer“ für zukünftige osteuropäische EG-Mitglieder.⁶⁷ In dem Maße, wie bei den osteuropäischen Staaten Ernüchterung hinsichtlich der bedeckten Haftung der EG einsetzt, erscheint dieses Konzept noch nicht als überholt.

Zunächst stützen sich derartige Vorstellungen auf die Unterzeichnung einer gemeinsamen Kooperationserklärung zwischen der EFTA und der CSFR, Ungarn und Polen am 13. Juni 1990, die die Grundlage für verschiedene Formen der ökonomischen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit legte. Zeitweise wurde 1991 über den Abschluß eines Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und der CSFR, Ungarn und Polen nachgedacht, was dann auch die EFTA-Mitgliedschaft der osteuropäischen Länder zur Folge gehabt hätte. Die Unterzeichnung der „Europa-Verträge“ führte jedoch zunächst zu einer stärkeren Orientierung dieser Staaten auf die EG, so daß auch die von der EG geförderte regionale Kooperation im Rahmen der Visegrád-Gruppe als „Ost-EFTA“ von Politikern wie V. Klaus zurückhaltend bis ablehnend behandelt wird. In dieser Perspektive erscheint die EFTA als ein EG-Ersatz.

Zu bemerken bleibt, daß die EFTA-Staaten in einem höheren Maße „Anrainerstaaten“ zu den Transformationsstaaten sind als EG-Staaten wie Portugal, Belgien, Großbritannien oder Irland, so daß die Interessenverflechtung stärker bei den EFTA-Staaten zu Reaktionen führen kann. In dem Maße wie sich die EG als nicht in der Lage zeigt, ihre kostspielige Agrarpolitik zu reformieren, werden die Beitrittschancen für die osteuropäischen Beitrittsinteressenten unverändert bleiben, da die Ausdehnung der EG-Agrarpolitik auf Osteuropa als nicht finanzierbar gilt. Aus diesem Dilemma heraus können sich jedoch wieder jene Stimmen mehrten, die eine steigende Attraktivität der EFTA sehen.⁶⁸ Es erscheint also durchaus so, daß nicht nur die Frage der EG-Erweiterung offen ist, sondern daß auch der EFTA durch die osteuropäischen Umbrüche noch eine Öffnung ihrer Perspektive bevorstehen kann.

Zunehmend finden sich jedoch in der europapolitischen Diskussion um das „Wie“ einer „Rückkehr nach Europa“ Vorschläge, die den Gedanken einer Inkorporation aufgeben und aus der Analyse der sich kumulierenden transitorischen Chaospotentiale den Schluß ziehen, daß mit einem entwicklungs-politischen Hilfsprogramm am ehesten ein Stabilitätsbeitrag zu erbringen sei.

Aus der sich in Osteuropa entfaltenden Transformationskrise wird mit geringfügigen Ausnahmen darauf geschlossen, daß diese Länder die Strukturprobleme „traditioneller“ Entwicklungsländer teilen werden.⁶⁹ Die Kosten einer Ausdehnung der Entwicklungspolitik auf Ostmitteleuropa werden dabei weitaus geringer veranschlagt, als die auf die EG im Falle einer Inkorporierung dieser Staaten oder beim Scheitern der Transformation zukommenden Kosten.

Eine „Rückkehr nach (West-) Europa“ in Gestalt eines EG-Beitritts steht daher nicht zur Diskussion. Jedoch wird insbesondere hinsichtlich der ostmitteleuropäischen Region die Schaffung einer beispielhaften „Stabilitätszone“ vor dem in den Nachfolgestaaten der UdSSR anwachsenden Chaospotential vorgeschlagen. Durch die Verbindung der „Europa-Verträge“ mit umfangreichen finanziellen Hilfsprogrammen zur Stabilisierung des Systemwandels wäre die Schaffung einer solchen Zone möglich. Ein solches westliches finanzielles Hilfspaket im ökologischen, infrastrukturellen und bildungs-politischen Bereich, wird im Rahmen eines westlichen „Solidarpaktes“⁷⁰ vorgeschlagen. Allerdings ist der Charakter solcher Vorschläge stark appellativ. Ein derartiger „Solidarpakt“ müßte gegen die strukturelle Kurzsichtigkeit westlicher Industriegeellschaften durchgesetzt werden. Die spannende Frage des Zustandekommens und der Implementierung der Hilfsmaßnahmen im Rahmen eines solchen Paktes⁷¹ bleibt angesichts der zu erbringenden Umverteilungsleistungen ein Anathema der Diskussion der stark normativ geprägten Entwürfe.

4. Rückkehr durch regionale Zusammenarbeit: Die Visegrád-Kooperation

Polen, Ungarn und die CSFR hatten mehr als drei Jahrzehnte unter vom der Sowjetunion diktierten Bedingungen im Warschauer Pakt und im RGW zusammengearbeitet. Daher war es verständlich, daß diese Länder im Verlaufe des Umbruchs zunächst in einem kompetitiven Verhältnis die Annäherung an die EG suchten. Dies war wohl auch Ausdruck des Wunsches, den sowjetischen Einflußbereich zu verlassen.

Rasch brachen zahlreiche Wirtschaftskontakte der ostmitteleuropäischen Staaten im Rahmen der RGW-Auflösung zusammen. Allein Polens Handel mit der CSFR fiel 1990 vom dritten auf den fünften Platz zurück, und der

Handel mit Ungarn sank innerhalb nur eines Jahres von 1989 auf 1990 um 40 Prozent. Die drei Länder entzogen sich dabei wechselseitig ihre traditionellen Märkte⁷², so daß die nationalen Exportsektoren infolge des Mangels an ausreichenden Kompensationsmöglichkeiten durch ein Ausweichen auf internationale Märkte beträchtliche Absatzeinbußen zu verzeichnen hatten. Durch diese regionale Desintegration verstärkte sich die interne Transformationskrise noch zusätzlich.⁷³

Erst 1991 gelang es, diesen Rückgang zu stoppen. Zusätzliche Schwierigkeiten bereitete die Umstellung des gegenseitigen Handels vom Transferrubel auf konvertierbare Währungen. Auch daß die Stärken der drei Volkswirtschaften im wesentlichen auf den gleichen Gebieten lagen, war nicht dazu geeignet, die Rivalitäten unter den neuen Bedingungen zu überwinden.

Allerdings wurde bereits während der Verhandlungen zu den Assoziierungsverträgen deutlich, daß diese Staaten nicht nur mit gemeinsamen Transformationsproblemen konfrontiert sind, sondern daß sie auch gegenüber der EG bei einer gemeinsamen Verhandlungsstrategie eine größere Durchsetzungskraft besitzen, wenn sie sich nur auf gemeinsamen Positionen einigten.

Der Verlust großer Teile des Handels der ostmitteleuropäischen Staaten mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, legte einen Ausbau der regionalen Handelsbeziehungen nahe. Bereits Ende Januar 1990 reagierte der tschechoslowakische Präsident Havel, indem er eine engere Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern anregte. Zu dieser Zeit strebten alle drei Länder eine enge Bindung an die EG an und sahen in den jeweils anderen eher Konkurrenten als Verbündete. Im Verlauf der für die drei Länder eher enttäuschend verlaufenden Verhandlungen mit der EG kam es dann zu engeren Kontakten. Es fanden Gespräche – das erste im April 1990 in Bratislava – über die Einbindung der Staaten in die westeuropäischen Strukturen statt, und es wurde beschlossen die Schritte auf dem Weg zur Integration in die westeuropäischen Strukturen zu koordinieren.

Der wichtigste Entwicklungsschritt innerhalb des Rahmens der Dreiecksbeziehung zwischen Polen, Ungarn und der CSFR vollzog sich am 15. Februar 1991. In Visegrád unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der drei Staaten eine gemeinsame politische Erklärung über ihre zukünftige Kooperation zum Zwecke der besseren Integration in die EG⁷⁴. Es entstand die Bezeichnung „Visegráder Dreieck“ für die drei Länder. Deutlich wurde bereits bei der Gründung der Visegrád-Kooperation, daß sie nicht zur regionalen Integration, sondern als Vehikel für einen schnellen EG-Beitritt dienen sollte.

Das Jahr 1991 brachte einen erheblichen Durchbruch in der Dreiecks-kooperation, wobei Erfahrungen, die während der Verhandlungen zu den Assoziierungsverträgen mit der EG gesammelt wurden, wesentlich dazu beitrugen. Dennoch sollten die Chancen einer solchen Kooperation nicht überbewertet werden, schließlich hat jeder Staat der „Visegrád-Kooperation“ ein spezifisches Eigeninteresse, den „Wettlauf in die EG“ ohne regionale Rücksichten auch gegen die Visegrád-Partner zu forcieren.

Die beginnende Etablierung einer Freihandelszone zwischen den Staaten des „Visegräder-Dreiecks“ markiert dennoch einen wichtigen Schritt in Richtung regionaler Kooperation. Das Abkommen regelt zwar eigentlich nur den schon bilateral in den Assoziierungsverträgen mit der EG erreichten Handelsbarrierenabbau für die Länder untereinander. Das gemeinsame Ziel „EG-Mitgliedschaft“ wird jedoch dabei zu einer Triebkraft für die regionale Integration zwischen den drei Staaten und bildet zugleich den Rahmen für die zukünftige Kooperationsmöglichkeiten. Die EG ist es auch, die die Forderung nach einer engeren regionalen Kooperation immer wieder auf die Tagesordnung setzt.⁷⁵

Die sich in den Visegrád-Staaten durchaus verschieden gestaltenden Transformationsabläufe beeinflussen zugleich die Perzeption der Kooperationsperspektive: da die Tschechische Republik die scheinbar besten Voraussetzungen für eine schnelle Annäherung an die EG hat, greifen dort auch stärker als anderswo Bedenken gegen eine stärkere regionale Kooperation der ostmitteleuropäischen Staaten untereinander. Die Reserviertheit gegenüber einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit geht mit der Angst vor einer regionalen Ost-EFTA als EG-Ersatz einher.⁷⁶

Die Verbesserung des kooperationspolitisch rauhen Klimas im „race to join Europe“⁷⁷ zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten wird aber zweifels-ohne als einer der Indikatoren des Erfolgs oder Mißerfolgs der „Rückkehr nach Europa“ genommen werden müssen.

5. Der Platz im Hinterhof

Die kommunistischen Länder Ost- und Ostmitteleuropas wurden nach einer Welle konvergenztheoretischer Interpretationen und bis zum Ende des Ost-West-Konflikts oftmals den entwickelten Industrienationen zugerechnet.⁷⁸ Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks begann sich jedoch relativ rasch die Erkenntnis durchzusetzen, daß man die osteuropäischen Volkswirtschaften stark überschätzt hatte. Es wird in politischen Statements immer wieder betont, daß die Gesellschaften sowjetischen Typs nicht zu den Entwicklungsländern im klassischen Sinne gehören, gegenwärtig aber auch schon nach Ein-

schätzung von EG-Beratern ähnlichen wirtschaftlichen und politischen Problemen wie diese gegenüberstehen.⁷⁹

In Osteuropa wurde das „Einholen und Überholen“ des Westens bereits vor dem Zusammenbruch der Einparteiherrschaft als erstrebenswert angesehen. Da die Transformationsprobleme als Ergebnis zurückgebliebener oder politisch verlangsamter und deformierter Entwicklung⁸⁰ aufgefaßt werden können, treten hinsichtlich der transformationspolitischen Herausforderungen und der kooperationspolitischen Antwort der EG Problemlösungsstrategien „nachholender Modernisierung“ in den Vordergrund.⁸¹

Spätestens in der vergleichenden Perspektive wird deutlich, daß „Modernisierung“ nicht deterministisch zur Erreichung der angestrebten Modernität führt. Die diesbezüglich geführte Diskussion um eine „Lateinamerikanisierung“⁸² Osteuropas unterstreicht diese Möglichkeit.⁸³

Die seit Mitte der achtziger Jahre laufenden lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse weisen zwar nicht die bereits geschilderten Spezifika der osteuropäischen Transformationsprozesse auf, sie führten aufgrund der Schwäche demokratischer Institutionen und ökonomischer Dauerkrisen dennoch bisher nicht zu stabilen Demokratien, so daß für das lateinamerikanische Entwicklungsmuster zyklische Pendelbewegungen, „from authoritarian rule to democracy and vice versa“ in einem „recurrent crisis model“⁸⁴ kennzeichnend sind. Die Gefahr einer solchen Pendelbewegung scheint auch in Osteuropa virulent zu sein.

Die unterminierenden Effekte der Implementation marktwirtschaftlicher Reformen schwächen sowohl im lateinamerikanischen wie auch im osteuropäischen Kontext die repräsentativen Institutionen. In Osteuropa gibt es jedoch weniger zu schwächen als in Lateinamerika, da die zu schwächenden Institutionen sich in Osteuropa erst herausbilden. Signifikante Produktionseinbrüche und die Zunahme der Arbeitslosenzahlen werden von sich überschlagenden Inflationsraten begleitet. Der Abbau planwirtschaftlicher Institutionen geht nicht mit dem gleichzeitigen Aufbau marktwirtschaftlicher Institutionen einher, so daß ein institutionelles Vakuum entsteht.

Die technokratische Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen droht am durch die sozialen Kosten bedingten Widerstand und Protest zu scheitern. Daher sind die Regierungen der betroffenen Länder versucht, durch Konzessionen an sich organisierende gesellschaftliche Gruppen eine soziale Basis zu gewinnen. Damit wird aber zugleich der Erfolg der notwendigerweise umverteilenden Reformen gefährdet.⁸⁵

Bei aller Verschiedenheit der in Lateinamerika und Osteuropa überwundenen Systeme bieten sich der zentralisierte und durch ineffiziente Verwaltungen schwache Staat sowie der Klientelismus zum Vergleich der Erfolgs-

bedingungen des Wandels an, wobei die hochsubventionierte Wirtschaft in Osteuropa in einem stärkeren Maße von monopolistischen Unternehmen beherrscht wird.⁸⁶

Trotz der Herausbildung von demokratischen Institutionen zur Konfliktregulierung verschärft sich die konservierende Wirkung von Demokratisierung auf die wirtschaftlichen Strukturreformen: Der Widerstand der Transformationsverlierer formiert sich und nutzt die errungenen Freiheiten zur Verhinderung äußerst schmerzhafter Reformen.⁸⁷ Autoritäre Krisenarrangements sind in Ostmitteleuropa nicht nur vor dem Hintergrund einer dichotomisierenden Betrachtungsweise zu diskutieren, die weitgehende Demokratisierung mit erfolgreicher Modernisierung gleichsetzt und alle anderen Möglichkeiten mit pejorativen Konnotationen ehies zum Scheitern verurteilten Weges versieht.

Die gegenseitige Erzeugung von postkommunistischen Verhältnissen und anomischem Verhalten kann nur mit den in transitorischen Situationen auch vorfindlichen kulturellen Ressourcen konsensual durchbrochen werden. Einerseits sind Populismus und Nationalismus Ressourcen, die als eigene Kräfte⁸⁸ dieser Gesellschaften zur Befreiung aus dem Transformationssumpf angesehen werden können. Andererseits kann das Mobilisierungspotential dieser kulturellen Ressourcen nicht auf Populismus und Nationalismus reduziert werden: Mit einer solchen Aktivierung „vormoderner“ Ressourcen zum Zwecke nachholender Modernisierung, kann kurzfristig das Interessendilemma dieser Gesellschaften zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen der Bevölkerung und den vorherrschenden marktradikalen Werthaltungen aufgelöst werden. Die krisenhafte Entwicklung der Transformation wird so symbolisch ventiliert und damit vorübergehend entschärft.⁸⁹ Damit läßt sich jedoch kein Modernisierungsautoritarismus in Anlehnung an die erfolglosen lateinamerikanischen Entwicklungsdiktaturen begründen. Gerade die postkommunistische Schwäche intermediärer Institutionen in einer etatisierten Gesellschaft zeigt auf die bei solchen Arrangements vorhandene Gefahr erneuter Etatisierung und mithin eines Steckenbleibens der Gesellschaften im Transformationssumpf:

Angesichts der lateinamerikanischen Erfahrungen muß der Zusammenhang von ökonomischer Krise und der Instabilität des politischen Systems als evident anerkannt werden, schließlich fiel die oben beschriebene Pendelbewegung immer in Zeiten der sich verschärfenden ökonomischen Krise stärker aus.⁹⁰ Von den Gemeinsamkeiten der in Lateinamerika wie in Osteuropa implementierten Liberalisierungs- und Strukturanpassungsprogramme wird auf ähnliche politische Verlaufsformen geschlossen; die lateinamerikanische Erfahrung ist dergestalt relevant für Osteuropa. Die Lateinamerikanisierungsdebatte kann allerdings auch als Reaktion auf optimistische Versuche einer

Übertragung der südostasiatischen Liberalisierungserfahrungen auf Osteuropa⁹¹ verstanden werden.

Vor dem Hintergrund der Lateinamerikanisierungsdebatte bleibt die Ambivalenz der Übertragung von Erfahrungen aus der „Dritten Welt“ für die historisch singulären Transformationsprozesse in Osteuropa festzuhalten.⁹²

Die in beiden Regionen laufenden Demokratisierungsprozesse weisen in Osteuropa eine spezifische Parallelität der Entstehung von Parteiensystem und intermediären Institutionen auf. Wo in Lateinamerika die im Untergrund oder im Exil existierenden Parteien „nur“ legalisiert werden mußten, konnten die oppositionellen Bürgerbewegungen in Ostmitteleuropa nach ihrer Legalisierung nur kurze Zeit als konsensstiftendes Parteienäquivalent wirken. Im Prozeß der Entstehung eines Parteiensystems dienen diese nunmehr als personeller und ideeller Legitimitätspool. Die Nichtexistenz einer einheimischen Unternehmerschicht in den Gesellschaften sowjetischen Typs, bzw. die Existenz einer aufsteigenden Unternehmerschicht aus der Praxis der „Nomenklatura-Privatisierung“ als Übertragung informeller Machtnetzwerke in die neuen Strukturen, verweist auf die Grenzen des Vergleichs⁹³. Das Nichtvorhandensein grundlegender ökonomischer Institutionen einer marktgesteuerten Ökonomie unterscheidet die Gesellschaften sowjetischen Typs grundlegend von Lateinamerika, zumal Märkte auch in Netzwerke sozialer Beziehungen eingebettet sind⁹⁴, die als eine wesentliche Voraussetzung des Verbände- und Parteiensystems angesehen werden können. In Osteuropa sind diese Netzwerke anders als in Lateinamerika erst im Entstehen begriffen bzw. beharrend noch dem staatssozialistischen Kontext zuzuordnen. Auch die Notwendigkeit eines soziokulturellen Wandels zur Überwindung der „learned helplessness“⁹⁵ erscheint in Osteuropa als Abkehr von den habituellen Dispositionen des paternalistischen Versorgungsstaates, der in Lateinamerika in dieser Form unbekannt ist. Zumindest in Ostmitteleuropa existiert ein sich allerdings schnell aufbrauchender Anfangskonsens über die Notwendigkeit von ökonomischer Liberalisierung, der als wesentlich ausgeprägter⁹⁶ als in vielen Entwicklungsländern eingeschätzt werden kann. Nicht zu vernachlässigen ist auch die noch geringere Einkommensungleichheit in den Gesellschaften sowjetischen Typs, die als Merkmal geringer sozialer Differenzierung die Schwäche der intermediären Institutionen mit begründet.

Die Lateinamerikanisierungsdebatte vermag somit zwar auf Probleme aufmerksam zu machen, sie ist aus den genannten Gründen jedoch unterkomplex, denn sie unterschätzt die beträchtlichen soziopolitischen und sozioökonomischen Unterschiede zwischen den Wandlungsprozessen in Osteuropa und Lateinamerika.⁹⁷

In folgenden möchte ich noch auf zwei für die weitere Entwicklung der

ostmitteleuropäischen Transformationsprozesse entscheidende Unterschiede zu vergleichbaren Umbrüchen eingehen:

Die *Gleichzeitigkeit* der verschiedenen sich gegenseitig bedingenden und beeinflussenden wirtschaftlichen und politischen Systemumbrüche führt zu einer labyrinthischen Struktur des Wandels, wenn nicht schon durch diese historisch singuläre Parallelität ein Scheitern der im Falle der südeuropäischen Jungdemokratien erfolgreichen Modernisierung im Horizont des Möglichen erscheint.⁹⁸

Die *geographische Nähe* zur EG als einer wirkmächtigen Akteurin im internationalen System, erlaubt die eingangs herausgestellte Interessenverflechtung als Ressource zum Ausbau des kooperationspolitischen Engagements der EG herauszustellen. Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa unterscheidet sich von vergleichbaren Politiken etwa gegenüber den AKP-Staaten schließlich auch dadurch, daß den Visegrád-Ländern „as Europeans“⁹⁹ der Vorteil der Position an der Peripherie Westeuropas zufällt. Was in Osteuropa ein Grund zur *Hoffnung* auf ein stärkeres kooperationspolitisches Engagement der EG sein mag, impliziert in den Staaten Westeuropas ein folgenreiches Interesse an der Entwicklung von Demokratie und Prosperität in Osteuropa.¹⁰⁰

Die Staaten Ostmitteleuropas sind ihrerseits bemüht, diese exklusive Ressource der geographischen Nähe produktiv zu machen, d.h. sie sind interessiert:

- a) an einem weitgehend ungehinderten und gegenüber Konkurrenten aus der „Dritten Welt“ möglichst privilegierten Zugang zu den Märkten der EG;
- b) an einer inneren und äußeren Stärkung der Glaubwürdigkeit ihrer Reformpolitik. Die Verpflichtung zur Liberalisierung bindet die Hände der Regierungen. Den Forderungen einheimischer Interessengruppen nach einer Aufweichung der Reformprogramme kann unter Hinweis auf externe Bindungen wie etwa vertraglichen Verpflichtungen zur sukzessiven Marktöffnung und der kodifizierten Übernahme von Teilen des EG-Vertragsrechts begegnet werden¹⁰¹;
- c) finanzielle und technische Mitverantwortung der EG für den Reformprozeß zu erreichen;
- d) die EG zu einer vertraglichen Garantie für ihre Absatzchancen in Konkurrenz zu den hochsubventionierten westeuropäischen Anbietern zu bringen;
- e) die Voraussetzungen für eine volle EG-Mitgliedschaft in absehbarer Zeit zu schaffen.

Die im Rahmen des Vergleichs der osteuropäischen Umbrüche mit den lateinamerikanischen Demokratisierungen problematisierte Möglichkeit ei-

ner Peripherisierung ließe sich vor dem Hintergrund der erfolgreichen Integration der südeuropäischen Staaten in die EG alternativ diskutieren. Zwar gibt es dort beträchtliche Unterschiede zwischen dem spanischen Erfolgsmodell und dem griechischen Entwicklungsweg, jedoch ist diesen postautoritären Staaten ein evolutionäres und von Rückschlägen oder gar von Pendelbewegungen der geschilderten lateinamerikanischen Art freies Entwicklungsmodell gelungen.

Wenn es möglich ist, diese Unterschiede u.a. mit der Rolle der externen Akteurin EG zu erklären, dann wird die Kooperationspolitik der EG zum entscheidenden Einflußfaktor bei der „Rückkehr nach Europa“. Der von den Rückkehrenden einzunehmende Platz mag ein anderer sein, als der von ihnen erwünschte. Nicht nur die Kooperationspartner der EG werden mit der neuen Vielfalt des multipolaren Europa umzugehen haben. 1989 wurde in Osteuropa eine Epoche abgewählt. Die »Neuwahlen« laufen noch und lassen die Zukunft der europäischen Integration in einem unerwarteten Spannungsgefüge erscheinen.

- 1 D. N. Nelson, Europe's unstable East, in: Foreign Policy, 1991, no 82, S. 137-158.
- 2 Vgl. C. Jakobelt/A. Yenel (Hrsg.), Gesamt Europa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993.
- 3 „I see no grounds for the future of Bulgaria, Hungary, or Poland to be different from that of Argentina, Brazil, or Chile.“ Adam Przeworski, The „East“ Becomes the South? The „Autumn of the People“ and the Future of Eastern Europe, in: Political Science & Politics, vol. 24, no 1, 1991, S. 23.
- 4 Gowan problematisiert die „Weimar conditions in many of these countries“: S. Gowan, Old medicine, new bottles: Western Policy toward East Central Europe, in: World Policy Journal, Winter 1991/1992, S. 1.
- 5 Vgl. C. Offe, Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in East Central Europe, in: Social Research, vol. 58, 1991, no 4, S. 865-892.
- 6 Vgl. J. Fijalkowski, Das Migrationsproblem in Europa, in: C. Jakobelt/A. Yenel, Gesamt Europa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 613-633.
- 7 Vgl. dazu: M. Welfens, Systemtransformation und die Umweltproblematik in Ost- und Mitteleuropa, in: Osteuropa Wirtschaft, vol. 37, 1992, no 2, S. 148-163; F.-C. Matthes, Umweltpolitik in Osteuropa, in: Vierteljahresberichte. Problems of International Cooperation, no 128, Juni 1992, S. 127-137.
- 8 Vgl. U. Weissenburger, Die ökologischen Probleme in Osteuropa und Möglichkeiten zu einer Ost-West-Kooperation im Umweltbereich, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, 1991, no 38, S. 159-169, S. Palinkas, Ost-West-Kooperation im Energie- und Umweltbereich. Probleme und Aussichten, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, 1991, no 3, S. 154-166.
- 9 Vgl. u.a. S. J. Flanagan, NATO and Central and Eastern Europe: From Liaison to Security Partnership, in: The Washington Quarterly, Spring 1992, S. 141-156.
- 10 Vgl. O. Thranert (Hrsg.), Die EG auf dem Weg zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Studie Nr. 52 der Abteilung Außenpolitikforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992.
- 11 Jowitt schlägt vor, „that a form of liberal authoritarianism like the bourgeois regimes of

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

- nineteenth-century Western Europe is a desirable alternative to the religio-ethnic, militant nationalist, even fascist regimes that might emerge from the malstrom; and a more practical response than the utopian wish for immediate mass democracy in Eastern Europe." K. J. J. Witt, *New World Disorder. The Leninist Extinction*, Berkeley 1992, S. 305.
- 12 Optimistische Einschätzungen der Wettbewerbsvorteile osteuropäischer Reformstaaten gehen davon aus, daß der Handel Osteuropas mit dem Westen in den nächsten Jahren „could increase up to fivefold“ C. B. Hamilton/L. A. Winters, *Opening up International Trade with Eastern Europe*, in: *Economic Policy. A European Forum*, April 1992, S. 78.
 - 13 Vgl. dazu G. Vobruha, Eigennützige Hilfe. Nachholende Modernisierungsprozesse und Interessenverflechtungen zwischen West und Ost, in: S. Nissen, (Hrsg.), *Modernisierung nach dem Sozialismus*, Marburg 1992, S. 195 und S. Haggard/B. A. Simmons, *Theories of International Regimes*, in: *International Organization*, vol. 41, 1987, no 3, S. 491.
 - 14 Zu bedenken bleibt dennoch Kohler-Kochs Kritik, wonach das bisher vorliegende Interdependenzkonzept keine theoretischen Ansatzpunkte für eine Aussage über die kooperative oder gewalttätige Form des Konfliktaustrags bereitstellt. B. Kohler-Koch, *Interdependenz*, in: V. Rittberger, *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen 1990, S. 125.
 - 15 Zürn modifizierte den Beckschen Begriff und sprach von der „world risk society“. Im Kontext der hier interessierenden Interdependenzen wäre es angemessen von einer „European risk society“ zu sprechen. Vgl. M. Zürn, *What has changed in Europe? The Challenge of Globalization and Individualization*, Paper prepared for a meeting in Copenhagen, May 14-16, 1993, S. 31.
 - 16 Vgl. H. Müller, *Die Chance der Kooperation. Regime in den Internationalen Beziehungen*, Darmstadt 1993, S. 164.
 - 17 Zur spieltheoretischen Modellierung von Entscheidungsdilemmata wie „Prisoners' Dilemma“ vgl. u.a.: R. J. Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, 1984, S. 64 ff. R. Axelrod, *The Evolution of Cooperation*, New York, 1984, S. 12.
 - 18 Vgl. die vielzitierte Krasnersche Fassung: „Regimes can be defined as sets of implicit or explicit principles, norms, rules, and decision-making procedures around which actors' expectations converge in a given area of international relations. Principles are beliefs of fact, causation, and rectitude. Norms are standards of behavior defined in terms of rights and obligations. Rules are specific prescriptions or proscriptions for action. Decision-making procedures are prevailing practices for making and implementing collective choice.“ S. D. Krasner, *International Regimes*, London, 1983, S. 2. Vgl. S. Haggard/B. A. Simmons, *Theories of international regimes*, in: *International Organization*, vol. 41, 1987, no 3, S. 491-517 und F. V. Kratochwil/J. G. Ruggie, *International Organization: a State of the Art on an Art of the State*, in: *International Organization*, vol. 40, 1986, no 4, S. 753-775.
 - 19 Vgl. u.a.: D. Rodrik, *Making Sense of the Soviet Trade Shock in Eastern Europe: A Framework and Some Estimates*, CEPR Discussion Paper no 705, London 1992; J. M. C. Rollo/A. Smith, *The Political Economy of Central European Trade with the European Community: Why so sensitive?*, in: *Economic Policy*, April 1993, S. 140-181.
 - 20 Vgl. EG-Kommission, XXIII. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1989, Brüssel/Luxemburg 1990, Ziff. 786.
 - 21 Vgl. Commission of the European Communities, *Programme of Assistance for Economic Restructuring in the Countries of Central and Eastern Europe: The PHARE Compendium of Projects approved by October 1992 und: Programme of Assistance for Economic Restructuring in the Countries of Central and Eastern Europe, The PHARE programme for Privatisation & Restructuring in Central & Eastern Europe*, Brussels, September 1992.
 - 22 Vgl. u.a.: *Together in Europe – EC Newsletter for Central and Eastern Europe*, 1992, Nr. 2, S. 4-7 und PHARE, *Basic Information*, Commission of the European Communities, Brussels, Mai 1993, S. 9-79.

- 23 Die EG orientierte nach der Anlaufphase auf einen „clear focus on the prime vocation of PHARE which is to support the process of transformation from a centralised command economy to one based on market forces. Hence the emphasis on ‚core‘ aspects of the reform process, notably the restructuring and privatisation of public enterprise, the modernization of financial services, the promotion of the private sector and the development of labour market mechanisms.“ Commission of the European Communities, Second Annual Report to the Council and the European Parliament on the Implementation of Community Assistance to the Countries of East and Central Europe (PHARE) in 1991, Brussels, May 1993, S. 5.
- 24 Übereinstimmung besteht „on the importance of promoting, in the context of aid programmes, the development of civil society through the involvement of intermediate non-state bodies, associations and organizations with a view to assisting in the overall process of economic and political reform.“ Commission of the European Communities, Second Annual Report to the Council and the European Parliament on the Implementation of Community Assistance to the Countries of East and Central Europe (PHARE) in 1991, Brussels, May 1993, S. 6. Siehe dazu auch das „PHARE Democracy Programme“ mit einer Summe von 5 MECU, das u.a. eine interne Dezentralisation und demokratische Strukturen in Parteien und Gewerkschaften befördert und Kontakte westeuropäischer mit ostmitteleuropäischen NGO's fördert.
- 25 Vgl. PHARE, Basic Information, Commission of the European Communities, Brussels, May 1993, S. 123-125.
- 26 Vgl. zu den bisherigen Programminhalten: Commission of the European Communities, Programme of Assistance for Economic Restructuring in the Countries of Central and Eastern Europe, The PHARE COMPENDIUM of projects approved by October 1992.
- 27 „PHARE is sometimes driven more by the needs of consultants than by the needs of the country.“ E. Juhasz, zitiert in: „EC aid to the east – Good intentions, poor performance“, in: The Economist, 10. April 1993, S. 22.
- 28 Vgl. G. Graham, France to press proposals for European Development Bank, in: Financial Times, 1. Dezember 1989.
- 29 SZ-Interview mit Jaques Attali, in: Süddeutsche Zeitung, 9. April 1992.
- 30 Vgl. I. F. Shihata, The European Bank for Reconstruction and Development. A Comparative Analysis of the Constituent Agreement. London u.a. 1990.
- 31 Vgl. D. R. R. Dunnett, The European Bank for Reconstruction and Development, in: Common Market Law Review, 1991, no 28, S. 576.
- 32 Vaclav Klaus formulierte aus der Sicht der jungen politischen Eliten Osteuropas eine der bisher deutlichsten Kritiken am Anspruch der Bank. Die EBRD wurde in dieser Perspektive gegründet: „as a purely political undertaking, pushed through by the European Community, which has a majority shareholding in the bank.“ V. Klaus, „Reluctant banker run to ground“, in: Financial Times, 19. Juli 1993.
- 33 R. Daviddi, From the CMEA to the „Europe Agreements“: trade and aid in the relations between the European Community and Eastern Europe, in: Economic Systems, vol. 16, 1992, no 2, S. 284.
- 34 V. Klaus, „Reluctant banker run to ground“, in: Financial Times, 19. Juli 1993, siehe jedoch den Vergleich mit anderen Entwicklungsbanken bei: D. R. R. Dunnett, The European Bank for Reconstruction and Development, in: Common Market Law Review, 1991, no 28, S. 571-597.
- 35 Zusätzlich zur Tätigkeit der EBRD hat die Europäische Investitionsbank (EIB) ihre Investitionstätigkeit auch auf Polen, Ungarn und die CSFR ausgedehnt. Die EG bürgt für diese Darlehen. Bis Ende Dezember 1992 hat die EIB für die ostmitteleuropäischen Länder, Rumänien und Bulgarien Darlehen über insgesamt 1,7 Mrd. ECU vorgesehen. Vgl. Kommission der EG: EG-Osteuropa, Hintergrundinformation/12, Juni 1992, S. 2.
- 36 „Zweifel am marktwirtschaftlichen Auftrag der Osteuropabank“, in: Süddeutsche Zeitung, 18./19./20. April 1992.

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

- 37 Vgl. „Überberatung in Osteuropa“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 1993.
- 38 R. Peston. Weighty dossier on EBRD cost over-run, in: Financial Times, 17. Juli 1993.
- 39 Vgl. EG-Kommission, XXVI. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1992, Brüssel/Luxemburg 1993, Ziff. 746, S. 262.
- 40 Vgl. „The European Parliament approves the Interim Agreements on Association“, in: Together in Europe, 1st February 1992, S. 3.
- 41 Vgl. u.a. J. v. Scherpenberg, EG-Binnenmarkt und europäische Drittländer: Zu den Perspektiven des Europäischen Wirtschaftsraumes, in: J. Nötzold (Hrsg.), Europa im Wandel: Entwicklungstendenzen nach der Ära des Ost-West-Konflikts, Baden-Baden 1990, S. 57-91.
- 42 Vgl. C. Maier, Die „Europa-Verträge“ der EG mit der CSFR, mit Polen und Ungarn, in: Gegenwartskunde, vol. 41, 1992, no 1, S. 17-30.
- 43 Vgl. Commission of the European Communities, EC-Eastern Europe Relations, Background Brief, Brussels, 11.06. 1991, S. 12.
- 44 Vgl. dazu auch: B. Lippert, Assistance to post-Communist Countries through EC Association and Accession: the Case of Poland, Background paper, Eurokolleg Conference on East Enlargement of the European Community, Warsaw, Nov. 16-19, 1992.
- 45 Vgl. Together in Europe – EC Newsletter for Central and Eastern Europe, no 1, 1992, S. 2. Dort werden auch die geringfügigen Unterschiede der Vertragstexte diskutiert: Während Polen und die CSFR als Transformationsökonomien dastehen, legte Ungarn Wert darauf „to present itself as a market economy“.
- 46 Vgl. A. Inotai, Assoziierungsabkommen: Schritte zur Reintegration ostmitteleuropäischer Staaten, in: Integration, vol. 15, 1992, no 1, S. 25-35.
- 47 Vgl. ausführlicher hierzu: H. Kramer, Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei, Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft, Baden-Baden 1988.
- 48 Vgl. D. G. Johnson, European Community Integration and East European Agriculture, in: Economic Systems, vol. 15, 1991, no 2, S. 295-307.
- 49 J. Nötzold, Osteuropa: Auch wirtschaftlich auf dem „Weg nach Europa“? in: C. Deubner (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa, Baden-Baden 1991, S. 105.
- 50 Vgl. J. Rollo/A. Smith, The Political Economy of Central European Trade with the European Community: Why so sensitive?, in: Economic Policy, April 1993, S. 140-181.
- 51 Vgl. J. M. C. Rollo, Association Agreements between the EC and the CSFR, Hungary and Poland: A half empty glass?, The Royal Institute of International Affairs, London 1992, S. 17.
- 52 Vgl. J. M. C. Rollo/J. Stern, Growth and Trade Prospects for Central and Eastern Europe, in: The World Economy, vol. 15, 1992, no 5, S. 654-656.
- 53 „Closed Western markets increase pressure for (illegal) emigration from East to West and greater political tensions in the East; the latter in turn could engender a political hostility in the SUEE [Soviet Union and Eastern Europe, F.G.], and call forth authoritarian regimes hostile to the market economy and unable to tackle the pressing problems of efficiency, stability and equity. In that scenario we would all lose.“ C. B. Hamilton/L. A. Winters, Opening up international trade with Eastern Europe, in: Economic Policy, April 1992, S. 104.
- 54 Vgl. J. B. de Weydenthal, EC Keeps Central Europe at Arm's Length, in: RFE/RL Research Report, vol.2, 1993, no 5, 29. Januar 1993, S. 29-31.
- 55 R. J. Langhammer, Die Assoziierungsabkommen mit der CSFR, Polen und Ungarn: wegweisend oder abweisend?, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge 182, März 1992, S. 35.
- 56 So R. Klimova, die ehemalige tschechoslowakische Botschafterin in den USA, über die unrealistischen Erwartungen gegenüber dem Westen. Zitiert bei: J.R. Wedel, The Unintended Consequences of Western Aid to Post-Communist Europe, in: Telos, Summer 1992, S. 132.
- 57 Interessengruppen „at the domestic level increasingly have „regime interests““, S. Haggard/B. A. Simmons, Theories of international regimes, in: International Organization, vol. 41, 1987,

- no 3, S. 517.
- 58 Eine Öffnung der EG nach Osten geschieht dabei „while preserving the Community's own autonomous development.“ European Commission Guidelines on the Future of Relations between the EC and Central and Eastern Europe, in: „EUROPE“/Documents no 1814, Brussels, 9. 12. 1992, S. 6.
- 59 Hufschmid beklagt dabei, daß sich die EG nur noch mit sich selbst beschäftige und daß auch das Vertragswerk von Maastricht den „Beitritt eines osteuropäischen Landes in diesem Jahrhundert praktisch definitiv ausschließt.“ J. Hufschmid, Überwindung oder Vertiefung der Spaltung Europas? Plädoyer für eine andere Integrationspolitik der EG, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, vol. 37, 1992, no 3, S. 325.
- 60 „A greater sense of belonging to the process of European integration will redbee feelings of insecurity and consequent tensions in the region, with gains for overall security and cooperation in Europe. „Communication by the Commission to the Council, in view of the meeting of the European Council in Copenhagen, 21-22 june 1993, „Towards a closer Association with the Countries of Central and Eastern Europe“, Brussels, Mai 1993, S. 2.
- 61 Vgl. A. Inotai, Assoziierungsabkommen: Schritte zur Reintegration ostmitteleuropäischer Staaten, in: Integration, vol. 15, 1992, no 1, S. 31.
- 62 Vgl. u.a. „Osteuropas Stahlindustrie drängt in die EG“, in: Süddeutsche Zeitung, 8./9. April 1993.
- 63 Vgl. die Studie von H. J. Axt, Europäische Gemeinschaft: Osteuropa ante portas. Lehren aus der Süderweiterung für EG und Beitrittskandidaten, in: Südosteuropa, 40. Jg., Heft 6, 1991, S. 283-306.
- 64 Allerdings sind die in der Ostkooperationspolitik der EG verhandelten Summen insofern zu relativieren, als beispielsweise die 2 Mrd. ECU die den 140 PHARE-Beamten derzeit jährlich zur Verfügung stehen, im Rahmen des EG-Agrarfonds in 10 Tagen ausgegeben werden. Vgl. Commission of the European Communities, Second Annual Report to the Council and the European Parliament on the Implementation of Community Assistance to the Countries of East and Central Europe (PHARE) in 1991, Brussels, May 1993, S. 16.
- 65 Ohne „fundamental changes in its institutional system, such a development would lead inevitably to an enlarged EC that is totally unworkable.“ H. Kramer, The European Community's Response to the „New Eastern Europe“, in: Journal of Common Market Studies, vol. 31, 1993, no 2, S. 239.
- 66 Zu den Verfechtern eines solchen Konzepts gehört in der Logik der Strategie des Wandels durch Annäherung auch Egon Bahr: E. Bahr, „Das Chaos fräße bald auch den Westen. Plädoyer für eine Ost-Erweiterung der EG in Form konzentrischer Kreise“, in: Süddeutsche Zeitung, 12. Januar 1993.
- 67 Vgl. T. Pedersen, EFTA-Staaten, in: W. Weidenfeld/ W. Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 375-382.
- 68 „EFTA membership would be beneficial in its own right, but it is also probably the shortest route to participating in the European Economic Area and joining the Community.“ R. Baldwin, An Eastern Enlargement of EFTA: Why the East Europeans should join and the EFTAns should want them, CEPR Occasional Paper no 10, Genf, o.J. (1992), S. 2.
- 69 Die ehemaligen Zentralverwaltungswirtschaften sind „threatened with becoming permanently developing countries (PDCs), i.e. economies that have never really grown up.“ J. Winiecki, CPE's Structural Change and World Market Performance: A Permanently Developing Country (PDC) Status?, in: Soviet Studies, vol. 41, 1989, no 3, S. 374. Riese schreibt ihnen den „Status von Entwicklungsländern“ zu: H. Riese, Transformationsprozeß und Stabilisierungspolitik, in: B. Gahlen u. a. (Hrsg.), Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Zwischenbilanz, Tübingen 1992, S. 139.
- 70 Vgl. zur den Ansätzen eines solchen Solidarpaktes: M. Dauderstädt/M. Domitra/M. Ehrke,

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

Solidariät mit Osteuropa: Kooperation statt Katastrophe, in: Vierteljahresberichte, Problems of international Cooperation, Sonderheft, Dezember 1992, S. 133-151. F. Bomsdorf u.a., Die Risiken des Umbruchs in Osteuropa und die Herausforderungen für die Europäische Gemeinschaft. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn 1993, S. 70ff.

- 71 Weidenfeld/Huterer schlagen eine Gesamteuropäische Aufbauorganisation zur Planung, Koordinierung und Kontrolle der Hilfe vor: W. Weidenfeld/M. Huterer, Osteuropa: Herausforderungen – Probleme – Strategien, Gütersloh 1992, S. 90-94.
- 72 Vgl. dazu ausführlicher: J. M. van Brabant, Renewing Economic Cooperation in Eastern Europe and Foreign Assistance, in: Economic Systems, vol. 15, 1991, no 2, S. 243-264.
- 73 Vgl. R. Daviddi, From the CMEA to the „Europe Agreements“: trade and aid in the relations between the European Community and Eastern Europe, in: Economic Systems, vol. 16, 1992, no 2, S. 274. Eine andere Begründung der Visegrád-Probleme negiert den Interdependenzansatz und sieht die Folgen der moskauzentrierten RGW-Horizontale: „Les économies des trois pays ne sont pas complémentaires...“ E. Kulesza-Mietkowski/S. Mietkowski, Europe centrale: quelle cohésion?, in: politique étrangère, vol. 58, 1993, no 1, S. 110.
- 74 Vgl. K. Okolicsanyi, The visegrad Triangle's Free-Trade Zone, in: RFE/RL Research Report, vol. 2, no 3, 15. Januar 1993, S. 19-22.
- 75 Die EG „will continue to press the countries of Central and Eastern Europe to establish close economic and trade relations among themselves...“ Communication by the Commission to the Council, in view of the meeting of the European Council in Copenhagen, 21-22 June 1993, „Towards a closer Association with the Countries of Central and Eastern Europe“, Bruxelles, Mai 1993, S. 2.
- 76 Die britische Bremserrolle in der EG wird in der Visegrád-Kooperation eher von den Tschechen übernommen: „Visegrád ne nous concerne pas. Ils s'agissait d'un processus créé par les Occidentaux de façon tout à fait artificielle.“ V. Klaus in: Le Figaro, 8 janvier 1993.
- 77 R. L. Tóké, From Visegrad to Kraków: Cooperation, Competition, and Coexistence in Central Europe, in: Problems of Communism, 1991, no 6, S. 110.
- 78 Für diese Misperzeption sei stellvertretend eine 1977 für das NATO-Hauptquartier erarbeitete Studie genannt, in der die Entwicklung des Ostblocks zu einer „economic superpower“ für möglich gehalten wurde: J. S. Hardt, Soviet Economic Capabilities and Defense Resources, in: G. Kirk/N. H. Wessell (Hrsg.), The Soviet Threat: Myths and Realities, Proceedings of the Academy of Political Science, New York 1978, S. 134.
- 79 Die EG reagiert darauf auch administrativ, indem bisher mit Entwicklungspolitik befaßte Beamte der DG VIII, in der für Außenpolitik zuständigen DG I nunmehr die Hilfsprogramme für Osteuropa (TACIS, PHARE etc) planen. Interview mit Simon Homer von der Generaldirektion VIII der EG-Kommission am 6. 10. 1993 in Brüssel.
- 80 Vgl. K. Müller, „Modernising“ Eastern Europe, in: Archives Européennes de Sociologie, vol. 33, no 1, 1992, S. 151-179.
- 81 Vgl. u.a. J. Habermas, Die nachholende Revolution. Frankfurt a.M. 1990, S. 180ff.; R. Bendix, Modernisierung in internationaler Perspektive, in: W. Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Königstein/Ts. 1979, S. 505-512.
- 82 „Most of the Eastern Europe of the future is likely to resemble the Latin America of the recent past more than the Western Europe of the present.“ K. Jowitt, New World Disorder. The Leninist Extinction, Berkeley 1992, S. 300.
- 83 Vgl. B. A. Misztal, Must Eastern Europe follow the Latin American way?, in: Archives Européennes de Sociologie, vol. 33, no 1, 1992, S. 151-179. Ein früherer Bezug findet sich bei: A. Fishlow, The East European debt crisis in the Latin America mirror, in: International Organization, vol. 40, no 2, 1986, S. 392-411.
- 84 A. Agh, The „Comparative Revolution“ and the Transition in Central and Southern Europe, in:

- Journal of Theoretical Politics, vol. 5, 1993, no 2, S. 232, vgl. auch L. Whitehead, *International Aspects of Democratization*, in: G. O'Donnell/P. C. Schmitter/L. Whitehead, *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore 1986, S. 10.
- 85 Vgl. dazu ausführlicher: A. Przeworski, *Democracy and the Market. Political and economic Reform in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S. 181.
- 86 Vgl. A. Przeworski, *Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo*, in: *Transit*, 1990, Heft 1, S. 208.
- 87 Przeworski schlußfolgerte, „we cannot avoid the possibility that a transition to democracy can be made only at the cost of leaving economic relations intact, not only the structure of production but even the distribution of income“ A. Przeworski, *Some Problems in the Study of the Transition to Democracy*, in: G. O'Donnell/Ph. Schmitter/L. Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore 1986, S. 63.
- 88 Vgl. M. Talur, *Die Bedeutung der ‚etatistischen Gesellschaft‘ in Polen für die soziologische Theorie*, in: *Leviathan*, vol. 19, no 2, 1991, S. 303.
- 89 Vgl. J. Staniszkis, *Dilemnata der Demokratie in Osteuropa*, in: Deppe, R./Duhiel, H./Rödel, U., *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt a.M. 1991, S. 303.
- 90 „Whenever there has been a recession or depression in Latin America, the political systems of the area have dissolved into chaos as well, not just particular regimes but the whole system of rule“ H. J. Wiarda, *The Democratic Revolution in Latin America*, New York 1990, S. 170-71.
- 91 Vgl. G. Eichler/S. Engler, *Atlantic Council of the United States. Task Force on Comparable Experiences: Economic & Political Reforms: Comparable Experiences for Central & Eastern Europe. Policy Paper*, o.O., October 1991.
- 92 Bereits 1989 prognostizierte Winiecki diese Entwicklung: „Whatever the merits of these strategies under the more liberalised market-type conditions found in an increased number of LDC's they are obvious non-solutions in the case of the ... hopelessly distorted CPE's. For the time being, at least, the latter are going to remain permanently developing countries (PDC's) severely constrained in their attempt to return to the normal development pattern.“ J. Winiecki, *CPE's Structural Change and World Market Performance. A Permanently Developing Country (PDC) Status?* in: *Soviet Studies*, vol. 41, 1989, no 3, S. 380.
- 93 Vgl. u.a. A. Przeworski, *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S. 159.
- 94 Vgl. M. Granovetter, *Economic action and social structure: The problem of embeddedness*, in: *American Journal of Sociology*, vol. 91 1985, S. 481-510.
- 95 L. Kolarska-Bobinska, *Civil Society and Social Anomy in Poland*, in: *Acta Sociologica*, vol. 33, 1990, no 4, S. 280.
- 96 Vgl. J. M. Nelson, *The Politics of Economic Transformation. Is Third World Experience Relevant in Eastern Europe?*, in: *World Politics*, vol. 45, 1993, no 3, S. 448.
- 97 „Under state socialism there were no private property rights, no civil society, no party systems, and social divisions were not very pronounced. Latin American countries ... all had capitalist and democratic pasts and even under authoritarian rule had managed to preserve, to a greater or lesser degree, some democratic institutions.“ B. A. Miział, *Must Eastern Europe follow the Latin American way?*, in: *Archives Européennes de Sociologie*, vol. 33, no 1, 1992, S. 154.
- 98 „The interaction between the democratization of the polity and the marketization of the economy presents a specific problem and creates an additional dimension of conflicts and tensions which are largely absent in classical transitions from authoritarian regimes.“ G. Ekiert, *Democratization Processes in East Central Europe: A Theoretical Reconsideration*, in: *British Journal of Political Sciences*, vol. 21, 1991, no 3, S. 310f.
- 99 R. Barre/W. H. Luers/A. Solomon/K. J. Ners, *Moving Beyond Assistance. Final report of the IEWS task force on western assistance to transition in the Czech and Slovak Federal Republic, Hungary and Poland*. Institute for EastWest Studies, New York u.a., 1992, S. 16.

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

- 100 „Geography is indeed the single reason to hope that Eastern European countries will follow the path to democracy and prosperity. There is no place in Europe today for nondemocratic politics; democratic institutions are a sine qua non for any country that seeks to become a member of this community. „ A. Przeworski, *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S. 190.
- 101 Vgl. R. J. Langhammer, *Die Assoziierungsabkommen mit der CSFR, Polen und Ungarn: wegweisend oder abweisend?*, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge 182, März 1992, S. 6. Allein Polen muß im Zuge der Rechtsangleichung an die EG 200 Gesetze neu schaffen oder neu formulieren. Vgl. „Für Polen ist der Weg nach Europa noch weit“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 5./6. Januar 1993.

Massenkonsum als Voraussetzung für Kapitalakkumulation. Entgegnung auf die Bemerkungen von Georg Quaas*

1.

Der Beitrag von Georg Quaas enthält manche Überlegungen, die gar keine Kritik an meinen Thesen darstellen, sondern häufig meine eigenen Argumente wiederholen. In den beiden Thesen, die Georg Quaas herausgreift, besteht allerdings wesentlicher Dissens.

Die beiden wesentlichen Argumente, die Georg Quaas vorträgt, scheinen mir zu lauten,

1. Kapitalistisches Wachstum erfordert nicht steigende Realeinkommen der Massen, weil die rentable Investition eines steigenden Surplus auch ohne zusätzlichen Massenkonsum und ohne steigende Realeinkommen möglich ist, und – so wäre zu ergänzen – die dadurch mögliche steigende Akkumulationsrate noch höhere Wachstumsraten erlauben wird.

2. Ökonomisch rückständige Länder leiden unter einem Mangel an inländischem Kapital mit der Implikation, daß steigende Masseneinkommen ökonomisches Aufholen durch Verschärfung des Kapitalmangels eher behindern, auch weil für die technische Entwicklung nicht so sehr die lokale Produktion von – im Weltmaßstab rückständiger – Technologie, sondern die Übernahme modernster Technologie förderlich ist, sofern der Staat durch protektionistische Maßnahmen Kapitalabfluß verhindert.

Beide Thesen werden in der nichtmarxistischen und marxistischen Literatur häufig vertreten und dienen dort (auch) dem Ziel, eine Automatik des Wachstums der Produktivkräfte zu unterstellen, bei der Realeinkommenssteigerungen und Verteilungsgerechtigkeit, wenn überhaupt, erst als Resultat des Akkumulationsprozesses, nicht als dessen Voraussetzung dargestellt werden. Beide Argumente sind daher trotz des hohen Grads von Technizität der Beweisführung eminent politisch. Sie richten sich gegen die enge Verknüpfung zwischen Gesellschaftsreform und Kapitalismus, in deren Folge die mit einer „sozialistischen“ Perspektive verknüpften Ideale der Arbeiterbewegung durch reformistische Strategien innerhalb des Kapitalismus verwirklicht werden. Sie diskreditieren die Kämpfe „von unten“ zur Transformation

* Der Diskussionsbeitrag von Georg Quaas erschien in *COMPARATIV*, H. 3 (1993), S. 106-121.

der Gesellschaft, weil diese dann entweder als irrelevant oder hinderlich für Wachstum erscheinen.

Zur Begründung seines Argumentes über die Möglichkeit von Kapitalakkumulation ohne Reallohnsteigerungen und ohne Realeinkommenssteigerungen bringt Georg Quaas eine Reihe von Argumenten auf der Ebene des Verhaltens von Einzelkapitalen und Branchen, die zu seiner Beweisführung ungeeignet sind, eine Argumentation über die Möglichkeit der zahlenmäßigen Erweiterung der Arbeiterbevölkerung, die in meiner Darstellung nicht berücksichtigt war, und eine sehr knappe Auseinandersetzung mit meiner Beweisführung zur Unmöglichkeit fortdauernder Akkumulation ohne Realeinkommenssteigerungen.

2.

Auf der Ebene des Einzelkapitals und der Branche argumentiert Georg Quaas, daß sinkende Stückkosten zwar zu sinkenden Preisen führen können, daß aber dadurch die Nominallöhne nicht fallen müßten. Das sei der Fall, wenn die „neue Technologie zunächst *neben* die alte (trete), dies bedeutet (...) eine zusätzliche Beschäftigung – auch bei etwa gleichbleibendem Reallohn. Erst wenn ein Teil der unproduktiveren Konkurrenten aus dem Feld geschlagen worden ist, kann das Szenario einer insgesamt und – über einen längeren Zeitraum betrachtet – sinkenden Nachfrage als realistisch gelten“ (S. 107). Warum sollte der Übergang eines einzigen Betriebs innerhalb einer größeren Zahl von Konkurrenten zu einer produktiveren Technologie zu einer zusätzlichen Beschäftigung führen? Es gibt keinen Grund, daß ein Unternehmer für eine zusätzliche Technologie neue Arbeitskräfte einstellt. Genauso gibt es keinen Grund dafür, daß ein Unternehmer, der mit geringerem Aufwand an Arbeit durch die neue Technologie dasselbe Produktionsvolumen als bisher erbringen kann, nunmehr überflüssige Arbeiter behält. Also werden sie entlassen, es sei denn er erweitere seine Produktion bei konstanten Realeinkommen zulasten anderer Anbieter.

„Was sollte Arbeiter ... davon abhalten, den geringeren Preis der betreffenden Produkte (als Folge der Senkung der Stückkosten durch Einführung einer neuen Technologie, H. E.) auszunutzen, um eine größere Anzahl davon zu konsumieren“ (S. 108). Georg Quaas schließt deshalb, daß eine technische Neuerung zunächst zu einer „gebrauchswertmäßig betrachtet ... eher steigende(n), wertmäßig aber gleichbleibende(n) Nachfrage“ (S. 108) führt. Nirgends habe ich behauptet, daß zur Erfüllung steigender Realeinkommen die Nominallöhne steigen müssen, sondern stets darauf verwiesen, daß die Verteidigung der Nominallöhne bei sinkenden Preisen ein wichtiges Element

der Durchsetzung steigender Reallöhne im kapitalistischen Wachstumsprozeß war. Georg Quaas sagt mit seinem Argument nur, daß bei technischem Fortschritt steigende Reallöhne über die Verteidigung der Nominallohne durchgesetzt werden können. Ich sehe nicht, wo er hier ein Gegenargument gegen meine These bringt. Bei steigender Produktivität sinken im übrigen die Arbeitswerte der Produkte, so daß ein konstanter Nominallohn auch „wertmäßig“ ein steigender Reallohn ist.

Ich sehe nicht, wo ich theoretisch „eine ins Extrem getriebene idealtypische Abstraktion zur Argumentation“ (S. 108) herangezogen habe, um die sich zunächst bietende Alternative, nämlich Realisierung des Innovationsprofits durch verstärkte Investitionen als unmöglich darzustellen. Will der Kapitalist die Innovation nutzen, um seine Marktanteile zu vergrößern, dann muß er seinen Angebotspreis unter die Angebotspreise seiner Konkurrenten senken und kann nicht die ganze Differenz zwischen den alten Preisen und den jetzigen Stückkosten aneignen. Der Innovationsprofit fällt also gar nicht vollständig bei dem innovierenden Kapitalisten an. Weshalb sollte außerdem der bisherige Konkurrent mit der alten Technologie trotz Verlustes von Marktanteilen weiter in die alte Technologie investieren? Tut er dies nicht, sondern investiert er in die neue Technologie, dann ergibt dies eben einen Investitionsboom, wie er von mir in keiner einzigen meiner Darlegungen ausgeschlossen wurde. Entscheidend ist vielmehr, daß insgesamt nach erfolgten Investitionen innerhalb der gesamten Branche die Gesamtnachfrage nach direkter und indirekter Arbeit abnimmt.

Nun glaubt Georg Quaas, mein Argument auch widerlegen zu können, indem er meint, daß der Absatz für die Unternehmer, die die Innovation eingeführt haben, wächst, ohne daß dabei der Absatz nach Produkten anderer Branchen abnimmt. Dies wird nicht bewiesen durch die Überlegung „Da wäre die erhöhte Nachfrage nach den Ausgangsstoffen der produktiveren Branche zu erwähnen“ (S. 108), oder „der verstärkte Einsatz der durch die Innovation verbilligten Produkte“ (S. 109). Ob durch die Innovation überhaupt der Vorproduktverbrauch in der Branche steigt, ist höchst zweifelhaft angesichts der Tatsache, daß viele Innovationen materialsparend sind. Ob eine innovierende Branche eine Preiselastizität der Nachfrage von wenigstens (-)1 hat, ist ein empirisches Problem, dem Georg Quaas nicht nachgeht. Bei insgesamt konstanten Reallöhnen und einem wenigstens konstanten Kapitalkoeffizienten wird die Ausweitung der Nachfrage für die innovierende Branche nur einhergehen können mit entsprechenden Verminderungen der Nachfrage für die Produkte anderer Branchen.

Relevant ist einzig die Frage, inwieweit die gestiegene Gesamtproduktion

und der damit mögliche höhere gesamtwirtschaftliche Surplus bei stagnierenden Reallöhnen nachgefragt wird.

3.

Georg Quaas wechselt auf die makroökonomische Ebene, indem er auf ein Modell von kapitalistischem Wachstum durch Wachstum der Arbeitsbevölkerung umsteigt. Es läßt sich zeigen, daß dies als Sonderfall innerhalb meiner Beweisführung zu behandeln ist, so daß ich hier von der Reihenfolge der Argumente von Georg Quaas abweiche, und zunächst auf meine eigene Argumentation eingehe.¹ Ich zeige dann im nächsten Punkt, daß die von Georg Quaas vorgeschlagene Lösung des Realisationsproblems durch Bevölkerungswachstum die von mir aufgezeigte Schranke für Kapitalakkumulation bei stagnierenden Reallöhnen nicht aufhebt, mit Ausnahme eines Grenzfalles, dessen Nichteintreten die wesentliche Ursache für die fehlende Ausbreitung des Kapitalismus auf Weltebene darstellt.

Außerhalb seines Modells des Bevölkerungswachstums bietet Georg Quaas einige Bemerkungen zu meiner Beweisführung und ein bekenntnisthafter Eintreten für die These „technischer Fortschritt bedeute überproportionales Wachstum der Investitionsgüterindustrie“ (S. 111). Empirisch ist dieses überproportionale Wachstum der Investitionsgüterindustrie nirgends festgestellt worden, mit Ausnahme der Veränderung der internationalen Spezialisierung von Ökonomien. Feinstein² zeigt z.B., daß die Rate der Kapitalakkumulation und damit auch die Rate des Wachstums der Kapitalgüterproduktion für die 100 Jahre der industriellen Revolution zwischen 1750 und 1860 in Großbritannien niedriger war als die Rate des Wachstums der Produktion. Ein überproportionales Wachstum der Investitionsgüterindustrie müßte jedoch zu einem rascheren Wachstum der Kapitalakkumulation im Verhältnis zur Produktion führen. Für die Entwicklung des Kapitalismus seit 1945 in den OECD-Ländern zeigen Armstrong und andere³, daß die Wachstumsrate des fixen Kapitals nur unwesentlich (5,5% pro Jahr) über der Wachstumsrate der Produktion lag. Für die Bundesrepublik haben Altwater und Mitarbeiter⁴ einen solchen Anteil der Investitionsgüterproduktion als Begründung für die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals vorgetragen, dabei aber nicht die wachsende Exportquote der westdeutschen Wirtschaft und den im Verhältnis zur inneren Nachfrage viel höheren und über die Zeit wachsenden Anteil der Investitionsgüter am westdeutschen Export einbezogen. Wird dieser Effekt in die Berechnung einbezogen, ergibt sich auch für die westdeutsche Wirtschaft kein überproportionales Wachstum der Investitionsgüterindustrie

für den Binnenmarkt, so daß die empirische Grundlage, die Georg Quaas so locker für seine These „eines überproportionalen Wachstums der Investitionsgüterindustrie“ im Vorverständnis der Leser ansprechen zu können glaubt, äußerst dürftig ist.

Meine eigene Argumentation kommt leider nur in einer Fußnote vor, wobei sich Georg Quaas der Sprache des Enthüllungsjournalismus bedient. Er läßt seine Leser wissen, daß „implizit“ (Anm. 16), und folglich offenbar erst entdeckt durch Georg Quaas, „eine konstante Kapitalproduktivität und die Identität der Bruttonprodukt-Wachstumsrate mit der Profitrate vorausgesetzt worden sind“.

Tatsächlich überprüfe ich zur Klärung der Möglichkeit eines Wachstums nur über die Nachfrage nach Investitionsgütern, also bei stagnierenden Real-löhnen, zwei Varianten. In der ersten Variante halte ich die Wachstumsraten der Produktion konstant; sie müssen dann niedriger sein als die Wachstumsraten der Kapitalakkumulation. Weil dort Widersprüche auftreten, untersuche ich die Möglichkeit unterschiedlicher Raten des Wachstums von Kapitalakkumulation und Produktion bei konstanter Kapitalproduktivität.

Der Grund für dieses Vorgehen liegt darin: Wenn die Reallöhne stagnieren und gleichzeitig die Unternehmer bei wachsender Produktion den gesamten zusätzlich verfügbaren Surplus investieren, dann muß die Rate der Kapitalakkumulation über der Rate des Produktionswachstums liegen. Der Kapitalstock steigt damit schneller als die Produktion. Folglich steigt auch der Kapitalkoeffizient bzw. sinkt die Kapitalproduktivität. Bei sinkender Kapitalproduktivität steigen selbstverständlich die Kapitalstückkosten. Steigende Kapitalstückkosten werden nur dann nicht zu steigenden Stückkosten führen, wenn sie durch sinkende Lohnstückkosten kompensiert werden. Zu prüfen ist also, ob bei einer Akkumulationsrate, die über der Steigerung der Produktivität liegt, das System in den Bereich steigender Stückkosten gerät, so daß keinerlei Technologien mehr vorhanden sind, bei denen die Stückkosten gesenkt werden können. Bei dieser Variante bleibt entgegen der Behauptung von Georg Quaas die Bruttonproduktwachstumsrate unterhalb der Profitrate.

Da in dieser Variante (Akkumulationsrate höher als die Wachstumsrate der Produktion) die Bedingung sinkender Stückkosten nicht gehalten werden kann, prüfe ich die Möglichkeit, daß die Kapitalproduktivität nicht sinkt, und deshalb die Wachstumsrate der Produktion von Periode zu Periode mit einem Verzug von einer Periode der Wachstumsrate des Kapitalstocks folgt ($y_t = \pi_{t+1}$). Wenn die Kapitalproduktivität gleich bleibt, muß selbstverständlich mit diesem Periodenverzug die Wachstumsrate der Produktion der Wachstumsrate des Kapitalstocks folgen.

Es handelt sich also überhaupt nicht um implizite, dem Leser vorenthaltene Annahmen, sondern um die Definition von jeweils zwei unterschiedlichen Bedingungen, die für den Fall einer über der Wachstumsrate der Produktion der Periode t liegenden Rate der Kapitalakkumulation der Periode t nicht gleichzeitig erfüllt werden können, um zu prüfen, inwieweit bei der Erfüllung der einen (konstante Wachstumsrate der Produktion) oder anderen (konstante Kapitalproduktivität) Bedingung das System widerspruchsfrei akkumulieren kann.

Ausgangspunkt sind die beiden Gleichungen, die ich in meinem Aufsatz⁵ unter den Ziffern (5) und (6) präsentiert habe. Y ist das Bruttoprodukt einer (geschlossenen) Volkswirtschaft, in der es nur Kapitalisten und Lohnempfänger gibt, C ist das eingesetzte Fixkapital, P der Gesamtprofit, der nur für Investitionen eingesetzt wird, v das variable Kapital (die Löhne), die konsumiert werden, c der Anteil der in der Produktion verbrauchten Vorprodukte und a der Anteil des in der Produktion verbrauchten Kapitals. Weiter wird angenommen, daß die Profitrate bei konstanten Reallöhnen durch Einführung von Neuerungen nicht sinkt bzw. die Stückkosten nicht steigen, weil sonst diese nicht rentabel wären. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks ist bei vollständiger Reinvestition von Gewinnen $(1+\pi)^t$, die Wachstumsrate des Bruttoprodukts $(1+y)^t$. Wir erhalten

$$(1) (1+y)^t \cdot Y_0 = c(1+y)^t Y_0 + (1+\pi)^t a C_0 + (1+\pi)^t \pi C_0 + v$$

Das Produkt Y wird gleichzeitig durch die Höhe des Kapitalstocks und die Kapitalproduktivität definiert, wobei die Kapitalproduktivität variiert. Wir erhalten

$$(2) (1+\pi)^t b C_0 = (1+\pi)^t b c C_0 + (1+\pi)^t a C_0 + (1+\pi)^t \pi C_0 + v$$

Die Bedingung sinkender Stückkosten ist für die Gesamtwirtschaft erfüllt, wenn die Summe aus Kapitalkosten und Arbeitskosten pro Ausbringung der Periode t niedriger ist als das Verhältnis von Kosten und Ausbringung der Periode $t-1$. Da es sich hier um Durchschnittskosten handelt, ist sehr wohl möglich, daß in vielen Branchen diese Bedingung vorher erreicht wird, und das System schon vorher durch Investitionszurückhaltung der Unternehmer zum Stillstand gebracht wird, was ich hier nicht untersuche. Auf keinen Fall kann das System jenseits der oben angegebenen Grenze weiter akkumulieren, sofern es kapitalistisch ist.

Bei Vernachlässigung des Zwischenverbrauchs und der Abschreibungen gilt demnach die Bedingung:

$$(3) \frac{(1+\pi)^t \cdot \pi C + v_0}{(1+y)^t Y_0} < \frac{(1+\pi)^{t-1} \pi C_0 + v_0}{(1+y)^{t-1} Y_0}$$

Durch Transformation erhalten wir

$$(4) (1+\pi)^t \cdot \pi C_0 + v_0 < (1+y)(1+\pi)^{t-1} \pi C_0 + (1+y)v_0$$

$$(5) (\pi-y) (1+\pi)^{t-1} \pi C_0 < (1+y) v_0 - v_0 = yv_0 = \text{konstant}$$

Anhand der Ungleichung (5) läßt sich nun der Widerspruch diskutieren, der entsteht, wenn die Realeinkommen nicht steigen, und die Realisierung des zusätzlich verfügbaren Produktionsergebnis ausschließlich für Investitionen durch wachsende Profite der Unternehmer erfolgt. Auf der rechten Seite steigen die verschiedenen Teile der Ungleichung nicht: In der Demonstration wurde angenommen, daß die Steigerung der Produktion und damit die Arbeitsproduktivität konstant bleiben. Genauso erhöht sich der ausgewiesene ursprüngliche Arbeitseinsatz V_0 nicht, so daß die rechte Seite der Ungleichung eine Konstante ist

Auf der linken Seite wächst der Ausdruck $(1+\pi)^{t-1} \cdot \pi \cdot C_0$, weil der Kapitalstock wächst und die Profitrate als gleichbleibend angenommen wird. Der Multiplikator dieses Multiplikanden $(\pi-y)$ ist unter den Annahmen konstant (wir haben die Rate der Kapitalakkumulation im Zeitverlauf des Systems nicht erhöht). Die Ungleichung ist dann nicht mehr erfüllt, wenn der Kapitalstock so weit gewachsen ist, daß die Differenz zwischen der Wachstumsrate des Kapitalstocks und der Wachstumsrate des Produkts multipliziert mit dem Gewinn der Vorperiode $t-1$ größer ist als das Produkt aus der Wachstumsrate des Produkts mit dem Arbeitseinsatz der Ausgangsperiode.

Wann dieser Zeitpunkt erreicht wird, hängt vom Verhältnis zwischen C_0 und v_0 , also dem Verhältnis zwischen Kapitaleinsatz und Arbeitseinsatz der Ausgangsperiode und der Differenz zwischen der Wachstumsrate des Kapitalstocks und der Wachstumsrate des Produkts ab. Es handelt sich um eine empirische Frage, zu der im oben zitierten Aufsatz die Ergebnisse einzelner Modellrechnungen gegeben werden.

Das System bricht nicht zusammen, weil die Kapitalproduktivität als konstant angenommen wird. Ein Abweichen von dieser Bedingung führt noch früher zum Zusammenbruch durch Fall der Profitrate. Es bricht auch nicht zusammen, weil die Wachstumsrate des Bruttonprodukts identisch mit der Wachstumsrate des Kapitalstocks und der Profitrate wäre. Es bricht vielmehr gerade deshalb zusammen, weil die Akkumulationsrate über der Wachstumsrate der Produktion liegt, dem Lösungsansatz also, den Georg Quaas, übrigens im Anschluß an Lenin und andere, vorschlägt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich auch darauf verweisen, daß es sich nicht um den Nachweis von Marxens Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate handelt, obwohl ähnliche Strukturierungen im Modell

vorliegen. Es reicht nämlich, um die hier auftretenden Widersprüche zu vermeiden, daß die Realeinkommen parallel zum Wachstum der Produktion steigen, wobei konjunkturell im Zyklus unterschiedliche Wachstumsraten beider Größen möglich sind, da es ein gewisses Fenster des harmonischen Wachstums für beide Größen bei zeitlicher Differenzierung durchaus gibt. Der im Fall steigender Stückkosten durch sinkende Kapitalproduktivität auftretende Verfall der Profitrate wird schlicht dann vermieden, wenn die Realeinkommen steigen, was Marx als Lösung des Problems des Falls der Profitrate ausdrücklich ausgeschlossen hat.

Gibt es unter dieser Voraussetzung keine neuen Technologien, die erlauben könnten, die Stückkosten zu senken, dann können die Kapitalisten auf sie entfallende zusätzliche Profitmassen nur durch Investition in bisherige Technologien reinvestieren. Da diese bisherigen Technologien nicht die Steigerung der Akkumulation ohne Steigerung der Zahl der Arbeiter erlauben, werden sich nun die Kapitalisten Konkurrenz um die wenigen Arbeiter machen. Die Kapitalisten können nun entweder auf Reinvestitionen verzichten, weil ihnen die Gewinne zu ungewiß erscheinen, oder sie müssen Arbeiter durch das Angebot steigender Reallöhne anwerben, so daß spätestens zu diesem Zeitpunkt eine Korrektur der Verteilung erfolgt.

Meine These lautet also nicht, daß die Kapitalisten durch zusätzliche Investitionen zu keinem Zeitpunkt den Nachfrageausfall ausgleichen können, der durch stagnierende Reallöhne bei steigender Produktion ausgelöst wird, sondern daß schon nach wenigen Runden das System unter diesen Voraussetzungen an Überakkumulation zusammenbricht und deshalb kapitalistische Systeme eben durch Raten der Kapitalakkumulation gekennzeichnet sind, die nicht dauerhaft wesentlich über der Rate des Wachstums der Produktion und der Arbeitsproduktivität liegen.

Da dieser Befund auf der Annahme einer konstanten Rate des Wachstums der Arbeitsproduktivität und deshalb auf einer sinkenden Kapitalproduktivität beruht, habe ich die seit Lenin vertretene und von Georg Quaas wieder aufgewärmte These zu retten versucht, indem ich die Kapitalproduktivität konstant gehalten habe. Eine konstante Kapitalproduktivität bedeutet selbstverständlich, daß die Produktion der Periode $t+1$ mit der Rate des Wachstums des Kapitalstocks der Periode t zunimmt. Von der Modellkonstruktion läßt sich das schlicht nicht vermeiden und wird in meinem Artikel explizit ausgeführt. Ich verdentliche den Zusammenhang:

$$(6) \, d\bar{y} = d\bar{p} + v$$

Die Gleichung kann nur gelten, wenn dy kleiner als dp .

Die Produktion wächst dann proportional zur Steigerung des Fixkapitals der Vorperiode:

$$(7) \quad y_t = \frac{Y_t - Y_{t-1}}{Y_{t-1}} = \frac{b(C_{t-1} - C_{t-2})}{b(C_{t-2})} = \pi_{t-1}$$

Die Überprüfung dieses Modells hat ergeben, daß π_t größer als π_{t-1} (hier war in dem Artikel ein Druckfehler passiert) für alle Perioden relativ groß sein muß, in denen das Verhältnis zwischen v und C_t nicht gering ist. Es finden sich in meinem Artikel einige Hinweise auf die erforderlichen Werte für ein solches explosives Wachstum. Wir haben bei den Ausgangswerten des Zahlenbeispiels von Emmanuel als niedrigste Wachstumsrate *der Wachstumsrate* des Kapitalstocks (p_{t-1}/p_{t-1}) 16% gefunden, so daß z.B. eine anfängliche Wachstumsrate von 4% schon im dritten Jahr über 6% etc. zu weiter wachsenden Raten führt. Dabei war die niedrigste mögliche Profitrate der Stabilisierung des Systems bei 55%. Je größer das Verhältnis zwischen v und C_0 , desto größer die anfänglichen Steigerungen der Wachstumsrate von π . Der Übergang zu einem stationären Verhalten der Wachstumsraten (also nicht des Systems) ist offensichtlich dann möglich, wenn der Anteil der Löhne v am Gesamtprodukt gegen 0 tendiert, weil dann $d\bar{p}$ und $d\bar{y}$ sich annähern können. Dies sind aber Zustände des Kapitalismus, die es empirisch aus einer Reihe von Gründen nicht geben kann.

Ganz im Gegenteil zur Position, die mir Georg Quaas offensichtlich unterstellt, nämlich daß es zwischen zwei oder drei Perioden im Kapitalismus nicht zu einer Lösung des Realisierungsproblems durch wachsende Raten der Kapitalakkumulation kommen kann, argumentiere ich, daß diese Lösung instabil ist, weil sie entweder einen explosionsartigen Anstieg der Wachstumsraten oder steigende Stückkosten zur Folge hat. Ich schreibe deshalb: „die aufgezeigten Widersprüche erlauben eine Brücke zwischen Marxscher, keynesianischer und neoliberaler Konjunkturtheorie zu bauen. Ein Akkumulationsprozeß, der dauerhaft über dem Wachstum der Arbeitsproduktivität liegt, führt zum Zusammenbruch, ein nur über eine wachsende Investitionsgüternachfrage gesteuerter Akkumulationsprozeß erfordert unrealistisch hohe Steigerungen der Arbeitsproduktivität, ohne die die ‚Grenzleistungsfähigkeit‘ des Kapitals sinkt, und eine unrealistisch hohe Bereitschaft der Unternehmer, ‚Akkumulation um der Akkumulation willen‘ zu betreiben, um eine Vollbeschäftigungsnachfrage zu sichern. Ob ein solcher Akkumulationsprozeß dann an der fehlenden Bereitschaft der Unternehmer zu Investitionen (Erwartung gesättigter Märkte) oder an der erfahrenen sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zusammenbricht, ist hier unerheblich. Erheblich ist dagegen, daß nur die Steigerung der Reallöhne das System daran

hindert, in die entsprechenden Widersprüche zu geraten, weil dadurch die langfristige Steigerung der Rate der Kapitalakkumulation über die Rate des Wachstums der Produktion und damit der Arbeitsproduktivität verhindert werden kann. Parallel zum Kapitalstock (in konstanten Preisen gemessen) bedeuten steigende Reallöhne aber, daß das Verhältnis Fixkapital/Lohn- und Gehaltssumme und der Kapitalkoeffizient relativ konstant bleiben müssen. Kapitalistische Wirtschaften können nicht durch Akkumulation für Akkumulation dauerhaft wachsen. Kapitalisten können auch nicht immer mehr akkumulieren: In Wirklichkeit kämpfen sie gegen die Entwertung akkumulierten Fixkapitals, nicht für die Steigerung des in Arbeitswerten zu messenden Fixkapitals. Nur in einer geplanten Wirtschaft kann diese Grenze durchbrochen werden. Hier wäre eine Neuinterpretation der hohen Kapitalkoeffizienten und der sinkenden Kapitalproduktivität bei steigenden Investitionsquoten in den realsozialistischen Gesellschaften wünschenswert. Wirtschaftswachstum um den Preis einer dauerhaften Erhöhung der Investitionsquote bei sinkender Kapitalproduktivität (also sinkender Nützlichkeit der investiv geleisteten Arbeit) kann dann als neue Form der Ausbeutung interpretiert werden.“⁶

Wie der Abschnitt zeigt, habe ich nicht bis zum Zusammenbruch des realen Sozialismus gebrannt, um die fundamentale Instabilität dieses Akkumulations-systems zu bezeichnen, wie übrigens im Unterschied zu den Politologen viele andere Ökonomen⁷. Ihre Grundlage ist darin zu sehen, daß die fehlende Konkurrenz für die Mitglieder der herrschenden Klasse Akkumulation ohne Realeinkommenssteigerungen erlaubt:

Weil Kapitalisten zu Sparsamkeit auch bei Investitionen gezwungen sind, gibt es den von Georg Quaas (S. 110) behaupteten Entwicklungspfad, „anschaulich durch die typischen Phänomene der Industrialisierung, ... daß durch verhältnismäßig immer weniger Arbeit immer mehr Maschinen in Bewegung gesetzt werden“, eben im Kapitalismus nicht, weil diese „mehr Maschinen“ nur im Hinblick auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität mehr sind, preislich vielleicht deshalb mehr kosten, weil die in ihnen verkörperte Arbeit bei steigenden Reallöhnen teurer als in der Vorperiode ist, aber arbeitswertmäßig (leicht errechenbar durch Deflationierung der Maschinenpreise und der Fixkapitalpreise mit dem Index der Reallöhne) eben kein „Mehr“ darstellen. Das Herunterbeten von Thesen, die sich aus einer Vermengung zwischen Mengen, Preisen und Arbeitswerten ergaben, kann über diesen simplen Befund nicht hinweghelfen.

4.

Statt sich mit meiner Demonstration auseinanderzusetzen, präsentiert Georg Quaas ein Modell auf der Grundlage der Annahme eines Wachstums der Arbeiterbevölkerung. Er glaubt also, daß über eine Zunahme der beschäftigten Arbeiter die Unternehmer jeweils den Profit reinvestieren können, ohne daß die Reallöhne steigen.

Im folgenden will ich zeigen, daß es sich entweder um einen Sonderfall meines eigenen Modells handelt, oder um einen Grenzfall, der im Kapitalismus nur sehr begrenzt eintreten kann. Dazu ist hilfreich, daß man sich eines effizienteren Instrumentariums als des Herumsuchens in arithmetischen Puzzlen bedient.

Ausgangspunkt sind die Gleichungen (1) und (2), wobei wir nur die Nettoproduktion ohne verbrauchtes Kapital und ohne die verbrauchten Zwischenprodukte berücksichtigen. Bei einer steigenden Arbeiterbevölkerung ist die Wachstumsrate der Produktion das Produkt aus der Wachstumsrate der Arbeiter (l) und der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität (q), während die Wachstumsrate des Kapitalstocks (π) das Produkt der Wachstumsrate des Kapitaleinsatzes pro Arbeiter (r) und des Wachstums der Zahl der Arbeiter (l) ist, so daß sich ergibt:

$$(8) y_t = (1+q)^t (1+l)^t Y_0 = b C_0 (1+r)^{t-1} (1+l)^{t-1},$$

und

$$(9) (1+q)^t (1+l)^t b C = (1+r)^t (1+l)^t \pi_t C_0 + (1+l)^t v_0.$$

Durch Division beider Gleichungen und Umformungen ergeben sich Gleichungen analoger Struktur zu (3) und (5), wobei q für y und r für π stehen.

Die Möglichkeit, auf eine wachsende Arbeiterzahl zurückgreifen zu können, erlaubt nun aber Kapitalakkumulation auch dann noch, wenn die Produktivitätssteigerungen bei konstanter Rate des Wachstums der Arbeitsproduktivität (Fall 1) nicht mehr wenigstens konstante Stückkosten erlauben, bzw. wenn bei angenommener konstanter Kapitalproduktivität (Fall 2) die Arbeitsproduktivität und dann wiederum die Kapitalakkumulation mit wachsenden Raten ihres eigenen Wachstums zunehmen müßten.

Wir unterstellen, daß bei einer konstanten Rate des Wachstums der Arbeitsproduktivität (q) und einer höheren Rate der Kapitalakkumulation pro Arbeiter (r) die dort auftretenden Widersprüche zu irgendeinem Moment des Wachstumsprozesses auftreten müssen, den wir nicht weiter feststellen wollen, der uns aber erlaubt, grundsätzlich davon auszugehen, daß wenigstens von diesem Zeitpunkt an die Rate der Kapitalakkumulation pro Arbeiter auf die Höhe des Wachstums der Arbeitsproduktivität sinken muß. Dies erlaubt die Definition

$$(10) q_t = r_t \text{ für alle betrachteten Perioden.}$$

Außerdem ergibt sich für stagnierende Reallöhne, daß innerhalb der Gleichung aus Y (Gesamtprodukt, wachsend mit Arbeitsproduktivität und Zahl der Arbeiter) P = Gewinn (wachsend mit Zahl der Arbeitskräfte, Höhe des Kapitalstocks pro Arbeiter und einem Residualfaktor), sowie den Arbeitslöhnen, wachsend ausschließlich mit der Zahl der Arbeitskräfte, die Beziehung gelten muß, daß die Rate des Wachstums des Gewinnes über der Rate des Wachstums der Produktion liegen muß, mit der schon oben angeführten Folge, Gleichung (6), daß

$$(11) \pi_1 > \pi_{t-1}, \text{ etc.}$$

Daraus ergibt sich weiter, weil q konstant (sonst explosives Wachstum von p)

$$(12) \pi_2 - q > \pi_1 - q$$

Es interessiert nun die Rate des Wachstums der Arbeitsbevölkerung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, ob hier ein kontinuierlicher oder ein explosiver Wachstumsprozeß stattfindet, wie wahrscheinlicher ist, und ob das Modell dann den in der Wirklichkeit zu beobachtenden Vorgängen entspricht.

Die Gewinne entwickeln sich nach folgender Formel, wobei wir einräumen, daß die Wachstumsrate der Arbeiterbevölkerung veränderlich ist, so daß an der Stelle des Ausdruckes $(1 + l)$ der Ausdruck für die Produktreihe (PR):

$$\prod_{n=1}^t (1 + l_n)$$

der das Produkt aus $(1 + l_1) (1 + l_2) (1 + l_3) \dots (1 + l_{t-1}) (1 + l_t)$ ausdrückt.

$$t-1$$

$$(13) P_t = (1 + q)^{t-1} \left(\prod_{n=1}^t (1 + l_n) \right) C_0(\pi_{t-1})$$

Dieser Gewinn wird verwendet für die Erhöhung des Kapitaleinsatzes pro Beschäftigten (r), was hier im folgenden als ∂C_{ab} (= Kapital für alte Beschäftigte) bezeichnet wird, und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im kapitalistischen Sektor der Wirtschaft, ∂C_{na} (= Kapital für neue Arbeitsplätze).

Da die schon beschäftigten Arbeiter mit effizienten Technologien produzieren und im wirtschaftlichen Durchschnitt weniger kapitalintensive Technologien weniger effizient sind, d.h. die Stückkosten anheben, sowie außerdem die Reallöhne nicht gestiegen sind, können zusätzliche Arbeiter nur dann auf wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen beschäftigt werden, wenn sie mit derselben durchschnittlichen Ausstattung mit Fixkapital produzieren, die im Moment der Ausdehnung der Beschäftigung auf sie im kapitalistischen Sektor schon erreicht ist. Die Möglichkeit der „Ausbreitung“ des Kapitalismus aufgrund steigender Reallöhne im „Zentrum“ und der Auslagerung von Produktionszweigen mit im Verhältnis zu den Reallohnsteigerungen zu

geringer, weil im Zentrum unterdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung dann in Niedriglohngelände der Peripherie, die ich ausführlich an anderer Stelle diskutiert habe⁸, bleibt hier unerwähnt.

Der Kapitalbedarf für die Erhöhung des Fixkapitaleinsatzes in der Folgeperiode der in einer jeweils beliebigen Vorperiode beschäftigten Arbeiter beträgt

$$(14) \partial C_{ab} = q (1+q)^{t-1} (PR (1+l_{t-1})) C_0$$

Gegenüber dem Angebot an Investitionskapital aus der Vorperiode ergibt sich als Differenz und damit für neue Arbeitsplätze verfügbares Kapital

$$(15) \partial C_{na} = (\pi_{t-1} - q) (1+q)^{t-1} (PR (1+l_{t-1})) C_0$$

Für die Beschäftigung neuer Arbeitskräfte werden benötigt

$$(16) C_{na} = ((1+q)^{t-1} + (1+q)^{t-1} q) ((PR(1+l_t) - (PR (1+l_{t-1})))$$

Aus (15) und (16) ergibt sich⁹

$$(17) (1+q)l_t = \pi_{t-1} - q$$

Weil für alle Perioden $(1+q)$ konstant und (12) zeigt, daß der Ausdruck π -q im Zeitablauf wächst, variieren die Zuwachsraten der Arbeitsbevölkerung. Die Zuwachsraten der Wachstumsrate der Arbeitsbevölkerung sind höher als die Zuwachsraten der Wachstumsrate des Kapitalstocks, weil bei π wachsend und q konstant außerdem $\pi_t q / \pi_{t-1} - q > \pi_t / \pi_{t-1}$.

$$(18) g_{\pi} < g_{(\pi-q)}$$

Die Wachstumsrate der Arbeitsbevölkerung liegt zwar unter der Wachstumsrate des Kapitalstocks, die Wachstumsrate der Wachstumsrate der Arbeitsbevölkerung liegt jedoch permanent über der Wachstumsrate der Wachstumsrate des Kapitalstocks, so daß

$$(19) l_1 < l_2 < l_3 \text{ und}$$

$$(20) l_2 / l_1 > \pi_2 / \pi_1$$

Da die Wachstumsrate y der Produktion von q und l abhängt, muß sie von Periode zu Periode entsprechend des Anstiegs der Wachstumsrate der Arbeiterbevölkerung l zunehmen, so daß

$$(21) y_1 < y_2 < y_3,$$

so daß dadurch wiederum nach (9) die Wachstumsrate des Kapitalstocks nicht nur durch die höhere Rate des Wachstums des Gewinns im Vergleich zum Wachstum der Arbeitsproduktivität, sondern auch durch die in der Folge

wachsender Beschäftigung wachsende Mehrwertproduktion weiter angehoben wird, mit der Folge, daß $1/l_{t+1}$ durch die Expansion der Wachstumsrate des Gewinns weiter ansteigt.

Nur wenn die Arbeitsproduktivität überhaupt nicht stiege, könnte ein solch explosives Wachstum vermieden werden.

Drei Konklusionen ergeben sich:

1. In diesem Modell kann eine unterkonsumtive Krise nur durch explosives Wachstum vermieden werden, das auf Grenzen stoßen muß.

2. Es kann keinen Kapitalmangel geben, so daß das Entwicklungsproblem sich selbst auflöst.

3. Jeder Versuch, den Prozeß der Ausbreitung des Kapitalismus abzustoppen, müßte scheitern, weil bei der Alternative, nämlich der Steigerung des Fixkapitaleinsatzes zugunsten der schon Beschäftigten und gleichzeitigem Verzicht auf Ausweitung der Beschäftigung die bei $r > q$ auftretende Stückkostenerhöhung das Ausweichen auf Beschäftigung neuer Arbeitskräfte erzwingen muß, was immer die Eigentumsverhältnisse sein mögen.

Wie wir alle wissen, hat sich diese Perspektive der „Durchkapitalisierung“, die Marx und die westliche Modernisierungstheorie teilen, nicht verwirklicht. Es handelt sich entweder (nämlich bei steigender Arbeitsproduktivität) um eine erweiterte Version meines Modelles eines explosiven Wachstums oder um ein irrales Modell, wenn konstante Arbeitsproduktivität angenommen wird. Interessant ist vor allem, warum es zu der von Georg Quaas erhofften Lösung nicht kommt.

Daß Kapitalisten nicht in die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, sondern die Erweiterung der Mehrwertproduktion bei konstanter Arbeitsproduktivität investieren könnten, ist eine heroische Annahme, die so unbesehen nur aus der in der marxistischen Diskussion weit verbreiteten Unterscheidung zwischen angeblich extensivem und angeblich intensivem Wachstum verständlich wird. Da die Rentabilität aber jeder Investition, auch einer Neuinvestition in zusätzliche Beschäftigte, von jeder technischen Neuerung bedroht ist (Georg Quaas' Annahme, daß eine ausreichende Nachfragesteigerung ineffiziente Technologien erhalten würde, entbehrt – im Kapitalismus – jeder Grundlage) setzt jeder Kapitalist bei Neuinvestitionen nicht primär auf die wachsende Mehrwertproduktion, sondern auf die Erhöhung seiner Profitrate durch Innovation, weil dies sein „technisches Monopol“ zunächst stützt. Nur bei einer von allen Kapitalisten geteilten Erwartung der Unmöglichkeit technischer Innovation würden einzelne Kapitalisten eine Ausweitung der Beschäftigung durch Arbeitskräfte vornehmen, die gleich teuer sind, wie die schon jetzt

Beschäftigten (da die Reallöhne im Modell nicht steigen, sind die Reallöhne der schon Beschäftigten nicht höher als die der neu in den kapitalistischen Sektor einzugliedernden Arbeitskräfte). Fehlende Möglichkeiten zu technischer Innovation insbesondere bis zu dem Ausmaß, daß die Unternehmer gemeinsam die Erwartung hegen, es gäbe keine weiteren technischen Möglichkeiten der Innovation, sind eine völlig irreal Bedingung für den Kapitalismus.

Kapitalisten investieren, um Gewinne dadurch zu machen, daß sie produktivere Methoden anwenden. Sie investieren nicht in die Erweiterung der Produktion durch dauerhafte Multiplikation bekannter Technologien, weil sie befürchten müssen, daß ihr ganzes Kapital durch eine einzige Neuerung entwertet wird. Damit ist die Annahme einer konstanten Arbeitsproduktivität unhaltbar. Das System kann gar nicht anders, als bei konstanten Reallöhnen in den explosiven Wachstumsprozeß zu geraten.

Sobald angenommen wird, daß die Arbeitsproduktivität steigt, und zwar nicht nur im Umfang des zusätzlich genutzten Kapitals, wie dies bei den Marx'schen Reproduktionsschemata der Fall ist, sondern im Ausmaß der Aufrechterhaltung einer konstanten Kapitalproduktivität, gibt es sogenannten „disembodied“ technischen Fortschritt, also technischen Fortschritt, der sich nicht allein im Wachstum der Kosten der Kapitalgüter niederschlägt.

Unter diesen Voraussetzungen gilt

$$(22) \quad \frac{(1+\pi)\pi C_0 + v}{(1+\pi)bC_0} < \frac{\pi C + v}{bC_0}$$

D.h., daß die Stückkosten in einer Ökonomie, in der technischer Fortschritt stattgefunden hat, solange niedriger sind, als in einer Ökonomie, wo dies nicht der Fall war, wie die Lohnsätze gleich sind. Unter der Voraussetzung, daß technischer Fortschritt stattfindet, nämlich größere Effizienz der Arbeit, ohne daß dies einem entsprechenden Anstieg der bei der Produktion der Produktionsmittel verausgabten Arbeit entspräche, daß also, um mit Marx zu sprechen, die technische Zusammensetzung des Kapitals schneller steigt als die organische, kann der Prozeß der Ausbreitung des Kapitalismus, auf den Georg Quaa vertrauen möchte, nur stattfinden, wenn in der fortgeschrittenen Wirtschaft die Reallöhne ansteigen, weil sonst die weniger fortgeschrittene keine Möglichkeit hat, einen absoluten Kostenvorteil zu erreichen. Die Ausbreitung des Kapitalismus ist deshalb gerade Folge der steigenden Realeinkommen in den Kerngebieten.

Eingeräumt muß werden, daß oben die Möglichkeit erörtert wurde, daß bei einer solchen „Überakkumulation“ ohne die Verfügbarkeit zusätzlicher Ar-

beiter allein über die Wahl der Technologien (Festhalten an noch arbeitsintensiven Technologien) durch Konkurrenz der Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt die Reallöhne steigen müssen. Gibt es allerdings zusätzliche Arbeitskräfte, dann wäre theoretisch möglich, daß im Fall einer solchen Überakkumulation ohne Reallohnsteigerungen wegen des Anstiegs der Stückkosten, d.h. der Erschöpfung des Vorrats von Technologien, die die Stückkosten senken, Auslagerung erfolgt.

En passant: Schon die Formulierung der Grundlagen der internationalen Spezialisierung bei Ricardo entsprechend der komparativen Kosten impliziert, daß die Reallohnsätze zwischen unterschiedlich fortgeschrittenen Wirtschaften unterschiedlich sind. Wenn England Tuch noch produktiver als Wein im Vergleich zu Portugal herstellt, so kann doch Portugal seinen Wein erst dann verkaufen, wenn dieser trotz in Portugal geringerer Produktivität billiger als der englische ist, d.h. wenn über entsprechende Preisbewegungen für Produktionsfaktoren (z.B. über die Wechselkurse) der komparative in einen absoluten Kostenvorteil verwandelt worden ist.

5.

Man hätte nun in Bezug auf die Analyse der Dritten Welt erwartet, daß Georg Quaas seine These der Ausbreitung des kapitalistischen Fortschritts durch Reinvestition von Gewinnen in Anlehnung z.B. an Galenson/Leibenstein¹⁰, Emmanuel¹¹ oder Bill Warren¹² weiterentwickelt hätte. Erstaunt stellt man fest, daß er ohne weitere Begründung (S. 113) seine These vom Wachstum des Kapitalismus durch Vergrößerung der Arbeiterbevölkerung zurückzieht. Er stellt nämlich fest, daß offenbar hohe Gewinne in der Dritten Welt, z.B. das Entstehen von Extraprofiten aufgrund der Anwendung von Hochtechnologien bei gleichzeitig niedrigem Lohnniveau, nicht zu Akkumulation führen, wie dies eigentlich sein Modell hätte nahelegen müssen.

Seine Begründung hat wenig mit seinen politökonomischen Thesen zu tun: Plötzlich entdeckt das Kapital sein nationales Herz und kehrt an den trauten heimischen Herd zurück (S. 113). Allerdings haben die internationalen Ölkonzerne, um nur eine hochtechnologische Branche zu nennen, erst dann am heimischen Herd investiert, als die Kosten der Ölproduktion in der Dritten Welt drastisch angehoben wurden, und vorher durchaus weiter außerhalb ihrer heimischen Sphäre akkumuliert. Eine ökonomische Begründung für fehlende Akkumulation in der Dritten Welt ist durchaus möglich: Strukturelle Heterogenität. In einigen Produktionszweigen sind die Produktivitätsrückstände gegenüber den führenden Industrieländern gering, weil die Differenzen beim „nichtinkorporierten“ technischen Fortschritt klein sind, in anderen Bereichen

sind sie groß. Dies ergibt sich schon zwingend daraus, daß der technische Fortschritt nach Branchen nicht abhängt von der Höhe des immobilisierten Fixkapitals. Auch hier hätte ich erwartet, daß meine deutliche Kritik an der Senghaasschen Definition des Begriffs der strukturellen Heterogenität wenigstens soweit rezipiert wird, daß mir dieser Begriff nicht in der Senghaasschen Version unterschoben wird.¹³

Strukturelle Heterogenität und die Probleme des Übergangs zum Kapitalismus¹⁴ erlauben einen Blick auf das Problem der Ausbreitung des Kapitalismus durch Eingliederung neuer Arbeiterpopulationen zu werfen.

Wesentlich ist hier das Auftreten von Renten und Marginalität. Beides gehört zusammen und schwächt den kapitalistischen Sektor. Hätte Georg Quaas meine Arbeiten genauer gelesen, hätte er festgestellt, daß ich im Hinblick auf solche Strukturen für eine Stärkung des kapitalistischen Sektors plädiere, indem durch Umverteilung zugunsten der Masseneinkommen der Bereich dezentraler Entscheidungen über Investitionen durch private Unternehmer ausgeweitet werden kann, und gleichzeitig eine in ihrem Umfang reduzierte, dadurch aber effektivere staatliche Wirtschaftsplanung fordere, um dann dennoch auftretende Renten in die Förderung lokaler Technologieproduktion zu kanalisieren. Die „gedeihliche“ Verwendung der Rente (S. 119), die Georg Quaas annimmt, ist, soweit ich meine eigenen Arbeiten verstehe, seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten deren zentraler Gegenstand. Mit Begriffen, die aus der Senghaasschen Popularisierung meines Ansatzes stammen, wie kohärente Volkswirtschaft, kommt man dabei allerdings nicht sehr weit.

Wie rasch Georg Quaas dann in eine empiristische Addition von Maßnahmen verfällt, zeigt sein Plädoyer für die Schutzzollpolitik, gegen deren Anwendung ich nicht argumentiert habe, die aber nur dann nicht zu Monopolrenten für „Greisenindustrien“ führt, wenn sie auf den von mir ausgemachten Kern jeder Strategie der Überwindung von Unterentwicklung ausgerichtet ist, nämlich für (d.h. gegen) die Unternehmer Konkurrenz und Akkumulationsmöglichkeiten durch wachsende Massenmärkte zu schaffen.

Massenkonsum fördert zwar nicht die Exportchancen bei mit Hochtechnologien produzierten Waren, behindert sie aber auch nicht, sofern die Lohn Güter lokal produziert werden. Der Wechselkurs, und nicht die Realeinkommen selbst sind entscheidend, im Gegensatz zu Georg Quaas' (S. 113) an Senghaas angelehnte Argumentation¹⁵. Massenmärkte und Konkurrenz schaffen aber die Voraussetzung für die Verknüpfung zwischen lokaler Technologie und importierter Technologie, wie dies in Taiwan und Südkorea gelang, im Gegensatz zu den Erfahrungen der realsozialistischen Länder Osteuropas.

Den lokalen Maschinenbau zu fördern befürworte ich deshalb auch nicht

mit dem Argument, es handle sich um eine mittlere Technologie (S. 117) (offenbar von Georg Quaas so bezeichnet, weil der Kapitalbedarf gering ist – dann wäre Computerproduktion eine niedrige Technologie, weil durch geringen Fixkapitaleinsatz pro Arbeiter gekennzeichnet), sondern weil hier die Voraussetzungen für Imitations- und Lernfähigkeit geschaffen werden.

Die Ausführungen von Georg Quaas zu den Problemen der Entwicklungsländer erscheinen mir deshalb nur einen stringenten Argumentationsgang aufzuweisen, nämlich die Verwechslung zwischen Kapitalismus und Hochtechnologie. Wie ist zu verstehen, daß die kleinen Einheiten weniger produktiv sein sollen und nur wegen einer allgemein erhöhten Massennachfrage überleben, die sogenannte ineffiziente Grenzbetriebe erhält (S. 115), wo sie doch höchst konkurrenzfähig sind und durch Stützung der im Sinne von Georg Quaas „kapitalistischen“, nämlich monopolistischen Sektoren diskriminiert werden? Ob bei einem der Grenzproduktivität entsprechenden Wechselkurs die Nachfrage auf kapitalistische (= importierte Waren [S. 115]) umgelenkt wird, ist mehr als zweifelhaft. Richtig ist vielmehr, daß durch einen solchermaßen hohen Wechselkurs solcher „kapitalistischer“ Konsum (nämlich ein Rentiersektor) durch eine versteckte Rente¹⁶ alimentiert wird. Daß die Fortexistenz nichtkapitalistischer Warenproduktion das Eindringen der industriellen Produktion verhindere (S. 116), ist eine Annäherung an die Vermutung, jede Maschinerie, unabhängig von ihren Kosten, die die Arbeitsproduktivität erhöhe, sei überlegen, als ob nicht auch die Kapitalproduktivität zu berücksichtigen wäre.

Insofern leidet Georg Quaas' Analyse am Übersehen der Tatsache, daß kapitalistische Entwicklung weder im Westen noch im Süden das Werk einer technisch „hochproduktiven“, nämlich (auch nur vielleicht) mit hoher Arbeitsproduktivität produzierenden Manufaktur (heute: Staatsbetrieb) gewesen ist, sondern das Werk ökonomisch effizienter, auch Kapital knapp ansehender oftmals, aber nicht ausschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen gewesen ist, die nur kostensparende, nicht aber um jeden Preis (von Kapitalgütern) Arbeit ersparende Technologien einsetzen. Es scheint so, daß die Weigerung von Intellektuellen diese nichtelitäre, vielleicht sogar antielitäre Progressivität von Kapitalismus zu verstehen und auf die oftmals kostengünstigere Hochtechnologie zu setzen, eine Ursache des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus“ war. Es ist anzunehmen, daß auch im Osten Wachstum mit einer effizienten Nutzung der Produktionsfaktoren verbunden ist, und nicht vom Import von Hochtechnologie allein abhängt.

- 1 H. Elsenhans, Der Mythos der Kapitalintensität und die notwendig falsche Technologiewahl der Entwicklungsländer, in: B. Kohler-Koch (Hrsg.), Technik und internationale Entwicklung, Baden-Baden 1986, S. 268-284.
- 2 C. H. Feinstein, Capital Formation in Great Britain, in: P. Mathias/M. M. Postan, (Hrsg.), The Industrial Economies: Capital, Labour and Enterprise, in: Cambridge Economic History of Europe, Bd. 7, 1, Cambridge 1978, S. 84.
- 3 Ph. Armstrong/A. Glyn/J. Harrison, Capitalism Since World War II: The Making and Breakup of the Great Boom, London 1984, S.168.
- 4 J. Hoffmann/W. Semmler, Zum Verhältnis von Überakkumulation von Kapital und Überproduktion von Waren, struktureller und zyklischer Arbeitslosigkeit in der aktuellen Krise 1974/1975, in: Probleme des Klassenkampfes, 5, 19/20/21 (Oktober 1975); S. 16. Diess., Ökonomische Krisen, Massenarbeitslosigkeit und Globalsteuerung, in: R. Ebbinghausen, Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, Frankfurt/M. 1976, S. 347f.
- 5 H. Elsenhans, Der Mythos der Kapitalintensität (wie Anm. 1), S. 271f.
- 6 Ebenda, S. 273.
- 7 Vgl. z.B. H. Elsenhans, Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt, Frankfurt/M. 1981, S. 27, S. 90.
- 8 Ders., Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion für Massenbedarf – Weiterentwicklung eines Ansatzes“ in: D. Nohlen/F. Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt (1): Unterentwicklung und Entwicklung – Theorien, Strategien, Indikatoren, Hamburg 1982, S. 170f.; H. Elsenhans, Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, in: D. Senghaas (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/M. 1979, S. 145.
- 9 Bestimmt werden soll die Höhe der Wachstumsrate der Beschäftigung l. Aus (15), dem Angebot an Kapital und (16), der Nachfrage nach Kapital für neue Arbeitsplätze, die mit der Höhe der Beschäftigungssteigerung der Periode t wächst, ergibt sich

$$(22) \quad \frac{\pi_{t-1} - q}{(1+q)^{t-1}} \cdot \frac{PR(1+l_{t-1})C_0}{n=1} \\ = \frac{((1+q)^{t-1} - (1+q)^{t-1}q)}{(1+q)^{t-1}} \cdot \frac{PR(1+l_{t-1}) - PR(1+l_{t-1})q}{n=1} C_0$$

(23) Außerdem ist definitionsgemäß

$$\frac{\frac{PR(1+l_t) - PR(1+l_{t-1})}{n=1}}{\frac{PR(1+l_{t-1})}{n=1}} = l_{t-1}$$

nämlich die Wachstumsrate der Arbeiterbevölkerung von der Periode t-1 zur Periode t. Durch Einsetzen von (23) in (22) und Division beider Seiten mit C_0 ergibt sich

$$(24) \quad \frac{\pi_{t-1} - q}{(1+q)^{t-1}} = ((1+q) + (1+q)^{t-1}q) l_{t-1}$$

- 10 W. Galenson/H. Leibenstein, Investment Criteria, Productivity and Economic Development, in: Quarterly Journal of Economics, 69, 3 (1955), S. 343-370.
- 11 A. Emmanuel, Technologie appropriation ou technologie sous-développée? Suivi d'une discussion avec Celso Furtado et Hartmut Elsenhans, Paris 1981.

Eintragung auf Georg Quaas

- 12 B. Warren, Imperialism and Capitalist Industrialisation, in: New Left Review, 81 (1973), S. 3-44; B. Warren, Imperialism: Pioneer of Capitalism, London 1980.
- 13 Vgl. D. Senghaas, Vorwort. Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus, in: ders. (Hrsg.), Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt/M. 1974, S. 23; D. Nohlen/R. Sturm, Über das Konzept der strukturellen Heterogenität, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt (1): Unterentwicklung und Entwicklung – Theorien, Strategien, Indikatoren, Hamburg 1982, S. 98.
- 14 Dazu H. Elsenhans, Die Rente und der Übergang zum Kapitalismus, in: Journal für Entwicklungspolitik 8, 2 (1992), S. 111-134; ders., Underdevelopment, Nationalism and the Free Market Economy, in: Journal of Social Studies (Dhaka) 58 (Oktober 1992), S. 113-133; ders., La transition à l'économie de marché à partir d'économies sous-développées, in: Naqd. Revue d'Etude et de Critique Sociale (Algier) 3 (Juni-November 1992), S. 23-34.
- 15 So das Unverständnis über Südkorea in D. Senghaas: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt/M. 1982, S. 265.
- 16 H. Elsenhans, Egalitarisme social et critique des modes de production dans la périphérie au lieu d'antiimpérialisme et critique des rapports économiques entre le centre et la périphérie, in: Working Group – Multinationales et développement (Hrsg.), Symposium de Paris du 10 Octobre 1980. Transfert de technologie et développement. Un débat, vol. 2: Discussion entre MM. les professeurs Emmanuel et Elsenhans, Paris 1980, S. 58-61.

43. Königswinter-Konferenz der Deutsch-Englischen Gesellschaft vom 25-27. März 1993 in Königswinter

„Europa ringt mit der Unordnung“ (Europe coping with disorder), so lautete das Motto der diesjährigen Königswinter-Konferenz der Deutsch-Englischen Gesellschaft. Seit 1950 gibt es dieses mittlerweile zur Institution gewordene, einzigartige Diskussionsforum von Akademikern, Publizisten, Politikern, Militärs, Unternehmern und Bankern aus Großbritannien und der Bundesrepublik.

Die Konferenzen finden alternierend in Königswinter bei Bonn und – in den geraden Jahren – in Cambridge statt. Diese Regel wurde bis auf eine Ausnahme auch eingehalten: 1991 tagte die 41. Königswinter-Konferenz auf Anregung von Kurt Biedenkopf, einem der Ehrenpräsidenten der Deutsch-Englischen Gesellschaft, in Dresden, um den Teilnehmern einen unmittelbaren Eindruck von der historischen Dimension der Veränderung auf dem alten Kontinent zu geben.

1991 liegt noch nicht weit zurück, doch wirft man einen Blick auf das Protokoll der Dresdner Tagung,

so glaubt man sich dennoch in ein anderes Zeitalter versetzt: Die Folgen des Golfkrieges, die politische Zukunft der Sowjetunion und Michail Gorbatschows, die Außenpolitik der Bush-Administration...

Dieses Jahr tagte die Königswinter-Konferenz wieder an gewohnter Stätte, aber, so versicherten „alte Königswinterer“, es sei eine ungewöhnliche Konferenz gewesen, und dies nicht allein aufgrund der Vielzahl und Kompliziertheit der Probleme, der sich die Konferenz habe widmen müssen. Die politische und wirtschaftliche Situation in Britannien und in der Bundesrepublik wäre so prekär wie schon lange nicht. Die europäische Einigung, wie sie im Vertrag von Maastricht vorgezeichnet sei, trete auf der Stelle. Doch alles verblasse, wenn man nach Osten schaue: wirtschaftlicher Niedergang, politische Orientierungslosigkeit, virulenter Nationalismus und schier unlösbare Konflikte, die immer häufiger in offene Kriege münden, an den Rändern der ehemaligen Sowjetunion, aber auch bereits mitten in Europa.

Diesen Themen widmeten sich die vier Arbeitskreise der Konferenz:

1. Großbritannien und Deutschland nach dem Ende des Kalten Krie-

ges: Meinungsverschiedenheiten und gemeinsame Interessen

2. Krise, Krieg und Zusammenbruch im Osten: Wirtschaftliche Notlage, Nationalismus und ethnische Konflikte
3. Maastricht und danach
4. Rezession und weltweite Unordnung

Im ersten Arbeitskreis standen die Erfahrungen der deutschen Vereinigung, die Frage der politischen und militärischen Intervention in europäische und außereuropäische Konflikte sowie die Suche nach gemeinsamen deutsch-britischen Interessen im Mittelpunkt.

Arbeitskreis zwei arbeitete den gesamten ost- und südosteuropäischen Krisenbogen ab und gab die Ratlosigkeit angesichts „der Absurdität von Problemen, Konflikten und Ereignissen, der Selbstzerstörung durch entgleiste Nationalismen und Erscheinungen von kollektiven Wahnsinn“ ehrlich zu. Westliche Regierungen könnten Geld schicken, Diplomaten oder auch Soldaten in Marsch setzen. Früher sei auch abzuschätzen gewesen, was man damit erreichen konnte. Dies sei heute ganz und gar nicht der Fall. Vielmehr seien diese Konflikte „unvorhersehbar, unhandelbar, unlösbar“ – zumindest von außen. Kann also gar nichts getan werden? Doch, Politiker und Medien müßten den Völkern die Wahrheit über die Kompliziertheit, die Risiken und die Zeithorizonte denkbarer Lösungen sagen und nun

Akzeptanz für eine langfristige und stetige Politik gegenüber diesen Kriegen und Krisen werben. Es müßten alle Eventualitäten ins Auge gefaßt werden, auch die ganz und gar unerwünschten.

Der Hauptakzent eines westlichen Kurses gegenüber Ost- und Südosteuropa müsse jedoch in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abstützung und Unterstützung liegen, in der Kooperation im Sinne einer gemeinsamen Entwicklung. Praktische Arrangements, konkrete Programme und überschaubare Vorhaben, so der sächsische Wirtschaftsminister Kajo Schommer, wären weit wichtiger als ideologiebefrachtete Vorhaben wie der „Transfer von Marktwirtschaft“. Darüber müßten Regierungen und Bevölkerung der Staaten Osteuropas selbst entscheiden.

Im dritten Arbeitskreis mühten sich die Teilnehmer, den Integrationsvertrag von Maastricht auf Soll und Haben abzuwägen. Die Defizite, so der Rapporteur, seien klar und weitgehend einvernehmlich herausgearbeitet worden. Das Formulieren von Alternativvorschlägen gestaltete sich jedoch weit schwieriger.

George Robertson, schottischer Unterhausabgeordneter und Leiter dieses Arbeitskreises, meinte, der Maastricht-Vertrag sei alles andere als ein Jahrhundertwerk, aber doch ein „Etappenziel“ auf dem Weg zur europäischen Integration. Der Vertrag bedürfe der Weiterentwicklung,

aber beseitigen könne und dürfe man ihn nicht.

Im Arbeitskreis vier widmeten sich die Teilnehmer vor allem den Ursachen der weltweiten Rezession und der Krise des internationalen Finanzsystems. Das Problem eines „Kapitalismus ohne Kupita“ bildete offenbar die zentrale Diskussionsachse. Zur Überraschung des britischen Berichterstatters sei der schärfste Disput über die Tätigkeit der Bundesbank nicht zwischen Deutschen und Briten, sondern zwischen deutschen Teilnehmern entbrannt. Weltweit, so das Fazit der Beratungen in diesem Arbeitskreis, müsse die enorme Überschuldung abgebaut werden. Europa müsse sich den Risiken einer liberalen Welthandelsordnung stellen und eine aktivere Rolle in der Weltwirtschaft spielen. Globale Einflüsse würden zunehmend wirksam und relevant für das Wohl und Wehe einzelner Staaten, Branchen oder Regionen. Steter Wandel, auch schmerzhafter Wandel würde unweigerlich zur Lebensrealität von Millionen Menschen werden. Aber, soziale Solidarität sei die Voraussetzung für die Akzeptanz des Wandels seitens der betroffenen Menschen.

Hier soll etwas näher auf die Tätigkeit des ersten Arbeitskreises (Großbritannien und Deutschland nach dem Kalten Krieg) eingegangen werden.

Es ist – gerade für einen Ostdeutschen – schon sehr lehrreich und durchaus spannend zu erleben, wenn westdeutsche Professoren, Politiker und Journalisten ihren britischen Kollegen zu erklären versuchen, weshalb sich die Gestaltung der Einheit Deutschlands in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als ein so unerwartet schwieriger und langwieriger Prozeß erweist. Schadenfreude oder gar Häme ist auf britischer Seite nirgendwo anzutreffen. Eher die bange wie optimistische Frage: „Also, ihr mit euren enormen wirtschaftlichen Ressourcen schafft es aber doch, 16 Millionen neuer Landsleute in eure Ordnung zu integrieren, don't you?“

Besonders gefragt ist das Urteil von Teilnehmern, die in beiden Ländern zu Hause sind, wie dem Soziologen Sir Ralf Dahrendorf. Scharf in der Analyse, abgeklärt im Urteil und nüchtern in der Prognose sind dessen Beiträge. Bei der deutschen Vereinigung sei „mit dem Überrollen der ostdeutschen Landschaft durch westdeutsche Institutionen“ die teuerste Variante gewählt worden. Die wirtschaftlichen Probleme seien lösbar. Das Problem sei, daß die Menschen für die dafür erforderlichen Zeiträume die Geduld nicht aufbringen könnten. Ostdeutschland selbst hat nach Ansicht des Oxford-Professors wenig Aussicht, ein dynamisches Element in der gesamtdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft zu werden. Eine wahrscheinlichere Perspektive

sei „eine Art Irland“, d.h. eine Region mit einer bestimmten, u.U. auch „sympathischen Rückständigkeit“, die von vielen verlassen wird, um den Lebensunterhalt in der Ferne zu verdienen, aber zu der man zum Verzehr der Pension gern wieder zurückkehrt.

Ein anderer hochbrisanter Diskussionsgegenstand war die Frage, ob und wie das vereinte Deutschland „seine internationale Verantwortung wahrnimmt“. Hinter dieser allgemeinen Wendung verbarg sich das Problem des Einsatzes deutscher Soldaten in Konflikten und Kriegen rund um den Erdball. Eine britische Konferenzteilnehmerin, die in Brüssel bei der NATO tätig ist, begann die Debatte mit der Klage, die Deutschen seien „Importeure von Sicherheit“, diese „underperformance“ könnten sie nicht durchhalten, sie müßten zum „Exporteur von Sicherheit“ werden. Offensichtlich um Klarheit in der Diktion bemüht, stellte sie – in Tonfall und äußerer Erscheinung stark an Margaret Thatcher erinnernd – den deutschen Teilnehmern die Frage: „Sind Sie bereit, daß ihre Söhne nach solcherart Einsätzen nur in Zinksärgen wieder die Heimat gelangen?“ Leider waren die wenigsten der Angesprochenen bereit, die präzise Frage auf gleiche Art zu beantworten. Keiner sagte, ob er Söhne im wehrpflichtigen Alter habe und bereit sei, sie auf fremde Kriegsschauplätze zu entsenden und

sie womöglich in Zinksärgen zurückzubekommen. Vielmehr stritt die Mehrzahl der anwesenden westdeutschen Professoren, Publizisten, Generäle, Regierungsangestellten usw. mit Verve dafür, deutsche Soldaten (von den eigenen Söhnen war nicht die Rede) in den Kampf schicken zu dürfen. Um wieder die ostdeutsche Sicht der Dinge zu bemühen: Es erstaunt schon etwas, wenn namhafte Vertreter des Establishments der Bundesrepublik bei der Diskussion, wie der deutsche Einigungsprozeß zu bewältigen sei, an der Diskussion nicht oder mit – milde formuliert – durchschnittlichen Beiträgen teilnehmen, ihren ganzen Esprit, ihre Beredsamkeit und Leidenschaft jedoch für deutsche Kampfeinsätze in die Wagschale werfen. Erstaunlicherweise lehnten sie jegliche Diskussion (wie dies beispielsweise Robert Leicht hartnäckig forderte) darüber ab, wo die deutschen Soldaten an die Front gehen, wofür sie kämpfen, welches Ziel sie erreichen sollen, ob es für Deutschland – möglicherweise aus guten Gründen – andere Prioritäten bei Konflikteingrenzung und Konfliktregelung geben sollte.

In seinem noch heute lesenswerten Buch „Die Arroganz der Macht“ schrieb William Fullbright vor mehr als 25 Jahren: „Es ist eine der großen Ungerechtigkeiten des Lebens, daß junge Männer die Kriege auskämpfen müssen, die Ältere

begonnen haben. "Nur wenige Teilnehmer dieses Arbeitskreises schienen dieses Buch gelesen zu haben.

In den meisten Reden offizieller Art – da der bisherige Vorsitzende der Gesellschaft sein Amt einen Nachfolger übertrug, gab es mehrere davon – wurde der „Geist von Königswinter“ beschrieben, zuweilen auch beschworen. „Plain living and high thinking.“ Zumindest das letztere sei geblieben. Und tatsächlich, diese Konferenz zeichnet eine besondere Atmosphäre aus. Es geht ungezwungen, man möchte fast sagen leger zu, was bei der erheblichen Anzahl von leibhaftigen Lords, Baronessen, Botschaftern und Parlamentsabgeordneten vielleicht nicht ganz selbstverständlich ist.

Die Offenheit und Sachlichkeit aller Teilnehmer, die Vielzahl der versammelten Professionen und Disziplinen verwandelt die Konferenz in ein Forum des Austausches von wertvollen Informationen, Ideen, Denkanstößen, auch von Adressen und Terminen. Ein besonderes Kennzeichen der Königswinter-Konferenz besteht in der Dominanz des angelsächsischen Diskussionsstils. Weiterschweifigkeit und längeres Monologisieren sind verpönt. Insistierendes Nachfragen, präzises Formulieren, klare, wenn auch nicht schnörkellose Gedankenführung, u.U. heftiger, nie aber verletzender Meinungsstreit können als Markenzeichen dieser Streitkultur gelten. Eine beson-

dere Note setzen die MP's. Wenn britische Unterhausabgeordnete richtig in Fahrt sind, vermag sie keiner zu stoppen. Und sie sind immer in Fahrt, wenn sie das Wort ergreifen. Sie zünden ein rhetorisches Feuerwerk voll von treffenden Vergleichen, originellen Metaphern, Witz, Humor und Schalk. Sie kennen die Materie genau, über die sie reden, sind äußerst schlagfertig, können aber auch zuhören. Sie sind hart im Nehmen, vor allem aber im Geben, doch ein gewisser sportiver Zug der Fairness bleibt auch in den hitzigsten Redeschlachten gewahrt.

Insgesamt eine ungewöhnliche Konferenz. Die Debatten kreisten nicht allein um Deutsch-Britisches, im Gegenteil: kaum ein Problem, welches Europa und die Welt derzeit bewegt oder bedrängt, blieb ausgespart. Daß dies keineswegs den Eindruck von Oberflächlichkeit hinterließ, sondern den Wunsch nach Fortsetzung der Diskussion eingab, sollte der 43. Königswinter-Konferenz als Verdienst angerechnet werden.

Rolf Müller-Syring

„The GDR Revisited“: 19. New Hampshire German Symposium (23.-30.6.1993)

Was haben die White Mountains und DDR-Dokumentarfilme, Popmusik und Skinheads, Verwaltungsreformen und Runder Tisch, Arbeitermilieus und Geheimdienste, Christa Wolf und Prenzlauer Berg miteinander zu tun? Wer die Antwort dazu sucht, war in Conway an der richtigen Stelle. Seit fast zwei Dezennien ist es zu einer guten Tradition des *World Fellowship Center* geworden, jährlich im Juni Ökonomen, Germanisten, Soziologen, Politikwissenschaftler, Historiker und Kulturwissenschaftler in eben diesen idyllischen Ferienort im kleinen, an der nördlichen Ostküste der USA gelegenen Bundesstaat New Hampshire einzuladen, um über die DDR zu diskutieren. Die diesjährige Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Goethe-Institut unter dem Thema „The GDR Revisited: A Critical Evaluation of the GDR within the Context of the Present“ statt, und mehr als 50 amerikanische, deutsche und französische Teilnehmer stellten sich an fünf Tagen der doppelten Frage nach dem historischen Phänomen DDR einerseits und dessen Bedeutung für die Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern und ganz Deutschland andererseits. Die Unterkunft, die gemeinsamen Mahlzeiten und Freizeitbeschäftigungen am Fuße des mächtigen Mount Was-

hington und eine Abfolge des Programms, das keine zeitlichen Doppelungen von Sitzungen zuließ, boten eine fast familiäre Idylle, die im Unterschied zu vergleichbaren Tagungen eine Atmosphäre des offenen Meinungsaustausches schuf. Ein erster Themenkomplex umfaßte die politischen Aspekte des Zusammenbruchs der DDR. Während *G. Neugebauer* (wie die folgenden Berlin) in seinem Einleitungsreferat einen Überblick über die Geschichte der DDR lieferte und mit seiner Chronologie einen Nachvollzug der Ereignisse von 1989 ermöglichte, konzentrierten sich *D. Küchenmeister* und *G.-R. Stephan* mit ihren Referaten zum Zerwürfnis von Honecker und Gorbatschow sowie zum Zusammenbruch des politischen Herrschaftssystems in der DDR auf die achtziger Jahre. Basierend auf umfangreichen neuen Quellenstudien analysierten sie die Borniertheit und Agonie der politischen Elite, die eine Reform des politischen Systems der DDR von innen heraus unmöglich machte.

Mehrere Beiträge beschäftigten sich mit den politischen Transformationsprozessen in Ostdeutschland nach der Wende. Während *J. Mortier* (Paris) die juristischen Feinheiten der Verwaltungsreform analysierte und *R. Glöckner* seine Erfahrungen als Greifswalder Bürgermeister beim Aufbau der westdeutschen Verwaltungsstruktur schilderte, legte *L. Probst* (Bremen) empirische und

theoretische Befunde aus der dreijährigen Arbeitszeit des Runden Tisches in Rostock dar. Bei aller Kritik an fundamentalistischen Positionen der Bürgerbewegung, ihrer Unentschlossenheit an der Machtbeteiligung und ihrer Unfähigkeit zur Neupositionierung bietet das Modell der Runden Tische, die es inzwischen – wie etwa in Bremen zur Ausländerfrage – auch in den alten Ländern gibt, Elemente zur Erweiterung der parlamentarischen Demokratie über Parteienverkrustungen hinweg. Wie groß die Unterschiede, die Funktion und Wirkungsweise der Runden Tische und ihre Beschränktheit auf Großstädte war, zeigte die Diskussion und der Beitrag von *M. Osterland* (Bremen), der anhand der Kleinstädte und ländlichen Gebiete darstellte, wie widersprüchlich sich der Prozeß der Etablierung lokaler Verwaltungen vollzogen hat.

Eine hervorstechende Rolle spielten auf dem Symposium materialgesättigte sozial- und alltagsgeschichtliche Studien. Basierend auf einem gemeinsamen Projekt zum „Wandel der Sozialstruktur und der Transformation sozialer Milieus“ legten *M. Hofmann* zur Auflösung ostdeutscher Arbeitermilieus durch die Deindustrialisierung im Raum Leipzig, *M. Gerth* (beide Leipzig) zur Skinhead-Bewegung in Ostdeutschland und *J. Zierke* (Potsdam) zur Konstanz und Dynamik in den Denk- und Verhaltensweisen politisch-alternativer Kräfte anhand ty-

pischer Biographien in Brandenburg erste Forschungsergebnisse vor. Sich vor allem auf Interviews stützend, bestachen diese Vorträge durch ihre mentalitätsgeschichtliche Perspektive und die subtile Analyse. Vor allem der historische und aktuelle Überblick zu den Skinheads stellte diejenigen Strömungen vor, die sich nicht an rechtsextremen und rassistischen Ideologien, sondern an den ursprünglichen Traditionen dieser Bewegung orientieren. Großes Interesse rief der Vortrag *L. Ten Dykes* (New York) hervor, der sich mit der individuellen Erinnerungsarbeit an die DDR-Vergangenheit jenseits von Nostalgie und Verklärung durch Dresdener Bürger beschäftigte. Die Gegenstände dieser Erinnerung, die „Schätze“, erzählen nicht nur vom verschwundenen DDR-Alltag sowie individuellen und öffentlichen Erinnerungen, sondern sie zeugen auch vom Herrschaftsmechanismus in der DDR. Erinnerungsarbeit wird so zu einer spezifischen Art der Vergangenheitsaufarbeitung. Wie Erinnerung als politische Legitimation genutzt und mißbraucht wird, zeigte *D. Hackett* (El Paso), indem er untersuchte, wie Buchenwald als Symbol und Metapher der jeweils veränderten politischen Kultur in Ostdeutschland seit den fünfziger Jahren fungierte.

Wo über die DDR geredet wird, fehlt es nicht an Germanisten, und die Literatur der DDR und ihre Schriftsteller standen so auch im

zahlreichen Beiträgen zur Diskussion. *G. Erbe* (Berlin) ging anhand der Publizistik von Schriftstellern wie Günter Kunert und Christa Wolf deren Suche nach einem neuen Selbstverständnis als Literaten und Intellektuelle nach, während andere Referenten sich mit Volker Braun (*T. Fiedler*, Kentucky) und Anna Seghers (*C. Z. Romero*, Medford) beschäftigten. Entsprechend der Brisanz des Gegenstandes führten besonders die Beiträge zur Rolle der Geheimdienste zu kontroversen Diskussionen. *A. Stephan* (Gainsville) versuchte, eine „amoralische“ Typologie der Funktionsweisen von Geheimdiensten gegenüber Künstlern am Beispiel von FBI, Gestapo und Staatssicherheit aufzustellen, die sich auf deren juristische, politische und moralische Legitimation stützt. Gerade eine solche Strukturanalyse jenseits einer zeitlichen und räumlichen Spezifizierung stieß auf Widerspruch. Mit alternativer DDR-Literatur beschäftigten sich *J. Poumet* (Lyon) und *K. Michael* (Berlin). Während *Poumets* Beitrag die seit Anfang der achtziger Jahre in Leipzig erschienenen Untergrundzeitschriften behandelte, untersuchte *Michael* die Strategie des Staates im Umgang mit solchen Zeitungen und der „Literaturszene“ im Prenzlauer Berg. Angesichts der gegenwärtigen Debatte um Christa Wolfs Erzählung „Was bleibt“ und der Auseinandersetzung um das Verhältnis von Staatssicherheit und Literatur ging

er der Frage nach, welches Interesse Staat und Geheimdienst an der Literatur hatten. Ausgehend von der Biermann-Affäre waren innerhalb der Staatssicherheit und des Kulturministeriums Umstrukturierungen zu dem Zweck erfolgt, zunehmend die gesamte alternative Literatur in der DDR auszugrenzen und ihre künstlerische und politische Entfaltung zu verhindern – ein Versuch allerdings, der, so zeigte *Michael*, fehlschlagen mußte. Der Berliner Schriftsteller und ehemalige Partizipant im Prenzlauer Berg, *Jan Faktor*, unterstrich diese Einschätzung und las im Anschluß an die Debatte alte und neue Texte.

Kunst und Kultur in der DDR gehörten zu einem weiteren wichtigen Themenkomplex in Conway. Am Beispiel der „Schreibenden Arbeiter“ im Chemiekombinat Bitterfeld demonstrierte *R. Tetzner* (Leipzig) als ehemaliger Leiter dieses Zirkels nicht nur, wie sich „Kulturarbeit“ in DDR-Großbetrieben vollzog, sondern er widmete sich einem Zweig der Literatur, der jenseits des „großen“ und des alternativen Literaturbetriebes in der DDR existierte. *P. Wicke* (Berlin) ging in seinem Beitrag zur DDR-Popmusik auf den Apparat und die bürokratischen Strukturen in der DDR-„Unterhaltungsbranche“ ein und konzentrierte sich vor allem auf die Rezeption der Beatmusik mit all ihren habituellen Auswirkungen in den sechziger Jahren und die Reaktion des Staates und des Kulturapparates

auf diese Musikrichtung. Eindrucks-voll war der Beitrag von *H. Kersten* (Berlin), der zum Dokumentarfilm als Spiegel der DDR-Gesellschaft sprach und seine Ausführungen durch die Vorführung einiger Filme unterlegte.

Viele andere Beiträge, wie die zur staatlichen Kindererziehung (*B. Gebhardt*, Berlin), zu moralischen Kriterien der antifaschistischen Erziehung (*A. Simon*, Berlin) oder zu politisch-sozialen Aspekten der Vereinigung in Neubaugebieten oder der Stadterneuerung (*M. Rueschemeyer*, Providence; *P. Marcuse*, New York; *F. u. U. Staufienbiel*, Berlin), wären zu erwähnen. Sie unterstrichen die Interdisziplinarität dieses Symposiums und seine Besonderheit: Gelehrte und interessierte Laien trafen sich in Conway nicht allein, um neueste Wissenschaftserkenntnisse zu vermitteln, sondern ebenso zu einem Austausch persönlicher Erfahrungen. Für die Deutschen ging es um eine gemeinsame Beschäftigung mit der Vergangenheit, auch wenn die Diskussion zumeist auf ostdeutsche Probleme beschränkt und ein deutsch-deutscher Vergleich die Ausnahme blieb. Nicht zu übersehen war auch die Tendenz, angesichts der polemischen Debatte um die Vergangenheitsaufarbeitung und des einseitigen Mediendiskurses in den vergangenen drei Jahren nunmehr Differenzen zugunsten gemeinsamer Auffassungen zurückzustellen. Vielleicht auch durch den ver-

mittelnden Einfluß der amerikanischen Teilnehmer – etwa in der Frage der Bewertung des Holocaust – überwog in den Diskussionen eine Harmonie, die in der gegenwärtigen Realität in Deutschland leider keine Entsprechung findet.

Eckhardt Fuchs

Die IX. Frankreichforschertagung in Ludwigsburg (25.-27. Juni 1993)

Die diesjährige Themenstellung der Tagung der Frankreichforscher, „Bildung, Beruf und Gesellschaft“, lenkte die Sicht auf die politische und interdisziplinäre Dimension der Bildung. Grundlageninformationen zur Sach- und Problemlage der Bildungssysteme, ihrer Beziehungs- und Handlungsfelder, wurden daher stets im Kontext der sich vollziehenden Umbrüche in der gesellschaftlichen Entwicklung in Frankreich und Deutschland betrachtet.

Der Einführungsvortrag von *H. M. Bock* (GHS Kassel) reflektierte Phasen und Perspektiven des deutschen Frankreichinteresses im Zusammenhang mit Entwicklungen in den deutsch-französischen Beziehungen und insbesondere mit den aktuellen Verwerfungen im politischen Repräsentationssystem Frankreichs und seinen Auswirkungen auf Innen- und Außenpolitik. Sinnvolle

Aufgabenstellungen und Motivationsgründe für die deutsche Frankreichforschung werden nun, im Anschluß an die bisherigen Integrations-Paradigmen mit dem „Projekt Europa“, in der produktiven Auseinandersetzung mit der real stattgefundenen und sich entwickelnden „Vernetzung“ zwischen den Partnern gesehen. In der Diskussion mahnte *H.-G. Schulte* (Paris III) den unabdingbaren Beitrag zu konkreter „Kenntnis des anderen Landes“ ein und *L. Albertin* (Universität Bielefeld) fragte: „Wer macht politische Bildung, wer sagt den Leuten, was ist?“ Fragen, die auch in Richtung der an den Hochschulen betriebenen Romanistik zielten. *D. Röseberg* (HU Berlin) erachtete als notwendig, auch die Rolle der ehemaligen DDR in den französischen Deutschland-Beziehungen in die Forschung einzubeziehen.

Im Mittelpunkt der weiteren Beiträge und Diskussionen standen dann vor allem die Interdependenzen zwischen Gesellschafts- und Bildungspolitik bei der Anpassung der Bildungssysteme an neue wirtschaftliche und internationale Erfordernisse (*Schulte*), Fragen des Vergleichs der Bedingungen und Koordinations-systeme der unterschiedlichen Wissenschafts- und Hochschulkultur (*R. Meyer-Kalkus*, Wissenschaftskolleg Berlin) bzw. der „Technikkultur“ und ihrer übergreifenden Probleme bei der Umstellung auf neue Anforderungen in Forschung und

Praxis (*N. Beckenbach*, GHS Kassel) sowie Fragen der internationalen Kooperation und des Hochschulvergleichs (*U. Teichler*, GHS Kassel; *A. Smith*, Europäische Kulturstiftung Brüssel), wobei die Evaluation und Qualität der Ausbildung für internationale Aufgaben (Sprachangebot, neue Studiengänge, neue Lehrinhalte) und Forschungskoope-ration Schwerpunkte bildeten.

Außerdem standen die Reformkonzepte der schulischen Grundlagenbildung (*Röseberg*; *R. Wittenbrock*, Saarbrücken), das Zusammengehen von Lehre und Forschung (*G. Krauss*, Universität Jena) und die aktuellen Strukturprobleme des französischen Hochschulwesens (*W. Zettlmeier*, CIRAC Paris) zur Debatte, wobei vor allem die kritische Situation der Überlastungserscheinungen der Universitäten zwischen „clochardisation“ und „professionnalisation“ konstatiert wurde.

Insgesamt bestand Konsens darüber, daß die internationalen Erfahrungen verstärkt auszuwerten sind und daß in der Ausbildung für den internationalen Austausch auch Erscheinungen der interkulturellen Verständigung und Vermittlung auf der Basis einer breiten Bildungskultur ihren festen Platz haben müssen. In der Bilanz wurde daher die Frage der Perzeption des „Anderen“ als Rahmenthema für die X. Tagung (24. bis 26. Juni 1994) ins Visier genommen. – Die Beiträge der Tagung werden

im Frankreich Jahrbuch 1993 erscheinen.

Helmut Melzer

Zum Stand des deutsch-französischen Vergleichs

Am 24./25. Juni trafen sich in Göttingen zwanzig junge HistorikerInnen, die sich in ihren vergleichend angelegten Dissertationen mit Themen der deutsch-französischen Geschichte des 19. und 20. Jh. beschäftigen bzw. diese vor kurzem abgeschlossen haben.¹ Ziel der Tagung war es, sich vor allem mit dem Instrumentarium einer vergleichenden Geschichtswissenschaft auseinanderzusetzen und die Vernetzung der über Deutschland und Frankreich Forschenden weiter zu unterstützen.² Die von *Sandrine Kott* (Université de Poitiers) und *Thierry Nadau* (Université de Paris XII) entworfene *table ronde* konzentrierte sich am ersten Tag auf Probleme der komparativen Praxis, während am zweiten Tag Ergebnisse der Forschung diskutiert wurden.

In der Auseinandersetzung mit den konkreten Problemen des Vergleichs wurde die nationale Konstitution einzelner Vergleichsgegenstände sowie von Forschungsansätzen und Quellenlagen problematisiert. Die sich im Verlauf der Materialsammlung herauskristal-

sierenden Unterschiede der beiden Vergleichsländer führten zu ganz unterschiedlichen Reaktionen. *Isabelle von Buelzingsloewen* (Université de Lyon II) und *Hervé Joly* (Poitiers) kamen aufgrund der jeweiligen Eigenständigkeit ihrer Untersuchungsgegenstände (Klinikwesen, Industrielleneliten) zu dem Schluß, den Vergleich abubrechen und nunmehr den deutschen Teil fertigzustellen. *Jörg Requate* (Berlin) entschied auf Grund der ungleichgewichtigen Quellenlage, sich ebenfalls auf den deutschen Teil seiner Studie über die Entwicklung des Journalistenberufs zu konzentrieren – allerdings unter Beibehaltung des punktuellen Vergleichs mit der französischen, englischen und US-amerikanischen Entwicklung, um die deutsche besser einordnen zu können. *Peter Berkowitz* (Oxford) und *Pierre Lanfranchi* (Florenz) nähern sich bereits einer „europäischen Geschichte in komparativer Absicht“, indem sie ihre Untersuchungen über die Gewerkschaftsentwicklung in einen Dreiländervergleich bzw. über den Fußball in einen Mehrländervergleich einbetten:

Daß unterschiedliche Fragen an die eigene Geschichte sich in dementsprechenden nationalen Forschungsstrategien widerspiegeln, zeigte die Skizzierung einiger Ansätze der Forschung. *Charlotte Beisswingert* (Berlin) verwies auf die Dominanz einer französischen Erfolgsgeschichte bzw. eines deutschen

Sonderwegs in der Geschichte der Geschichtswissenschaft und problematisierte, inwieweit sich disziplinergeschichtliche Sequenzen mit soziopolitischen Prozessen und Ereignissen synchronisieren lassen. *Charlotte Tacke* (Florenz) stellte „sociabilité“ und „Vereinswesen“ als zwei nationalspezifische Modelle zur Erfassung von (bürgerlicher) Gruppenbildung vor und stellte zur Diskussion, inwieweit ein aus dem 18. Jh. gelöstes und in die neuere Geschichte übertragenes *sociabilité*-Modell ein zur Erforschung nationaler Bewegungen adäquaterer Ansatz ist. *Francisca Loetz* (Heidelberg) typisierte das Verständnis der französischen Geschichtsforschung von Medikalisierung als mentalitätengeschichtlich, das deutsche als am Disziplinierungskonzept orientiert sowie das englische als auf das Verhältnis Arzt-Patient reduziert und schlug statt dessen einen gemeinsamen Begriff von medizinischer Vergesellschaftung vor. Daß die Übertragung des Foucaultschen Modells der „naissance de la clinique“ auf die deutsche Klinikentwicklung dieser wiederum nicht gerecht werden konnte, zeigte *von Bueltzingsloewen* auf.

Die in Deutschland und Frankreich sehr unterschiedlichen Quellenlagen wurden anhand folgender Beispiele illustriert: Archivorganisation (*Sandrine Kott*), Reiseberichte (*Alexander Schmidt*/Berlin), Polizeiakten (*Jakob Vogel*/Berlin), Werbeträger

(*Thierry Nadau*) und Melderegister (*Stefan Leiner*/Saarbrücken).

Trotz der die Unterschiede betonenden nationalen Konstitution von Vergleichsgegenständen, Forschungsansätzen und Quellenlagen, überwogen bei der Präsentation der vorläufigen (Teil-)Ergebnisse die Ähnlichkeiten. *Jakob Vogel* stellte bei seiner Untersuchung militärischer Feiern im gesellschaftlichen Leben Deutschlands und Frankreichs 1870-1914 die These auf, daß der Armeekult in beiden Ländern unabhängig vom Ausgang des Krieges 1870/71 zu einem Instrument der inneren Nationalisierung wurde. *Charlotte Tacke* zeigte mit ihrer vergleichenden Regionalstudie nationaler Symbole in Frankreich und Deutschland, daß Nationalisierung ein in beiden Ländern regionaler Prozeß ist, der weder dem Primat des Republikanismus noch der Dichotomie von Kultur- und Staatsnation folgt. *Sandrine Kott* wies für die Sozialpolitik im Elsaß 1850-1914 nach, daß es dort zwar erst eine französische und dann eine deutsch konnotierte Sozialpolitik gegeben hat, es sich aber um dieselbe (instrumentalisierte) soziale Praxis handelte. Auch *Annette Maas* (Saarbrücken) stellte in ihrer Untersuchung der Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von Kriegerdenkmälern im Elsaß von 1871 bis 1930 fest, daß diese je nach Verschiebung der nationalen Grenzen funktionalisiert wurden. Und *Stefan Leiner* mußte in seiner Migrations-

studie des deutsch-luxemburgisch-französischen Grenzraums im Zeitalter der Industrialisierung feststellen, daß es in diesem Gebiet trotz hoher arbeitsmarktbedingter Vernetzung in ökonomischen Krisenzeiten zu denselben nationalen Ausweisungspolitiken kam.

Es fällt auf, daß in all diesen Beispielen Ähnlichkeiten in Vergesellschaftungsprozessen herausgearbeitet werden konnten, die allerdings von politischen Ereignissen konterkariert wurden. Daß dieser Primat des Innenpolitischen für deutsch-französische Vergleiche der letzten zweihundert Jahre nicht erläutert wurde, hing weniger mit der Problematik des Vergleichs zweier nationalstaatlich verfaßter Gesellschaften zusammen, sondern eher damit, daß dieser nationalstaatliche Kontext bzw. die staatlichen Rahmenbedingungen zu wenig berücksichtigt wurden. Obwohl auf der Ebene von Theorien mittlerer Reichweite Revisionen im Sinne von Aufhebung oder gar Umkehrung bisheriger nationaler Stereotypen geleistet wurden, zeigten sich hier auch Probleme einer eher kulturgeschichtlich ausgerichteten Sozialgeschichte, die zwar gemeinsame soziale Praktiken und Erfahrungsweisen der Nachbarn am Rhein beschreiben, nicht aber deren politisches Verhalten bzw. nationalstaatliches Handeln zu erklären vermag.

Zum Stand des deutsch-französischen Vergleichs bleibt also festzuhalten, daß die Geschichte dieser beiden Länder – im Kontext einer reflexiven Modernisierung interpretiert – eine Geschichte von Annäherung und Entfremdung ist. Ähnliche Entwicklungen im sozioökonomischen wie im soziokulturellen Bereich lassen sich nicht automatisch in politische Verständigung übersetzen. Dazu bedarf es tatsächlich erst der Erfindung des Politischen, wozu eine komparative Gesellschaftsgeschichte zumindest retrospektiv beitragen könnte.

Charlotte Beisswingert

- 1 Zum ersten Treffen dieser Art vgl. *T. Nadau*, Perspectives pour une histoire comparative France-Allemagne, XIXe-XXe siècles, in: *Bulletin de la Mission historique française en Allemagne* 21 (1990), S. 205-209.
- 2 Zwei Drittel der anwesenden NachwuchswissenschaftlerInnen sind bereits in explizit vergleichende Forschungszusammenhänge integriert: WZB/IRESO, Graduiertenkolleg Gesellschaftsvergleich (Berlin), DFG-Forschungsprojekt des Saar-Lor-Lux-Raums (Saarbrücken), Europa-Universität Florenz.

Buchbesprechungen

Der Name eines Toten Zur Autobiographie Louis Althusser

Im April 1992 erlebte das intellektuelle Paris eine kleine Sensation. *Le Monde* und *Libération* widmeten ihr jeweils drei Seiten, auch das französische Fernsehen berichtete ausgiebig. Bald zog die internationale Presse nach. Dabei ging es nur um ein Buch, das freilich in der Geschichte der Philosophie ohne Beispiel ist. Sein Titel: *L'avenir dure longtemps*¹, zu deutsch: „Die Zukunft ist offen“, ein Zitat von Charles de Gaulle. Sein Autor: der im Oktober 1990 verstorbene Philosoph Louis Althusser. Ein Verfeiner und nahezu Vergessener. Denn am 16. November 1980 tötete Althusser seine Frau Hélène. Das Mordverfahren wurde 1981 eingestellt, der Philosoph für unzurechnungsfähig erklärt. Zehn Jahre lang lebte er dann in psychiatrischen Anstalten, die er nur für kurze Perioden, in denen die Ärzte etwas Hoffnung schöpfen, verlassen durfte. In einer dieser Phasen der Besserung, im Frühjahr 1985, schrieb Althusser – „für meine Freunde und vielleicht auch für mich“ – ein Manuskript von über 300 Seiten, in dem er sein Leben, seine philosophischen und politischen Überzeugungen und die Entwicklung seiner manisch-depressiven Psychose bis hin zum Mord und zur Selbstzerstörung zu schildern versuchte.

Dieses einzigartige Dokument, in dem ein jahrzehntelang psychiatrisch und psychoanalytisch behandelter Philosoph seine Ängste und Halluzinationen, seine geheimsten Wünsche und Hoffnungen herauschreit, liegt nun gedruckt vor. Ein Schock: nicht nur für jene, die Althusser kannten und mit ihm befreundet waren (sie wußten oder ahnten manches), sondern vor allem für die vielen, die einst seine Texte lasen und für die er zum Mythos wurde. Denn in den sechziger und siebziger Jahren war Althusser einer der bekanntesten französischen Intellektuellen, sein Ruhm reichte fast an den Sartres heran. Seine Bücher mit den schlichten grauen Einbänden und den programmatischen Titeln „Für Marx“ und „Das Kapital lesen“ waren in aller Munde² (wer denkt hierzulande daran, wenn er zu Buchtiteln greift, die inzwischen schablonenhaft „So-und-so lesen“ heißen?). Neben Claude Lévi-Strauss, Jacques Lacan und Michel Foucault (der übrigens sein Schüler war) galt Althusser als einer der Hauptvertreter des sogenannten „Strukturalismus“, jener gegen den Existenzialismus der fünfziger Jahre gerichteten Denkströmung, die er für eine Erneuerung des Marxismus nutzen wollte. „Mit Althusser hat eine Generation von Intellektuellen Marx neu entdeckt“, schrieb damals *Le Monde*. Heute ist dies nur noch Geschichte. Obwohl viele der von

Althussergeprägten Fragestellungen und Begriffe (epistemologischer Einschnitt, theoretische Praxis, Überdeterminierung, ideologische Apparate usw.) in die akademische Alltagssprache eingegangen sind und einige seiner Studenten weltberühmt wurden (Foucault, Bourdieu, Derrida usw.), ist er selbst, ist sein Name einer eigentümlichen Verdrängung anheimgefallen: So als ob das Ende des „realen Sozialismus“, dem Althusser seit langem skeptisch und dann ablehnend gegenüberstand, oder das Verschwinden des Marxismus als Diskurs kurzschlüssig mit dem Mord an Hélène Althusser zu verknüpfen wären. Dabei war es Althusser, der 1977 in Venedig für Aufsehen sorgte, als er auf einer internationalen Tagung über die Dissidenz in Osteuropa einen Vortrag hielt mit dem Titel: „Endlich ist die Krise des Marxismus ausgebrochen!“³ Aber das wurde schnell vergessen. Rückblickend drängt sich deshalb der Eindruck auf, daß die jahrelange Tabuisierung seines Namens in den französischen Medien – keine Zeile erinnerte zum Beispiel 1988 an den „Untoten“, als er siebzig Jahre alt wurde – für viele Intellektuelle auch eine bequeme Möglichkeit bot, die eigene marxistische Vergangenheit gleich mit zu vergessen. Aber das Verdrängte kehrt bekanntlich stets zurück: Die ungewöhnliche Resonanz der Althusser'schen „Autobiographie“, die schon nach wenigen Stunden in den Pariser Buch-

läden vergriffen war, läßt sich wohl nur so erklären. Da gleichzeitig auch der erste Band einer von Yann Moulier Boutang verfaßten Biographie des Philosophen erscheint⁴, sehen sich heute mehrere Generationen von Intellektuellen zum ersten Mal wieder mit einem ihrer geheimnisvollsten „Meisterdenker“ konfrontiert.

Das aus Althusser's Nachlaß zusammengestellte Buch enthält zwei Texte: eine kurze autobiographische Skizze von 1976, die für ein Zeitschriftenprojekt seines Schülers Régis Debray bestimmt war, und ein großes Manuskript von 1985, dem Althusser zunächst den Untertitel „Kurze Geschichte eines Mörders“ gab. Der erste Text, vier Jahre vor der Katastrophe geschrieben, ist voller Witz und Ironie; die Schrecken der Kindheit und das Grauen der Krankheit werden durch schalkhafte Irreführungen aufgehoben. Althusser beginnt zum Beispiel mit folgender Introduction: „Da ich es war, der alles organisiert hat, sollte ich mich gleich vorstellen. Ich heiße Pierre Berger. Das stimmt nicht. Das ist der Name meines Großvaters mütterlicherseits, der 1938 vor Erschöpfung starb, nachdem er sein Leben in den Bergen Algeriens vertan hatte, als Waldhüter, allein mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern. Ich wurde im Alter von vier Jahren im Forsthaus des Bois de Boulogne auf den Höhen von Algier geboren. Es gab dort nicht nur Pferde und Hunde,

sondern auch einen großen Fischteich, Pinien und riesige Eukalyptusbäume..." Der Autor hat seinen Text später als „canular“ bezeichnet, als Gag, in dem Dichtung und Wahrheit fröhlich durcheinandergelassen.

Die zweite Autobiographie dagegen, nach der Katastrophe, ist ernst, ja pathetisch. Althussers schwarzer Humor tritt seltener auf, die Anstrengung des Lebens – aber nicht des Schreibens – ist zu spüren. Dabei benutzte er sein Manuskript von 1976 wie einen Steinbruch und übernahm manche Formulierung. Ohne diese Skizze hätte er „Die Zukunft ist offen“ wohl kaum innerhalb von zwei bis drei Wochen herunterschreiben können. Aber die Perspektive ist jetzt eine völlig andere: Während Althusser damals nur einige biographische Geheimnisse lüften wollte – er war bald sechzig Jahre alt –, will er später seine Lebenslügen beim Namen nennen. Mit dem Mut des Verzweifelten und vermutlich ahnend, daß es unmöglich ist...

Althusser meinte, keine andere Wahl zu haben: Da sein Mord nie gerichtlich geahndet worden, also nie öffentlich zur Sprache gekommen war und folglich auch nicht durch eine Gefängnisstrafe gesühnt werden konnte, hatte er nie die Möglichkeit, seine Tat zu „erklären“. Er war verurteilt ohne Urteil, er lebte wie ein lebendiger Toter in einer Außenwelt, in der ihn nur ab und zu einige Menschen besuchen kamen. Eine Rückkehr ins Leben, wie sie

sonst fast allen Verbrechern, auch den schlimmsten, irgendwann zugestanden wird, blieb ihm verwehrt. So mußte er schreiben. Sein Manuskript beginnt mit den Sätzen: „Man wird es vermutlich schockierend finden, daß ich, nach dem was ich getan habe, mich nicht damit abfinde zu schweigen, zumal ich einem spontanen Eindruck zufolge davon profitiert habe, daß kein Gerichtsverfahren gegen mich stattgefunden hat. Aber wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, hätte ich vor Gericht erscheinen müssen. Und ich hätte aussagen müssen. Dieses Buch ist die Aussage, zu der ich dann verpflichtet gewesen wäre. Alles, worum ich bitte, ist, daß man sie mir gewährt; man gewähre mir jetzt, wozu ich damals hätte verpflichtet werden können.“

Althussers Buch soll also „aussagen“. Aber es ist nicht bloß Verteidigungsschrift, sondern auch bittere Selbstanklage. Dabei soll es ausdrücklich keine Autobiographie sein, „diese Dekadenz der Literatur“, wie er bissig vermerkt. Eher schon eine „Traumautobiographie“. Denn er kann nicht einfach chronologisch sein Leben erzählen. Zwar glaubt er nach wie vor an die Existenz einer Wahrheit, aber er weiß, daß sie immer nur indirekt zu erschließen ist. „In diesen Erinnerungsassoziationen“, so schreibt er, „will ich mich ausschließlich an Tatsachen halten. Aber auch Halluzinationen sind Tatsachen.“

Im Mittelpunkt seiner Erinnerungen stehen das streng katholische

Elternhaus und die Kindheit in Algier. Der Vater war zunächst Bankangestellter, später Prokurist und Zweigstellenleiter. Die Mutter arbeitete kurze Zeit als Volksschullehrerin, mußte dann aber auf Wunsch des Vaters ihren Beruf aufgeben. Zwischen den Eltern bestand keine innige Beziehung, sie schwiegen sich an, lebten nebeneinander her. Nicht schön, aber auch nicht weiter ungewöhnlich. Für den Sohn und die Tochter jedoch spielte sich in dieser Mittelstandsfamilie ein unsichtbares Drama ab, dessen symbolische Konsequenzen ihr ganzes Leben überschatteten (auch Althusser's Schwester litt bis zu ihrem Tod 1991 unter schweren Depressionen).

„Namen sind Schicksale“, heißt es bei Spinoza, den Althusser besonders schätzte. Er selbst war 14 Jahre alt, also in der Pubertät, als er zum ersten Mal erfuhr, daß er gewissermaßen nicht er selber war. Seine Mutter hatte sich im ersten Weltkrieg mit einem Flieger verlobt, der 1917 über Verdun abstürzte. Sein Name war Louis Althusser. Als dessen Bruder Charles ihr die traurige Nachricht übertrachte, bot er an sie zu heiraten. Das erste Kind aus dieser Leviratsehe war ein Junge, dem die Mutter prompt den Namen ihres Verlobten gab: Louis. Ein zartes Kind mit einem großen Kopf, dessen Erziehung allein bei ihr lag und auf das sie alle ihre Wünsche und Ängste projizierte. Ihr kleiner Louis sollte nicht werden wie sein leiblicher Va-

ter – roh und sinnlich –, sondern rein und vergeistigt wie sein gefallener Onkel, dessen Namen er trug und den sie immer noch liebte. In seiner Erinnerung war Althusser ein vereinsamtes Kind, das kaum spielen durfte, stets lernen mußte, umsorgt von einer überängstlichen, offenbar hochneurotischen Mutter. Der schulische Erfolg blieb nicht aus, aber mit jedem Schritt auf der klassischen Karriereleiter des französischen Schulsystems nahm der innere Druck auf den brillanten Schüler und Studenten zu: Er trug den Namen eines Toten, war in dessen Haut geschlüpft, hatte keine eigene körperliche Existenz, war kein wirklicher Mann. Seine intellektuellen Leistungen, die ihm 1939 die Aufnahme in die Pariser Elitehochschule, die *Ecole Normale Supérieure*, einbrachten, erschienen ihm als bloße Hochstapelei. Hatte er nicht Zitate erfunden, um Belesenheit vorzutäuschen? Hatte er nicht alles daran gesetzt, seine Lehrer zu blenden, damit sie ihn liebten? Aus diesem Phantasma, nicht wirklich zu existieren, hat sich Althusser zeitlebens nicht befreien können, so sehr er es versuchte.

Wie Moulier Boutang in seiner Biographie belegt, kam es wohl 1938 zur ersten schweren Depression. Während der fünfjährigen Gefangenschaft im STALAG 10 A bei Flensburg gab es weitere Einbrüche, die Althusser selbst jedoch auf die äußeren Umstände zurückführte. Auch nach dem Krieg wurden seine

manisch-depressiven Schübe zunächst als Nachwirkungen der Gefangenschaft interpretiert. Dabei hatte sich längst ein Rythmus etabliert, der zwar unvorhersehbar war, aber eine gewisse Logik besaß und dessen Symptome dem Betroffenen und seinen engsten Freunden und Verwandten allmählich vertraut wurden. Wie viele Manisch-Depressive – man denke nur an Max Weber! – klammerte sich Althusser an die Hoffnung, eines Tages dem Teufelskreis zu entinnen: „Die Zukunft ist offen.“ Das war auch die These der Ärzte. Althusser's Buch ist ein erschütterndes Zeugnis über die Welt der Psychiatrie. Er beschreibt seine zahllosen Internierungen, die Elektroschocks (ohne Narkose natürlich), die Praxis der „Narkoanalyse“ (freie Assoziationen nach Injektion eines Betäubungsmittels), die Wirkungen der Antidepressiva. Was Foucault in seinem Buch „Wahnsinn und Gesellschaft“ historisch und von außen analysierte, erlebte Althusser gleichsam von innen. Trotz aller philosophischen Differenzen hat Foucault dann auch seinem Lehrer nach 1980 die Freundschaft nicht aufgekündigt und ihn immer wieder besucht.

Um das Versagen seines Elternhauses (auch wenn es vielleicht nur in seiner Phantasie existierte) zu kompensieren, mußte der angehende, später der erwachsene und dann erst recht der berühmte Philosoph nach anderen Stützen („Alt-Häusern“) suchen, die ihm das Gefühl

vermittelten, daß er lebte, daß er „eingreifen“ und daß er denken konnte. Diese Rolle spielten für ihn seine Schulen in Alier, Marseille und Lyon, seine Lehrer (darunter Jean Guilton, später Berater von Paul VI.), dann einige Kameraden in der Gefangenschaft, wo er zum ersten Mal mit Kommunisten zusammenkam, lange Zeit auch die katholische Kirche. Während er sich als Schüler im monarchistischen Milieu bewegte, schloß er sich nach 1945 der katholischen Linken an und veröffentlichte 1949 seinen ersten großen Aufsatz in der Zeitschrift *Jeunesse de l'Eglise*. Wenig später wurde das Blatt vom Papst verboten und die darin publizierenden Arbeiterpriester gemäßigelt. Wie Moulier Boutang zeigt, blieb Althusser, der 1948 nach langem Zögern der KP beitrug, bis etwa 1950 zugleich Hegelianer und gläubiger Christ, der sich von einem marxistisch erneuerten Christentum eine Lösung der Weltprobleme erhoffte. Anschließend übernahm die KP für ihn die Mutterrolle: Er konnte sie bekämpfen und hassen – und schon Anfang der fünfziger Jahre verlor er alle Illusionen über den Parteiapparat, weshalb er nie eine offizielle Funktion übernahm –, aber sie machte ihn zum Mitglied einer Internationale der Unterdrückten und Beleidigten, und in dieser Zugehörigkeit fühlte er sich sicher. Daß dieses merkwürdige Schutzbedürfnis, daß diese Haßliebe zur „Partei“ ein ständiges Taktieren zur Folge hatte,

um nicht ausgeschlossen zu werden, ist bekannt. Viele Leser Althusserers haben dies nie verstanden. Seine ehemaligen Schüler dagegen, auch jene, die selbst die KP längst verlassen hatten und sie bekämpften, waren meist vorsichtiger: Sie wußten, *warum* Althusser sein Parteibuch brauchte.

Eine weitere Heimat fand Althusser in der *Ecole Normale*. Dort lebte er zunächst als Student, ab 1948 dann als Dozent für Philosophie. Die klösterliche Eliteschmiede bot ihm alles: Unterkunft, Verpflegung, Bücher, Freunde und Schüler. Nur hier konnte er ab und zu „verschwinden“, ohne daß es auffiel oder störte. Seine Vorlesungen waren meist kurz, aber eindrucksvoll; seine Betrauung der Studenten wurde legendär. Keiner hat sich je über Indoktrination beklagt, und die meisten gingen erfolgreich ihren eigenen Weg. Der Mythos Althusser geht nicht zuletzt auf diese Wirksamkeit an der wichtigsten „Schule der Nation“ zurück, die er durch Vortragseinladungen und die Vergabe von Lehraufträgen zu einem Ort der intellektuellen Innovation machte. Als er 1980, nach 35 Jahren, die *Ecole Normale* im Krankenwagen verließ, ging nicht nur für ihn eine Zeit zu Ende.

Der Mord an Hélène – Althusserers Buch ist von Anfang bis Ende auf dieses unfäßliche Ereignis hin zentriert. Gleich im ersten Kapitel beschreibt er ihre letzte gemeinsame Nacht und wie er sich über sie ge-

beugt habe und sie massiert habe. Ein schwer erträglicher Text. Der Autor wollte sich nichts ersparen und ist dabei vielleicht zu weit gegangen (zur Freude der Sensationspresse). Aber wie dem auch sei: Von der ersten bis zur letzten Seite ist dieses Buch eine Liebeserklärung an Hélène Althusser. Sie wurde 1946 seine erste Geliebte: Er war 28 Jahre (!) alt, sie 38. Sie hatte bereits ein Leben gelebt, war Produktionsassistentin bei Jean Renoir gewesen, hatte geschrieben, kannte berühmte Intellektuelle (Aragon, Eluard, Malraux). Sie war Jüdin, Kommunistin und Widerstandskämpferin. Aber die Partei hatte sie als „Spionin“ verstoßen, und der (erfolglose) Kampf um ihre Rehabilitierung öffnete dem jungen Stalinisten sehr bald die Augen über die teuflischen Mechanismen des Apparats. Hélène schützte ihn wie eine Mutter, aber auch Althusser konnte zum ersten Mal als Beschützer auftreten: Von ihrer ersten Begegnung an, versuchte er die kleine, zierliche, energische Frau zu „retten“. Auch vor ihr selbst. Der Mord als letzte Steigerungsform einer „oblativen Liebe“? Althusserers Buch ist jedenfalls ein vehementes Plädoyer für diese Frau, die von vielen als „Xanthippe“ empfunden wurde, aber für ihn der letzte und wichtigste Half war.

Waram hat Althusser sein Manuskript nicht veröffentlicht? Wie so viele Texte, die er schrieb und dann in seinen Schubladen verschwinden

ließ, betrachtete er es als unfertig, ja gescheitert. Nur wenige Freunde und Freundinnen durften den Text lesen. Seinem Neffen zum Beispiel, der später seinen Nachlaß erbte, und auch Moulier Boutang, der ihn regelmäßig interviewte, zeigte er es nie. Vielleicht hoffte er insgeheim doch, eines Tages die Kraft zu finden, diese letzte „Aussage“ so zu vollenden, daß er sie selbst publizieren konnte. Er wußte ja um das Risiko. „Leider bin ich nicht Rousseau“, schreibt er, „aber als ich den Plan faßte, über mich und das Drama, das ich erlebt habe und noch durchlebe, zu schreiben, mußte ich oft an seine ungeheure Kühnheit denken. Natürlich kann ich nicht wie er am Anfang seiner *Bekenntnisse* sagen: ‚Ich beginne heute ein Unternehmen, das ohne Beispiel ist‘. Nein. Aber ich glaube ehrlich, seine Erklärung wiederholen zu können: ‚Ich werde offen ansprechen: Dies habe ich getan, dies habe ich gedacht, dies bin ich gewesen.‘ Und ich könnte hinzufügen: ‚Dies habe ich verstanden oder zu verstehen gemeint, und dies andere habe ich zwar nicht mehr im Griff, aber dies bin ich geworden.‘“

Man kann nur begrüßen, daß dieser kühne und ergreifende Text nun zugänglich ist. Andere unveröffentlichte Manuskripte sollen folgen.⁵ Der Mythos Althusser wird sich dann allmählich auflösen und der Philosoph gleichen Namens, der „an den Grenzen“ zu denken versuchte, kann entdeckt werden.⁶

Peter Schöttler

- 1 Louis Althusser, *L'avenir dure longtemps*, suivi de: *Les faits*, hrsg. von Olivier Corpet und Yann Moulier Boutang, Paris 1992. Eine deutsche Übersetzung ist in Vorbereitung.
- 2 Zahlreiche Texte Althussters wurden ins Deutsche übersetzt. Siehe bes.: Für Marx, Frankfurt/Main 1968; *Das Kapital* lesen, Reinbek 1972; *Elemente der Selbstkritik*, Berlin 1975; *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg 1977; *Die Krise des Marxismus*, Hamburg 1978; *Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaften*, Berlin 1986 (= Schriften Bd. 4); Machiavelli, Montesquieu, Rousseau. Zur politischen Philosophie der Neuzeit, Berlin 1987 (= Schriften Bd. 2). – Noch zu Lebzeiten Althussters wurde im Argument-Verlag mit der Edition einer auf acht Bände geplanten deutschen Ausgabe seiner Schriften begonnen (hrsg. von Peter Schöttler und Frieder Otto Wolf), deren Fortführung jetzt allerdings aufgrund der komplizierten Nachlaßregelung – Althusser hinterließ kein Testament – gefährdet ist.
- 3 Vgl. dazu Louis Althusser, *Die Krise des Marxismus*, Hamburg 1978.
- 4 Yann Moulier Boutang, Louis Althusser. Une biographie, Bd. 1: *La formation du mythe* (1918/1956), Paris 1992.
- 5 Als erstes wurden jetzt die von Althusser während seiner vierjährigen Kriegsgefangenschaft in Sandborstel geschriebenen Tagebücher publiziert: Louis Althusser, *Journal de captivité, Stalag X A* (1940/1945), Paris 1992.
- 6 Zur neueren Diskussion der Althusser'schen Philosophie siehe v.a. Gregory Elliott, *Althusser – the Detour of Theory*, London 1987; Barbara Hahn/Peter Schöttler (Hrsg.), *Ein Denken an den Grenzen. Louis Althusser zum 70. Geburtstag*, Essen 1988 (= *KulturRevolution* Nr. 20); Etienne Balibar, *Ecrits pour Althusser*, Paris 1991; Ann E. Kaplan/Michael Sprinker (Hrsg.), *The Althusserian Legacy*, London 1993.

Lexikon Alte Kulturen. Hrsg. von *Hellmut Brunner, Klaus Fessel, Friedrich Hiller* und *Meyers Lexikonredaktion*, Mannheim-Wien-Zürich (Meyers Lexikonverlag). Erster Band (A – Fir) 1990, 704 S. Zweiter Band (Fis – Mz) 1993, 704 S.

Ein neues Lexikon zur Kulturgeschichte des Altertums weckt die Neugier der interessierten Laien wie der Fachleute: was bringt der Wissensspeicher an neuen Erkenntnissen, wo liegen die konzeptionellen Schwerpunkte des neuen Werkes, was unterscheidet es von anderen ähnlichen Nachschlagewerken?

Die Schwerpunkte des Lexikons liegen eindeutig auf den Gebieten der Geistesgeschichte. Religionen, Mythen, Kulte, Rituale, philosophisches Denken werden umfassend behandelt. Politik, Wissenschaften, Kunst und materielle Kulturen sind ebenfalls ausführlich dargestellt. Über 5000 Stichwörter enthält jeder Band, und auf den dritten Band, der 1994 erscheinen soll, darf man schon gespannt sein. Vor allem findet der Leser nicht nur Stichwörter zur antiken Kulturgeschichte, sondern auch solche aus der Ur- und Frühgeschichte, aus afrikanischen, altvorderorientalischen, indischen, chinesischen und altamerikanischen Kulturen. Übersichtsartikel, die zentrale Themen behandeln, z.B. Länderartikel, Sachartikel wie Chronologie u.a., erleichtern den Vergleich von

Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten in ihrer historischen Entwicklung und in einzelnen Erdteilen. Tabellarische Übersichten, farbige Abbildungen, Karten, Pläne und Zeichnungen ergänzen und veranschaulichen die gebotenen Informationen. Ein großer Teil der Stichwortartikel enthält Literaturangaben für weiterführende Studien.

Sozialgeschichtliche Termini bilden keinen Schwerpunkt des Werkes. Spezielle Stichwörter, die griechische oder römische Typen von Sklaven und Kolonen bezeichnen, etwa *doulos*, *ancilla*, *famulus*, *adscripticius* u.a. fehlen. Mit großem Interesse wird man sicher umfassende Artikel zur Sklaverei, zum Patronat, zur römischen Wissenschaft erwarten können. Juristische Sachartikel sind präzise ausgeführt; aber zu den Problemen von Kolonat und Klientel ist nur das Allernötigste dargestellt. Einen Artikel zur Geldwirtschaft sucht man auch vergebens. Spätantike Erscheinungsformen historischer Typen und Prozesse sind nur sehr kurz berücksichtigt worden.

Daß der weströmische oberste Heerführer Aetius, Sohn des Gaudentius, germanischer Abstammung gewesen sein soll (Bd. 2, S. 594 unter *Magister militum*) ist wohl ein Irrtum, dafür fehlt der Name des Ricimer in diesem Zusammenhang.

Insgesamt ist das Lexikon ein bedeutsames Werk, das die Aufmerksamkeit aller Freunde des Altertums

verdient, das auch den Spezialisten Anregungen zum weiteren Nachdenken vermittelt.

Rigobert Günther

Joseph Bergin, The Rise of Richelieu, Yale University Press, New Haven/London 1991, 282 S.

Richelieu zählt zu den historischen Figuren, die schon zu Lebzeiten legendenumwoben waren und seit her Generationen von Historikern wie Literaten reizten, ein Porträt zu entwerfen. Sich von dieser erdrückenden Last freizumachen dürfte nicht leicht fallen. Auf der Grundlage von Archivmaterialien in Paris, London, Rom und Malta sowie umfangreicher gedruckter Quellen und Literatur erzählt *Bergin*, ein Kenner der französischen Kirchengeschichte des 17. Jahrhunderts, die Biographie Richelieus bis zum Jahre 1624, den „Aufstieg zur Macht“ also. Bis zu diesem Zeitpunkt, als Richelieu Erster Minister Ludwigs XIII. wurde, hatte der 1585 Geborene in einer politisch besonders instabilen und bewegten Periode der Geschichte Frankreichs bereits entscheidendes erlebt. *Bergin* versucht allerdings, die wissende Retrospektive beim Blick auf die jungen Jahre des Kardinals auszuklammern, um nicht bloß einen weiteren Baustein zur

finalistischen Erklärung einer Biographie zu liefern. Die Familientradition wird erörtert, da nur vor ihrem Hintergrund seine Entscheidung für die kirchliche Laufbahn erklärbar ist. Die Beziehungen, die der junge Richelieu während seines Studiums an der Sorbonne knüpfte, ebenso wie seine gesellschaftlichen Kontakte als Bischof von Luçon dienten ihm als Ausgangspunkt für den Aufbau einer politischen Basis, die er unter Zuhilfenahme von Patronagebeziehungen schrittweise festigte und erweiterte. Die kirchliche Dimension veranschlagt *Bergin* dabei höher als bisherige Biographen, denn auf sie führt er das wesentliche Beziehungsgeflecht zurück, dem Richelieu den sozialen und politischen Aufstieg verdankte. Zugleich betont er den Zusammenfall einer zweifellos beträchtlichen intellektuellen und politischen Begabung Richelieus mit den historischen Umständen, die es überhaupt ermöglichten, daß ein wenig begüterter Geistlicher aus niederem Adel das höchste politische Amt im Königreich erreichen konnte. *Bergin* verdeutlicht die tiefe Prägung, die Richelieus Wahrnehmung von Politik und Macht in seiner ersten, kurzen Ministerzeit im Umfeld der Königinmutter Maria von Medici davontrug. Am Ende entsteht das Bild eines Politikers, der sich inmitten eines „zeitbedingten Netzwerkes“ bewegte, nicht aber eines legendären Staatsmannes als Einzeltäter, dem das

machtvollen Schicksal schon in die Wiege gelegt war.

Katharina Middell

Helga Schultz, Das ehrbare Handwerk. Zunftleben im alten Berlin zur Zeit des Absolutismus, Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger, Weimar 1993, 163 S., 15 Abb., 2 Übersichten (= Regionalgeschichtliche Forschungen im Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger Weimar).

H. Schultz' für einen breiteren Leserkreis geschriebene Darstellung zu Handwerksverfassung und Handwerkerleben zwischen Dreißigjährigem Krieg und Hardenbergschen Reformen profitiert deutlich von den Forschungen der Autorin in den zurückliegenden Jahren sowohl zum frühneuzeitlichen Handwerk allgemein wie zur Sozialgeschichte Berlins im besonderen. Aus dem in diesem Zusammenhang gewonnenen Bild der städtischen Wirtschaft und Gesellschaft des 18. Jh. resultiert gerade die von vielen anderen Arbeiten sich unterscheidende These, daß es sich hierbei nicht um den Niedergang im „Herbst des alten Handwerks“ (M. Stürmer), sondern vielmehr um einen Zeitraum gehan-

delt habe, in dem sich im und mit dem zünftischen Handwerk Neuerungen und Wandlungen in beträchtlichem Umfang vollzogen (S. 17 f.). Ausgehend von den Postulaten der deutschen Aufklärung hatte die vornehmlich verfassungsgeschichtlich orientierte Handwerksgeichtschreibung des 19. und des beginnenden 20. Jh. gerade Stagnation und Niedergang des von den Zünften „in Fesseln geschnittenen“ Handwerks als Topoi zur Charakterisierung gewerblicher Entwicklung seit dem Dreißigjährigen Krieg benutzt. Die Verfasserin dagegen stellt ihre Abhandlung mit einem einleitenden Abriß zur Forschungsgeschichte der letzten Jahre (S. 7-9) in den Kontext moderner sozialgeschichtlicher Forschungen, die aus weniger traditionellem Blickwinkel Phänomene der Handwerkersphäre thematisierten und damit zu voneben diesen Topoi deutlich abweichenden Befunden kamen.

Die Darstellung selbst ist in fünf Kapitel gegliedert: im ersten mit der Überschrift „Handwerk auf goldenem Boden“ wird das soziale und wirtschaftliche Umfeld der Handwerker in der aufstrebenden Residenzstadt Berlin charakterisiert und das zünftige Handwerk in all seiner Differenzierung bis in den täglichen Lebensvollzug hinein als „bürgerlicher Mittelstand“ (S. 25-32) verortet. Mit Manufakturentwicklung und -privilegierung sowie der landesherrlich geförderten Zuwanderung

nach Berlin und Brandenburg weist das Eingangskapitel auch auf zwei für die Handwerksentwicklung bedeutsame Phänomene des 18. Jh. hin. Dem schließt sich ein Abschnitt zur Zunft als Institution und Lebensraum der Meister an, in deren Rahmen nicht allein die Kontrolle des Marktes und die Qualitätssicherung zugunsten des (nie wirklich realisierten) Grundsatzes der „gleichen Nahrung“ für alle Mitglieder organisiert und durchgesetzt werden konnte, sondern die mit Normen wie dem Begriff der Handwerksehre, konfessioneller Geschlossenheit und dem weitgehenden Ausschluß der Frauen von selbständiger Handwerksausübung auch die Lebenswirklichkeit und das Wertesystem ihrer Mitglieder maßgeblich bestimmte.

Das folgende, „Der lange Weg zur Meisterschaft“ überschriebene Kapitel ist dann der Darstellung des Ausbildungsweges und des Erwerbs des Meisterrechtes gewidmet, wobei insbesondere die Schilderung damit verbundener Handwerksbräuche, der Gesellenwanderung und der Arbeitsbedingungen breiten Raum einnehmen. Im vierten Abschnitt geht es dann allein um das Phänomen der Gesellenbruderschaften und der wesentlich von ihnen getragenen Gesellenkultur mit ihrem eigenartigen Einbegriff und ihren sozialen Institutionen, die sich seit dem 14. Jh. in oft sehr gespanntem Verhältnis zur Zunft der Meister entwickelt hatten. In diesem Kapitel deutet die

Autorin bei der Erörterung der Gesellengerichtbarkeit einen Umstand an, der auch bei verschiedenen vorangegangenen Aspekten bereits eine Rolle gespielt hatte und dem das ganze letzte Kapitel der Arbeit gewidmet ist: die Einflußnahme der brandenburgischen Kurfürsten bzw. des Berliner Magistrats auf zünftische Belange, insbesondere auf Rechtsprechung und Zulassung von Handwerk als Zeichen zünftischer Autonomie. Nach den Regierungen der einzelnen Fürsten gegliedert, erörtert *Schultz* die jeweils dominierenden Grundtendenzen obrigkeitlicher Zunft- und Gewerbepolitik und macht deutlich, wie parallel zur absolutistischen Reglementierung der städtischen Magistrate auch die Kontrolle der Zünfte und ihrer Aktivitäten immer stringenter gestaltet werden konnte, so daß nicht allein ein Berliner Polizeidirektor des ausgehenden 18. Jh. die Zünfte am Ende weniger als Handwerkerorganisation denn als unentbehrliche Ordnungs- und Kontrollinstanz des Staates ansah (S. 123). Am Ende dieses Prozesses stand mit der Zerschlagung der Gesellenbruderschaften nach 1794 und mit der Einführung der Gewerbefreiheit 1810 die formale Beseitigung der jahrhundertealten Zunftorganisation. Mit dem Weiterbestehen von Innungen als freien Korporationen, der Aufnahme von Traditionen der Gesellenorganisationen in die beginnende Gewerkschaftsbewegung, der fortgeführten

handwerklichen Ausbildung und vielen anderen Phänomenen zünftischen Ursprungs überdauerten neben dem Handwerk als gewerblicher Produktionsform auch Teile zünftischer Tradition das von gewaltigem gesellschaftlichem Wandel geprägte 19. Jh.

Mit dem so umrissenen Inhalt und seinen Grundaussagen zeichnet das vorliegende Werk ein anschauliches und differenziertes Bild des zünftischen Handwerks zwischen Anpassung und Beharren und liefert entsprechend der Eingangsthese einen Eindruck von Aufgeschlossenheit wie Konservatismus der Innungen und ihrer Mitglieder, der sowohl für den allgemein interessierten Leser wie für den selbst zur Handwerksgeschichte Forschenden bedeutsam sein wird. Letzterer wird jedoch an mancher Stelle auf einige allzu rasche Verallgemeinerungen (S. 21, 60, 109) und unklare Formulierungen (S. 62, 78) stoßen, die der Darstellung insgesamt zwar keinen wesentlichen Abbruch tun, aber doch manchmal ärgerlich sind; so z.B. wenn die Autorin zwar vom Grundsatz der „gleichen Nahrung“ als konstitutivem Prinzip der Zunft ausgeht (S. 25, 33 und öfter), dessen ungeachtet aber die Bevorzugung der Meisterkinder beim Zunfteintritt einseitig als „Ungerechtigkeit“ (S. 88) abtut und damit an diesem Punkt wieder dem aufklärerischen Klischee verfällt. Dies stellt jedoch keinesfalls in Frage, daß es sich bei vorlie-

gendem Werk um einen das Wissen um die Konkrete gewerblicher und zünftischer Entwicklung nach 1648 insbesondere unter sozialgeschichtlichem Aspekt erweiternden Überblick handelt, dessen Wert für vergleichende Untersuchungen durch die beigegebenen Aufstellungen über die Zahl der Zünfte, ihrer Mitglieder und der vorgeschriebenen Meisterstücke sowie ausführliche Register noch erhöht wird.

Katrin Keller

Ingrid Rademacher, Legitimation und Kompetenz. Zum Selbstverständnis der Intelligenz im nachrevolutionären Frankreich 1794–1824. Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 1993, 185 S. (= Europäische Hochschulschriften, Reihe XIII: Französische Sprache und Literatur, Bd. 180)

Die 1991 von der Universität Hannover angenommene Dissertation beschäftigt sich mit Folgerungen, die sich für Intellektuelle der Zeit aus dem 1789 einsetzenden tiefgreifenden sozialen und politischen Umbruch unter dem Aspekt der eigenen Standortbestimmung in einer im Wandel befindlichen Gesellschaft ergaben. Das anhand der Ergebnisse nachvollziehbare Anliegen von Rademacher besteht darin, das libe-

rale, konservative und saint-simonistische Konzept einer – begrifflich auf Mme de Stael zurückgeführten – *politique intellectuelle* aufzuspüren. Der Titel der Arbeit selbst ist gut gewählt: Legitimationsstrategien werden vorgestellt, die ihrerseits den von Intellektuellen eingeforderten Kompetenznachweis erbringen sollen. Indem, damit verbunden, in kritischer Aufarbeitung der eigenen Tradition gleichzeitig die intellektuelle Elite Frankreichs sich als politische und soziale Kategorie neu bestimmt, öffnet sich am historischen Beispiel dieser selbstbewußten (sozialen) Trägerschicht der Blick für eine grundsätzliche Frage der bürgerlichen Moderne: Es geht um den Platz, die Rolle und die Verantwortung der Intellektuellen in bürgerlichen, postrevolutionären Gemeinwesen generell.

Insgesamt hat die Autorin eine bemerkenswerte und schwierige Aufgabe realisiert. Die in unterschiedlicher Reife entwickelten Ansätze eines neuen intellektuellen Selbstverständnisses wurden freigelegt, obwohl diese mit Ausnahme des in Kap. IV mitgeteilten saint-simonistischen Konzepts vom *intellectuel positif* noch nicht als eigenständige Theorien intellektueller Eliten so ausgewiesen gewesen seien. Gleichwohl wird eines deutlicher erkennbar: Allen Lagern ist „das Bemühen um eine handlungsorientierte Gesellschaftswissenschaft gemeinsam, die die Prinzipien der sozialen und der poli-

tischen Organisation wissenschaftlich begründen will“ (S. 151). Diese handlungsorientierte Gesellschaftswissenschaft führt folgerichtig zu dem praktisch politischen Anspruch, die Intelligenz voll und verantwortlich in den gesellschaftspolitischen Überbau: in die Gesetzgebung, in die Rechtsprechung, in die Verwaltung und in das Unterrichtswesen zu integrieren. Die Verf. weist nach, daß mit dem Wegfall der „Gelehrtenrepublik“ (alten Stils) nach 1789 die vormaligen Grenzen zwischen Staat und Intelligenz als fragwürdig erkannt wurden und sich letztere, unbeschadet des sozialpolitischen Status ihrer Repräsentanten, nun als Garant des jeweils propagierten Gesellschaftssystems begreift.

Dies alles wird von Rademacher auf knappem Raum abgehandelt und treffend skizziert. Außer dem die Arbeit abschließenden Entwurf zu Saint-Simon (Kap. IV) besteht das Buch aus der Einleitung, in der die Problemstellung erfolgt und die Gelehrtenrepublik im Wandel vorgestellt wird, aus Kap. I (Zwischen Thermidor und Brumaire: die Republik der Mandarine), Kap. II (Die Reaktion der konservativen Intelligenz: der „Gegenintellektuelle“ in der Figur des Apologeten), wo aus meiner Sicht besonders der Exkurs zur soziologischen Studie des politischen Gegners besondere Hervorhebung verdient, und Kap. III (Konsulat und Empire: die Brumairianer und das neu definierte

Selbstbewußtsein der Mittelklasse), das auch für das Verständnis der „politischen“ Geschichte besonders in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. wichtige Akzente setzt. Anerkennung verdient die umfangreiche Auswertung von Quellen und der Sekundärliteratur.

Kurt Holzapfel

Elisabeth Fehrenbach, Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871, R. Oldenbourg Verlag, München 1992, 155 S. (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 22. Hrsg. von Lothar Gall u.a.).

Mit dem Buch von *E. Fehrenbach* liegt einer der ersten Titel jenes ehrgeizigen Gesamtprojekts vor, das auf insgesamt rund 100 Bände konzipiert ist und für „Fachhistoriker, Studenten, Geschichtslehrer, Vertreter benachbarter Disziplinen und interessierte Laien“ ein Arbeitsinstrument sein soll, „mit dessen Hilfe sie sich rasch und zuverlässig über den gegenwärtigen Stand unserer Kenntnisse und der Forschung in den verschiedenen Bereichen der deutschen Geschichte informieren können“ (Vorwort von Lothar Gall, S. V). Dem einheitlichen Gliederungsschema entsprechend teilt sich der Bd. in die drei Abschnitte „Enzyklo-

pädischer Überblick“, „Grundprobleme und Tendenzen der Forschung“ sowie „Quellen und Literatur“. Dabei zeigt sich wie bereits in ihrem Beitrag zum „Grundriß der Geschichte“ im gleichen Verlag die vorzügliche Befähigung der Verf. zu subtiler Forschungsanalyse und zu zusammenfassender Darstellung auf knappstem Raum. Ihr „Enzyklopädischer Überblick“ ist eine höchst informative, gut lesbare und dabei durchaus problemorientierte Gesamtdarstellung deutscher Geschichte zwischen 1815 und 1871 auf lediglich 70 Druckseiten.

Als schwieriger stellt sich die Lektüre des Abschnitts „Grundprobleme und Tendenzen der Forschung“ dar. Obwohl auf dem vorhergehenden Gesamtüberblick aufbauend, erreicht die Darstellung hier in einigen Passagen einen solchen Grad an Dichte bzw. Knappheit, daß sie für Insider geschrieben zu sein scheint, die den Gang des Diskurses ohnehin kennen.

Interessierte Laien jedoch sowie Vertreter benachbarter Disziplinen und Studenten dürften vor manchem Rätel stehen, das sich ihnen nur löst, wenn sie den angegebenen Literaturhinweisen folgen und die Analyse von *Fehrenbach* nachvollziehen.

Problematisch, aber in der Gesamtkonzeption begründet, ist auch die Tatsache, daß sich *Fehrenbach* – soweit das möglich ist – auf den Themenbereich „Politik, Staat, Verfassung“ konzentriert. Die Außen-

politik sowie die Darstellung des politischen Systems des Deutschen Bundes bleiben parallelen Bänden vorbehalten.

Als gut ausgewählt, benutzerfreundlich gegliedert und informativ kann schließlich der Abschnitt „Quellen und Literatur“ bewertet werden. Mit wenig mehr als einem Dutzend Titeln und damit knapp 4 Prozent der insgesamt 391 Angaben umfassenden Bibliographie scheinen uns die Ergebnisse der DDR-Historiographie hier jedoch unterbelichtet zu sein. Dies betrifft unter anderem Themenfelder wie die Parteiengeschichte, die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Revolution von 1848/49. Damit wurde die Chance einer vorurteilsfreien Bestandsaufnahme nach der faktischen Auflösung der DDR-Geschichtswissenschaft nicht genutzt, was den Wert des Bd. zwar nicht in Frage stellt, aber doch in einigen Nuancen schmälert. Ein Personen- und ein Sachregister unterstreichen den Handbuchcharakter des vorliegenden Opns.

Werner Greiling

- 1 Vgl. E. Fehrenbach, *Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß*, 2. Aufl., München 1986 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte).

Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, eingeleitet von *Herbert Schambeck* und gemeinsam herausgegeben mit *Helmut Widder* und *Marcus Bergmann*, Dunker und Humblot, Berlin 1993, 729 S.

Von Columbus bis Clinton werden im vorliegenden Band auf gut 700 Seiten 150 Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika in deutscher Übersetzung vorgelegt. Gesichtspunkt für die Auswahl aus einem kaum übersehbaren Fonds von Dokumenten – v.a. zur Gegenwart hin – bildet die „Rückbesinnung auf demokratische Grundsätze und republikanische Tugenden der Gründungsväter“, wie es in den editorischen Vorbemerkungen heißt. Anliegen der an der Universität Linz wirkenden Herausgeber ist es, einen „Anstoß und eine begleitende Handreichung für die Auseinandersetzung mit der amerikanischen Geschichte in ihren staatsrechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Dimensionen“ zu geben und zur „eingehenderen Beschäftigung mit diesen Themenbereichen auch zum Studium weiterer Dokumente im Original an(zu)regen.“ Daß die Geschichte der USA nicht ganz so reibungs- und widerspruchsflos wie der Einleitungstext vermuten lassen könnte, verlief, wird durchaus in den ausgewählten Dokumenten und den ihnen vorangestellten kurzen Einleitungen deutlich und vertieft den Blick auf die

Vielschichtigkeit der Entwicklung von Staat und Gesellschaft im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“. So werden Sternstunden wie die Verkündung der Unabhängigkeitserklärung (Dok. 30), Lincolns Gettysburg-Rede (Dok. 80) oder der Salt-II-Vertrag (Dok. 140) ebenso aufgeführt, wie weniger ruhmreiche Ereignisse (vgl. Dok. 65 zur Indianerfrage oder Dok. 147 zur Iran-Contra-Affäre). Und wo kann man schon Bekanntes wie Washingtons Abschiedsbotschaft (Dok. 50) oder die Monroe Doktrin (Dok. 64) neben kaum Bekanntem wie Jefferson Davis' letzter Botschaft (Dok. 82) oder das Einwanderungsgesetz von 1924 (Dok. 104) nebeneinander finden? Etwas unterbelichtet scheinen generell die „Problemfelder“ der amerikanischen Gesellschaft, so daß Themen wie Indianerfrage, Rassendiskriminierung oder Vietnamkrieg nur einen vergleichsweise kleinen Raum einnehmen. Das sollte aber eher Ansporn sein, die Lektüre vorliegenden Bandes als Start für intensivere USA-Studien zu nehmen. Die den Anhang ausmachenden 110 Kurzbiographien, ein sich auf Bibliographien und deutsche Gesamtdarstellungen beschränkendes Literaturverzeichnis und eine Liste der Präsidenten, Vizepräsidenten und Außenminister der USA sowie der Eintrittsdaten der jeweiligen Staaten in den Bund ist eine Handreichung, die bei solch einem Band, der ein dankbares Publikum wohl v.a. unter Studenten und

in allgemein an der amerikanischen Geschichte interessierten Kreisen finden dürfte, sicher nicht fehlen darf.

Editha Kroß

Raimund Neuß, Anmerkungen zu Walther Flex. Die „Ideen von 1914“ in der deutschen Literatur: Ein Fallbeispiel, SH-Verlag, Schernfeld 1992, 160 S.

Die zu Anfang des ersten Kapitels vom Verf. gestellte Frage: „Lohnt es sich denn noch, über Flex zu schreiben?“ wird in der sehr gut dokumentierten Monographie des Kölner Journalisten Neuß überzeugend positiv beantwortet. Er wählt angesichts des auch in der Alt-Bundesrepublik anhaltenden Flex-Erfolges (wobei insbesondere sein „Kultbuch“ aus dem Ersten Weltkrieg *Der Wanderer zwischen beiden Welten*, 1917, gemeint ist), einen Mittelweg der aufgeklärten Vernunft: zwischen der Scylla der schimpfenden und schimpflichen Ablehnung und der Charybdis der verdunkelnden Sakralisierungsversuche. Walter Flex wird also in dieser Darstellung zum Phänomen der Rezeption; zum soziologischen Phänomen, das insbesondere das deutsche Bildungsbürgertum unheimlich stark ansprach (und bis heute auch anspricht), quasi ein Theodor Körner des Ersten Weltkrieges, dessen

heldenhafter Tod „im Osten“ (auf der lettischen Insel Peudenhof) eine Legende schuf, die mit den anderen Mythen dieser Zeit konkurrieren konnte. Wichtig sind für *Neuß* vor allem die Hintergründe: das gebrochene Verhältnis der in Schwierigkeiten geratenen Familie, die sich nur schwer zwischen den rasanten Entwicklungstendenzen und der feudalen Fassade des Kaiserreiches abfinden konnte; Mißerfolge Flex' sowohl als Hauslehrer der Familie Bismarck (wo „undeutsche Reden“ geführt wurden), als auch im schriftstellerischen Bereich (jüdische Verlagslektoren), Erlebnisse des Frontalltags, die der junge Autor mit seinen Werken zu bewältigen sucht. Manche Hintergründe werden durch die sorgfältig durchgeführten Recherchen (im Deutschen Literaturarchiv Marbach) aufgeklärt: insbesondere das unangenehme Verhältnis von Flex zu anderen Nationen (Polen, Juden, Franzosen). Walter Flex wird also als ein Autor dargestellt, der sich mit den Zielen der deutschen Politik auch persönlich identifiziert; der mit den althergebrachten Denkmustern und vorgefundenen literarischen Denkanstößen arbeitet. Im Zentrum steht dabei die Bewältigung des Kriegserlebnisses, die als Ästhetisierung ins Idealistisch-Harmlose bezeichnet werden kann. Auf dem anderen Pol steht schon Ernst Jünger mit seiner „Ästhetik des Schreckens“: mit dem Buch „Stahlgewitter“, das, wie *Neuß* – Remarque zitierend –

richtig bemerkt, „pazifistischer wirkt als alle übrigen“ (S. 105). Die konservative Idealisierung des Krieges; die (auch oder vor allem sittliche) Reinheit der Führerfigur wiederholt die aus der Jugendbewegung wohl-bekannten Muster.

In diesem Punkte wäre vielleicht eine noch weitergehende Vorsicht angebracht, als jene, die der Verfasser als Hochachtung gegenüber dem heroischen Menschen Flex zeitigte; Gustav Wynekens Lehre vom „Führer“ aus dem Jahr 1914 gehört vielleicht stärker in den Bereich der damals rezipierten „Massenpsychologie“ als in die späteren Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß Flex und vor allem seine authentische (und im Wanderer realisierte) Figur Wurche noch in die „alte“ Zeit der Jugendbewegung gehören, die nur auf Mittelwegen zu den NS-Apparatschiks führte (S. 69). Ähnliches läßt sich vom erwähnten Dichter Börris, Freiherr von Münchhausen sagen; als der meistrezipierte Dichter der Jugendbewegung wollte er noch keine „nordische Ballade“ (S. 49) schaffen; sein Antisemitismus kommt erst Ende der zwanziger Jahre zum Ausbruch; so stimmt dagegen die These Ketelsens von den „literarischen Gegenmanifestationen zu dem modernen Erzählgedicht“ (S. 49). Den ns-angehauchten Literaturhistorikern ist nicht unbedingt zu glauben. Auch in die älteren Zeiten gehört der

Antisemitismus in Wolf Eschenlohr, worauf übrigens Neuß hinweist (Muster: Soll und Haben, 1855, ein Lieblingsbueh der deutsch-liberalen Bürgertums).

Sehr gelungen ist dagegen die Darstellung der Korrespondenz zwischen den entsprechenden Gesten Wurches und der damals verbreiteten jugendbewegten Ikonographie (S. 107). Es ist wahrlich ein faszinierendes Problem zu beobachten, wie die Jugendbewegungsideen mit den Entwicklungen des Ersten Weltkrieges konfrontiert werden. Daß die Autoren meist mit Entsetzen oder mit einer kultivierten Ästhetisierung reagierten (oder auch mit dem fast freiwilligen Tod, weil ihre Welt im Feuer der modernsten Geschütze untergeht – Fall Löns, Flex – und somit die bereits im II. Reich bestehenden Diskrepanzen auf die Spitze treibt) ist nach Lektüre von Neuß klar. Das dadurch geschaffene Identifikationsangebot insbesondere für die Kriegsbetroffenen ist kaum zu unterschätzen. So würde ich das komplexe Bild von Walter Flex eher auf der ästhetisch-weltanschaulichen Achse der gängigen Widerstandsmuster der deutschen Vorkriegsjugendbewegung plazieren, statt sich auf riskante Thesen von der „Einschnürung“ der Persönlichkeit auf Theweleitsche Umwege führen zu lassen. Irritierend ist, bei aller Sachlichkeit und wissenschaftlichen Reserviertheit, mit denen Neuß seine Arbeit gestaltet, eine zum Teil nachlässige Betrach-

tung der literarischen Seite von Flex' Opus. Der Hinweis auf einen (richtig diagnostizierten) Eklektizismus und die dürftigen Vergleiche mit den literarisch-gesellschaftlich bedingten Reaktionsmustern (G. Heym) scheinen unzulänglich zu sein. Da wäre die Anregung von Ketelsen, es handle sich vielleicht um eine Art „Weltanschauungsdichtung“, die mit solchen Rennern damaliger Zeit wie „Helmut Harringa“ von Popert oder „Der Werwolf“ von Löns innerhalb der allgemeinen Lebensreformbewegung korrespondierte, ernster zu nehmen: auch die Nietzsche-anisch-Lengbehnisch-Lagardschen Anstöße wären detaillierter zu berücksichtigen. Eine tiefere Bearbeitung dieser Probleme könnte vielleicht die grundsätzliche Frage ihrer Lösung näherbringen: warum Flex heute noch so stark rezipiert wird? Nur deshalb, weil die Sakralisierungsmechanismen, untermauert durch die dürftigen Legitimierungshinweise ihre Wirkung zeitigen?

Alles in allem ein sehr ersprießliches Bueh, das unser Wissen auch über diese Sparte der „konservativen Revolution“ (ein Begriff, der bei Neuß übrigens überhaupt nicht vorkommt) bereichert.

Wojciech Kunicki

Emilio Gentile, Il Culto del littorio. La sacralizzazione della politica, Laterza, Roma/Bari 1993, XII u. 326 S., 24 Abb.

Ästhetik ist in – das Signum post-moderner Selbstdarstellung im Privaten wie im Öffentlichen. Die künstlerischen Produkte der zwanziger und dreißiger Jahre wecken wieder größeres Interesse in der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft. Anknüpfend an Walter Benjamins These von der Ästhetisierung der Politik durch den Faschismus und an George Mosses Studien zur politischen Liturgie vor und im Nationalsozialismus befaßten sich in den letzten Jahren auch deutsche Historiker wie Gerhard Paul und Peter Reichel mit den ästhetischen Erscheinungsformen des NS. Da Benjamin seine These u.a. an Marinetti und am italienischen Faschismus exemplifiziert hat, ist eine geschichtswissenschaftliche Studie über Ästhetik und Kult im Italien Mussolinis längst fällig. Auch im Interesse eines internationalen Vergleichs dieses Phänomens verdient *Emilio Gentiles* Essay über den „Kult des Liktorenbündels“ Beachtung über Italien hinaus.

Der römische Historiker und Schüler des Mussolini-Biographen Renzo De Felice beschreibt unterschiedliche Phänomene faschistischer Säkularreligion anhand der Dimensionen Mythos, Glaube, Ritus und heilige Gemeinschaft. Im Ergebnis verortet er den faschistischen

Kult in einer langfristigen, mit der Französischen Revolution beginnenden und über das Risorgimento bis zum Ersten Weltkrieg fortlaufenden Entwicklung. In diesem Säkulartrend habe sich die „Transfusion des Heiligen“ in dialektischer Weise abgespielt: Während sich die religiöse Sphäre profanisiert habe, sei die Politik „sakralisiert“ worden. Auch wenn der Faschismus Riten traditioneller Religion imitiert habe, sei das ganze Phänomen typisch für die gesellschaftliche und politische Modernisierung der letzten 200 Jahre. Das Scheitern des faschistischen Kultes leitet *Gentile* aus den militärischen Niederlagen der späten Jahre ab.

In seinem kursorischen Blick auf die vorfaschistische Entwicklung berührt *Gentile* den Ersten Weltkrieg, der auch in Italien einen neuartigen Gefallenenkult hervorbrachte. Um den Wirkungsgrad faschistischer Propaganda in Wort und Bild besser abschätzen zu können, wäre es hilfreich gewesen, wenn der Autor sich in die Position des „Historikers von unten“ hineinversetzt hätte: Das Kriegserlebnis in den Schützengräben und die neuartige Mobilisierung zahlreicher Bereiche der Gesellschaft stellte die Menschen vor als existenziell wahrgenommene Bedrohungen ihres gewohnten Lebens. Sie standen – um es mit Clifford Geertz, dem von *Gentile* zitierten Ethnologen, auszudrücken – an den Grenzen ihrer analytischen Fähigkeiten, ihres Leidensvermögens, ih-

rer ethischen Sicherheit. Also genau an dem Punkt, wo man nach Geertz die Erfahrungen nur noch „religiös“ bewältigen zu können glaubt. Hier vergibt sich *Gentile* eine Chance, die neuartige Qualität faschistischen Kultes historisch zu erklären.

Im eigentlichen Hauptteil beschreibt er das Selbstverständnis der Faschisten und insbesondere der SA-artigen Squadristen als „Heilige Miliz“, zeichnet die Überlagerung älterer staatlicher Feste durch die neuen faschistischen wie den Rom-Geburstag am 21. April oder den Jahrestag des Marschs auf Rom nach, und er schildert den Synkretismus verschiedener kultischer Symbole und Themen. Hierbei behandelt er – leider in etwas oberflächlicher Weise – auch den Kult des antiken Rom und seiner Vergangenheit sowie die dazugehörigen Maßnahmen in Archäologie und Städtebau. Der Autor bleibt dabei rein morphologisch, ohne – über die offiziellen Texte und Bilder hinaus – die Entstehung dieser neuen Realität aus Liktorenzeichen, Ruinen, Ausstellungsarchitekturen, Aufmärschen und rhetorischen Phrasen wirklich auszuleuchten. Die Elemente dieses Kultes scheinen zueinander zu passen – und so wurden sie von den Zeitgenossen als Einheit wahrgenommen. Das verlangt nach Erklärung, da in Italiens Faschismus verschiedene soziale, politische und kulturelle Traditionen zusammenflossen und ein einheitliches Bild daher nicht von vornherein zu erwarten

stand. Und die relative Vielfalt der offiziell geförderten Kunst im Vergleich zum Deutschland eines Joseph Goebbels ist ein Faktum, das darauf hindeutet, daß das Regime die Künstler auf andersartige Weise zu nutzen suchte. Gerade die Diskrepanz zwischen einer Wahrnehmung der faschistischen Fassade als einheitlich und ihrer Entstehung aus vielerlei Einzelinitiativen „von unten“ bedarf der historischen Erklärung: Hier könnte es weiterhelfen, die beteiligten Künstler und Intellektuellen in ihren Beziehungsnetzen präziser zu verorten, die Herrschaftstechniken des spezifisch italienischen Faschismus zu beschreiben und das besondere Profil nationalbezogener humanistischer Bildung seit dem Risorgimento herauszuarbeiten. *Gentile* fährt fort, indem er die faschistischen Liturgien als Methode der Massenintegration definiert, die faschistischen Kulträume in der futuristisch geprägten Revolutionsausstellung von 1932 und in der Staatsarchitektur beschreibt und schließlich die einer antiken Divinisierung ähnelnde Überhöhung Mussolinis schildert. Gerade der Duce-Kult war ursprünglich kein von oben gesteuertes Herrschaftsinstrument; vielmehr reagierte Mussolini auf eine messianische Führererwartung, die vor allem in den jüngst akkulturierten kleinbürgerlichen Schichten verbreitet war und sich in einer Flut oft einander widersprechender, aber panegyrischer Heftchen ausdrückte.

Wenn *Gentile* diese Phänomene weiter ausgeleuchtet hätte, dann hätte er mit solchem religionssoziologischen Zugriff erklären können, warum der faschistische Kult eine Zeitlang tatsächlich bei weitaus geringerer Gewalt als in Nazi-Deutschland funktionieren konnte.

Generell bleibt zu vermerken: *Gentile* strebt einerseits an, die innere Konsistenz des „Culto dell'ittorio“ herauszuarbeiten. Andererseits verführt ihn dies dazu, manche rhetorisch-floskelhaften Zeitungsartikel der Epoche in zu naiver Weise ernstzunehmen und nicht genügend nach den Entstehungsbedingungen und der Funktion im historischen Kontext zu fragen. Während in den deutschen Forschungen Benjamins Ästhetisierungsthese dominiert, geht *Gentile* a priori von der Sakralisierungsthese aus, ohne Benjamin auch nur zu erwähnen. Hier kann man fragen, ob Benjamins Ansatz aus der heutigen Perspektive nicht vielversprechender sein könnte: Die spät- oder postindustriellen Gesellschaften scheint weniger die Sakralisierung, sondern eher die Ästhetisierung zu markieren. Und letztere begann zumindest in Europa und Nordamerika ihren massenwirksamen Siegeszug in der Zwischenkriegszeit. Womit auch etwas zur „Modernität“ des Faschismus gesagt wäre.

Insgesamt versucht *Gentile*, disparate ideologische und kulturelle Phänomene des italienischen Faschismus zu bündeln und verschie-

dene Einzelforschungen in einen übergreifenden Zusammenhang zu bringen. Damit ist sein Essay ein Bezugspunkt, hinter den man nicht mehr zurück kann. Er empfiehlt sich auch als Impuls für weitere international vergleichende Studien.

Friedemann Scriba

Georg G. Iggers, Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, Göttingen 1993, 130 S. (=Kleine Vandenhoeck-Reihe 1565)

Unter dem weitausgreifenden Titel „Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert“ legt *Georg G. Iggers*, dessen Bemühen um das weltweite Gespräch von Historikern verschiedener fachlicher und weltanschaulicher Provenienz seit geraumer Zeit ohne Beispiel ist, in einer über den engeren Kreis der Spezialisten hinaus verständlichen Form eine Analyse jener Veränderungen vor, die die internationale Historiographie vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten geprägt haben. Die Konzentration auf diesen Zeitraum begründet der Autor mit der Qualität hier zu verzeichnender Veränderungen – Axiome, die die Historiker seit dem Altertum bis weit in unser Jahrhundert hinein in ihrer Beschäftigung mit der Geschichte zugrunde gelegt hätten, seien nunmehr radikal in Frage ge-

stellt oder gänzlich verworfen worden.

Um die Dimension dieser Wandlungen sichtbar hervortreten zu lassen, setzt seine Untersuchung mit der Verwissenschaftlichung der Historie in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein. Nach einem Überblick zur Genese des klassischen Historismus und Erwägungen zu dessen wissenschaftlichem Ort gilt die Aufmerksamkeit der Ablösung des Historismus besonders durch sozialgeschichtliche Konzepte. Anhand vor allem ihrer deutschen und amerikanischen Ausprägungen sowie durch eine Einbeziehung der *Annales*-Historiker zeichnet Iggers ein facettenreiches Panorama hier anzutreffender geschichtswissenschaftlicher Innovationen, zugleich weist er aber ebenso auf meist übersehene Kontinuitäten in jenen Grundannahmen hin, die der Arbeit innewohnen: etwa der Glaube an den kohärenten Geschichtsverlauf als sinnvollem Entwicklungsprozeß, die Möglichkeit seiner wissenschaftlichen Erfassung sowie eines letztendlich unabweisbaren Triumphes der Vernunft in der Geschichte.

Im Zuge eines abermaligen Wandels der Geschichtswissenschaft, dem Iggers unter der Überschrift „Von der Historischen Sozialwissenschaft zur ‚Linguistischen Wende‘“ den Hauptteil seines Buches widmet, hätten sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten gänzlich neue Konzepte etabliert, die die

se Grundannahmen – wenn auch in verschiedener Intensität – verworfen hätten. Ausdrücklich hebt der Autor dabei hervor, daß nicht nur wissenschaftsinterne Momente die Weichen in diese Richtung stellten: ebenso hätten die vielschichtigen Erfahrungen einer zunehmend ambivalent erscheinenden Gegenwart lange aufrechterhaltene optimistische Erwartungen in die Zukunft der Menschheit torpediert.

Als sichtbarste Wegmarke eines neuerlichen Umbruchs auf historiographischem Gebiet verweist der Autor auf den 1979 in *Past and Present* erschienenen Aufsatz „The Revival of Narrative: Reflections on a New Old History“ von Lawrence Stone. In schneller Folge hätten sich hiernach neue Formen des Herangehens an die Erforschung der Vergangenheit wie die Historische Anthropologie, die Alltagsgeschichte, die Mikrohistorie etc. zu Wort gemeldet, die bei aller Unterschiedlichkeit im Detail und in den von ihnen bevorzugten Themen den bereits erwähnten zentralen Prämissen bis dahin existierender Historiographie eine Abfuhr erteilten. Zu den hier anzutreffenden Änderungen zähle auch eine Transformation der westlichen marxistischen Geschichtswissenschaft vom Historischen Materialismus zur kritischen Anthropologie, als deren Kronzeuge Edward P. Thompson („The Making of the English Working Class“) die besondere Aufmerksamkeit des Autors

erfährt. Gingen diese Forschungsrichtungen aber noch von der Möglichkeit aus, in Ausschnitten Zeugnis von der menschlichen Vergangenheitsdimension abzulegen, leugneten postmoderne Ansätze diese Möglichkeit nunmehr gänzlich. Der hier in Variationen anzutreffende Grundgedanke bestünde in der Ablehnung jeden Wirklichkeitsbezuges der Geschichtsschreibung; indem Texte ihre Grundlage bildeten, sei sie – so deren Vertreter – selbst eine Form der Dichtung.

Haben wir ein dreifaches Ende erreicht – das der Geschichte, der Geschichte als Wissenschaft und jenes der Aufklärung? So fragt der Autor resümierend. Er neigt in diesen zuletzt viel diskutierten Problemen einer vorsichtig optimistischen Haltung zu: Es gäbe die eine Geschichte nicht mehr, dafür aber eine Vielzahl von Geschichten. Die moderne Forschungspraxis habe mit einer Vielfalt von Strategien und Verfahren den Blick für die sich einer monokausalen Interpretation entziehende Weite und Farbigkeit menschlicher Lebenspraxis geöffnet. Die Aufklärung sei zudem einer vereinfachenden Naivität entkleidet. Indem die neuen Formen der Geschichtsschreibung jedoch mehrheitlich am Ziel der Humanisierung der Welt festhielten, trügen sie weiterhin aufklärerische Intentionen in einem zeitgemäßen Gewand in sich.

Georg Iggers hat diesen Überblick mit der ihn auszeichnenden

Souveränität zusammengestellt. Wie schon in früheren Arbeiten des Autors profitiert der Leser vom stets über einzelne nationale Entwicklungen hinausreichenden Blick, durch den die in ihrer Gesamtheit oft schwer erfaßbaren theoretischen Erörterungen zur Historie eine erfreulich deutliche Kontur gewinnen. Dabei bleibt nicht unbemerkt, daß der Autor, dessen Sympathien für eine moderne Sozialgeschichtsschreibung allenthalben bekannt sind, sich auch selbst einen Teil der skeptischen Einwände ihr gegenüber zu eigen gemacht hat. Er ist sich zudem bewußt, welch gravierender Einwand gewiß zuerst gegenüber seiner Analyse ins Feld geführt werden wird: Natürlich handelt es sich hier um Hauptlinien theoretischer Reflexionen über das Tun in der Zukunft, dem wohl auch immer beispielhafte Werke und Kontroversen zugeordnet werden können, denen aber nicht alle, in vielen Ländern vielleicht nicht einmal die Mehrheit tätiger Historiker zu folgen bereit ist.

Hier lohnt das Nachdenken, warum die meisten dieser neuen Ansätze aus den USA, Frankreich und weiteren Ländern einer einstmaligen „Ersten Welt“ geheißenen Region gekommen sind. Zieht man noch dazu in Betracht, daß selbst in den USA schon warnende Stimmen vor einem zuletzt allzu schnellen Wechsel der Modelle zu vernehmen sind, wird der Charakter der Momentaufnahme von Iggers' Analyse noch stärker deutlich. Denn noch hat die interna-

tionale Historiographie keine Antwort auf die weltgeschichtlichen Veränderungen seit 1989 parat, steht eine neuerliche Positionsbestimmung im Anschluß an diese Ereignisse aus.

Bedenkenswert ist dabei etwa, welche Rolle die doch sonst immer wieder angemahnte „Eine Welt“ in diesen Konzepten spielen wird. Tritt neben die immer weiter voranschreitende Spezialisierung und damit verbundene Vielfalt der Beschäftigung mit Geschichte eine Ergänzung in Form neuer Überlegungen zur universalen Dimension des Geschehens um uns, dem dann auch in der Vergangenheit nachgespürt wird? Diese und weitere Fragen stehen auf der Tagesordnung und werden auch angeregt durch den hier vorgelegten instruktiven Überblick. Bei der erfreulichen Produktivität, die *Iggers* auszeichnet, kann seiner abermaligen Bilanz in weiteren zwei Jahrzehnten schon heute mit Spannung entgegen gesehen werden.

Gerald Diesener

Jean-Luc Boilleau, Cornelius Castoriadis, Marc Ferro, Pierre Grimal u.a., De la fin de l'histoire, Editions du Félin, Paris 1992, 167 S.

Es wird dem Leser nicht schwerfallen, schon im Titel die Verbindung zu jenem Aufsatz von Francis Fukuyama herzustellen, der 1989 unter dem provokativen Titel „The end of history“ in der Zeitschrift „The National Interest“ erschienen war und widersprüchliche Reaktionen hervorgerufen hatte.¹ Der Aufsatz und das gleichnamige, aus der Idee inzwischen entwickelte Buch² haben auch unter französischen Intellektuellen starke Beachtung gefunden, die sich nicht zuletzt in einem anhaltenden Interesse der Medien niederschlug. Die Diskussion blieb dabei nicht auf die Hauptstadt des Hexagons beschränkt. Sie provozierte vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten und politischer Skandale in Frankreich auch an Universitätsstädten in der Provinz öffentliches Nachdenken über den gegenwärtigen Zustand und avisierten Geltungsbereich westlicher Demokratie. Vorliegender Band legt davon Zeugnis ab.

Die Tatsache, daß das Kolloquium mit einer kritischen Bestandsaufnahme des politischen Systems der Repräsentativdemokratie eingeleitet wurde, ist sicher als Reflex auf die aktuelle Situation in Frankreich zu werten. In einem zweiten Teil

wurde ausgehend von Fukuyama das „Ende der Geschichte“ problematisiert, in einem dritten Abschnitt die Transformationsprozesse in Osteuropa analysiert.

Die Auseinandersetzung mit Fukuyama gestaltet sich zu einem Plädoyer für eine „offene“ Geschichte. Die Erörterung der philosophisch-geschichtlichen Dimension vom „Ende der Geschichte“ wird verbunden mit der Frage nach der ideologischen Funktion des Terminus, wenn dieser an einem konkreten historischen Ort, zu einem konkreten Zeitpunkt in die Diskussion gebracht wird. Eben dieser Frage widmete auch Lutz Niethammer in seinem Essay von 1989 besondere Aufmerksamkeit, der die Entwicklung der ideologischen Funktion des „posthistoire“ für den deutschsprachigen Raum verfolgt und viele Ideen der Debatte um Fukuyama vorweggenommen hat.³

Castoriadis sieht in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft in den letzten zweihundert Jahren und deren Widerspiegelung in der Entwicklung der Natur- und Geisteswissenschaften einen Beweis für die Entwicklungsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft, der die Frage nach einem Ende in der Interpretation von Fukuyama absurdum führt. Gleichzeitig hebt er die Herausforderung für den Philosophen hervor, das Wissen um diese Veränderungen gegen die Beschreibung eines „Endzustandes“ für Entwürfe einer zukünftigen Gesellschaft nutzbar zu

machen. Hier finden wir wieder eine Parallele zu Niethammer, der gegen die von den Protagonisten des Posthistoire vertretene These von der „Unmöglichkeit einer sinnhaften Gedankenkonstruktion über das Weltgeschehen im ganzen“ polemisiert. *Castoriadis* unterstreicht weiter, daß gesellschaftlicher Fortschritt in der Geschichte immer als Resultat sozialer Konflikte erstritten worden ist, und verweist auf die Gefahren, die sich aus einem wachsenden Desinteresse breiter Bevölkerungskreise an politischem Engagement, verbunden mit der fehlenden Erfahrung kreativer Arbeit für die Demokratie in der „Ersten Welt“ ergeben.⁴ Vor dem Hintergrund von Unterentwicklung in der „Dritten Welt“, wachsender Umweltzerstörung und den gesellschaftlichen Krisenerscheinungen der „Ersten Welt“ gibt er schließlich seine vielleicht überraschend anmutende Antwort auf die Frage, welche konkrete Geschichte denn zu Ende sei; die von Fukuyama zum Sieger gekürte Verbindung von kapitalistischer Weltökonomie und nationalstaatlich orientierter Demokratie, „die Geschichte der Neuzeit, die aus dem Westen das gemacht hat, was er heute ist“ (S. 71).

Die sicher gewähnte Demokratie, für die man sich nicht mehr zu engagieren braucht, als Grund für das Gefühl eines „Endes der Geschichte“? Das Leitmotiv des Themenkreises zur politischen Kultur, „Demokratie als Gewalt?“, das einer

Arbeit des italienischen Philosophiehistorikers Luciano Canfora entlehnt ist,⁵ scheint dieser Feststellung entgegenzustehen. *Grimal* geht in seinem Beitrag zu den Wurzeln des Begriffes Demokratie zurück und charakterisiert die griechische Demokratie als eine sterbliche, die „nicht darauf gerichtet war, die Freiheit der Menschheit ..., sondern den Ruhm des (partikularen) Demos“ zu sichern (S. 19). Im Mittelpunkt der Debatte stehen dann die Kritik des erreichten Standes der Repräsentativdemokratie und mögliche Gegenentwürfe, die mit Bezug auf afrikanische Traditionen das Modell der „runden Tische“ der Jahreswende 1989/90 wachrufen, die von den Vertretern der großen Parteien verschneit in das Reich der Utopie verwiesen worden sind. Ihre krasseste Ausprägung findet die Kritik im Beitrag des Juristen *Dominique Rousseau*, der Demokratie und Widerstandsrecht untrennbar miteinander verbindet. Seine Schlußfolgerung: „Mieux vaut un désordre qu'une injustice...“ (S. 44) stieß allerdings auf deutlichen Widerspruch.

Michel Valensi betont in seiner Interpretation von „Demokratie als Gewalt“ denn auch die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der Erfahrungen des 20. Jh., die drängenden Probleme im Rahmen direkterer, gleichwohl aber demokratischer Regeln lösen zu müssen (S. 14).

Die gesellschaftliche Diskussion in Osteuropa, die in einem dritten

Abschnitt dokumentiert ist, gehört sicher zu den anregendsten Passagen des Bandes. Die Autoren analysieren wirtschaftliche Situation, soziale und politische Konflikte in Ungarn, Polen und Rußland. Die Diskussion der landwirtschaftlichen Kooperativen in Polen und Ungarn im Spannungsfeld von kollektiver Arbeits Erfahrung und Wirtschaftlichkeit bei *Marie-Claude Maurel* macht eine Erfahrung der Debatte besonders deutlich. Es macht wenig Sinn, die aktuellen Probleme ohne profunde Kenntnis von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zu erörtern, wenn man nicht auf dem Stand einer moralischen oder ideologischen Interpretation verharren will.

Der Bd. bietet eine Reihe von anschaulichen Beispielen dafür, wie wirtschaftliche Macht die Demokratie in den Staaten Westeuropas zu beschneiden vermag. So erläutert der Anthropologe *Emmanuel Terray*, der im Rahmen der Gewerkschaft CFGT zahlreiche Prozesse vor dem Arbeitsgericht bestritten hat, wie Unternehmer immer wieder Vergleiche erzwingen und Abfindungssummen verringern können, weil sie wissen, daß der Arbeitnehmer einen längeren Prozeß finanziell nicht durchstehen kann. Vor diesem Hintergrund plädiert er für eine stärkere Beachtung der marxistischen Unterscheidung von juristischer und realer Gleichheit, formaler und realer Freiheit (S. 37).

Terray bietet so ein Beispiel für

jenen „roten Faden“, der mit der Frage nach der Verantwortung des Intellektuellen in der Gesellschaft gleichsam alle Beiträge des Bandes durchzieht. Der Band steht damit in einer Tradition gesellschaftskritischen Denkens französischer Geisteswissenschaftler, für die das „opportet haereses esse“ eines Lucien Febvre kein Bonmot, sondern ehrliche Herausforderung bedeutet und für die in den letzten Jahrzehnten Namen wie Michel Foucault oder Pierre Bourdieu gestanden haben.⁶

Ein besonderer Vorteil des Bandes besteht zweifellos darin, aus interdisziplinärer Sicht die Idee eines „Endes der Geschichte“ in ihrer philosophischen Bedeutung wie ideologischen *Hanühabbarkeit* deutlich gemacht und Anregungen für die wissenschaftliche Praxis unterschiedlicher Geistes- und Sozialwissenschaften abgeleitet zu haben. Der Rahmen der Diskussion bestätigt darüber hinaus die Notwendigkeit einer Ausweitung der Debatte über die klassischen Stätten gesellschaftstheoretischer Reflexion hinaus in eine breitere Öffentlichkeit.

Steffen Sammler

- 1 Vgl. für den deutschsprachigen Raum M. Meyer, *Ende der Geschichte?*, München-Wien 1993, an den sich der Titel „Die Wiederkehr der Geschichte“ der Neuen Hefte für Philosophie 34 (1993) gleichsam als programmatische Antwort anschließt.
- 2 Vgl. F. Fukuyama, *Das Ende der Ge-*

schichte. Wo stehen wir?, München 1992.

- 3 Vgl. L. Niehammer, *Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende?* Reinbek bei Hamburg 1989, mit einer sehr guten Bibliographie, die die Diskussion bis zur „Entdeckung“ des Themas durch Fukuyama restümiert.
- 4 Zur Notwendigkeit der Erfahrung von persönlich kreativer und gleichzeitig für die Gesellschaft nützlicher Arbeit und zur Kritik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bewertung von Arbeit prononciert, C. Castoriadis, *Une société à la dérive*, in: *L'Autre Journal*, Heft 2 (1993), S. 10-17.
- 5 L. Canfora, *La democrazia come violenza*, Palermo 1982.
- 6 Vgl. L. Febvre, Ein Historiker prüft sein Gewissen, in: ders., *Das Gewissen des Historikers*, hrsg. von U. Raulff, Berlin 1988, S. 36.

Ethik der Gabe: Denken nach Jacques Derrida, hrsg. von *Michael Wetzel und Jean-Michel Rabaté*, Berlin: Akademie-Verlag 1993 (= *Acta humaniora*).

Im Dezember 1990 kamen Philosophen und Literaturwissenschaftler aus Europa und Übersee im französischen Royaumont zusammen, um Jacques Derrida zu seinem 60. Geburtstag eine Gabe zu bringen: ein Kolloquium, das sich im vorliegenden Sammelband verdinglicht hat. Die Fragestellung lautet ganz im Sinne des Meisters der „Deonstruktion“ (welche auch die Risse in den Fundamenten der Geschichtswissenschaft aufzeigt): „Kann man

geben, ohne zurückzugeben?“ (Vorwort). Damit ist eine Dimension der Verantwortung angesprochen, die alle jene dementiert, welche da meinen, sich dem mit einem post-modernen „anything goes“ assoziierten Dehken der Dekonstruktion für das Feld der Geschichte gar nicht erst auseinandersetzen zu müssen. Die Dekonstruktion hat eine Ethik. Ethik ist ihr Motiv: eine Ethik des Lesens (Kap. I), eine Ethik des Tausches (Kap. II), die Frage nach der Erfindung des Anderen (Kap. III) und die Politik der Dekonstruktion (Kap. IV).

Was heißt eigentlich „es gibt“? Ist nicht jener Nachträglichkeit, die das Los des Historikers ist, ein Element jener Wieder- und Gegengabe eingeschrieben, das *Derrida* unter dem Begriff der *différance*, des Aufschubs einer unmöglichen Gegenwart, faßt? In einer Lektüre von Charles Baudelaires Parabel „Das falsche Geldstück“ weist *Derridas* Beitrag subtil nach, inwieweit der Wahrheitsanspruch einer Erzählung sowohl den Erzählenden (*récit*) wie auch das Erzählte (*narration*) umgreift (S. 105). Ist der historische Roman als Fiktion das Falschgeld der Historie oder nicht gerade ihre ehrlichste Ausdrucksform? Welcher Ethik der Verausgabung folgte ein Leopold von Ranke, der sein Selbst im Akt der Geschichtsschreibung auszulöschen trachtete? Ist es doch erst die Möglichkeit des Berichts, das Begehren nach Wissen, die Ge-

legenheit zu(r) Geschichte zu geben (S. 117).

Geschichte, das ist die Summe aller ihrer Namen, definierte es Friedrich Nietzsche einmal. In der Tat beruht die Rhetorik der Historiographie auf permanenten Metonymien. Die Beziehung zwischen Eigennamen und Bedeutung untersucht *Dieter Lesages* Beitrag, bleibt aber ihr Unverbindlichen, ja erklärt diese Unverbindlichkeit vielmehr zur Voraussetzung in der Auseinandersetzung mit dem Namen des Anderen (S. 307). Historisch konkreter wird da schon *Ulla Haselstein* mit „Die Gabe der Wilden“, indem sie Mary Rowlandsons Bericht über ihre indianische Gefangenschaft aus dem Jahr 1682 als europäische Binnenansicht einer fremden Kultur analysiert. Und das nicht vor irgendeinem, sondern einem handfest ökonomischen Hintergrund: Tausch, das hieß für Columbus (wie schon für Karthago in der Antike) Glasperlen gegen Gold. Von diesem Schuldverhältnis entlastete sich das abendländische Gewissen die längste Zeit, indem es für sich zudem die Gabe der Zivilisation an Amerika reklamierte. Gerade Rowlandsons Text aber läßt die ethischen Unsicherheiten transparent werden, welche die europäische Wahrnehmung ob der ethnischen Gegengaben der „Wilden“ befiel. An dieser Stelle ist das Buch im Sinne der Frage, die *Comparativ* (be)treibt, anschußfähig.

Konkret wird *Jochen Hörisch* in

seiner Interpretation von J. Gotthelfs 1842/43 erschienenem Roman „Geist und Geld“. Unter eigenartiger Ausschließung dessen, was Marx zu diesem Thema nicht nur zu sagen gehabt hätte, sondern tatsächlich sagte, weist auch *Hörisch* noch einmal auf die ökonomische Struktur „dekonstruktiver“ Fragestellungen wie der Derridas hin (S. 180). Die strukturelle Analogie von Geld und Sprache macht alle Darstellung zu: (Wieder) Gabe und liest – mit Michel Foucault – die Ordnung des Diskurses als Verknappung. Schade, daß diesem Satz kein Exemplum aus der Historie folgt, welche doch die Praxis solcher Sätze ist.

Eine direkte Ansprache der Historiker ist *Manfred Schneiders* Aufsatz zum spezifischen Interesse der Neuzeit an Selbstbiographie. Seit 1783 richtete Karl Philipp Moritz das „Magazin zur Erfahrungsseelenkunde“ ein, ein Archiv von individuellen Konfessionen der Devianz (Krankheiten, Verbrechen, Kunst), das den Nutzen von Vergangenheit als Datenbank für Historiker, Juristen, Psychologen, Schriftsteller, Ärzte und Statistiker propagierte (S. 256f.). Daniel Jenischs Theorie der Lebensbeschreibung aus dem Jahr 1802 erklärte dann buchstäblich die Beschreibung des Lebens eines Einzelnen zum *pars pro toto* der „allgemeinen Völker=Geschichte“. Für sich genommen liest sich *Schneiders* Beitrag als interessanter Hinweis auf die staatlich-statistischen Implika-

tionen von Biographieforschung; unter dem Titel „Das Geschenk der Lebensgeschichte: die Norm“ aber erscheint er etwas gewaltsam in den Rahmen dieser Aufsatzsammlung gepreßt.

Ein nachdenkliches, philosophisches, literaturwissenschaftliches Buch, doch kein Buch für Historiker recht eigentlich. Es sei denn für Historiker, die sich fragen, was das „es gibt“ der Geschichte als Ethik denn heißt.

Wolfgang Ernst

Derek Heater, The Idea of European Unity, Leicester, London: Leicester University Press (Pinter Publishers) 1992

Absicht des Werkes ist es, die wichtigsten Europa-Projekte vom frühen 17. Jh. bis in die 1950er Jahre vorzustellen. Kap. 1 setzt mit der Beschreibung mittelalterlicher Überlegungen ein, behandelt die Entsprechung von Christenheit und Europa. Der Verf. verweist auf die Rezeption solcher Vorstellungen bis ins 20. Jh., soweit sie mit dem Namen Karls d. Gr. verbunden sind. Kap. 2 ist dem 16. Jh. gewidmet; ein von Kriegen zerrissenes Europa forderte geradezu zu Gegenrezepten heraus, unter denen besonders die Pläne Sullys be-

handelt werden. Kap. 3 führt ins 17. Jh., zu Ludwig XIV. und seinen Kriegen, religiösen Fragen und vor allem dann zu englischen Europa-Konzepten (Beller, Penn). Kap. 4 stellt für das 18. Jh. Pläne des Abbé Saint-Pierre und Rousseaus vor, Kap. 5 (19. Jh.) behandelt ausführlich das Napoleonische Zeitalter mit Saint-Simon als Schwerpunkt der Darstellung. Über Kap. 6 (erste Hälfte 20. Jh.) führt der Weg zum Zweiten Weltkrieg, den Pariser Verträgen, dem Römischen Vertrag und der EWG, jeweils mit den verschiedenen entwickelten Projekten (Kap. 7).

Das Schlußkapitel gibt eine Übersicht über die besprochenen Grundprobleme der europäischen Einheit als Idee, nachdrücklich besteht Heiter darauf, wie sehr bestimmte Probleme in ihrem Kern bis heute dieselben geblieben sind.

Das Buch folgt einem klaren, sehr informativen, chronologisch aufgebauten Inhaltskonzept. Es stellt in den einzelnen Kapiteln jeweils einige bestimmte zeitgenössische Autoren in den Mittelpunkt, die sich mit der Europa-Frage beschäftigt haben; eingebettet wird dies in die allgemeine historische Entwicklung, auf zahlreiche andere Denksätze wird jeweils kürzer oder länger eingegangen. Die ausführlich vorgestellten Projekte werden z.B. auch durch Karten illustriert, z.T. auch durch tabellarische Übersichten oder Schaubilder. Zu den besonders herausgestellten Autoren werden bio-

graphische Notizen gemacht, die Rezeption der besonders herausgestellten Projekte wird jeweils bis heute verfolgt. Die Durchführung erscheint didaktisch sehr ansprechend, allgemeinverständlich geschrieben, speziellere Aspekte werden immer im Text kurz erläutert, so daß gerade auch der sog. interessierte Laie auf seine Kosten kommt.

Die klare Linienführung beim Inhalt kommt den Bedürfnissen eines Publikums, das nicht das letzte Detail wissen will, entgegen. Der eine oder andere Punkt hätte mehr Beachtung finden können; für den Leser wäre wohl das Bestreben Karls V., eine Universalmonarchie aufzubauen, interessant, dieser Aspekt kommt unter dem im Buch genutzten Stichwort Habsburg etwas zu kurz. Der Westfälische Frieden als ein praktisches Werk für den europäischen Frieden könnte deutlicher untersucht werden, das Aufkommen des Begriffs „Europa“ in der Antike hätte am Anfang aufgegriffen werden können.

Grundsätzlich meine ich, daß es bei dem Europa-Thema noch mehr als bei anderen um Bewußtmachung von vorhandenen Grundlagen und – schlicht – um Wissensvermittlung darüber geht, was eigentlich an Europa das Europäische ist. Das wird von dem Buch sehr gut geleistet.

Wolfgang Schmale

Die Symbolisten und Richard Wagner, hrsg. von Wolfgang Storch, Edition Hentrich, Berlin 1991, 216 S.

„Zum Raum wird hier die Zeit“ – was im *Parsifal* das Unsagbare der Gralszeremonie sprachlich dingfest machen sollte, wurde im Herbst 1991 zum Motto einer ambitionierten Ausstellung, die, von der Akademie der Künste zu Berlin eingerichtet, den Einfluß Richard Wagners auf die bildenden Künste dokumentierte. Das Ineinandergleiten von Räumen und Zeiten, das Verschmelzen von Klängen, Bildern und Düften zu vieldeutigen und essentiellen Metaphern, auch das Beharren auf einer kultisch-religiösen Dimension von Kunst schienen den Dichtern und Malern, die am Ausgang des 19. Jh. im Prozeß der Konstituierung einer symbolistischen Ästhetik auf Ahnensuche gingen, in Wagners Musikdramen und ihrer Aufführungspraxis in Bayreuth vorbildhaft antizipiert. Wo traditionelle Wahrnehmungsmuster und Darstellungsweisen aufgebrochen wurden, kam kaum ein Künstler darum herum, zu Wagner – sei es in kurioser und exzessiver Verzückung oder spannungsvoller Ambivalenz – Stellung zu beziehen.

Der vorliegende Band ist mehr als ein herkömmlicher Ausstellungskatalog. Angelehnt an Gaston Bachelards Untersuchungen zur „*imagination de la matière*“ veranschaulichen drei übergreifende Motivkom-

plexe Grundmuster menschlicher Erfahrung: Wagners *Ring* steht für das elementare Bühnenbild aus Wasser, Erde, Luft und Feuer, in und mit dem die Menschen ihre irdischen Rollen spielen; der *Tristan* aktualisiert eine behauptete Urverbindung von Liebe, Wasser und Tod; im *Parsifal* sind schließlich der Hunger nach Erlösung und neuen Sinngebungen jenseits der erfahrbaren Alltagswelt modellhaft angelegt. Diese Motivtypologisierung gestattet es, Einflüsse Wagners nicht nur an der Bildoberfläche aufzufinden, dort, wo etwa wonnig plantschende Rheintöchter die Leinwand bevölkern, die Wagnerschen Mythen- transformationen also lediglich als willkommenes Reserveirre neuer Bild- Gegenstände herhalten müssen, sondern auch den spezifischen künstlerischen Weiterfassungs- und Umschaffungsweisen herauszustellen. So reicht die Spannbreite der (überwiegend auf Farbtafeln solider Qualität) reproduzierten Bildkunstwerke dann auch von Redons stillen und rätselhaften Parzivalgestalten über Ensors Walkürenritt bis zu den verschiedensten Figurationen der „*amour idéale*“ (Claudel, Boccioni, Delville). Während in Frankreich schon die Zeitgenossen, etwa Théodore de Wyzewa in seiner *Revue Wagnerienne*, den Terminus „*Wagnérisme*“ auch für die Malerei reklamierten und von Delacroix über Moreau und Redon bis hin zu den Malern im Umkreis der „*Salons de la*

Rose-Croix“ Wagnerisches unschwer auszumachen ist, betont dieser Band die Internationalität der symbolistischen Bewegung und die indirekten, vermittelten Wirkungen: Gemälde von Ciurlionis, Segantini oder August Strindberg (!) eröffnen überraschende Perspektiven.

Einen zweiten Grundpfeiler des Bandes bilden literarische, meist lyrische Texte, wobei die karge Repräsentation der französischen Symbolisten angesichts der selbstverständlichen Einbeziehung neuerer Texte (*Gracq*, *Zwetajewa*, *Michaux* etc.) erstaunen läßt. Wenn schon die Aufnahme von Michaux' schönem Prosatext *Les fées du Rhin* bei ästhetisch konträren Positionen nur noch durch den stofflichen Vorwurf verständlich erscheint, ist aus Octavio Paz' *Dos cuerpos* jede Wagner-Reminiszenz geschwunden, und den kleinsten gemeinsamen Nenner, das Sprechen von menschlichen Grundsituationen, teilt das Gedicht mit aller bedeutenden Lyrik.

Den Hauptteil des Bandes machen jedoch Aufsätze zu Wagners Werk und Wirkung aus, die einmal mehr belegen, daß wissenschaftlicher Anspruch und Essayform einander nicht behelligen müssen: nur selten stellt sich postmodernes Geraune ein. Die hochkarätige Liste der Beiträger reicht von *Pierre Boulez* bis *Susan Sontag*, deren Aufsatz „Wagners Fluid's“ eine gedankenreiche und amüsante Lektüre darstellt. *Jürgen Maeder* untersucht die

musikalisch-dramatische Ästhetik Debussys im Hinblick auf Wagners Musikdrama, *Annegret Fauser* den Traditionsbezug Ernest Chaussons. Wenn *Philippe Lacoue-Labarthe* über Baudelaire, *Manfred Schneider* über Proust und *Gert Mattenklott* über Valéry und deren Wager-Rezeption schreiben, wird die Rückprojizierung eigener avantgardistischer Postulate auf Wagners Werk bzw. die kritische Abstoßung von der Ästhetik des Meisters aus Bayreuth differenziert betrachtet.

Der Verlag leistet sich den erfreulichen Luxus, alle Beiträge in der Originalsprache abzdrukken und dem Leser, der sich der Mühe der Dechiffrierung der italienischen, russischen, französischen, spanischen oder englischen Texte nicht unterziehen möchte, ein Beiheft mit Übersetzungen bereitzustellen. Ein gründlich recherchierter Anhang bietet eine Chronologie der Wagnerrezeption im Kontext der Formierung einer symbolistischen Bewegung in Frankreich und Belgien: während im deutsch-französischen Kulturtransfer traditionell die west-östliche Strahlrichtung bei weitem dominierte, sollten nunmehr erstmals in dieser Massivität Musik und Literatur aus Deutschland modellbildend wirken. Hier wird vollends deutlich, daß ein Forschungsgegenstand wie „Die Symbolisten und Richard Wagner“ nicht nur für Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaftler ergiebig ist, sondern auch mentalitätsgeschicht-

Buchbesprechungen

: Untersuchungen (etwa zur
nalbewußten offiziellen Wag-
feindschaft in Frankreich nach
militärischen Niederlage von
1971) und soziologische Studien
a eine Spektralanalyse der fran-
sischen Bayreuth-Besuche zwi-
schen Wallfahrt und snobistischem
) geradezu herausfordert.

Ralf Pannowitsch

Autorinnen und Autoren

Florian Andrews, Stud., Universität Leipzig, Fachbereich
Kommunikationswissenschaften

Charlotte Beisswingert, MA, Graduiertenkolleg
„Gesellschaftsvergleich“, Freie Universität Berlin

Gerald Diesener, Dr. sc., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg,
Historisches Institut

Hartmut Elsenhans, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für
Politikwissenschaft i.G.

Wolfgang Ernst, Dr. phil., Berlin, Förderungsgesellschaft
Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH, Forschungsschwerpunkt
Literaturwissenschaft

Fjodor F. Fink, Dr. phil., Universität Leipzig, Institut für
Politikwissenschaft i.G.

Eckhardt Fuchs, Dr. phil., Universität Charlottesville/Virginia

Frank Geißler, Dipl. pol., Universität Leipzig, Institut für
Politikwissenschaft i. G.

Werner Greiling, Dr. phil., Universität Jena, Historisches Institut

Thomas Grimm, Zeitzeugen-TV, Berlin

Rigobert Günther, Prof. Dr., Leipzig

Kurt Holzapfel, Prof. Dr., Leipzig

Katrin Keller, Dr. phil., Universität Leipzig, Fachbereich Geschichte

Robert Kluge, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München,
Fachbereich Slavische Philologie

Editha Kroß, Dr. phil. habil., DFG-Projekt „Propagandageschichte“, Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V.

Wojciech Kunicki, Prof. Dr., Universität Wrocław, Germanistisches Institut

Helmut Melzer, Dr. phil., Sektion Theoretische und Angewandte Sprachwissenschaft, Bereich Romanistik i.G.

Sigrid Meuschel, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft i.G.

Katharina Middell, Dr. phil., Universität Leipzig, Fachbereich Geschichte

Matthias Middell, Dr. phil., Universität Leipzig, Fachbereich Geschichte

Rolf Müller-Syring, Dr. phil., Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V., Außenstelle Leipzig

Ralf Pannowitsch, Dipl.-Germanist, Universität Leipzig, Sektion Germanistik/Literaturwissenschaften

Steffen Sammler, Dipl.-Historiker, Universität Leipzig, Fachbereich Geschichte

Peter Schöttler, Dr. phil., Paris, Centre National de la Recherche Scientifique

Friedemann Scriba, Dr. phil., Rom, Deutsches Historisches Institut

Melanie Tatur, PD Dr. habil., Institut für Politische Studien Warschau/ Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen

Wolfgang Schmale, Dr. phil., Ludwig-Maximilians-Universität, Institut für Neuere Geschichte

Marleen Wessel, Dr. phil., Amsterdam

Olaf Kirchner

Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion 1985 – 1991

Chancen der Demokratie in Eurasien



Leipziger Universitätsverlag 1993

410 Seiten
Kartonierte, DM 58,-
ISBN 3-929031-15-9 • ISSN 092-9603

Aus dem Inhalt

Matthias Middell Walter Markov (1909–1993)
Thomas Grimm Gespräch mit Walter Markov

Aufsätze

Marleen Wessel Lucien Febvre und Europa:
An den Grenzen der Geschichte

Wolfgang Schmale Europäische Geschichte schreiben ...

Sigrid Meuschel Zivilgesellschaft im Postsozialismus?

Melanie Tatur Sozialbewegung und institutioneller Wandel
in Polen und Rußland

Fjodor F. Finkl/ Robert Klugel/ Florian Andrews
Auf der Suche nach einem „Sonderweg“
für Rußland: Igor R. Schafarewitsch und
seine „Rezepte“

Frank Geißler Rückkehr nach Europa: Europas Hinterhof.
Die Kooperationspolitik der EG in Ostmittel-
europa

Forum

Hartmut Elsenhans Massenkonsum als Voraussetzung
für Kapitalakkumulation. Entgegnung auf die
Bemerkungen von Georg Quaas

ISSN 0940-3566

ISBN 3-92031-34-5